

sub \ urban

zeitschrift für kritische stadtforschung

aufsätze

Zur Konzeption kritischer
Stadtforschung

Jan Kemper, Anne Vogelpohl

Wohnungen als Finanzanlage

Susanne Heeg

Urbanität nach exklusivem
Rezept

*Henning Füller, Nadine Marquardt, Georg
Glasze & Robert Pütz*

Die Goethe-Universität zieht um

*Bernd Belina, Tino Petzold, Jürgen Schardt
& Sebastian Schipper*

debatte

Thesen zur Soziologie der Stadt

*Hartmut Häußermann & Walter Siebel,
kommentiert von Sybille Bauriedl, Norbert
Gestring, Johanna Hoerning, Carsten Keller
& Jan Werheim*

Urbane soziale Bewegungen in
der neoliberalisierenden Stadt

*Margit Mayer, kommentiert von Grischa
Bertram, Peter Birke, Volker Eick, Samuel
Mössner & Lisa Vollmer*

magazin

Nützliche Illusionen

Stefanie Bürkle

rezensionen

Die Krise verstehen

Matthias Naumann

Impressum

s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung, 2013, Heft 1
ISSN 2197-2567

Herausgeber_innen & Redaktion

Laura Calbet i Elias, Mélina Germes, Nina Gribat, Nelly Grotefendt, Jan Hutta, Boris Michel, Kristine Müller, Manfred Oberländer, Carsten Praum, Nikolai Roskamm, Nina Schuster

Autor_innen dieser Ausgabe

Sybille Bauriedl, Bernd Belina, Grischa Bertram, Peter Birke, Stefanie Bürkle, Volker Eick, Henning Füller, Norbert Gestring, Georg Glasze, Hartmut Häußermann, Susanne Heeg, Johanna Hoerning, Carsten Keller, Jan Kemper, Nadine Marquardt, Margit Mayer, Samuel Mössner, Matthias Naumann, Tino Petzold, Robert Pütz, Jürgen Schardt, Sebastian Schipper, Walter Siebel, Anne Vogelpohl, Lisa Vollmer, Jan Wehrheim.

Lektorat, Gestaltung, Satz

Redaktion und Martin Schleker (Lektorat)

Titelbild

Mélina Germes

Rechte

Alle Inhalte der Zeitschrift (d.h. alle Beiträge die auf der Website von s u b \ u r b a n veröffentlicht sind) stehen unter einer Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz. Diese Lizenz schützt die Werke der Autor_innen und ermöglicht gleichzeitig ihre nicht-kommerzielle Verbreitung.

Dies bedeutet, dass die Inhalte vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden dürfen unter den folgenden drei Bedingungen: erstens der Nennung des Namens der Autor_innen und der Zeitschrift s u b \ u r b a n , zweitens unter Ausschluss kommerzieller Nutzung und drittens unter Ausschluss jeglicher Veränderung. In jedem Fall bitten wir bei Weiterverwendung um eine Nachricht an info@zeitschrift-suburban.de.

Spenden und Fördern

Solidaritätsabo - 12 EUR; Unterstützungsabo - 60 EUR; Sponsoringabo - 120 EUR (jeweils jährlich – Informationen dazu finden sich auf der s u b \ u r b a n -Website).

Kontoverbindung

Kontoinhaber: Laura Calbet i Elias / Manfred Oberländer

Kontonr.: 1145920400

BLZ: 43060967

Bank: GLS Bank

IBAN: DE65 4306 0967 1145 9204 00

BIC: GENODEM1GL

Kontakt

www.zeitschrift-suburban.de

info@zeitschrift-suburban.de

Inhaltsverzeichnis

	Editorial	1-6
Aufsätze	Zur Konzeption kritischer Stadtforschung. Ansätze jenseits einer Eigenlogik der Städte <i>Jan Kemper, Anne Vogelpohl</i>	7-30
	Urbanität nach exklusivem Rezept. Die Ausdeutung des Städtischen durch hochpreisige Immobilienprojekte in Berlin und Los Angeles <i>Henning Füller, Nadine Marquardt, Georg Glasze, Robert Pütz</i>	31-48
	Die Goethe-Universität zieht um. Staatliche Raumproduktion und die Neoliberalisierung der Universität <i>Bernd Belina, Tino Petzold, Jürgen Schardt, Sebastian Schipper</i>	49-74
	Wohnungen als Finanzanlage. Auswirkungen von Responsibilisierung und Finanzialisierung im Bereich des Wohnens <i>Susanne Heeg</i>	75-99
Debatte	Thesen zur Soziologie der Stadt <i>Hartmut Häußermann, Walter Siebel</i>	101-118
	Androzentrische Leerstellen der Stadtforschung - <i>Sybille Bauriedl</i>	119-123
	Thesen zur Soziologie der Stadt – revisited - <i>Norbert Gestring</i>	124-128
	Von der Stadtsoziologie des Bürgertums zur Stadtsoziologie der industriellen Moderne? - <i>Johanna Hoerning</i>	129-134
	Alte Thesen neu gelesen: Perspektiven kritischer Stadtforschung - <i>Carsten Keller</i>	135-140
	Konjunkturen gesellschaftstheoretischer Perspektiven auf große Städte - <i>Jan Wehrheim</i>	141-146
	Replik - <i>Walter Siebel</i>	147-154
	Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt <i>Margit Mayer</i>	155-168
	Kritisiert die Kritiker_innen! - <i>Grischa Bertram</i>	169-174
	„Hallo, wer spricht?“ - <i>Peter Birke</i>	175-179
	Urbane Neoliberalisierung – ein Plädoyer für etwas mehr Differenz - <i>Volker Eick</i>	180-184
	Neoliberalisierung als Gesellschaftskrise - <i>Samuel Mössner</i>	185-188
	Zwischen Partikularismus und Universalismus - <i>Lisa Vollmer</i>	189-192
	Was können urbane Bewegungen, was kann die Bewegungsforschung bewirken? Replik - <i>Margit Mayer</i>	193-204
Magazin	Nützliche Illusionen - <i>Stefanie Bürkle</i>	nur HTML
Rezensionen	Die Krise verstehen. Rezension zu: Felix Wiegand “David Harveys urbane Politische Ökonomie” - <i>Matthias Naumann</i>	205-208

Editorial

Liebe Leser_innen,

nach zwei Jahren intensiver Diskussion und Vorbereitung veröffentlichen wir mit s u b \ u r b a n eine neue deutschsprachige, wissenschaftliche und frei zugängliche Zeitschrift für kritische Stadtforschung.

Ein Forum für kritische Stadtforschung

Während es in der internationalen Forschungslandschaft eine große Anzahl an Zeitschriften mit einem Fokus auf Stadt, Raum und Urbanes gibt, finden sich im deutschsprachigen Stadtforschungs-Kontext bisher wenige Zeitschriften, die wissenschaftliche Qualität, kritische Ansätze und transdisziplinäre Perspektiven vereinen (eine große Ausnahme bildet die bereits im 13. Jahr in Wien erscheinende Zeitschrift *dérive*). Mit dem Thema Stadtforschung beschäftigen sich unterschiedliche Disziplinen: Geographie, Soziologie, Planung, Architektur, Ethnologie, Geschichte, Philosophie oder Kulturwissenschaft. Wissenschaftler_innen aus diesen Bereichen publizieren aber überwiegend in Fachzeitschriften ihrer jeweiligen Disziplin. Zudem werden akademische Diskussionen nicht nur disziplinär getrennt, sondern meist auch jenseits von politischen, aktivistischen oder künstlerischen Positionierungen geführt. Dies hat oftmals verkürzte und einseitige Diskussionen zur Folge. Produktive transdisziplinäre Auseinandersetzungen finden zu selten statt, und wenn, dann in Form einzelner Tagungen oder Buchprojekte.

Allerdings zeichnet sich auch im deutschsprachigen Raum ein wachsendes Interesse an städtischen Phänomenen und ihrer Ausdeutung ab, erkennbar an der Vielzahl neuer Forschungsprojekte, Studienprogramme und Internetseiten. Ein Großteil der neueren Beschäftigungen ist jedoch aus unserer Sicht durch unpolitische und/oder wenig reflektierte Aneignungen städtischer Themen gekennzeichnet. Darauf reagiert s u b \ u r b a n mit der Schaffung eines wissenschaftlichen Forums, das deutschsprachigen Diskussionen im heterogenen Feld kritischer Stadtforschung mehr Kontinuität und Sichtbarkeit verleihen soll.

Warum liegt uns die kritische Stadtforschung am Herzen? Als Maßstabsebene sozialer (Un-)Ordnungen und Feld unterschiedlicher Kämpfe ist das Städtische nach wie vor Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Während zu „Stadt“ kaum ein einheitliches Konzept existiert – ein solches wünschen wir uns auch gar nicht – eröffnet „Stadtforschung“ ein facettenreiches diskursives Feld, das zu historischen und gegenwartsbezogenen Auseinandersetzungen einlädt. Dabei stellen sich spezifische Fragen – etwa, ob womöglich eine Kritik existiert, die sich besonders in städtischen Kontexten entwickelt oder inwiefern, umgekehrt, die alte (westliche) Idee von der Stadt als Ort der Emanzipation aufrechterhalten werden kann. Wir wollen dabei das Städtische weder auf einen vollständig kontrollierten Raum der Macht noch auf einen notwendigen Ort des Konfliktes oder auf einen idealen Raum kritischer Alternativen reduzieren. Das Städtische ist aus unserer Sicht vor allem ein immer wieder zu stellendes Problem, das mit anderen raumbezogenen Konzepten verknüpft ist.

Wir sehen die Gründung von **s u b \ u r b a n** als politische Intervention. Wir widersetzen uns einem unkritischen und „postpolitischen“ Stadtbegriff und verlagern die Schwerpunkte. Wir suchen einen kritischen Umgang unter anderem mit Aufwertungsprozessen in Städten, mit der Privatisierung von Gemeingütern, mit räumlich vermittelten Formen ungleicher Entwicklung, mit der Ökonomisierung sozialer Beziehungen sowie mit Ausgrenzung, Normierung und Kontrolle von Menschen. Wir bieten solchen Ansätzen der Stadtforschung ein Forum, die das Politische in den Vordergrund rücken und sich als kritisch verstehen. Dabei verorten wir unser Verständnis von Kritik in unterschiedlichen Traditionen und Debatten. Marx'sche und foucauldianische Ansätze sind uns ebenso wichtig wie queer/feministische, postkoloniale, antirassistische, humanismuskritische Ansätze – mit ihren vielfältigen Verbindungen zu post/materiellen, de/konstruktivistischen, postfundamentalistischen und handlungsorientierten Auseinandersetzungen. Wir streben danach, die Besonderheiten verschiedener Theorien und die konkreten Arten der Kritik, die sie erlauben, zur Geltung kommen zu lassen und zur Debatte zu stellen. Kritische Stadtforschung bedeutet für uns dabei auch, die Verortungen und Bedingungen von Wissensproduktion – und von Kritik – immer aufs Neue zu thematisieren und in Frage zu stellen.

Zum Konzept der Zeitschrift

s u b \ u r b a n soll kritische inter- und transdisziplinäre Debatten über ein frei zugängliches Online-Format befördern. Die Gliederung der Zeitschrift in die vier Rubriken „Aufsätze“, „Debatte“, „Magazin“, „Rezensionen“ sowie eine interaktive Kommentarfunktion ermöglicht unterschiedliche Formate und Formen des Austauschs.

Wissenschaftliche **Aufsätze** bilden einen Schwerpunkt der Zeitschrift und erfordern von uns eine intensive redaktionelle Betreuung. Wir haben uns zur Unterstützung der inhaltlichen Betreuung

für das Verfahren der anonymisierten Begutachtung (*double blind peer-review*) entschieden. Der Begutachtungsprozess soll die wissenschaftliche Qualität der Aufsätze erhöhen, indem er die Texte hinsichtlich ihrer argumentativen Stringenz, ihrer Darstellung und ihrer (auch gesellschaftskritischen) Relevanz prüft. Zugleich sehen wir in der Begutachtung auch die Möglichkeit eines direkten Austauschs über wissenschaftliche Ideen, der aufgrund der Anonymisierung jenseits statusbezogener Hierarchien stattfinden kann. Wir streben einen produktiven und reflektierten Umgang mit dem *peer-review*-Verfahren an, welches immer auch das Risiko einer Verfestigung hegemonialer Sprechpositionen birgt.

Da wir in *s u b \ u r b a n* ein Medium des kritischen Austausches sehen, bieten wir für **Debatten** zu wissenschaftlichen Texten einen gesonderten Raum an, den wir aktiv kuratieren. In den drei Bereichen der Debattenrubrik laden wir (1.) Autor_innen ein, originale, für *s u b \ u r b a n* verfasste Texte anderen Autor_innen zur Diskussion zu stellen („Autor_in trifft Kritiker_in“); wir bitten (2.) Autor_innen um Kommentare zur Relevanz und Aktualität älterer Texte („Altes neu gelesen“); und wir laden (3.) zu Kommentaren, Kontextualisierungen oder Einführungen zu Texten ein, die für *s u b \ u r b a n* ins Deutsche übersetzt werden („Übersetzt und übertragen“). Daneben veröffentlichen wir in „Debatte“ Interviews, Streitgespräche und ähnliche Formate in Text, Ton oder Film.

Noch offener ist unser **Magazin**-Teil angelegt, in dem wir zur Nutzung der vielfältigen Möglichkeiten elektronischen Publizierens einladen – also von Formaten wie etwa Bild, Ton, Text, Film oder Animation. In dieser Rubrik ist Raum für Essays, Forschungsberichte und künstlerische Arbeiten; für Stimmen und Gespräche aus verschiedenen Bewegungen und Strömungen sowie für Reflexionen und Aufrufe zu Arbeits-, Forschungs-, Studien- und Publikationsbedingungen.

Darüber hinaus erscheinen in *s u b \ u r b a n* **Rezensionen**, deren Stellenwert mit der Weiterentwicklung der Zeitschrift steigen soll.

Ein kollektives Publikationsprojekt

s u b \ u r b a n ist ein Projekt, das sich auf Initiative von Wissenschaftler_innen aus verschiedenen Disziplinen und mit unterschiedlichen Themengebieten entwickelt hat; was uns eint, ist die kritische Perspektive auf städtische, räumliche und gesellschaftliche Prozesse. Die Redaktion führt das gesamte Projekt gemeinsam durch: von der Diskussion erster Ideen zu Beiträgen oder Heften über die Kommunikation mit Autor_innen und Gutachter_innen bis zur Erstellung der Website und der elektronischen Veröffentlichungen sowie der Öffentlichkeitsarbeit und Förderanträgen. Wir freuen uns, dabei von einem internationalen und disziplinär vielfältigen Beirat unterstützt und beraten zu werden.

Zur Entwicklung dieser Zusammenarbeit haben wir uns in die administrativen Untiefen der *open-access*-Veröffentlichung begeben und uns wissenschaftspolitischen Herausforderungen etwa hinsichtlich des *peer-review*-Verfahrens gestellt. Wir mussten darüber hinaus die Möglichkeiten und Grenzen unseres weitgehend ehrenamtlichen

Engagements ausloten, denn neben gemeinsamen Interessen teilen wir auch die Erfahrung prekärer Formen der Beschäftigung und akademischen Integration. Unsichere Arbeitsbedingungen an Hochschulen und anderswo bedeuten daher auch unsichere Bedingungen für Zeitschriftenprojekte wie dem unseren – nicht zuletzt aufgrund des von uns gewählten *open-access*-Konzepts.

Mangels realer Möglichkeiten einer dauerhaften Finanzierung der Zeitschrift und ihres kostenlosen Zugangs sind wir gegenwärtig auf die Selbstausschöpfung aller Beteiligten ebenso angewiesen wie auf Spenden unserer Leser_innen, Autor_innen und Unterstützer_innen. Nur dadurch können Aufträge für Lektorat, Satz und zahlreiche weitere administrative Arbeiten finanziert werden, die wir bislang zum Großteil selbst übernommen haben.

Mit der Veröffentlichung der ersten Ausgabe bitten wir daher alle Leser_innen, Autor_innen und Beiräte um eine Unterstützung durch Spenden und Förderabonnements. Derzeit gründen wir den Verein s u b \ u r b a n e. V., so dass Spenden in Zukunft auch steuerlich absetzbar sein werden.

Zum ersten Heft

Das erste Heft von s u b \ u r b a n leistet einen Beitrag zur Diskussion über die Produktion von Stadt und Raum und füllt die vier Rubriken – Aufsätze, Debatte, Magazin und Rezensionen – mit Leben.

Einen Schwerpunkt der Ausgabe bildet die Frage, wie in wissenschaftlichen Auseinandersetzungen auf „Stadt“ geschaut wird. Fünf Kommentare von Sybille Bauriedl, Norbert Gestring, Johanna Hoerning, Carsten Keller und Jan Wehrheim zu Hartmut Häußermanns und Walter Siebels hier erneut veröffentlichten „Thesen zur Soziologie der Stadt“ von 1978 setzen sich mit der dort geäußerten Kritik an einer „Stadtplanungssoziologie“ auseinander. Die Kommentare situieren Häußermanns und Siebels Thesen in der Geschichte der deutschsprachigen Stadtsoziologie, erörtern die Aktualität des in den Thesen formulierten Forschungsprogramms und denken sie mit Bezug auf Problematiken wie geschlechtsasymmetrische Reproduktion oder Postkolonialität weiter. Zum (Selbst-)Verständnis einer kritischen Stadtforschung tragen Jan Kemper und Anne Vogelpohl in ihrer marxistisch inspirierten Stellungnahme zum Ansatz der „Eigenlogik der Städte“ bei. Ihre Reflexion führt zurück zu Friedrich Engels und wendet sich dabei gegen einen deterministisch-erklärenden Einsatz des Stadtbegriffs. Der Autor und die Autorin arbeiten mit der Konzeption einer Wechselwirkung zwischen Raum und gesellschaftlichen Verhältnissen und betonen die Bedeutung von Konflikten und Krisen hinsichtlich der gegenwärtigen Veränderungen des Städtischen. s u b \ u r b a n möchte mit diesen Beiträgen eine kritische transdisziplinäre Auseinandersetzung rund um das Städtische anregen. Die Beiträge problematisieren aus verschiedenen Blickwinkeln disziplinäre Vereinfachung und Verkürzungen von „Stadt“ und „Raum“ und verschaffen dabei Ansätzen Gehör, die vielfältige Macht- und Herrschaftsverhältnisse mitdenken.

Ein zweiter Schwerpunkt des Heftes liegt auf geographischen Beiträgen – vor allem aus Frankfurter Forschungszusammenhängen – zur Produktion von Städten und Räumen im gegenwärtigen deutschen Kontext. Die Autor_innen hinterfragen das Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik und von In-Wert-Setzung und Nutzungsvorschriften sowie die Rolle unterschiedlicher Akteur_innen der Stadt- und Raumproduktion: Investor_innen, Universitäten, Polizei und nicht zuletzt Bewohner_innen und Nutzer_innen von Städten und Räumen. Diesen Beiträgen ist gemeinsam, dass sie konkrete stadt- und raumbezogene Kräfteverhältnisse analysieren, sei es im Kontext eines „finanzdominierten Akkumulationsregimes“ (Heeg) oder eines repressiven „Staatsapparats“ (Belina et al.). Nadine Marquardt und Henning Füller mit Robert Pütz und Georg Glasze untersuchen am Beispiel von Luxusbauprojekten in Westeuropa und den USA eine Umdeutung von Urbanitätskonzepten, die an konsumorientierte, privatisierte und kontrollierte Innenstadtproduktionen gekoppelt sind. Susanne Heeg analysiert die Auswirkungen der globalen Immobilienspekulation auf die lokalen Wohnungsmärkte mit besonderem Fokus auf „Responsibilisierung“ und Finanzialisierung. Der Text von Bernd Belina, Tino Petzold, Jürgen Schardt und Sebastian Schipper diskutiert am Beispiel von Frankfurt am Main Fragen der organisations- und finanzbezogenen Umstrukturierung der Universitäten, die derzeit in Deutschland mit hoher Geschwindigkeit vorangetrieben wird. Sie sehen in dieser Veränderung einen bedeutsamen Indikator für stadtpolitische Neuausrichtungen und gehen ihr anhand eines materialistischen Ansatzes im Zusammenhang der Begriffe *place* und *space* nach.

In einem dritten Schwerpunkt debattieren fünf Autor_innen mit der Politikwissenschaftlerin Margit Mayer zur Frage städtischer Bewegungen. In ihrem für diese Ausgabe verfassten Originalbeitrag verortet Mayer aktuelle Bewegungskonflikte im gesellschaftspolitischen Kontext der „neoliberalisierenden Stadt“. Anhand der zunehmend auf kulturelle Branding-Strategien setzenden Bemühungen städtischer Politik (Stichwort: „kreative Stadt“) zeigt Mayer exemplarisch Merkmale und Widersprüche solcher Konflikte auf. In den Kommentaren von Grischa Bertram, Peter Birke, Volker Eick, Samuel Mössner und Lisa Vollmer werden unter anderem die Wahrnehmung von Protest, die Kritik der Kritiker_innen selbst sowie die Möglichkeitsbedingungen für die Bildung von Subjektpositionen thematisiert und kontrovers diskutiert. Im Hauptbeitrag, in den Kommentaren und in der Replik von Margit Mayer wird ein Diskursfeld sichtbar, in dem die wichtige Debatte zu den aktuellen Möglichkeiten und Beschränkungen urbaner sozialer Bewegungen verortet ist.

In der Sparte „Magazin“ bietet Stefanie Bürkle in ihrem Fotoessay „Stereosichten“ einen ungewöhnlichen Blick auf das Städtische. Schließlich rezensiert Matthias Naumann das gerade erschienene Buch „David Harveys urbane Politische Ökonomie“ von Felix Wiegand.

Danke!

Zuletzt möchten wir uns bei allen herzlich bedanken, die uns in der langen Gründungsphase begleitet haben. Ermutigende Diskussionen führten wir erstmals im Sommer 2011 im Rahmen der International Conference of Critical Geography in Frankfurt am Main. Beim s u b \ u r b a n-Gründungsworkshop im Herbst 2012 in Berlin haben wir unsere inhaltlichen und strukturellen Ideen präsentiert, sie mit vielen Interessierten diskutiert und dabei dem Zeitschriftenprojekt eine klarere Kontur verliehen.

Den Autor_innen, den Gutachter_innen sowie allen Beteiligten des ersten Heftes sind wir zu Dank dafür verpflichtet, dass sie uns ihr Vertrauen geschenkt haben.

Darüber hinaus bedanken wir uns bei unseren wissenschaftlichen Beiräten sowie bei den Menschen, die uns bei allen möglichen Fragen des Publikationsalltags – Redaktionsarbeit, Verlagsarbeit, Layout, Website, *open-access*, Vereinsgründung, Finanzierung, Anträge und Vieles mehr – geholfen haben und weiterhin helfen. Ein Dank geht auch an die großzügigen Spender_innen, die ein professionelles Lektorat des ersten Heftes ermöglicht haben sowie an die Institutionen, die uns finanziell oder materiell unterstützen: Center for Metropolitan Studies, Centre Marc Bloch, Institut für Europäische Ethnologie der HU Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Netzwerk Selbsthilfe und Belius (Modulorhaus). Nicht zuletzt möchten wir an dieser Stelle Grüße an die Gruppe Kritische Geographie Berlin senden; unser Zeitschriftenprojekt ist im Kontext der damit verbundenen Aktivitäten und Netzwerke entstanden und hat sich durch anhaltenden Erfahrungsaustausch und die Unterstützung der Gruppe weiterentwickelt.

Wir freuen uns über Rückmeldungen, Anregungen und Kommentare, über Zeitschriftenbeiträge und Ideen, über finanzielle Unterstützung sowie über die Verbreitung der in s u b \ u r b a n veröffentlichten Texte.

Viel Spaß beim Lesen und Schauen wünscht die Redaktion.

Laura Calbet i Elias, Mélina Germes, Nina Gribat, Nelly Grotefendt,
Jan Hutta, Boris Michel, Kristine Müller, Manfred Oberländer,
Carsten Praum, Nikolai Roskamm, Nina Schuster

Zur Konzeption kritischer Stadtforschung

Ansätze jenseits einer Eigenlogik der Städte

Jan Kemper

Anne Vogelpohl

Kritische Stadtforschung dient in Gestalt der „kritischen Stadtsoziologie“ gegenwärtig als Negativfolie für jene Stadtforschungsperspektive, die mit dem Postulat einer „Eigenlogik der Städte“ (EdS) antritt. Eine (Selbst-)Verständigung über konzeptionelle Grundlagen und forschungsstrategische Absichten einer kritischen Stadtforschung dagegen gibt es kaum. Ausgehend von dieser Beobachtung ist es das Ziel dieses Beitrags, zu einer Konturierung kritischer Stadtforschung beizutragen. Dafür skizzieren wir zunächst Eckpunkte der EdS-Perspektive. Anschließend wird ein Blick zurück auf den Klassiker „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ (1845) von Friedrich Engels geworfen. Daran verdeutlichen wir drei Schritte in der Etablierung einer kritischen Haltung in der Stadtforschung: die Berücksichtigung der historisch-sozialen Voraussetzungen für gegenwärtige Stadtentwicklungsprozesse, die Analyse der städtischen Raum- und Sozialverhältnisse als krisen- und konfliktvermittelte und deshalb als dynamische Verhältnisse sowie die Konzeptionierung dieser Verhältnisse als veränderbar. An drei wiederkehrenden Diskussionsfeldern sozialwissenschaftlicher Stadtforschung schließlich verfolgen wir, wie einerseits die EdS-Perspektive sich dieser Themen annimmt und wie andererseits eine kritische Haltung im Umgang mit diesen Themen eingenommen werden kann: Für eine kritische Stadtforschung schlagen wir vor, (a) „Stadt“ nicht als dauerhaft definiert und nicht als erklärend für sozialräumliche Verhältnisse zu begreifen, (b) auch Städte als Räume zu konzipieren, die sich im gegenseitigen Wechselverhältnis mit Gesellschaft konstituieren, (c) mit einem Konzept von Differenz, das Unterschiede sozial erklärt, zu arbeiten, wenn Städte als einzigartig erlebte Orte analysiert werden sollen.

Ersteinreichung: 7. März 2013; Veröffentlichung online: 25. Juli 2013

An English abstract can be found at the end of the document.

Kritisch gemeinte Positionierungen sind in der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung weit verbreitet. Dieser Eindruck lässt sich gewinnen, wenn deutschsprachige und internationale Publikationen zu urbanen Fragen in den Blick genommen werden: Ungleichheiten, Machtstrukturen, Differenzen, Exklusion – diese Phänomene und ihre Ursachen werden vielfach thematisiert und die Liste ließe sich ohne Mühe noch weiter ergänzen. Allerdings mangelt es an (Selbst-)Verständigungen über konzeptionelle Grundlagen und forschungsstrategische Absichten einer „kritischen Stadtforschung“. Was kennzeichnet eine kritische Haltung in der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung? Wie sieht eine kritisch angelegte Analyse des Städtischen aus? Den Bedarf an einer Verständigung über solche und ähnliche Fragen sehen wir geweckt, weil das Reden über Städte in den letzten Jahren eine erstaunliche Konjunktur erfahren hat. Das gilt für wissenschaftliche Kontexte ebenso wie für die parlamentarische und außer-parlamentarische Politik. Es ist eine neue Nachfrage

von politischen Initiativen und Parteien, aber auch in wissenschaftlichen Arbeitszusammenhängen nach Erklärungsangeboten aus der Stadtforschung entstanden. Den Hintergrund für die Konjunktur des Redens über Städte und für das Interesse an Ergebnissen sozialwissenschaftlicher Stadtforschung geben die intensivierete Städtekonkurrenz und ihre Folgen. In dem Maße wie die nationalstaatliche Regulation der Wirtschafts- und Sozialpolitik aufgeweicht wird, scheint die Notwendigkeit zuzunehmen, Wettbewerbsfähigkeit auf lokaler Ebene herzustellen (Brenner 2004). Das öffentliche wie wissenschaftliche Interesse an Stadtentwicklungsprozessen (z. B. die Diskussionen um die „creative class“ und deren „creative cities“) bildet diesen Trend ab.

Die Perspektiven der Stadtforschung auf die intensivierete Konkurrenz zwischen Städten allerdings differenzieren sich aus: In der internationalen Stadtforschung wird sie zumeist als Basis einer neoliberalen Transformation der Städte interpretiert, die häufig über Politiken der kreativen Stadt durchgesetzt wird (z. B. Häußermann et al. 2008: insb. 246ff, Scott 2008a, Peck 2005). Diese analytische Verknüpfung von Städtekonkurrenz, kreativer Stadt und Neoliberalisierung strebt an, die Durchsetzung unternehmerischer Stadtpolitiken mit ihren Folgen, den sozialen und räumlichen Prozessen der Polarisierung, gesellschaftstheoretisch zusammenzuführen. In Teilen der deutschsprachigen Stadtforschung dagegen ist auf die intensivierete Städtekonkurrenz und deren Folgewirkungen konzeptionell auf eine andere Weise reagiert worden: mit der postulierten Entdeckung einer „Eigenlogik der Städte“ (EdS) und dem programmatischen Vorschlag, statt einer Stadtsoziologie nun eine „Soziologie der Städte“ (Löw 2008a) zu betreiben. Zu einem Zeitpunkt, zu dem angesichts wachsender sozial-räumlicher Ungleichheiten die Preisgabe des Gebots der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen problematisiert wird (z. B. Butterwegge 2011, Göschel 2004), wird in der Konzeptliteratur zu dieser Forschungsperspektive das Defizit der bisherigen Stadtforschung darin gesehen, „Städte in ihrer Differenz und in ihren lokalen Besonderheiten“ (Berking/Löw 2008a: 9) nicht genug beachtet zu haben. Und in dem Moment, in dem zunehmend die einst zentralstaatlich regulierten Aufgaben an den Lokalstaat überführt werden, setzt die EdS-Perspektive dazu an, die „Idee einer lokalspezifischen, eigensinnigen Wirklichkeit von Städten zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen“ (Berking/Löw 2008a: 7, Herv. gestr.) machen zu wollen.

Mit diesen Vorhaben wendet sich die EdS-Perspektive dem eigenen Selbstverständnis nach von einer „kritischen Stadtsoziologie“ (Häußermann/Siebel 1978: 494) ab, die den Themenkomplex „Stadt“ in engem Zusammenhang mit politisch-ökonomischen und allgemeinen soziokulturellen Trends diskutiert sehen möchte (z. B. Berking/Löw 2008a: 8). Diese Abgrenzungsbemühung findet ihr Echo auch in anderen dualistischen Konzeptionen der gegenwärtigen Stadtforschung. So wird in der Ankündigung zu einer Ad-hoc-Sitzung auf dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2012 ein Dualismus zwischen „kritischer“ und „eigenlogischer“ Stadtforschung festgestellt (vgl. DGS 2012). Und das Redaktionskollektiv von sub\

urban, der „Zeitschrift für kritische Stadtforschung“, nennt in seinem Positionspapier zur Zeitschriftengründung die EdS-Perspektive gleich zu Beginn als ein Beispiel für „jene Stadtdiskurse, welche die deutschsprachigen Debatten derzeit prägen“ und „wogegen wir mit unserer Intervention einen Kontrapunkt setzen möchten“ (Redaktionskollektiv sub\urban 2012: 2).

Die Beobachtung von Abgrenzungsbemühungen gegen eine kritische Stadtforschung einerseits bei gleichzeitigem Verständigungsbedarf über die Konzeption einer kritischen Stadtforschung andererseits ist der Ausgangspunkt für die folgenden Ausführungen. Das sub\urban-Redaktionskollektiv macht den Einwand gegen die EdS-Perspektive an der beobachteten Parallelität zwischen dem eigenlogischen Forschungsprogramm und dem „Stadtmarketing“ geltend – also an der vermuteten Fähigkeit der EdS-Perspektive, über die Herausstellung einer angeblichen „kulturelle[n] Eigenart“ (Löw 2010: 606) einer Stadt die stadtpolitischen Behauptungsversuche in der (inter-)nationalen Städtekonkurrenz zu legitimieren bzw. konsensual abzustützen. Diese *funktionale* Einordnung der Verwendungsmöglichkeit von Forschungsergebnissen entlastet allerdings nicht von einer Einschätzung der *konzeptionellen* Herangehensweise an den Gegenstand Stadt. An dieser Stelle möchten wir nun ansetzen und fragen: Wie ist ein „kritischer“ Blick auf die Gegenwart der Städte zu werfen? Woraufhin sind in der Stadtforschung verwendete Konzepte oder Begriffe „kritisch“ zu hinterfragen? Wie ist eine „kritische“ Haltung gegenüber solchen Themen zu gewinnen, die in Teilen der jüngeren deutschsprachigen Stadtforschung im bewussten Gegensatz zu einer „kritischen“ Stadtforschung aufgeworfen worden sind? Über solche Fragen findet bisher wenig Verständigung statt. Die Nachfrage nach Situationsdiagnosen und Erklärungsangeboten der Stadtforschung im Allgemeinen sowie die von Teilen der deutschsprachigen Stadtforschung vollzogene Absetzbewegung gegen eine Tradition „kritischer“ Stadtforschung allerdings verlangen eine Auseinandersetzung mit ihnen.

Ausgehend von dieser Problemdiagnose ist es das Ziel des vorliegenden Beitrags, zur Konturierung einer kritisch orientierten Stadtforschungsperspektive beizutragen. Dafür skizzieren wir zunächst in Grundzügen die Forschungsperspektive der EdS. Wir verdeutlichen, dass die EdS-Forschung konzeptionelle Angebote formuliert, die vor allem aus einer Antwort auf die Frage „Was ist Stadt?“, aus der Betonung von Unterschieden zwischen Städten sowie aus Ausführungen über gefühlte und erlebte Räume bestehen (1). Anschließend konturieren wir Ausgangspunkte für eine kritische Stadtforschung. Um das Feld einer kritischen Stadtforschung abzustecken, greifen wir auf einen Klassiker zurück: An Friedrich Engels' Untersuchung *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* (1845) stellen wir einige Schritte der Etablierung einer kritischen Haltung im Umgang mit städtischen Entwicklungen heraus (2). Schließlich bringen wir diese beiden Perspektiven wieder in Zusammenhang, um Alternativen für die Bearbeitung einiger Themen der EdS-Forschung sowie Ausgangspunkte für eine kritische

Stadtforschung vorzuschlagen. Dafür verfolgen wir an drei wiederkehrenden Diskussionsfeldern sozialwissenschaftlicher Stadtforschung – an der Konstitution ihres Gegenstandes „Stadt“, an dem Verhältnis von Raum und Gesellschaft sowie an dem Stellenwert von Differenz und Besonderheit des Städtischen –, wie einerseits die EdS-Perspektive sich dieser Themen angenommen hat, andererseits eine kritische Haltung in der Analyse des Städtischen eingenommen werden kann (3).

1. Die Forschungsperspektive der „Eigenlogik der Städte“

Die für die „eigenlogische“ Forschungsperspektive konstitutive inhaltliche Botschaft lässt sich einem gleichnamigen Sammelband des Forschungsprojekts entnehmen (Berking/Löw 2008b). Laut Buchrücken soll „die individuelle Gestalt der Städte erschlossen und ins Verhältnis gesetzt werden“. Aufsatztitelteile wie „Wenn New York nicht Wanne-Eickel ist...“ (Berking/Löw 2005), „Städte lassen sich an ihrem Gang erkennen wie Menschen“ (Berking 2008) oder „Jede Stadt ist ein Seelenzustand“ (Löw 2011) geben zudem nicht nur den konsequenzialistischen und phänomenologischen Ton vor, der die Konzeptliteratur der eigenlogischen Forschungsorientierung in weiten Teilen bestimmt. Sie funktionieren vor allem als Parolen, mit denen die zentrale Botschaft der Forschungsperspektive so ausgerufen wird, dass diese ohne weitere Erklärung auskommt und doch verstanden wird. Der EdS-Perspektive, klingt es in diesen Titelteilen an, geht es um Wesentliches: um eine erfahrbare Eigenart einer jeden Stadt sowie um damit gesetzte und tradierte Unterschiede zwischen Städten.

Die Aufmerksamkeit, die der EdS-Perspektive in Wissenschaft und Medien zugekommen ist, ist nicht allein auf die leichte Anknüpfbarkeit an alltägliche Gespräche über Städte zurückzuführen. Für eine sozialwissenschaftliche Stadtforschung mag an der „eigenlogisch“ orientierten Forschungsperspektive zum einen attraktiv sein, dass sie der Frage „Was ist Stadt?“ nicht ausweicht. Gerade in einer Hochkonjunktur der Stadtforschung werden Angebote an möglichen Antworten auf diese Frage vermutlich gerne angenommen. Die Thematisierung von Unterschieden zwischen Städten ist darüber hinaus gut anschlussfähig sowohl an Diskussionen der lokalen Politikforschung, in der ein Teil der Varianzen zwischen Stadtpolitiken nicht erklärt werden kann (vgl. Zimmermann 2008), als auch an kulturorientierte Stadtforschungen (vgl. Wietschorke 2012). Außerdem bietet die EdS-Perspektive wegen ihrer Ausführungen über gefühlte und erlebte Räumen eine Projektionsfläche für jene, die der Relevanz von Affekten, Gefühlen und Imaginationen für städtische Prozesse nachgehen wollen. Da wir in diesen Themen – (a) die Erörterung der Frage „Was ist Stadt?“, (b) die Betonung von Unterschieden zwischen Städten sowie (c) das Erleben einer Stadt – zentrale Aspekte in der EdS-Rezeption sehen, werden sie im Folgenden auch die Darstellung der EdS-Perspektive und die anschließenden Überlegungen zu Alternativen organisieren. [1]

(a) *Forschung über Städte statt Stadtforschung*. Die Gegenstandskonstitution der EdS-Perspektive verläuft theoretisch über die Behauptung

einer individuellen, strukturellen Konfiguration einer jeden Stadt. Der Forschungsfokus wird auf eine „eigensinnige Strukturbildung moderner Städte“ (Berking/Löw 2008a: 9) gelegt, die weder durch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen erklärt noch als Aggregat der sozialen Raumproduktion einzelner Gruppen in der Stadt verstanden werden könne. Mit einem Stadtbegriff, der in „Stadt“ „zweifelsfrei eine genuin eigenständige Vergesellschaftungsform“ (Berking 2008: 17) sieht, wird stattdessen ein Forschungsprogramm begründet, nach dem jede Stadt für sich genommen das Handeln und Verhalten ihrer Bewohnerinnen und Bewohner prägt. Vergesellschaftung vollzieht sich somit im „eigenlogischen“ Ansatz weder durch beispielsweise das Handeln einzelner Akteure noch durch historisch spezifische Formationen der Arbeitsteilung oder medial vermittelte Moden, sondern durch die Stadt selbst (z. B. Löw 2008a: 104, 112).

Forschungsstrategisch soll mit dieser Stadtkonzeption ein neues Paradigma der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung möglich gemacht werden. Theoriepolitisch betrachtet werden mit der programmatischen Individualisierung von Städten zwei Gegner konstruiert: Die Ablehnung, „Stadt“ als das Resultat des Mit- und Gegeneinanderhandelns verschiedener sozialer Gruppen zu konzipieren, geht mit der Abgrenzung gegen eine eher mikrosoziologisch ausgerichtete Stadtsoziologie einher, die über die ganze Bandbreite an sozialwissenschaftlichen Themenstellungen in Städten forscht (in der EdS-Konzeptliteratur „Konkretionslogik“ genannt). Die Betonung der Eigensinnigkeit jeder Stadt wiederum wird gegen eine eher makrosoziologisch ausgerichtete Stadtsoziologie angeführt, die in einer gesellschaftstheoretisch begründeten Rückführung beobachteter Phänomene auf gesamtgesellschaftliche Strukturen die angenommenen Besonderheiten der Städte vernachlässigt (in der EdS-Konzeptliteratur „Subsumtionslogik“ genannt). Eine „Eigenlogik“ der Städte anzunehmen, wird demgegenüber als der angemessene Mittelweg zur Analyse von Städten präsentiert (z. B. Berking 2008: 18).

(b) *Städte als erlebte Einheiten.* Den „eigenlogisch“ konzipierten Städten werden stabile strukturelle Eigenschaften zugeschrieben. Diese seien – das soll ein Hauptmerkmal der Städte sein – „präreflexiv“ gegeben, aber im Alltag unmittelbar präsent und erfahrbar, weil in das Handeln und in die Körper der Stadtbewohnerinnen und -bewohner eingeschrieben (Löw 2008b: 42f). Die angenommene „Eigenlogik“ wird auf diese Weise als allgegenwärtig in einer Stadt eingeführt und als „großstädtische Doxa“ (Berking 2008: 24) behandelt. [2] Helmuth Berking und Martina Löw (2005: 10) qualifizieren die Stadt deswegen auch als „privilegierte[n] Erfahrungsraum“. Die Kategorien des Erlebens und Erfahrens spielen also eine große Rolle für das Verständnis der EdS. Die eigenlogisch funktionierenden Städte sind als „erlebte Einheit“ zu begreifen, in die die materielle, soziale, politische oder affektive Heterogenität des städtischen Lebens aufgegangen ist (Gehring 2008: 158, Löw 2008a: 70, Berking/Löw 2005: 12).

(c) *Unterschiede zwischen Städten.* Ein weiteres Hauptmerkmal eigenlogisch konzipierter Städte ist, dass ihre Strukturen in der ganzen Stadt einheitlich seien, sich jedoch von denen anderer Städte unterscheiden.

Städte würden, so Löw (2008a: 71), „als eigen und als anders erfahren“. Die Einheit, die Städte in „eigenlogischer“ Hinsicht darstellen sollen, wird als Ergebnis von „*lokalspezifischen* Modi der Besonderung“ bzw. eines für jede Stadt „*typische[n]* Modus der Verdichtung“ (Berking 2008: 23; eigene Herv.) präsentiert. Gesamtstädte stellen in der EdS-Perspektive also einen homogenen Erfahrungsraum dar, der in den einzelnen Städten quer zu sozialen Merkmalen wie Alter, Bildung, Klasse, Geschlecht etc. (die in anderen Forschungen oftmals zur Untersuchung von sozialer Ungleichheit bzw. Differenz herangezogen werden) einheitlich wahrgenommen wird, aber gegenüber anderen Städten abzugrenzen ist. [3] So wird zum einen eine Homogenisierung der Sozialverhältnisse der Städte „nach innen“, zum anderen ihre Isolierung „nach außen“ vorgenommen (vgl. Kemper/Vogelpohl 2011b: 22ff). [4]

Das Spannungsverhältnis zwischen gesellschaftstheoretischer Anleitung der Forschung und detaillierter Aufmerksamkeit für die soziale Wirklichkeit wird in der EdS-Perspektive noch mit einer Positionierung zwischen mikro- und makrogesellschaftlichen Ansätzen gelöst. Gleichzeitig von Vielfalt in einer Stadt und eindeutigen Unterschieden zwischen Städten zu reden, ist aber eine analytisch kaum überwindbare Hürde. Hier würde sich ein Mittelweg nur dann auftun, wenn alle heterogenen Einheiten einer Stadt auch jeweils stadtspezifisch wären. Analytisch wird diese Hürde in der EdS-Perspektive offenbar so überwunden, dass Vielfalt vereinheitlicht wird, indem Städte (und ihre Heterogenität) zugleich den erklärenden Phänomenbereich *und* dessen erklärendes Prinzip sein sollen. Wollte man also erklären, weshalb Cuxhaven grundsätzlich anders sei als andere Städte, wäre die Erklärung, dass es die Cuxhavener Vergesellschaftung sei, die die Cuxhavener Bevölkerung präge: Es ist Cuxhaven, weil es Cuxhaven ist. [5]

2. Friedrich Engels: Der Bruch mit dem frühviktorianischen Slum-Diskurs

Eine zentrale Forschungshypothese der EdS-Perspektive ist, dass jegliche Praxis in Städten von der Prägung durch die eine städtische Struktur durchzogen ist und deshalb auch „quer zu den Milieus die Taxifahrer, Hochschullehrer, Tänzer und Priester etc. einer Stadt gemeinsame Praxisformen ausprägen“ (Löw 2008a: 82). So wird eine einheitliche Stadtgesellschaft konstruiert. Die alltäglichen Verflechtungen der Stadtbewohnerinnen und bewohner untereinander werden als durch die „kulturelle Disposition“ (Löw 2008a: 63) einer Stadt bestimmt vorgestellt – also von einem Korsett an gemeinsam geteilten Sitten und Gebräuchen bzw. überindividuellen Gefühls- und Geisteshaltungen sowie von „doxisch“ gewordenen Interpretationsmustern getragen konzipiert.

Der junge Friedrich Engels dagegen, daran hat jüngst noch einmal Walter Siebel (2012: 462) erinnert, machte in seiner Untersuchung über *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* (1845, im Folgenden: *Lage*) eine ganz andere Beobachtung. Er bemerkte: „Die Bourgeoisie hat mit allen andern Nationen der Erde mehr Verwandtes als mit den Arbeitern, die dicht neben ihr wohnen.“ Letztere „sprechen andre Dialekte, haben

andre Ideen und Vorstellungen, andre Sitten und Sittenprinzipien, andere Religion und Politik als die Bourgeoisie“; sie sind „allmählich ein ganz andres Volk geworden“ (Engels 1970: 351). Engels stellt also fest, es in den von ihm besuchten Städten offensichtlich mit unterschiedlichen sozialen Gruppen zu tun zu haben. Diese Gruppen unterscheiden sich nicht nur in Hinblick auf ihre soziale Lage und ihre räumliche Positionierung in den Städten, sondern auch in Hinblick auf ihre Praxis- und Identitätsformen. Eine Stadtgesellschaft ist demnach gar nicht als eine positive, erfahrbare *Einheit* zu haben. Engels' Entdeckung ließe sich abtun, indem sie als eine für vergangene Sozialverhältnisse gültige, aber für heutige Städte nicht mehr angemessene Situationsdeutung begriffen würde. So zu argumentieren aber bedeutet nicht nur, die anhaltende Relevanz sozialer Ungleichheit für die Organisation der Sozial- und Raumverhältnisse der Städte zu negieren sowie daran anhängige Prozesse der Identitätsbildung zu übersehen. Es bedeutet auch, die konzeptionelle Leistung der Abhandlung von Engels für eine auf „Stadt“ und „Städtisches“ konzentrierte Forschung zurückzuweisen. Seine Abhandlung geht über eine reine Situationsbeschreibung weit hinaus.

Ein Klassikerstatus in der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung kommt Engels' Untersuchung nicht zu, weil dort erstmals eine neue soziale Realität angesprochen worden wäre, nämlich das soziale Elend der in den „schlechten Vierteln“ (Engels 1970: 259) der wachsenden Industriestädte zusammengedrängten armen, arbeitenden und besitzlosen Bevölkerungsteile. Schon im frühen 19. Jahrhundert hatte die damals neue, später dann als „soziale Frage“ thematisierte Wirklichkeit einem beunruhigten Bürgertum „Anlass zur Sorge und *damit* zur Forschung“ (Lindner 2004: 13) gegeben. Konfrontiert mit dem Pauperismus und gruppiert um die Angst vor der Cholera wurde die Erforschung der unbekannteren, aber bedrohlich anmutenden Situation in den Wohnbezirken der unteren Klassen initiiert. Sie war der praktische Impuls für eine rege Forschungstätigkeit, die auf Überwachung und moralische Besserung der unteren Klassen zielte. Rückblickend kann diese Zeit als der Beginn einer sozialwissenschaftlichen Stadtforschung dargestellt werden, die mit den Techniken des Surveys, der Sozialstatistik und der Kartierung zu arbeiten beginnt (Lindner 2004: 27ff). Der Bericht von Engels, so legt es jedenfalls Rolf Lindner (2004: 31f) nahe, bewegt sich thematisch, methodisch und forschungspraktisch auf diesem Terrain. Wenn seinen Bericht überhaupt etwas vom „Slum-Diskurs der frühen viktorianischen Periode“ (Lindner 2004: 27) bzw. dem bürgerlichen Verlangen nach einem positiven Wissen über die physische, soziale und moralische Lage der arbeitenden Armen unterscheidet, dann dessen spezifische Parteinahme für „seine englischen Arbeiter“ (Lindner 2004: 30).

Tatsächlich stößt sich Engels an dem von ihm beobachteten Elend, und zwar in einer anderen Art und Weise, als es die von ihm verarbeiteten Enquêtes und Traktate tun. Letztere stören sich in Sorge um die bestehenden Sozialverhältnisse an den werktätigen Armen, ihren Krankheiten, Lastern und Ausschweifungen. Sie führen das Elend auf das Handeln und Verhalten der Elendigen zurück. Ihnen ist deshalb für eine Verteidigung der bestehenden sozialen Ordnung vor allem an einer moralischen

Besserung der unteren Klassen gelegen (vgl. Lindner 2004). Engels dagegen entsetzt sich über einen gesellschaftlichen Zustand, der massenhaftes Elend hervorruft und Devianz begünstigt, wenn nicht gar erzwungen (vgl. May 2008). Seine Analyse fällt deshalb als eine Anklage nicht der arbeitenden Armen, sondern der Umstände und Bedingungen aus, denen sie unterworfen sind.

Doch ebenso wenig wie in der Auseinandersetzung mit dem sozialen Elend wird es genügen, in der Parteilichkeit von Engels' Untersuchung die „klassisch“ zu nennende Leistung für eine sozialwissenschaftliche Stadtforschung ausmachen zu können. Klassikerstatus ist der Analyse vielmehr für die von ihr transportierte *Kritik* zuzusprechen. Sie erscheint als Parteinahme, erschöpft sich aber nicht darin. Die Parteilichkeit kann vielmehr erst selbst aus der eigentlich herausragenden Leistung der *Lage* erwachsen, nämlich: auf eine *spezifische Art und Weise* zugunsten einer neuen, veränderten Problemstellung mit dem tradierten „Slum-Diskurs“ der frühviktorianischen Proto-Stadtforschung zu brechen. [6]

Den Bruch organisiert Engels in der *Lage* in drei programmatischen Schritten. *Erstens* begnügt er sich weder mit einer beschreibenden, den Ist-Zustand dokumentierenden Darstellung der Slums, noch skandalisiert er konsequenzialistisch die vermeintlichen Folgen der proletarischen Misere für das Sozial- und Sittengefüge der Gesellschaft. Stattdessen lässt er eine Analyse der gesellschaftlichen *Voraussetzungen* der Misere in seine Untersuchung einfließen: Er zeigt auf, woher das Elend in den britischen Städten kommt. Historisch betrachtet, so Engels einfühend, ist es das Resultat der ineinandergreifenden Prozesse der Proletarisierung, der Industrialisierung und der Verstädterung. Strukturell betrachtet drücken die „proletarischen Zustände“ (Engels 1970: 232) eine Klassenspaltung der Gesellschaft aus: Entlang der Verfügung bzw. Nicht-Verfügung über „Lebensmittel im weitesten Sinne des Wortes“ (Engels 1970: 307) wird nach Engels eine Vergesellschaftungskonstellation erzeugt, die durch eine Ausbeutungsbeziehung zwischen den Klassen sowie durch Konkurrenzbeziehungen zwischen den Einzelnen innerhalb einer Klasse geprägt ist (Engels 1970: 306ff).

Mit seiner Schilderung der physischen, sozialen, räumlichen und sittlich-moralischen Lage der arbeitenden Klasse, die zugleich deren sozialgeschichtliche und sozialstrukturelle Voraussetzungen ins Bewusstsein hebt, gelingt Engels die weitgehende *Entpathologisierung und Dekulturalisierung* der proletarischen Misere (vgl. May 2008). Das Handeln und Verhalten der städtischen Unterklassen sowie die ihnen zugeordneten Moralvorstellungen und Rationalitätsstrukturen lassen sich nun mit Bezugnahme auf ihre Handlungssituation verändert auffassen. Sie müssen nicht länger als die Elemente einer nicht weiter hintergehbaren kulturellen Eigenart interpretiert bzw. unter Charakter und Tradition subsumiert werden. Stattdessen, so betont Michael May (2008: 30), werden in der *Lage* Lebensweisen als *Reaktion* auf gesellschaftliche Lebensverhältnisse verständlich gemacht. [7]

Zweitens erfahren die in der *Lage* geschilderten Lebensverhältnisse eine *Dynamisierung*. Sie werden nicht nur in ihrer geschichtlichen Gewordenheit präsentiert, sondern auch in ihrer Konflikt- und

Krisenhaftigkeit erfasst. Engels beschreibt die an den Städten beobachteten Sozialverhältnisse weder in zeitlicher Hinsicht als statisch noch in systemischer Hinsicht als stabil. Determiniert wirkt zwar die soziale Lage der städtischen Unterklassen, ihre sozial-räumliche Absonderung, ihr Verhalten und Handeln. Ungewiss aber erscheint die Reproduktion des bestehenden gesellschaftlichen Gefüges selbst. Die Situation in den britischen Städten – „der soziale Krieg, der Krieg Aller gegen Alle“ (Engels 1970: 257) im Allgemeinen, die proletarische Misere im Besonderen – Sorge dafür, dass man „sich über nichts wundert als darüber, daß das ganze tolle Treiben überhaupt noch zusammenhält“ (Engels 1970: 257). Denn eine Vergesellschaftung, die entlang einer Klassenstruktur organisiert ist und über Ausbeutungs- und Konkurrenzbeziehungen operiert, wird sich nur als ein Prozess vollziehen können, dem ökonomische Krisen (die permanent evozierte „Stockung“ in der „Produktion und Verteilung der Lebensmittel“, Engels 1970: 312) und politische Konflikte (die Auseinandersetzung zwischen den Klassen) den Takt vorgeben und der deshalb in Hinblick auf seine Verstetigung notwendig prekär bleiben muss.

Drittens wird mit dem Hinweis auf die Konflikt- und Krisenhaftigkeit, die den Sozialverhältnissen immanent sei, zugleich deren *Veränderungsmöglichkeit* angedacht. Engels schließt seine Untersuchung mit einer Diagnose ab, die ebenso Hoffnung ist: Wenn es so ist, dass die gegebenen Sozialverhältnisse prinzipiell instabil sind und die gesellschaftliche Dynamik durch Krisen und Konflikte bestimmt wird, werden auch Kräfte zu einer Überwindung dieser Verhältnisse von ihnen selbst hervorgebracht werden. Anders als der frühviktorianische „Slum-Diskurs“ ist Engels deshalb nicht auf ein Plädoyer für die Stillstellung des sozialen Geschehens mit den Mitteln der sozialen Kontrolle angewiesen, sondern kann sich mit den Mitteln der feuilletonistischen Polemik, der politischen Agitation und der soziologischen Aufklärung für eine Transformation des sozialen Geschehens einsetzen.

3. Kontroversen der Stadtforschung

Der Durchgang durch den von Engels in der *Lage* vollzogenen Bruch mit dem frühviktorianischen „Slum-Diskurs“ ist hier nicht gemacht worden, um unmittelbar an dessen zeitdiagnostische Beobachtungen oder politische Hoffnungen anzuknüpfen. Noch erwächst daraus zwangsläufig die Forderung nach dem Primat eines politisch-ökonomischen Paradigmas in der Stadtforschung. Allerdings sollte deutlich werden, dass Engels' Gebrauch von dem, was in Folge von ihm und anderen als marxistische Gesellschaftstheorie ausgearbeitet worden ist, ihm eine kritische Haltung in der Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse in Städten und gegenüber der etablierten Art und Weise ihrer Untersuchung einzunehmen erlaubte: Zum einen wird so möglich, sozialgeschichtliche und sozialstrukturelle *Voraussetzungen* für das aktuelle Sozialgeschehen in den Städten zu berücksichtigen. Zum anderen wird so der Blick für eine krisen- und konfliktvermittelte *Dynamik* der gesellschaftlichen Verhältnisse geschärft. Damit ist drittens eröffnet, gesellschaftliche Verhältnisse in den Städten nicht als unumstößlich gegeben, sondern sowohl als sich

verändernd als auch als *veränderbar* zu begreifen.

Sollen diese Momente in eine Analyse des Städtischen einfließen, aber auf eine politisch-ökonomische Tradition verzichtet werden, ginge es darum, auf konzeptionellem Gebiet zu einem funktionalen Äquivalent zu kommen. Wird allerdings auf einen politisch-ökonomischen Deutungsrahmen verzichtet *und* fehlt es an entsprechenden Theorieäquivalenten, tendiert eine sozialwissenschaftliche Stadtforschung dazu, sich selektiv auf augenfällige Trends im städtischen Sozialgeschehen und deren Verräumlichungen zu konzentrieren sowie einseitig die Stabilität des Beobachteten hervorzuheben. Das möchten wir im Folgenden an drei Themen der Stadtforschung und in Auseinandersetzung mit der EdS-Perspektive demonstrieren: an (a) der Auseinandersetzung um den Stadtbegriff, an (b) der Konzeption des Verhältnisses von Raum und Gesellschaft und an (c) der Frage nach einer Erlebbarkeit des Städtischen und daraus abgeleiteten Schlüssen über Differenz und Eigenart.

(a) Der Stellenwert des Stadtbegriffs in der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung

Forschungsziel der eigenlogischen Überlegungen ist es, die „Eigenlogik der Städte als spezifische Entwicklung einer Stadt und daraus resultierende kreative Kräfte der stadtspezifischen Strukturierung von Praxis“ (Löw 2008b: 49) aufzuschlüsseln. Mit diesem Forschungsinteresse schließt die EdS-Perspektive u.a. an die „*accomplishment of place literature*“ (Kaufman/Kaliner 2011: 121) der englischsprachigen Urban Studies an. Hält man sich an den programmatischen (und vielzitierten) Aufsatz *History Repeats Itself, But How? City Character, Urban Tradition, and the Accomplishment of Place* (Molotch et al. 2000), gibt auch dort die Idee von erfahrbaren und durch Handeln und Verhalten reproduzierten „*place differences*“ (Molotch et al. 2000: 791) zugleich die Ausgangsüberlegung und den Gegenstand der Untersuchung. Auch dort wird methodisch der Städtevergleich präferiert. Auch dort soll schließlich die analytische Leistung darin bestehen, die zwar wahrnehmbaren, aber zunächst diffus bleibenden Unterschiedlichkeiten im Erleben von Orten näher zu bestimmen und erklären zu können, „*how places achieve coherence and how that coherence reproduces itself*“ (Molotch et al. 2000: 792). In synchroner Perspektive (also in Hinblick auf die gedachte Verknüpfung einzelner Elemente zu einem Beziehungsgefüge) wird dafür zunächst ein je spezifischer „city character“ der untersuchten Städte in den Blick genommen. In diachroner Perspektive (also in Hinblick auf die angenommene Formation und Reproduktion dieses Gefüges in Zeit und Raum) wird zur Aufgabe gestellt, die angenommene, je spezifische *urban tradition* der untersuchten Städte zu rekonstruieren.

Als gesellschaftstheoretischer Zugang zu den zentralen sozialtheoretischen Fragen „*How do unlike elements conjoin?*“ und „*How does continuity happen?*“ (Molotch et al. 2000: 792) wird in der Untersuchung auf die Begriffshaushalte der *actor-network theory* und der Strukturations-*theorie* verwiesen. Tatsächlich aber liest sich die Analyse eher wie ein Versuch, Regionalgeschichte als eine Geschichte von Pfadabhängigkeiten

zu rekonstruieren. Diese ergeben sich auch und vor allem aus der Konkurrenz zwischen sozialen Gruppen um die Durchsetzung ihrer ökonomischen und politischen Zwecke im Umgang mit allgemein-gesellschaftlichen, als „*outside forces*“ (Molotch et al. 2000: 794) beobachteten Bedingungen (hier: mit dem Ölgeschäft und dem staatlichen Autobahnbau). Dass die Pfadabhängigkeiten, die im Alltagsbewusstsein als „Charakter“ und „Tradition“ von Orten erscheinen, an *Städten* untersucht werden, folgt dabei insgesamt wohl eher forschungspragmatischen denn konzeptionellen Überlegungen und lässt sich ebenso gut für andere Räume nachvollziehen (dazu Kaufman/Kaliner 2011).

Die Konzeptliteratur der EdS-Perspektive geht andere Wege. Sie stellt keinen explizit gesellschaftstheoretisch gewählten Zugang zu ihrem Forschungsfeld heraus. Sie geht zwar auch (u.a. mit Rekurs auf Molotch et al. 2000, vgl. Löw 2008: 17) von *place differences* (bzw. *differences between cities*) aus, steht einer Rekonstruktion von Pfadabhängigkeiten und daran gebundenen Akteurskonstellationen zur Erklärung dieser Unterschiedlichkeiten allerdings skeptisch gegenüber (vgl. Löw 2008: 94f). Stattdessen erneuert sie das Selbstverständnis der traditionellen sozialwissenschaftlichen Stadtforschung, mit „Stadt“ und „Städtischem“ über einen Gegenstandsbereich zu verfügen, der eigenständig, von allgemeingesellschaftlichen Bezügen entkoppelt und selbst erklärungs mächtig für das Sozialgeschehen der Städte sein soll. Statt „*every society [...] produces space, its own space*“ (Lefebvre 1991: 31) heißt es dort nicht nur in beschreibender, sondern auch in erklärender Absicht: „*every city has a life of its own*“ (Berking 2008: 29). Von der EdS-Perspektive wird deshalb ein *starker Stadtbegriff* verwendet. Ähnlich wie einst in der von Louis Wirth (1938) ausformulierten Stadttheorie der späten Chicago School der Stadtsoziologie wird einem Gegenstandsverständnis von „Stadt“ gefolgt, das über die weitgehend unbestimmt bleibenden und von sozialgeschichtlichen wie sozialstrukturellen Bezügen losgelösten Merkmale der Größe, Dichte und der Heterogenität verläuft (z. B. Berking/Löw 2008a: 9; zur Anlehnung der EdS-Perspektive an den Stadtbegriff von Wirth vgl. auch Siebel 2013).

Zugleich radikalisiert das eigenlogische Forschungsprogramm diese Ausgangsposition um eine kultur-räumliche Provinzialisierung des Stadtbegriffs. Der EdS-Perspektive ist es anders als der Chicago School nicht länger nur an der Funktionsweise *der* Stadt und an den Auswirkungen eines „*urbanism as a way of life*“ (Wirth 1938) auf die Lebensvollzüge der Einzelnen gelegen. Stattdessen behauptet sie die *je spezifische* Funktionsweise einer *jeden* Stadt und möchte die „Auswirkungen der jeweiligen Stadt auf Wahrnehmen, Denken, und Handeln ihrer Bewohner“ (Löw 2008a: 68) untersuchen. Städte und ihre Problemlagen erscheinen so nicht von den Charakteristika und Regelmäßigkeiten einer je gegebenen Gesellschaftsformation oder -epoche und deren Konstitutions-, Konflikt- und Krisenmomenten her erklärt. Sondern umgekehrt wird von den angenommenen, überzeitlich gegebenen und omnipräsenten Eigenschaften einer Siedlungs- und Sozialform Stadt sowie von nicht weiter hinterfragbar erscheinenden, unterschiedlichen kulturellen Eigenarten der Städte auf die Charakteristika und Regelmäßigkeiten des

menschlichen Zusammenlebens in den Städten geschlossen. So erscheint eine „individuelle Gestalt“ von Städten wie naturwüchsig gegeben und als deren beständiger und zukunftsbestimmender Charakterzug, die „Eigenlogik der Städte“ als Schicksal. Die tatsächliche Ausbildung von lokal gebundenen normativen Ansprüchen, Wertvorstellungen und „Gefühlsstrukturen“ im Zusammenhang mit ökonomischen Strukturmustern, sozialen Bewegungen und politisch-ideologischen Konflikten bleibt unthematisiert. Die angenommene „Eigenlogik der Städte“ wirkt somit unverbrüchlich und unveränderbar. [8]

Unter dem Eindruck der politischen („1968“) und der ökonomischen („1973“) Krise dagegen hatte sich in den 1960er und 1970er Jahren eine Skepsis gegenüber statisch und stabil ausfallenden Stadtverständnissen entfaltet. In Folge verzichtete die sozialwissenschaftliche Stadtforschung zunehmend auf eine Theorie der Stadt, der vermeintlich gesellschaftsunabhängige bzw. neutrale Attribute von „Stadt“ zugrunde liegen, die aber dennoch zur Erklärung des „städtischen“ Sozialgeschehens taugen soll. Stattdessen wurde zum einen begonnen, Stadt eher als Repräsentationsraum bzw. als „Katalysator, Filter oder Kompressor gesellschaftlicher Entwicklungen“ (Häußermann/Siebel 2004: 100) auszudeuten, um am Themenkomplex Stadt Antworten auf konflikt- und krisenzentrierte, *gesellschaftstheoretisch* begründete Fragestellungen geben zu können. Zum anderen wurde dazu übergegangen, einen historisch ausgeprägten Stadtbegriff zu gebrauchen, der die jeweilige gesellschaftliche Rolle und Bedeutung von „Stadt“ verfolgt: „Eine Stadt ist, was eine historische (spezifische) Gesellschaft sie zu sein bestimmt [...]. Ein historischer Stadtbegriff muß der jeweiligen gesellschaftlichen Bedeutung der Stadt gerecht werden können.“ (Krämer-Badoni 1991: 27)

Mit diesen zwei Bewegungen verändert sich nicht nur das Wissen über Städte; es verändert sich auch das Wissen über den Stellenwert der Frage „Was ist Stadt?“. Statt ihr mit fest fixierten, positiven Merkmalen von der Stadt und dem Städtischen beikommen zu müssen und ihre Beantwortung als Grundlage für Stadtforschung vorauszusetzen, kann verfolgt werden, wie und warum als „Stadt“ bezeichnete Raum- und Sozialverhältnisse im gesellschaftlichen Prozess hergestellt werden und welche gesellschaftliche Problematiken sich in den Stadtkonzeptionen der Sozialwissenschaften widerspiegeln (vgl. Krämer-Badoni 1991). [9]

b) Eigenlogik als neues Etikett der Landschaft? Zum Verhältnis von Raum und Gesellschaft

Die Besonderheit von Orten und Räumen als „individuelle Ganzheiten“ (Eisel 2005: 16) zu erkennen und zu beschreiben, ist bereits mit verschiedenen Konzepten versucht worden. „Landschaft“ ist eines davon. Das Konzept „Landschaft“ stand bis in die 1960er Jahre hinein im Zentrum des idiographischen Paradigmas der Geographie, nach dem die Individualität einzelner Raumausschnitte beschrieben werden sollten. Gesellschaftliche Voraussetzungen für die Entstehung und den Wandel der untersuchten Räume wurden kaum expliziert. Es wurde über Raum *statt* über Gesellschaft geredet, nicht über ihre gegenseitige Konstitution.

Die EdS-Perspektive weist Parallelen zur Landschaftsforschung auf (s. auch Michel 2009). Wie die Suche nach Differenzen zwischen Städten sowie die Beschreibung der „Stadt als Ganzes“ (Berking 2008: 22) und folglich die Suche nach der „Einheitsherstellung heterogener Orte als Stadt“ (Berking/Löw 2005: 12) auf die dichte Beschreibung von *Eigenarten* einzelner Städte zuläuft, geht es der Landschaftsforschung um Eigenarten von Räumen; wie die EdS-Forschung ging die Landschaftsforschung der Geographie über die reine Inventarisierung der Spezifika eines bestimmten Raumausschnittes hinaus, die als Ergebnis eines spezifischen Mensch-Natur-Anpassungsverhältnisses konzipiert wurden: Sie beinhaltete auch eine Beschreibung der ästhetisch erfahrbaren, schönen und harmonischen Landschaft – also der stimmigen Einheit von „Land und Leuten“. Landschaften wurden als „beseelt, charakter- und ausdrucksvoll“ (Hard 2001: 6) begriffen. Ähnlich wird die „Eigenlogik der Städte“ mit einem „Seelenzustand“ (Löw 2011) oder mit dem „Charakter einer Stadt“ (Löw/Noller 2010: 257) in Beziehung gesetzt.

Ulrich Eisel (2005: 16) verweist darauf, dass auch heute noch als Gegenreaktion auf eine fortschreitende, rationalisierende Modernisierung „die Idee der Landschaft mit neuen Etiketten an jeder Ecke wieder erfunden“ wird; und „Eigenlogik“ mag eine dieser Etiketten sein. In der Geographie ist das landschaftliche Denken jedoch in den letzten Dekaden aus mehreren Gründen verworfen worden: *Erstens* fiel jegliches generalisierende Theoretisieren schwer, da das landschaftliche Erleben als subjektives begriffen wurde. Entweder konnten daher keine generalisierten Aussagen gemacht werden oder die gemachten Verallgemeinerungen verschleierten die subjektive Perspektive und damit in der Regel auch die ihnen zugrundeliegenden Machtverhältnisse (Werlen 1995: 167). Werden heterogene, subjektive Wahrnehmungen dagegen zu einer Landschaft (oder eben zu einer „Eigenlogik der Städte“) zusammengeführt, fungieren diese Einheitskonstruktionen [10] als Mythen, die gesellschaftliche Ungleichheiten erklären und zugleich spezifische Herrschaftsverhältnisse stabilisieren. Diese Kritik spitzt Gerhard Hard im Anschluss an Benjamin Davy folgendermaßen zu: „Raum-Mythen verführen zu einwandimmunen Glaubensgewissheiten [...] sie verbinden ihre Gläubigen zu Glaubensgemeinschaften, welche dann den Immuneffekt noch steigern. Im gleichen Zug trennten Raum-Mythen das Eigene und die Eigenen von dem Anderen und den Anderen ab [...].“ (2001: 3) Folglich transportiert die Vorstellung einer harmonischen Einheit *zweitens* eine Unterscheidung in die einen, passenden (richtigen) und die anderen, unpassenden (falschen) Elemente. Gesellschaftliche Prozesse der Exklusion können eventuell noch thematisiert, aber nicht kritisiert werden. Exklusion wird zur Folge mangelnden Anpassungsvermögens erklärt. Ein- und Ausschlüsse werden so zu typischen Charaktermerkmalen des Raumes naturalisiert. Benno Werlen (1995: 165) formuliert es so: „Das was sein soll, wird nicht als diskursiv legitimierbare Forderung formuliert, sondern als ‚Wesen der Sache‘ hingestellt.“ Übertragen auf die Konstruktion einer „Eigenlogik der Städte“ ließe sich sagen: Es sind weder diskursive Möglichkeitsfelder noch machtdurchdrungene soziale Auseinandersetzungen, die städtischen Prozessen zugrunde liegen, sondern eine

„Seele“ der Stadt selbst.

Drittens wird das erhabene Gefühl des Erlebens der „schönen Landschaft“ mit der Präsenz von etwas Großem, Ursprünglichem, möglicherweise sogar Heiligem verbunden (Eisel 2009, Hard 2001). Das, was in der Landschaftsforschung als „konkrete Natur“ dargestellt wird, ist laut Eisel das eigentlich abstrakt Abgeleitete aus dem Metaphysischen. [11] Statt den Raum als sozial produziert konzipieren zu können, wird er so als Ergebnis metaphysischer Kräfte aufgefasst, die selbst keiner weiteren Erklärung bedürfen und nicht gesellschaftlich veränderbar sind. *Viertens* hatten diese Momente der Landschaftskonzeption eine konservative Haltung zur Folge, mit der die Bewahrung des Status quo – der individuellen Ganzheiten als „Spiegel gelungenen Lebens“ (Eisel 2005: 16) – gegenüber dem Fortschritt befürwortet wird. Weder die Erläuterung des ausschlaggebenden sozialen Produktionsprozesses des Raumes noch das Ausloten möglicher Alternativen konnten Ziele der Landschaftsforschung sein (zum protokollierenden Charakter der EdS-Perspektive wiederum s. Özkan 2011). *Fünftens* ist die Idee einer räumlich konstituierten harmonischen Einheit vor dem Hintergrund zunehmender Individualisierung, höherer räumlicher Mobilität, neuer Kommunikationsmedien und entzauberter Natur endgültig unplausibel geworden (Werlen 1995). Der Landschaftsforschung wurden aus diesen Gründen zunehmend zwei entscheidende Aspekte raumbezogener Forschung abgesprochen: sie galt als grundlegend unwissenschaftlich und als gesellschaftlich irrelevant (Sedlacek 1979).

Im Umkehrschluss impliziert die Kritik an der Landschaftsforschung, in der „Landschaft“ mehr als eine Metapher für eine lokale, sichtbare räumliche Anordnung ist, Forderungen nach anderen Analysemodi lokaler Räume. Auf einer übergeordneten Ebene wird die *gesellschaftliche Erklärung der Herstellung und Veränderung räumlicher Verhältnisse* eingefordert. Das bedeutet zum einen, Räume nicht nur zu beschreiben und möglicherweise zu inventarisieren, sondern ihre spezifische Ausformung herzuleiten und somit den gesellschaftlichen Kontext zu berücksichtigen. Zum anderen heißt es, Prozesse der Ausformung durch soziale Bedingungen zu erklären, nicht etwa durch Natur oder gar etwas Heiliges.

Die Suche nach Konzepten zur Analyse der komplexen Produktionsmechanismen lokaler Räume hat u. a. zum *scale*-Konzept geleitet. Mit ihm können Städte und andere lokale Räume als eine Ebene in einem weiten Netz von sich gegenseitig durchdringenden Maßstabebenen verstanden werden. Anders als die EdS-Forschung, die sich vor allem auf lokale Erzählungen konzentriert und sonstige Städte jeweils nur als das Andere begreift (s. Löw 2008b: 43), zielt die Konzeption des Lokalen als eine spezifische *scale* – befreit vom Mythos der Einzigartigkeit – nicht auf Abgrenzung, sondern auf den wirkungsmächtigen Bezug zu anderen *scales*. Eine *scale*-sensible Analyse und die Annahme von überlokalen Kräften sind somit nicht als Gleichmacherei zu verstehen (so wie es in der EdS-Konzeptliteratur stellenweise suggeriert wird, wenn eine Subsumtionslogik der Stadtforschung deklariert wird, vgl. Berking/Löw 2005, 2008a). Stattdessen ermöglicht die Aufmerksamkeit für skalare

Abhängigkeiten erst, die dauerhafte Praxis räumlicher Zuordnungen zu erforschen. Die *scale*-Literatur hat in diesem Zug theoretisch und empirisch gezeigt, dass die Zuordnungen dauerhaft umkämpft sind und somit ständig hinterfragt, verteidigt oder überformt werden (z. B. Bernt/Görg 2008, Marston 2000, Swyngedouw 1997) – aber auch, dass unterschiedliche Orte sich gegenseitig konstituieren. Diese Frage nach der Ko-Konstitution unterschiedlicher Orte leitet über zur Konzeption der Unterschiedlichkeit als Differenz bzw. Eigenart.

c) Stadt als erlebter Raum? Zum Widerspruch zwischen Differenz und Eigenart

Mit der Betonung skalarer Zuordnungen wird deutlich: „*No longer is localism, no matter how contextualized, sufficient.*“ (Mitchell 2001: 270) Die Kritik an einer verklärenden Landschaftsforschung übersieht indes nicht, dass das Lokale etwas Verlockendes hat: „*the lure of the local*“ (Mitchell 2001) basiert maßgeblich auf der Erfahrung, Räume kennenlernen und sich aneignen zu können. Es geht aus einer kritischen Perspektive allerdings darum, gerade diese Verlockung zum Untersuchungsgegenstand zu machen, statt sie selbst hervorzubringen bzw. zu untermauern: Welche unterschiedlichen Ortsvorstellungen existieren gleichzeitig? Von welchen lokalen Ereignissen werden sie gespeist? Zu welchen lokalen Allianzen und Ausschlüssen führt das? Welche Prozesse werden durch diese Verlockung beeinflusst? Wie wird sie politisch, ökonomisch oder medial gesteuert?

Die Herausforderung, auf der einen Seite das subjektive Erfahren von Räumen in die Forschung einzubeziehen und auf der anderen Seite generalisierte Aussagen machen zu können, beschäftigt die Raum- und Stadtforschung schon lange. Während diese Aufgabe in der EdS-Perspektive mit dem räumlichen Schnitt auf Stadtebene gelöst wird – das Erleben des Raumes wird zu einer städtischen Einheit verallgemeinert, jenseits jeder Stadt für sich werden Generalisierungen konzeptionell verunmöglich –, sind namentlich in der *place*- bzw. Orts-Debatte diverse Herangehensweisen vorgeschlagen worden. Differenz wird hier nicht räumlich, sondern sozial aufgefasst und die Herausbildung von Differenz sozialtheoretisch hergeleitet. Für die Konzeption von sozialen Verhältnissen impliziert das die permanente Thematisierung von eventuellen Reibungsflächen und Konflikten; für die Konzeption der Orte selbst impliziert es, sie als Punkte innerhalb eines weiten Netzes von verschiedenen Räumlichkeiten zu begreifen, die sich – dann als „Ort“ ansprechbar – *temporär* auf spezifische Weise überlagern (Pred 1984, Allen et al. 1998, Massey/Thrift 2003). Orte werden so weder auf eine räumliche Zuordnung fixiert noch als ausschließlich eigenständig verstanden. Das unterscheidet sich wesentlich von der Annahme einer lokalen Eigenlogik, für die es heißt: „Städte sind nicht Mischungen vorgefertigter gesellschaftlicher Ingredienzen, sondern sie bringen ihre Ingredienzen (und das Wirkungsgefüge ihrer Komponenten) in einem hohen Maße eigenmächtig und in vielem auch selbst hervor.“ (Gehring 2008: 157)

Wenn von *places* oder Orten die Rede ist, wird der Blick darauf gelenkt,

dass Räume nicht nur quantifiziert oder rational erklärt werden können, sondern auch sinnlich erfahrbar, mit subjektiven Imaginationen aufgeladen und von individuellen Geschichten geprägt sind. Diese Dimensionen beeinflussen die Vorstellungen von Gesellschaft und von Veränderbarkeit räumlicher Verhältnisse. Es geht darum, „*place as historically contingent process*“ (Pred 1984) zu begreifen. Dabei stellt sich jedoch „*the thorny ,problem‘ of specificity and uniqueness, of the significance of these and of how (indeed whether) they can be ,scientifically‘ analysed*“ (Massey/Thrift 2003: 276). Die Diskussion um die Frage nach Relevanz, Status und Erforschbarkeit lokaler Besonderheit führte zu einem Ortsverständnis, mit dem Orte als dynamische, umkämpfte und veränderbare Prozesse begriffen werden. Infolgedessen liegt ein zentraler Analysefokus auf Ortspolitiken bzw. den *politics of place* (z. B. Wissen et al. 2008, Martin 2003, Keith/Pile 1993, Agnew 1987). Die wissenschaftlichen Arbeiten in diesem Kontext eint die Annahme, gerade entlang von Streitfragen Orte beschreibbar und ihre Bedeutung für Veränderungen greifbar machen zu können. Denn in Konflikten zeigt sich, wie latentes Wissen über Orte aktiviert und politisiert wird – wie das lokale Umfeld wahrgenommen, wie dieses Wissen artikuliert und vernetzt und eine temporäre Übereinstimmung verschiedener Ortsverständnisse produziert werden (vgl. Pierce et al. 2010).

Welche Folgen hat ein solches Herangehen an die als einzigartig empfundenen Orte für die Thematisierung von Differenz und Besonderheit in der Stadtforschung? Weil Orte individuell als einzigartig erlebt und daraus Ansprüche und entsprechende Praktiken abgeleitet werden, ist eine unmittelbare Schlussfolgerung, dass Städte gerade durch eine *Heterogenität* von Erfahrungsräumen gekennzeichnet sind. In der EdS-Perspektive wird Einzigartigkeit auf die pleonastische Konsequenz hin ausgedeutet, dass Städte sich unterscheiden – eine Perspektive, mit der „systematische Blindstellen“ (Berking/Löw 2008a: 12) in der Stadtforschung überwunden werden sollen. Die Identifikation einer Differenz-betreffenden Blindstelle verwundert, da alle Versuche, Stadt und Urbanität konzeptionell zu fassen, Differenz in Form von Gleichzeitigkeit des Unterschiedlichen oder in Form von Ungleichheit zum Thema machen. Zum einen wird oftmals das Städtische selbst so umrissen: „*The urban [...] is a difference, or rather, an ensemble of differences.*“ (Lefebvre 1996: 131, Herv. i. O.) Zum anderen werden Differenzen zwischen Städten wiederum in der vergleichenden Stadtforschung umfassend untersucht (u. a. Vogelpohl 2013, Nissen 2002, Walton 1975).

Die Festlegung, Differenzen gerade und ausschließlich auf Ebene der Stadt suchen zu wollen, verschließt Zugänge zu den vielschichtig gelagerten sozialräumlichen Differenzen. Vor dem Hintergrund empirisch gut belegter Argumente zu zunehmender Polarisierung, Ent-Solidarisierung und Fragmentierung der Städte sowie zur intensivierten räumlichen Mobilität (z. B. Butterwegge 2011, Holm 2008, Scott 2008b, Peach 2003) erscheint die Festlegung auf Differenzen zwischen Städten als Unbekümmertheit gegenüber städtischen Wirklichkeiten. Zudem wurde in einer Studie über Repräsentationen der Stadt von Newcastle upon Tyne festgestellt, dass noch nicht einmal in übergeordneten städtischen Leitbildern

ein „*sense of the particular quality of cityness of Newcastle*“ (Vigar et al. 2005: 1403) entdeckt werden konnte: Es gab im Grunde keine Aussagen über die Gesamtstadt und stattdessen Ausführungen über kleinere Einheiten wie Quartiere. Die Ausblendung von Differenzen ist folgerichtig auch eine der häufigsten Kritiken an der EdS-Perspektive (u.a. Lossau 2012, Höhne 2011, Lorenz 2011).

Die theoretische Unterscheidung zwischen Differenz und Eigenart kann den Umgang mit sozialräumlicher Komplexität erleichtern: „*Theses on difference cannot be separated from theoretical conceptions of the relation between particularities and differences.*“ (Lefebvre 2008: 111, Herv. i. O.) Im Vergleich zu Eigenarten seien Differenzen sozial begründet, so Lefebvre. Das bedeutet nicht, dass es keine Eigenarten geben kann. Es bedeutet vor allem, dass diese in den Sozialwissenschaften – und so auch in der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung – als Differenzen zu konzipieren sind, damit der gesellschaftliche Zusammenhang zwischen Unterschiedlichem reflektiert werden kann. Differenzen als sozial begründet zu begreifen bedeutet mehr als das methodische Vorgehen, Unterschiede im Vergleich von zwei oder mehr Aspekten erkennen zu können. Differenzen als sozial begründet zu begreifen bedeutet, das Verbindende zu erkennen und als ursächlich für die Herausbildung von Unterschiedlichkeit begreifen zu können: Geschlechterdifferenzen gibt es, *weil* sozial zwischen Geschlechtern mit verschiedenen Machtdispositionen unterschieden wird; es gibt regionale Wachstumskerne, *weil* auf Arbeitskräfte oder Investitionen aus anderen Regionen zurückgegriffen werden kann. Differenzen können nicht für sich und nur aus sich selbst heraus erklärt werden. In der kritischen Stadtforschung liegt die Aufmerksamkeit bei der Erklärung von Ursprüngen städtischer Prozesse und der Analyse ihrer Konsequenzen entsprechend auf Differenzen – auf dem gesellschaftlichen Zusammenhang zwischen Unterschiedlichem, der in einem Spannungsverhältnis von Wandel und Kontinuität steht.

Fazit

Eine kritische Haltung gegenüber aktuellen Tendenzen der Stadtentwicklung sowie in der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung einzunehmen, setzt Überlegungen zu ihren analytischen Möglichkeiten und methodischen Wegen voraus. Solche Überlegungen werden nicht darauf hinauslaufen können, einer kritischen Stadtforschung einen festen Kanon an Methoden, Themen und Theorien der Analyse vorzugeben. In Auseinandersetzung mit vergangenen und gegenwärtigen Beiträgen zur Stadtforschung aber haben wir einige Ausgangspunkte benannt, die für eine kritische Analyse noch vor jeglicher Entscheidung für eine spezifische Fallstudie oder für einen spezifischen Theorieansatz zum Tragen kommen.

Die Untersuchung von Friedrich Engels über *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* (1845) verweist auf ein konzeptionelles Arrangement, mit dem die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die konflikt- und krisenvermittelten Dynamiken sowie die Potenziale der Veränderung analytisch berücksichtigt werden können. So konnte sein Herangehen an die Realität der Städte einseitige Aussagen und davon ausgehende

Tendenzen vermeiden, die bestehende Raum- und Sozialstruktur der Städte zugunsten ihrer Perpetuierung festzuschreiben.

Erkenntniseffekte der Verwendung eines starken Stadtbegriffs, der nicht auf seine gesellschaftlichen Voraussetzungen hin überprüft wird, haben wir an den programmatischen Vorschlägen zu einer „Eigenlogik der Städte“ und dem dort vollzogenen einseitigen und stabilitätsorientierten Zugriff auf die „städtisch“ genannten Raum- und Sozialverhältnisse aufgezeigt. Eine kritisch orientierte sozialwissenschaftliche Stadtforschung dagegen – so möchten wir abschließend zuspitzen – verzichtet auf einen starken, zur Erklärung von Stadtentwicklungsprozessen verwendeten Stadtbegriff. Stattdessen bemüht sie sich um eine Reflexion der gegenseitigen Konstitution von Stadt, Raum und den aktuellen wie historischen sozialen Verhältnissen. Mit der Thematisierung von *scale* und *place* stehen ihr dafür einige Ansatzpunkte zur Verfügung. Und schließlich sei betont, dass die Grundlagen und der Prozess der Herausbildung gesellschaftlicher Unterschiede mindestens ebenso in den Blick zu nehmen sind wie das Ergebnis solcher Differenzierungen.

Eine intensiviertere Diskussion über kritische Stadtforschung könnte vor diesem Hintergrund zur konzeptionell-methodologischen (Selbst-) Verständigung unter denjenigen beitragen, die ihre sozialwissenschaftliche Stadtforschung nicht nur als Dokumentieren und Erläutern, sondern auch als Moment der Veränderung begreifen. Wofür wird das Label „Stadt“ auch in kritisch gemeinter Forschung instrumentalisiert? Wie werden tatsächlich die vielschichtigen Herstellungsmechanismen von Differenz herausgearbeitet? Welchen Stellenwert hat die Erkundung möglicher Alternativen zu den untersuchten Problemstellungen? Wenn diese Fragen in Zukunft noch deutlicher beantwortet werden können, könnte auch die Zugänglichkeit kritischer Perspektiven für Interessierte aus politischen Initiativen und der Wissenschaft erhöht werden.

Endnoten

- [1] Für eine ausführliche, kritische Diskussion der EdS-Perspektive aus raum-, kultur- und sozialwissenschaftlicher Sicht siehe die in Kemper/Vogelpohl (2011a) versammelten Beiträge sowie Siebel (2013).
- [2] Mit „Doxa“ werden jene Annahmen und Überzeugungen beschrieben, die in einer Gesellschaft weitgehend unhinterfragt bleiben, dementsprechend als wahr und richtig gelten und letztlich auch Denk- und Handlungsstrukturen prägen.
- [3] Das bedeutet zwar nicht, dass Städte in der EdS-Perspektive durchweg als homogen konzipiert werden; es bedeutet vielmehr dass das, was mit „Eigenlogik“ angesprochen werden soll, die vermuteten einheitlichen Strukturen sind, die jeder Stadt eigen seien.
- [4] Stefan Höhne (2011: 55) zeigt die Widersprüchlichkeit dieser Doppelbewegung auf: Die EdS-Perspektive „verabschiedet sich einerseits von jeglicher Subsumtionslogik [...], fordert dies[e] auf der Ebene der Universalität eigenlogischer Strukturen einer Stadt rigoros wieder ein.“

- [5] Angesichts dieser Konzeption einer „Eigenlogik der Städte“ wäre eigentlich zu bezweifeln, dass es sie tatsächlich gibt. An manchen Stellen wird die Idee einer „Eigenlogik der Städte“ auch vorsichtig als „Arbeitsbegriff“ benannt (Löw 2008b: 40) und weiterhin als hypothetisch deklariert. Das steht allerdings im starken Widerspruch zu klaren Aussagen über die Beschaffenheit der suggerierten „Eigenlogik der Städte“ und daraus abgeleiteten Vorschlägen für die Stadtforschung (z. B. Berking 2008: 23, 29, Löw 2008b: 43ff).
- [6] So ähnlich Hans Zeisel (1975: 117): „Ihre große Bedeutung liegt nicht in der Originalität der Erhebungsmethoden oder des Materials, sondern in der Art der Verarbeitung. Denn hier wird zum erstenmal der Versuch unternommen, die einzelnen Merkmale nach einer bestimmten soziologischen Problemstellung zu ordnen, im vorliegenden Fall nach der des Klassenkampfes. Darin liegt die Eigenart dieses Werkes, dessen politische Wirkung ungewöhnlich groß war.“
- [7] Inwieweit das auch für das von Engels in Anschluss an den zeitgenössischen „Slum-Diskurs“ getroffene Urteil über den vermeintlichen irischen „Volkscharakter“ (Engels 1970: 265) als (mit-)verantwortlich für das Elend der irischstämmigen Anteile der städtischen Unterklassen gilt, ist umstritten (dazu Lindner 2004, May 2008).
- [8] Dieser Effekt wird besonders deutlich in der eigenlogisch orientierten Lesart der Untersuchung *A Tale of Two Cities: Global Change, Local Feeling, and Everyday Life in the North of England – A Study in Manchester and Sheffield* (Taylor et al. 1996); vgl. dazu ausführlicher Kemper/Vogelpohl 2011b: 27ff.
- [9] Max Weber sprach demnach über die mittelalterliche Stadt, um an ihr die Herausbildung bürgerlicher Verbände begreifen zu können; Georg Simmel las an der Großstadt um 1900 sozialpsychologische Einflüsse der Modernisierung ab; Henri Lefebvre entdeckte im Paris der „1968er“ das Potenzial des kollektiven Kampfes für eine veränderte, „vollständig urbanisierte“ Welt etc.
- [10] Ein ähnliches Argument könnte auch in Bezug auf das Logikkonzept der EdS-Perspektive gemacht werden: Unabhängig davon, dass Löw (2008a: 76) Logik als implizite Ordnung bzw. verborgene Struktur (im Gegensatz zu einer rationalen Gesetzmäßigkeit) verstanden wissen möchte, kann vielleicht folgende Kritik an einem Kohärenz vortäuschenden, reduktionistischen und homogenisierenden sowie strukturalistisch gebrauchten Logikkonzept auf die EdS-Perspektive übertragen werden:
- „logic characterizes a double imposition of force: first in order to maintain a coherence and, later, in the shape of reductionism, in the shape of the strategy of homogenization and the fetishization of cohesiveness in and through reductions of all kinds“*
(Lefebvre 1991: 411).
- [11] Wenn beispielsweise etwas Göttliches/Heiliges als gegeben begriffen wird, ist Gott das Konkrete und die durch ihn geschöpfte Landschaft seine Abstraktion (dazu Eisel 2009: 28f).

Autor_innen

Jan Kemper, Sozialwissenschaftler, hat folgende Forschungsschwerpunkte: Methodologie, Konzeptstruktur und Geschichte sozialwissenschaftlicher Stadtforschung und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Humangeographie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

kontakt: kemper@geoem.uni-frankfurt.de

Anne Vogelpohl, Geographin, hat folgende Forschungsschwerpunkte: vergleichende Stadt- und Quartiersforschung, Henri Lefebvre, externe Beratung in der Stadtpolitik und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geographie der Universität Hamburg.

kontakt: anne.vogelpohl@uni-hamburg.de

Literatur

Agnew, John A. (1987): *Place and Politics – The Geographical Mediation of State and Society*. Boston.

Allen, John / Massey, Doreen / Cochrane, Allan (1998): *Rethinking the Region*. London, New York.

Berking, Helmuth (2008): „Städte lassen sich an ihrem Gang erkennen wie Menschen“ – Skizzen zur Erforschung der Stadt und der Städte. In: Helmuth Berking / Martina Löw (Hg.), *Die Eigenlogik der Städte – Neue Wege für die Stadtforschung*. Frankfurt a. M., New York, 15–31.

Berking, Helmuth / Löw, Martina (2005): Wenn New York nicht Wanne-Eickel ist... Über Städte als Wissensobjekt der Soziologie. In: Helmuth Berking / Martina Löw (Hg.), *Die Wirklichkeit der Städte*. Baden-Baden, 9–22.

Berking, Helmuth / Löw, Martina (2008a): Einleitung. In: Helmuth Berking / Martina Löw (Hg.), *Die Eigenlogik der Städte – Neue Wege für die Stadtforschung*. Frankfurt a. M., New York, 7–14.

Berking, Helmuth / Löw, Martina (Hg.) (2008b): *Die Eigenlogik der Städte – Neue Wege für die Stadtforschung*. Frankfurt a. M., New York.

Bernt, Matthias / Görg, Christoph (2008): Searching for the Scale – Skalenprobleme als Herausforderung der Stadt- und Umweltforschung. In: Markus Wissen / Bernd Röttger / Susanne Heeg (Hg.), *Politics of Scale – Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik*. Münster, 226–250.

Brenner, Neil (2004): *New State Spaces – Urban Governance and the Rescaling of Statehood*. Oxford, New York.

Butterwegge, Christoph (2011): *Armut in einem reichen Land: Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird*. Frankfurt a. M., New York.

Deutsche Gesellschaft für Soziologie (2012): Ad-Hoc-Gruppe „Eigenlogik der Städte kontrovers: Zum aktuellen Perspektivenstreit in der Stadtsoziologie“. http://www.dgs2012.de/wp-content/uploads/Veranstaltungen%20DGS-Kongress/CE_adhoc_Eigenlogik%20oder%20St%C3%A4dte/ABST_Eigenlogik_der_Staedte.pdf (10.01.2013).

- Eisel, Ulrich (2005): Die immerwährende Utopie – Landschaft als kulturelle Kraft. In: *Landschaftskult. Natur als kulturelle Herausforderung. Politische Ökologie* 96, 14–18.
- Eisel, Ulrich (2009): *Landschaft und Gesellschaft – Räumliches Denken im Visier*. Münster.
- Engels, Friedrich (1970 [1845]): Die Lage der arbeitenden Klasse in England. *Marx-Engels-Werke Band 2*. Berlin, 225–506.
- Gehring, Petra (2008): Was heißt Eigenlogik? Zu einem Paradigmenwechsel für die Stadtforschung. In: Helmuth Berking / Martina Löw (Hg.), *Die Eigenlogik der Städte – Neue Wege für die Stadtforschung*. Frankfurt a. M., New York, 153–167.
- Göschel, Albrecht (2004): Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen: Zur Neuinterpretation einer Norm. In: *Difu-Berichte* 2004/1, 2–3.
- Hard, Gerhard (2001): Der Begriff Landschaft – Mythos, Geschichte, Bedeutung. In: Werner Konold / Reinhard Böcker / Ulrich Hampicke (Hg.), *Handbuch Naturschutz und Landschaftspflege*. 6. erg. Lfg. 10/01. Landsberg, 1–15.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (1978): Thesen zur Soziologie der Stadt. In: *Leviathan* 6/4, 484–500.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (2004): *Stadtsoziologie – Eine Einführung*. Frankfurt a. M.
- Häußermann, Hartmut / Läßle, Dieter / Siebel, Walter (2008): *Stadtpolitik*. Frankfurt a. M.
- Höhne, Stefan (2011): Identitätslogische Prämissen des eigenlogischen Denkens und die Multiplikation des Urbanen. In: Jan Kemper / Anne Vogelpohl (Hg.), *Lokalistische Stadtforschung, kulturalisierte Städte – Zur Kritik einer „Eigenlogik der Städte“*. Münster, 54–72.
- Holm, Andrej (2008): Die Vergesellschaftung der Stadt – Neuordnungen des Städtischen in kapitalistischen Gesellschaften. <http://www.linksnet.de/files/pdf/Holm%20-%20Die%20Vergesellschaftung%20der%20Stadt.pdf> (24.02.2010).
- Kaufman, Jason / Kaliner, Matthew E. (2011): The Re-Accomplishment of Place in Twentieth Century Vermont and New Hampshire – History Repeats Itself, Until it Doesn't. In: *Theory and Society* 40/2, 119–154.
- Keith, Michael / Pile, Steve (1993): Introduction Part 1: The Politics of Place. In: Michael Keith / Steve Pile (Hg.), *Place and the Politics of Identity*. London, New York, 1–21.
- Kemper, Jan / Vogelpohl, Anne (Hg.) (2011a): *Lokalistische Stadtforschung, kulturalisierte Städte – Zur Kritik einer „Eigenlogik der Städte“*. Münster.
- Kemper, Jan / Vogelpohl, Anne (2011b): „Eigenlogik der Städte“? Kritische Anmerkungen zu einer Forschungsperspektive. In: Jan Kemper / Anne Vogelpohl (Hg.), *Lokalistische Stadtforschung, kulturalisierte Städte – Zur Kritik einer „Eigenlogik der Städte“*. Münster, 15–38.
- Krämer-Badoni, Thomas (1991): Die Stadt als sozialwissenschaftlicher Gegenstand – Ein Rekonstruktionsversuch stadtsoziologischer Theoriebildung. In: Hartmut Häußermann (Hg.), *Stadt und Raum – Soziologische Analysen*. Pfaffenweiler, 1–29.
- Lefebvre, Henri (1991 [1974]): *The Production of Space*. Malden, Oxford,

- Victoria.
- Lefebvre, Henri (1996): *Right to the City*. In: Henri Lefebvre, *Writings on Cities*. Malden, Oxford, Victoria, 61–181.
- Lefebvre, Henri (2008 [1981]): *Critique of Everyday Life*, Vol. 3 – From Modernity to Modernism (Towards a Metaphilosophy of Daily Life). London, New York.
- Lindner, Rolf (2004): *Walks on the Wild Side – Eine Geschichte der Stadtforschung*. Frankfurt a. M., New York.
- Lorenz, Robert (2011): *Görlitz – Die schöne Stadt*. Oder: Wenn Stadtforscher/innen zu sehr lieben. In: Jan Kemper / Anne Vogelpohl (Hg.), *Lokalistische Stadtforschung, kulturalisierte Städte – Zur Kritik einer „Eigenlogik der Städte“*. Münster, 15–38.
- Lossau, Julia (2012): *Spatial Turn*. In: Frank Eckardt (Hg.), *Handbuch Stadtsoziologie*. Wiesbaden, 185–198.
- Löw, Martina (2008a): *Soziologie der Städte*. Frankfurt a. M.
- Löw, Martina (2008b): *Eigenlogische Strukturen. Differenzen zwischen Städten als konzeptionelle Herausforderung*. In: Helmuth Berking / Martina Löw (Hg.), *Die Eigenlogik der Städte – Neue Wege für die Stadtforschung*. Frankfurt a. M., New York, 33–53.
- Löw, Martina (2010): *Stadt- und Raumsoziologie*. In: Georg Kneer / Markus Schroer (Hg.), *Handbuch Spezielle Soziologien*. Wiesbaden, 605–622.
- Löw, Martina (2011): „Jede Stadt ist ein Seelenzustand“ – Über städtische Vergesellschaftung und Identitätsanforderung. In: Andreas Hoppe (Hg.), *Raum und Zeit der Städte – Städtische Eigenlogik und jüdische Kultur seit der Antike*. Frankfurt a. M., New York, 11–24.
- Löw, Martina / Noller, Peter (2010): *Eine Insel der Glückseligkeit? Gefühltes Darmstadt: Zufriedenheit, Phlegma und Entschleunigung*. In: Martina Löw / Peter Noller / Sabine Süß (Hg.), *Typisch Darmstadt – Eine Stadt beschreibt sich selbst*. Frankfurt a. M., New York, 256–273.
- Marston, Sallie A. (2000): *The Social Construction of Scale*. In: *Progress in Human Geography* 24/2, 219–242.
- Martin, Deborah G. (2003): „Place-Framing“ as Place-Making: Constituting a Neighborhood for Organizing and Activism. In: *Annals of the Association of American Geographers* 93/3, 730–750.
- Massey, Doreen / Thrift, Nigel (2003): *The Passion of Place*. In: Ron Johnston / Michael Williams (Hg.), *A Century of British Geography*. Oxford, 275–299.
- May, Michael (2008): *Friedrich Engels: „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“*. In: Fabian Kessl / Christian Reutlinger (Hg.), *Schlüsselwerke der Sozialraumforschung – Traditionslinien in Text und Kontext*. Wiesbaden, 22–39.
- Michel, Boris (2009): Rezension zu: Berking, Helmuth; Löw, Martina (Hrsg.): *Die Eigenlogik der Städte – Neue Wege für die Stadtforschung*. Frankfurt a. M., New York 2008. In: *Das Argument* 280, 353–354.
- Mitchell, Don (2001): *The Lure of the Local: Landscape Studies at the End of a Troubled Century*. In: *Progress in Planning* 25/2, 269–281.
- Molotch, Harvey / Freudenburg, William / Paulsen, Krisa E. (2000): *History Repeats Itself, but How? City Character, Urban Tradition, and*

- the Accomplishment of Place. In: *American Sociological Review* 65/6, 791-823.
- Münch, Richard (2011): *Akademischer Kapitalismus – Über die politische Ökonomie der Hochschulreform*. Berlin.
- Nissen, Sylke (2002): *Die regierbare Stadt – Metropolenpolitik als Konstruktion lösbarer Probleme*. New York, London und Berlin im Vergleich. Wiesbaden.
- Özkan, Derya (2011): Neither critical nor affirmative: The Eigenlogik approach as Analytics for Analytics' Sake. In: Jan Kemper / Anne Vogelpohl (Hg.), *Lokalistische Stadtforschung, kulturalisierte Städte – Zur Kritik einer „Eigenlogik der Städte“*. Münster, 172-180.
- Peach, Ceri (2003): *Geographers and the Fragmented City*. In: Ron Johnston / Michael Williams (Hg.), *A Century of British Geography*. Oxford, 563-582.
- Peck, Jamie (2005): *Struggling with the Creative Class*. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 29/4, 740-770.
- Pierce, Joseph / Martin, Deborah G. / Murphy, James T. (2010): *Relational Place-Making – The Networked Politics of Place*. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 36/1, 54-70.
- Pred, Allan (1984): *Place as Historically Contingent Process – Structuration and the Time-Geography of Becoming Places*. In: *Annals of the Association of American Geographers* 74/2, 279-297.
- Redaktionskollektiv sub\urban (2012): *Positionspapier*. <http://www.zeitschrift-suburban.de/sys/files/docs/Postitionspapier1012.pdf> (06.03.2013).
- Scott, Allen J. (2008a): *Resurgent Metropolis – Economy, Society and Urbanization in an Interconnected World*. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 32/3, 548-564.
- Scott, Allen J. (2008b): *Inside the City – On Urbanisation, Public Policy and Planning*. In: *Urban Studies* 45/4, 775-772.
- Sedlacek, Peter (1979): *Einleitung*. In: Peter Sedlacek (Hg.), *Zur Situation der deutschen Geographie zehn Jahre nach Kiel*. Osnabrück, 7-9.
- Siebel, Walter (2012): *Stadt und soziale Ungleichheit*. In: *Leviathan* 40/3, 462-475.
- Siebel, Walter (2013): *Stadt, Ungleichheit und Diversität*. In: *Leviathan* 41/2, 238-263.
- Swyngedouw, Erik (1997): *Neither Global nor Local: „glocalization“ and the politics of scale*. In: Kevin R. Cox (Hg.), *Spaces of Globalization: Reasserting the Power of the Local*. New York, London, 137-166.
- Vigar, Geoff / Graham, Stephen / Healey, Patsy (2005): *In Search of the City in Spatial Strategies – Past Legacies, Future Imaginings*. In: *Urban Studies* 42/8, 1391-1410.
- Vogelpohl, Anne (2013): *Qualitativ vergleichen – Zur komparativen Methodologie in Bezug auf räumliche Prozesse*. In: Eberhard Rothfuss / Thomas Dörfler (Hg.), *Raumbezogene qualitative Sozialforschung*. Wiesbaden, 61-82.
- Walton, John (1975): *Introduction: Problems of Method and Theory in Comparative Urban Studies*. In: *Urban Affairs Review* 11/3, 3-12.
- Werlen, Benno (1995): *Landschafts- und Länderkunde in der*

- Spät-Moderne. In: Ute Wardenga / Ingrid Hönsch (Hg.), *Kontinuität und Diskontinuität der deutschen Geographie in Umbruchphasen – Studien zur Geschichte der Geographie*. Münster, 161-176.
- Wietschorke, Jens (2012): Rezension zu: Kemper, Jan; Vogelpohl, Anne (Hrsg.): *Lokalistische Stadtforschung, kulturalisierte Städte. Zur Kritik einer „Eigenlogik der Städte“*. Münster 2011. In: *H-Soz-u-Kult*. <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2012-2-043> (16.04.2012).
- Wirth, Louis (1938): *Urbanism as a Way of Life*. In: *The American Journal of Sociology* 44/1, 1-24.
- Wissen, Markus / Röttger, Bernd / Heeg, Susanne (Hg.) (2008): *Politics of Scale – Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik*. Münster.
- Zeisel, Hans (1975): *Zur Geschichte der Soziographie*. In: Marie Jahoda / Paul F. Lazarsfeld / Hans Zeisel, *Die Arbeitslosen von Marienthal – Ein soziographischer Versuch*. Frankfurt a.M., 113-142.
- Zimmermann, Karsten (2008): *Eigenlogik der Städte. Eine politikwissenschaftliche Sicht*. In: Helmuth Berking / Martin Löw (Hg.), *Die Eigenlogik der Städte – Neue Wege für die Stadtforschung*. Frankfurt a.M., New York, 207-230.

On the Conception of Critical Urban Studies. Approaches beyond an „Intrinsic Logic of Cities“

*Critical urban studies currently serve in form of „critical urban sociology“ as negative for the „intrinsic logic of cities“-approach (Eigenlogik der Städte, EdS). However, an exchange about conceptual premises and strategic research purposes of critical urban studies hardly exists. Taking this situation as starting point, this paper aims to contribute to a general outline of „critical urban studies“. To begin with, we examine the basic points of the EdS-perspective. We then review Friedrich Engels' classical *The Condition of the Working Class in England (1845)* in order to elaborate three steps in generating a „critical attitude“ in urban studies: the consideration of social-historical preconditions for current urban processes, the analysis of urban spatial and social conditions as conflict- and crises-induced and thus as dynamic conditions as well as the conceptualization of those conditions as changeable. Discussing three recurring issues within urban studies we finally explicate how the EdS-perspective addresses those issues on the hand and how a critical attitude can be adopted in analyses of the urban on the other hand. For the latter we suggest (a) not to understand „city“ as a permanently fixed concept and as explanatory for sociospatial relations, (b) to conceptualize cities as spaces which are mutually constituted with society, (c) to apply a concept of difference, which explains differences as socially founded, if cities are analyzed as distinctively experienced places.*

Urbanität nach exklusivem Rezept

Die Ausdeutung des Städtischen durch hochpreisige Immobilienprojekte in Berlin und Los Angeles

Henning Füller

Nadine Marquardt

Georg Glasze

Robert Pütz

Innerstädtisches Wohnen steht zunehmend hoch im Kurs. Wahlweise als „Renaissance der Stadt“, Reurbanisierung oder Gentrifizierung thematisiert, ist das gegenwärtige Interesse von Investor_innen, Projektentwickler_innen und Käufer_innen an innerstädtischen Lagen prägnanter Ausdruck einer fortgesetzten Restrukturierung europäischer und US-amerikanischer Städte. Neben Prozessen der Inwertsetzung und Verdrängung umfasst diese Neuordnung auch die Ebene der Bedeutungen von Stadt und Urbanität. Insbesondere hochpreisige Neubauprojekte konkretisieren derzeit veränderte Vorstellungen bezüglich der Qualität der Stadt, ihrer Nutzer_innen und Nutzungsweisen. Der Beitrag zieht Projekte innerstädtischen Luxuswohnens in Berlin und Los Angeles heran, um dieser baulichen Konkretisierung von Diskursen zu Stadt und Urbanität als Aspekt der gegenwärtigen „Renaissance der Stadt“ nachzugehen. In welcher Weise manifestieren sich Vorstellungen des erstrebenswerten städtischen Lebens in aktuellen Projekten hochpreisigen innerstädtischen Wohnungsbaus und welche Implikationen hat dies für die Gestalt der Stadt?

Ersteinreichung: 25. März 2013; Veröffentlichung online: 25. Juli 2013

An English abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

„In der Stadt zu wohnen ist wieder in Mode. Es locken das Kulturangebot, die vielen Freizeitmöglichkeiten und das multikulturelle Leben“, schreibt CASH, das „Magazin der Finanzdienstleistungsbranche“ im Jahr 2005. Auf unterschiedlichen Kanälen wird in Deutschland seit einiger Zeit eine „Renaissance“ innerstädtischen Wohnens artikuliert und allenthalben begrüßt. Zwar lassen sich nach wie vor auch gegenläufige Suburbanisierungsmuster feststellen, aber eine neue Attraktivität innerstädtischen Wohnens bei Bewohner_innen wie auch bei Investor_innen ist evident. Nicht zuletzt die seit Anfang 2013 vor dem Hintergrund steigender Mieten und eines konstatierten Mangels an innerstädtischem Wohnraum bundesweit wieder aufgeflammete wohnungspolitische Debatte ist ein Beleg, aber auch die Sorge vor einer Preisblase angesichts der zuletzt rapide gestiegenen Immobilienpreise in den deutschen Großstädten.

Diese Orientierung auf innerstädtisches Wohnen wird in den USA in einem völlig anders gelagerten stadtpolitischen und stadtkulturellen Kontext ebenfalls diskutiert. Mit der Jahrtausendwende wird ein sogenannter *urban turnaround* proklamiert (Simmons/Lang 2005), Begriffe wie *new urbanism*, *smart density* und *transit oriented*

development prägen die Debatten professioneller Planer_innen und Entscheider_innen. In vielen Städten der USA ist es zu teils massenhafter Projektentwicklung in innerstädtischen Lagen gekommen, zum Neubau nicht-preisgebundener Wohnungen sowie zur Umwidmung ehemaliger Büro- in Wohnflächen (Strom 2008; Sohmer 1999). *Infill housing*, also die Errichtung von Wohngebäuden auf vormals anderweitig genutzten innerstädtischen Flächen, betrifft inzwischen 20% des Wohnungsbaus in den USA (Ramsey 2012).

Diese neuen Wohn- und Anlagepräferenzen stehen im Kontext veränderter stadtpolitischer Strategien und Rahmenbedingungen. Die bauliche Aufwertung innerstädtischer Lagen und der Zuzug kaufkräftiger Bewohner_innen passen hervorragend in die seit Längerem beobachtete Strategie der „unternehmerischen Stadt“ (Hall/Hubbard 1996; Harvey 1989), also einer Stadtpolitik, die sich auf die Aktivierung wirtschaftlicher Potenziale angesichts einer vermeintlichen Städtekonkurrenz konzentriert. Mit Blick auf konkrete Maßnahmen wird diese „Renaissance“ des Städtischen in Deutschland weniger direkt als vielmehr indirekt gefördert. Die Instrumente der direkten Förderung (innerstädtischen) Wohnungsbaus durch die öffentliche Hand (sozialer Wohnungsbau, Eigenheimförderung, erhöhte Abschreibungsmöglichkeiten und temporäre Investitionszulagen) wurden über die letzten Jahre sukzessive abgebaut. Staatliche Politik in Deutschland richtet sich derzeit eher indirekt auf die Förderung innerstädtischer Eigentumsbildung, etwa durch die Anreizung innerstädtischer Entwicklungspotenziale in dem Bund-Länder Programm „Soziale Stadt“, in der (versuchten) Rücknahme der Pendlerpauschale (Siedentop 2008), durch mietrechtliche Liberalisierungen und durch aktives Liegenschaftsmanagement (Zwischennutzung).

Weitaus aktiver vollziehen einzelne Bundesstaaten und Städte in den USA die Reorientierung hin zu innerstädtischen Wohnstandorten. Hier ist derzeit von einer *new urban renaissance* die Rede, von konzertierten staatlichen Maßnahmen zur Aufwertung innerstädtischer Nachbarschaften. Im Unterschied zu früheren Initiativen des Stadtbbaus innerstädtischer Lagen, deren Zielsetzung die Förderung von Büro- und Gewerbenutzung war, hat nun die Etablierung von *mixed use neighborhoods* und Wohnnutzung einen hohen politischen Stellenwert (Fainstein 2005; Hyra 2012). Die „Renaissance der Stadt“ umfasst neben veränderten Wohnstandort-, Kauf- und Investitionsentscheidungen zentral auch die stadtpolitischen Weichenstellungen, die es wahrscheinlicher machen, solche veränderten Präferenzen zu realisieren.

In der Stadtforschung sind das neue Interesse an innerstädtischem Wohnen, die Zunahme von Neubau im hochpreisigen Wohnsegment und die zugrundeliegenden stadtpolitischen Strategien der Revitalisierung bereits überzeugend als eine gegenwärtige Spielart von Inwertsetzungs- und Verdrängungsprozessen interpretiert worden. Eine nun dritte Welle der Gentrifizierung erfasst derzeit großflächige Gebiete der Stadt, institutionelle Akteure sind beteiligt und die Stadt sorgt proaktiv für die entsprechenden Rahmenbedingungen (Hackworth/

Smith 2001). Im Rahmen der *new urban renaissance* in den USA kommt es etwa im Rahmen des HOPE IV Programms zu einem gezielten Rückbau von mietpreisregulierten Wohnprojekten, um Flächen für private Projektentwickler_innen bereitzustellen. Vielfach wird auf den Verdrängungseffekt hingewiesen, den dieser Stadtumbau für die meist nicht weißen Bewohner_innen der betroffenen innerstädtischen Nachbarschaften bedeutet (Goetz 2011, Podagrosi/Vojnovic 2008). In Großbritannien ist *urban renaissance* unter Tony Blair zu einer nationalen politischen Strategie geworden, was im Ergebnis nicht selten zu massiver Verdrängung geführt hat (Lees 2008; Porter/Shaw 2008; Hamnett/Whitelegg 2007; Davidson/Lees 2005). Die verstärkte Förderung von Maßnahmen zur Etablierung von Kunst- und Kulturnutzung in innerstädtischen Nachbarschaften durch die öffentliche Hand hat vielfach zu einer Verstärkung von Gentrifizierungsdynamiken geführt (Baader/Bialuch 2008; van der Geyn/Draaisma 2008). Untersuchungen zeigen, dass gerade die städtische Strategie, kaufkräftige Haushalte zum Zuzug in innerstädtische Viertel zu motivieren, in einem Prozess staatlich forcierter Gentrifizierung münden kann (Uitermark/Duyvendak/Kleinhans 2007).

2. Neue Perspektiven auf Gentrifizierung

Im Zuge dieser generellen Ausweitung der Akteure und Formen innerstädtischer Inwertsetzung und Verdrängung verliert das Konzept der Gentrifizierung allerdings an Trennschärfe. In dem Maße, in dem Gentrifizierung im Gefolge einer *urban renaissance* zu einer expliziten oder impliziten stadtpolitischen Strategie geworden ist, wird es zugleich schwieriger, den direkten Zusammenhang von Aufwertung und Verdrängung jeweils empirisch nachzuvollziehen. Anders als Sanierung und Mietsteigerung einzelner Wohnungen oder Häuser im klassischen Gentrifizierungsprozess haben etwa luxuriöse Neubauprojekte auf ehemaligen Brachflächen keine direkt messbare Verdrängung zur Folge (Boddy 2007). Gleichwohl verändern gerade solche Neubauprojekte die Gestalt und Qualität der Nachbarschaft und führen auf zwar weniger direkte, aber dennoch nachhaltige Weise, zu einer Veränderung des Wohnumfeldes, und schließlich auch zu Verdrängung [1]. Peter Marcuse spricht hier von kultureller Exklusion (Marcuse 1986). Die mit der „Renaissance innerstädtischen Wohnens“ verknüpfte Restrukturierung des Städtischen ist ein politisch, ökonomisch und kulturell vielfach überdeterminierter Prozess, der mit den Instrumenten einer auf Inwertsetzung und Verdrängung orientierten Perspektive nur partiell zu erfassen ist – „[c]alling these changes ‚gentrification‘ minimizes and oversimplifies the collective investment that is at stake“ (Zukin 2010: 221). Entsprechend wird zunehmend auf die Notwendigkeit einer um zusätzliche Dimensionen erweiterten Perspektive auf Gentrifizierung hingewiesen (Lees 2007).

Eng verbunden mit dem gegenwärtigen Stadtumbau und mit der vermeintlichen Aufwertung innerstädtischer Nachbarschaften sind die Idealvorstellungen und Zielperspektiven, die in der Stadtpolitik

und bei Kauf- und Investitionsentscheidungen handlungsleitend werden. Eine Analyse dieser Ebene legitimierender Diskurse kann die Gentrifizierungsforschung entscheidend erweitern. Die sich derzeit abzeichnende Neubewertung innerstädtischen Wohnens ist verbunden mit einer Neubestimmung der Perspektiven und Ziele einer gelingenden Stadtentwicklung. Das gestiegene Interesse für das Wohnumfeld Stadt geht einher mit einem neuerlichen Interesse für den „Ist- und Sollzustand“ des Städtischen. Die Debatte zur Reurbanisierung erfährt seit etwa 2000 auch eine breitere öffentliche Aufmerksamkeit [2]. Seit Januar 2013 erscheint das Magazin „Stadtaspekte“, welches sich für eine nicht-wissenschaftliche Leser_innenschaft mit der „Komplexität der Stadt“ (Editorial) auseinandersetzt.

Die kritische Perspektive der Gentrifizierungsforschung zu bewahren, bedeutet gegenwärtig daher auch eine Auseinandersetzung mit den Idealvorstellungen und Narrationen, welche privatwirtschaftliche Investitionen, individuelle Wohnortwahl und städtische Maßnahmen informieren. Es sind solche geteilten Überzeugungen, die wirtschaftliche und politische Entscheidungen legitimieren und schließlich in Gentrifizierungsprozessen resultieren (Slater 2006). So arbeitet etwa Leslie Kern heraus, inwiefern eine städtische Restrukturierung in Toronto, sichtbar in der massiven Zunahme von Verkäufen von Neubauapartments, zentral durch Rückgriff auf diskursive Figuren wie die Verknüpfung von Angst und Weiblichkeit oder die Verknüpfung von Urbanität, Gefahr und Erlebnis befördert worden ist (Kern 2010). Wunschvorstellungen von einem lebenswerten Stadtviertel und ähnliche räumlich verankerte Narrationen können im Gegenzug auch den Widerstand gegen Inwertsetzungs- und Verdrängungsprozesse entscheidend befördern, wie Wilson und andere am Beispiel eines Stadtviertels von Chicago zeigen (Wilson/Wouters/Grammenos 2004). Bei der Legitimierung und damit letztlich bei der Ermöglichung bzw. Verhinderung bestimmter Inwertsetzungs- und Verdrängungsprozesse spielen Leitvorstellungen und Idealbilder eine zentrale Rolle. Katherine Hankins und Emily Powers betonen zudem, inwiefern die Ausdeutung der „Qualität des Städtischen“ [*urban livability*] auf der Ebene des Diskurses ernst genommen werden sollte, da hier indirekt auch das Recht auf die Stadt in bestimmter Weise verankert wird: „*Urban livability provides an opening to discuss not just planning and city-building but in fact the fundamental ability of different kinds of people to live in urban areas – the right to the city.*“ (Hankins/Powers 2009: 846)

Wie aber lassen sich zunächst recht unscharf erscheinende diskursive Konzepte wie Urbanität, Authentizität und „Qualität des Städtischen“, die derzeit in der Reorientierung von Stadtpolitik, Bewohner_innen und Investor_innen auf innerstädtische Wohnstandorte wirksam werden, analytisch nachverfolgen? Unser Vorschlag ist es, dazu auf das Phänomen hochpreisiger innerstädtischer Neubauprojekte zu fokussieren. In der Planung und baulichen Gestaltung dieser innerstädtischen Luxusimmobilien werden die Debatten zur Stadtentwicklung und die Ziel- und Idealvorstellungen von der zukünftigen Stadt in besonderer Weise sichtbar.

3. Konjunktur hochpreisigen innerstädtischen Wohnungsbaus

Sichtbarer Ausdruck einer „Renaissance der Stadt“ ist derzeit der Neubau von hochpreisigen Wohnungen in innerstädtischen Lagen. Deutlich wurden wir mit der Konjunktur solcher Immobilienprodukte während einer Feldforschung 2006 und 2007 in Los Angeles konfrontiert. Dort sind auf dem Gebiet der historischen Downtown über die letzten Jahre (von Anfang 2000 bis zum Beginn der Immobilienkrise 2008) durch die Umnutzung ehemaliger Büroflächen und Neubauprojekte etwa 7000 Wohneinheiten in über 150 privaten Bauprojekten neu entstanden (Füller/Marquardt 2010), vornehmlich im Luxussegment (Ring/Donoghue 2007). Gerade in dem speziellen Kontext von Los Angeles, einer „Stadt ohne Zentrum“, die größtenteils aus ein- bis zweigeschossigen Eigenheimen mit Garten besteht, war diese massive Einführung des Immobilienprodukts der hochpreisigen Geschosswohnung und die Vermarktungsstrategie „urbane Lebensqualität“ auffällig. Zugleich tritt ein analoges Produkt hochpreisigen innerstädtischen Neubaus derzeit verstärkt auch in anderen Städten der USA und in anderen nationalen Kontexten auf. Beispielsweise entstehen derzeit in den „Atlantic Stations“ in Atlanta, einem bedeutenden Vorzeigeprojekt des *new urbanism* und einem der landesweit größten innerstädtischen Neubauprojekte, Wohnungen für 10.000 Bewohner_innen, ebenfalls überwiegend im hochpreisigen Segment (Hankins/Powers 2009). Auch in einigen deutschen Großstädten und insbesondere in Berlin ist über die letzten Jahre hochpreisiger innerstädtischer Neubau in unterschiedlicher Variation erstellt worden, ob als Townhouse, Loft-Wohnung oder als so genanntes *urban village* (Lomoth 2008; Neisen 2008). Andrej Holm zählt allein in Berlin 35 Projekte mit jeweils mehr als 10 Wohnungen seit 2000 (Holm 2010). Die insgesamt hohe Zuwachsrate im Luxussegment der Wohnimmobilien (25% mehr Kauffälle bei Eigentumswohnungen über 750.000 Euro im ersten Halbjahr 2012 in deutschen Großstädten gegenüber dem Vorjahr) lässt sich insbesondere durch das hohe Angebot von Neubau in diesem Segment erklären, so ein spezialisierter Makler (Dahler & Company 2013).

Oftmals wird solcher Neubau als Ausdruck bzw. als Motor gegenwärtiger Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse thematisiert (Boddy 2007; Davidson/Lees 2005). Selten hingegen stehen die Projekte selbst im Fokus (Kern 2010). Unser Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass solche Projekte in prägnanter Weise eine Ausdeutung von Stadt, städtischem Leben und Urbanität entwerfen und in dieser Weise zusätzlich zu Gentrifizierung beitragen, insofern sie wirkmächtigen Einfluss auf das soziale Gefüge der Stadt und auf die Nutzung städtischer Räume haben. Hochpreisiger innerstädtischer Neubau ist vor diesem Hintergrund nicht nur als ein bestimmtes Immobilienprodukt mit Inwertsetzungs- und Verdrängungseffekten zu sehen, sondern auch als ein wirkmächtiger Einsatz in die Gestaltung städtischer Räume, in die Art und Weise ihrer Nutzung und schließlich als Eingriff in die Vorstellung von Urbanität und dem Ideal städtischen Zusammenlebens.

Die Projekte stellen eine gebaute Antwort auf die beschworene „Renaissance der Stadt“ dar, materialisieren das „neue Wohnen in der Stadt“

bereits in ihren Grundrissen, den gewählten Standorten und den gebotenen Zusatzleistungen und deuten es in dem begleitenden Marketing-Material aus. Über die Vermarktung und Gestaltung der Projekte geben Immobilienentwickler_innen Auskunft zu der von ihnen derzeit als marktgängig eingeschätzten Version innerstädtischen Wohnens, und sie tragen dazu bei, diese Vision auch baulich zu etablieren. Allein quantitativ betrachtet haben die einzelnen Projekte meist nur einen marginalen Einfluss auf die Bewohnerstruktur oder die Kaufkraft der umliegenden Stadtviertel, gleichwohl stehen sie bereits durch ihren Charakter als Neubau, aber oftmals auch in einer deutlich nach außen abgeschlossenen Ästhetik, im deutlichen Kontrast zur Umgebung. Nicht zuletzt als sichtbares Statement im Stadtraum wurden Bauvorhaben wie die „CarLofts“ in Kreuzberg oder „Marthashof“ in Prenzlauer Berg in der lokalen Debatte durchaus als ein Symbol gegenwärtiger Stadtumstrukturierung begriffen und attackiert.

Im Folgenden interessieren uns solche Neubauprojekte als Artikulation einer bestimmten (Ideal-)Vorstellung von der „Renaissance der Stadt“ im Kontext einer dritten Welle der Gentrifizierung. Auffällig ist die Konjunktur dieses zuvor unüblichen Produkts über nationale Kontexte hinweg. Neben der Art und Weise einer Ausdeutung des Städtischen in den Projekten interessiert uns auch, inwiefern diese Ausdeutung von dem jeweiligen städtischen Kontext, von einer anders gelagerten Tradition der Bezugnahme auf Stadt, unterschiedlich regulierten Wohnungsmärkten etc. beeinflusst ist. Steht das hier angebotene „städtische Wohnen“ im expliziten Bezug zu der jeweiligen Stadt oder stellen die Neubauprojekte eine international analoge Ausdeutung städtischen Lebens dar? Gibt es übergreifende Muster in der hochpreisigen Ausdeutung des Städtischen?

Um diesen Fragen nachzugehen, stellen wir in der folgenden Untersuchung Beispiele für aktuelle Neubauprojekte aus Berlin und Los Angeles gegenüber [3]. In beiden Städten haben wir leitfadengestützte Expert_innengespräche mit Projektentwickler_innen geführt, die Sales Center und Showrooms der Immobilienprojekte besucht, Musterwohnungen besichtigt und Baupläne verglichen. Empirische Grundlage für unsere Untersuchung sind somit zum einen das Marketing der Bauprojekte sowie die Auskünfte derjenigen, die das Wohnprodukt konzipiert haben, aber auch ein Pressekorpus von Tageszeitungen, die über die Bauvorhaben berichten.

4. Neu gebaute Urbanität

In welcher Weise artikulieren die derzeit entstehenden hochpreisigen innerstädtischen Neubauprojekte eine spezifische Vision von Stadt und städtischem Leben? Das Credo des neu gebauten innerstädtischen Wohnens ist sowohl in Berlin als auch in Los Angeles die Qualität des Städtischen. Diese Beobachtung ist zunächst noch nicht überraschend: Urbanität ist das Alleinstellungsmerkmal und zentrale Verkaufsargument dieser Immobilienprodukte und entsprechend zentral auch für ihr Marketing. Allerdings bleibt es nicht bei der Leerformel „Urbanität“. Bei näherem Hinsehen wird deutlich, inwiefern das Städtische auf eine sehr bestimmte Weise als Standortqualität und Ausstattungsmerkmal der

Projekte betont, sowie architektonisch und gestalterisch unterstrichen werden soll. In beiden von uns untersuchten Städten wird die Qualität des Städtischen im Rahmen der Projekte vornehmlich als ein international lesbares Lebensstil-Angebot ausgedeutet. Die gebauten Wohnungen bieten gemäß dem Marketing, neben Größe und Ausstattung noch etwas Entscheidendes mehr: einen Bezugsrahmen für die individuelle Entfaltung. Bemerkenswert ist dabei, dass diese Engführung des Städtischen auf Lebensstil-Optionen bei den untersuchten Projekten in Berlin und Los Angeles quasi deckungsgleich erfolgt. In beiden Fällen wird das angebotene urbane Leben als eine im Endeffekt paradoxe Überwindung des klassischen Zielkonflikts Spannung/Sicherheit in Aussicht gestellt: Das neu gebaute innerstädtische Wohnen garantiert Aufregung, Abwechslung und Vielfalt, ohne dass dies mit Unerwartetem, Unkontrolliertem oder Unsicherem einhergehen soll. Diese paradoxe Figur „sichergestellter Urbanität“ werden wir später an Beispielen noch näher ausführen.

4.1 Urbanität

Zunächst möchten wir die spezifische Verengung des Konzepts „Urbanität“ [4] auf die Funktion eines Lebensstil-Angebots nachzeichnen, die charakteristisch ist für die untersuchten Projekte sowohl in Berlin als auch in Los Angeles. Generell ist die „Renaissance der Stadt“, in deren Kontext es zu der Konjunktur des hochpreisigen innerstädtischen Wohnens kommt, auch eine Renaissance von Urbanität als einem unbestimmten, aber zumeist positiv konnotierten Qualitätsmerkmal. Zwar werden in den Analysen der veränderten Präferenz für innerstädtisches Wohnen eine ganze Reihe von Ursachen angeführt (etwa der demographische Wandel, die zunehmende Abkehr von der für den suburbanen Haushalt notwendigen traditionellen Rollenteilung, der Rückgang staatlicher Subventionen für das Bauen in und das Pendeln aus der Vorstadt heraus), zuallererst aber scheint der Motor der „Renaissance“ eine neue Begeisterung für urbanes Leben und städtische Atmosphären zu sein. Diese kaum näher messbare „neue Begeisterung“ gilt in etlichen Aussagen als das „Herz“, das eigentlich antreibende Moment der Renaissance innerstädtischen Wohnens. Parallel ist „Urbanität“ in den letzten Jahren auch wieder zu einer „Zauberformel der Stadtplanung und sozialwissenschaftlichen Stadtforschung“ geworden, wie Katharina Manderscheid herausstellt (2007: 52). Vor diesem Hintergrund bestimmt etwa die Zukunftswerkstatt der Landesbausparkassen 2006 als Zielperspektive von Stadtumbau und Stadtverdichtung „das städtische Leben und Wohnen als attraktive und anspruchsvolle Lebensform“ (Gruss 2006: 19). Die Immobilienzeitung entwirft das „urbane Quartier“ als Orientierung zukünftiger Stadtentwicklung. „Die Zukunft der Stadtentwicklung bilden nicht mehr große, in sich geschlossene Wohn- und Büroviertel, sondern urbane Quartiere nach dem Vorbild der überschaubaren mittelalterlichen Siedlung, in der Wohnung, Arbeit und Freizeit eine Einheit bildeten.“ (Göppert 2003: 20) Selbst im anglophonen Kontext – wo Suburbanisierung, *urban decay* und *urban flight* in der Nachkriegszeit weitaus bestimmender waren – ist das Städtische bzw. Urbanität wieder ein positiver Bezugspunkt offizieller

Politik. *„After decades of being viewed as little more than a catalogue of social and economic problems, the city and the associated virtues of urban life are back on the political agenda.“* (Latham 2003: 1700)

Wie reagieren die Immobilienfirmen der untersuchten Projekte auf diese neue Wertschätzung für das Städtische? Offensichtlich spielt „Urbanität“ eine zentrale Rolle im Marketing der von uns untersuchten Bauprojekte und bestimmt auch die Erläuterungen zu den Vorzügen der Projekte durch unsere Interviewpartner_innen sowohl in Berlin als auch in Los Angeles. Auffällig ist allerdings die bestimmte Funktion, die dem Städtischen in diesen Erzählungen zugemessen wird. Das urbane Wohnen ist nicht nur interessant, weil man „mittendrin“ ist, umgeben von Freizeit-, Kultur- und Einkaufsmöglichkeiten. Urbanes Wohnen legitimiert darüber hinaus ein bestimmtes Selbstverhältnis: eine spannungs-, erlebnis- und genussreiche Individualität, die typisch sei für ein großstädtisches Umfeld. Die untersuchten Projekte sowohl in Berlin als auch in Los Angeles rufen Vorstellungen von Stadt und städtischem Wohnen hauptsächlich als eine Bezugsfolie für Lebensstile auf und deuten die Vorzüge dieses Lebensstils teils detailliert aus. *„What is one of the things we are selling is as much a home as a lifestyle“* (Interview mit James Atkins, Projektleiter Williams & Dame Development), wie uns ein Immobilienentwickler in einem Interview die Strategie seines Unternehmens erläutert.

Vorstellungen von urbanen Lebensstilen, die es anzureizen und für die es die passenden Räume bereitzustellen gilt, fließen inzwischen umfassend in die Planung und Gestaltung der Bauprojekte ein. Die Ausrichtung auf neue urbane Lebensstile ist dabei nicht nur eine Werbestrategie, mit der Immobilien erst nach ihrer Fertigstellung versehen werden und erschöpft sich auch nicht etwa in der Bereitstellung einer edlen Innenausstattung für die Immobilien. Die Ausrichtung am Lifestyle-Shopping potentieller Käufer_innen bestimmt bei den von uns untersuchten Immobilienprodukten vielmehr alle Phasen der Entwicklung konsequent mit. Unsere Beobachtung bei dieser aktuellen Neukonzeption innerstädtischen Wohnens ist insbesondere der erweiterte Fokus der Projektentwickler_innen, wenn es darum geht, die entsprechenden Immobilien nicht nur im Hinblick auf eine bestimmte Zielgruppe zu vermarkten, sondern Lebensstile viel umfassender bereits in der Planung zu berücksichtigen und die passenden Räume zu bauen. Bei dem Projekt „Marthashof“ klingt das in einer Presseerklärung so: Der Sorge für eine „Lebensqualität ohne Kompromisse“ wird in dem Projekt durch „die harmonische Verbindung von ästhetischer Architektur, funktionalem Design, urbanem Leben sowie einer ökologischen Lebenseinstellung“ (Petersen 2010) Rechnung getragen. Die solchermaßen gestalteten Räume stellen für den möglichst „individuell“ auszugestaltenden Lebensstil dann paradoxerweise einen besonders umfangreichen Lebensstilentwurf bereit. Angeboten wird eine detailliert vorgefertigte Ausdeutung von urbanem Leben, eine Art sicherer Handreichung für die neuen und oft noch unerfahrenen Urbaniten. Der allgemeine Wunsch nach und die Verpflichtung auf eine möglichst individuelle und originelle Ausgestaltung des eigenen Lebensentwurfs befähigt Entwickler_innen und Architekt_innen zur Entwicklung von entsprechenden neuen, integrierten Produkten. Diese beinhalten unter anderem

Concierge- und andere Sicherheitservices, Fitnessräume und *rooftop-pools*, die als Zusatzleistung im gehobenen Segment inzwischen bereits zum Standard gehören. Bei unserer Untersuchung in Los Angeles stießen wir darüber hinaus auf ein erstaunlich breites Angebot: Hundeparks, Weinkeller, Business-Center, Konferenzräume, Kino, Animations- und Partyservices, professionelle Community- und Eventmanager_innen, die das Freizeitleben der Anwohner_innen organisieren, die Bereitstellung von Jahreskarten für benachbarte Museen beim Kauf einer Immobilie – über viele solcher Zusatzleistungen wird dort ein bloßes Wohnprodukt zu einem umfassend ausgearbeiteten Lebensstil-Angebot.

Einzelne Hinweise auf eine konsequentere Ausrichtung der Entwicklung auch deutscher Immobilienprodukte auf die Ermöglichung neuer Lebensstile lassen sich durchaus finden. Viele der befragten Projektentwickler_innen unternehmen Anstrengungen, ihre Immobilien nicht nur über Lage, Ausstattung und Preis zu vermarkten, sondern diese als „passgenaue Räume“ für einen eng gefassten Lebensstil zu präsentieren. „Und so ein Loft zu bauen, haben wir erkannt, ist halt ein klassischer Fall von Lebensabschnittswohnen. Zwischen 30 und 50 ist das eine tolle Sache gerade hier in Berlin, viele, die von außerhalb kommen, wollen noch mal richtig das Leben in vollen Zügen genießen“ (Interview Projektentwickler Paul-Lincke-Höfe / Prenzlauer Gärten). Ein Teil der untersuchten Projekte imaginiert die Bewohner_innen entsprechend im Sinne eines intensiven, erlebnis- und konsumstarken *work, live, play*-Lebensstils und stellt den entsprechenden baulichen Rahmen sowie Zusatzleistungen bereit. Aufgabe des Concierge in den „Prenzlauer Gärten“ ist es unter anderem „nicht nur die Blumen [zu] giessen [...], der kann dann auch mal schnell zu Edeka springen und ne Flasche Prosecco kaufen und kalt stellen.“ (ebd.)

Mitarbeiter_innen der Orco-Group inszenieren im Hinterhof eines unsanierten Altbaus an der Fehrbelliner Straße eine Party im Stil der 20er-Jahre, um das in der Nachbarschaft gebaute Projekt „Fehrbelliner“ mit dem versprochenen urbanen Lebensstil zu verknüpfen. Die Immobilienfirma finanziert zudem die Herausgabe des Magazins „Hidden Places“, das den städtischen Lebensstil illustrieren soll, den sich die Käufer_innen nicht zuletzt durch den Erwerb einer Wohnung bei Orco ebenfalls aneignen können. So verheißt das Magazin in seiner jüngsten Ausgabe: „Fest steht, dass jeder Mensch ein kreatives Potenzial hat, jedoch muss er auch innerhalb eines Systems leben, das diese Kreativität fördert und zur Entfaltung bringt. Das System ist verbunden mit dem Ort, der dem Menschen die Vielfalt bietet, um kreativ zu sein und Dinge zu entwickeln. Der Ort ist Berlin.“ (Ellers 2008: 27)

4.2 Sichergestellt

Die Engführung von Urbanität auf ein Lebensstil-Angebot erfolgt wie erläutert durch eine explizite Ausdeutung der Bestandteile dieses Lebensstils, zum einen in der baulichen Form der Immobilien, zum anderen auch in eigens zur Immobilie herausgegebenen Magazinen, auf Partys und über die bereitgestellten umfassenden Zusatzangebote der Bauprojekte

im Service- und Dienstleistungsbereich. Weniger explizit als die stetige Betonung von urbaner Kreativität, Spannung und Aufregung gehört eine weitere, zunächst konträre Figur unabdingbar zu dem in den hochpreisigen Projekten konkretisierten Entwurf städtischen Wohnens. Bei allen untersuchten Projekten sowohl in Los Angeles als auch in Berlin hat immer auch das gleichsam Anti-urbane, das Dörfliche und Beschauliche einen Platz in der Gestaltung der Immobilien und in der Narration des Marketings. Bei den finanzkräftigen Käufer_innen des gehobenen innerstädtischen Wohnens handelt es sich zu einem großen Teil um jene gesellschaftliche Gruppe, die in der Vergangenheit die innerstädtischen Lagen zugunsten der Privatheit, Ruhe und vermeintlichen Sicherheit des Eigenheims im Umland verlassen hat. Nicht zuletzt mit dieser neuen Zielgruppe im Blick darf der spezifisch urbane Charakter des Umfelds der Projekte keinesfalls überbetont werden. Gefragt ist stattdessen vor allem eine milde Dosis Urbanität, beziehungsweise „das Beste aus beiden Welten, die Angebote der Stadt, dieser Versorgungs- und Kulturmaschine, zugleich aber auch die Beschaulichkeit der Vororte, ihre Geborgenheit und Ruhe,“ wie *Die Zeit* über die „Neue Heimat Stadt“ schreibt (Rauterberg 2005). Die untersuchten Projekte umfassen eine Reihe von Maßnahmen, die auf eine bauliche Abgrenzung und ein symbolisches Herauslösen des Projekts aus dem räumlichen und sozialen Gefüge der Stadt abzielen und den Aspekt der Privatsphäre, der Abgeschiedenheit, des Dörflichen betonen.

Offensichtlich schneiden bereits die architektonischen Grundrisse der untersuchten Projekte einen privaten bzw. semi-privaten Bereich aus dem städtischen Gefüge heraus. Überwiegend ist das Ensemble der hochpreisigen neuen Wohnprojekte, der *townhouses* bzw. Geschosswohnungen um einen zentralen *pocket park* gruppiert. Der öffentliche Zugang ist entweder durch bauliche Maßnahmen direkt verwehrt oder durch symbolische Grenzziehungen indirekt beschränkt. Dieses Vorgehen in der Planung entspricht als gebaute Form genau der angestrebten „milden“ Variante von Urbanität und urbanem Wohnen in der Innenstadt. Der Projektentwickler des „Marthashof“ in Berlin lässt sich in der Immobilien Zeitung folgendermaßen zitieren:

„Wer bei uns wohnt, ist einerseits mitten im Kiez von Kastanienallee und Oderberger Straße. Aber wenn er nach Hause kommt, stellt er sein Auto in die Tiefgarage, fährt mit dem Lift nach oben und kann sich auf dem Balkon mit Blick auf einen kleinen Park entspannen. Das sind optimale Privatsphäre und Lebensqualität mitten im Großstadtleben.“ (Vetter 2008: 24)

Verstärkt wird diese Abgrenzung gegenüber dem Außen des Projekts, also der restlichen Stadt, durch weitere Zutrittsbarrieren. So wird der zentrale Eingangsbereich durch einen Concierge-Service überwacht. Oft kommen an den Eingängen und Außenmauern Überwachungskameras zum Einsatz: „Auch Marthashof soll eine halböffentliche, nachts geschlossene Anlage werden, außerdem wird es Bewegungsmelder in den Privatgärten, ein ‚Lichtkonzept‘ im Gartenhof und Video-Gegen-sprechanlagen geben. Der Sicherheitsaspekt, sagt die Firmensprecherin

Anna-Maria Gerhart, sei für die Nutzer sehr wichtig.“ (Steglich 2008)

Zwischen der programmatischen Offenheit eines „urbanen“ Lebensstils und dessen praktischer Fixierung in Form einer letztlich doch eng gefassten Ausdeutung klafft ein Bruch, der sich besonders auf der Ebene der Maßnahmen zeigt. Vor allem in den von uns untersuchten US-amerikanischen Bauprojekten besteht eine auffallende Diskrepanz zwischen den hier noch umfassender vorhandenen Sicherheitsvorkehrungen (Wachdienste, Kameras, Bewegungsmelder, zentrale Überwachung und Speicherung der Zeitpunkte der Öffnung der Wohnungstüren), deren Vorhandensein bei besorgter Nachfrage beruhigend zugesichert wird, und dem programmatisch nach außen getragenen und teils aktiv herbeigeführten *gritty lifestyle* mit „Ecken und Kanten“, der angeblich mit dem innerstädtischen Wohnen verbunden sei. Im Marketing Material der „Little Tokyo-Lofts“ heißt es entsprechend programmatisch: *„Heated Pool, Spa and Courtesy patrol. There is an outdoor pool deck and hot tub spa, an interior garden courtyard and gated garage parking. There’s also 24-hour courtesy patrol. Because while urban living has its edge, that doesn’t mean you should get cut on it.“* (Little Tokyo Lofts 2008) Ähnlich prominent tritt der Sicherheitsaspekt im Werbematerial des Projekts „655Hope“ (ein Apartmentkomplex mit 80 hochpreisigen Wohnungen in der südlichen Downtown von Los Angeles) als wesentlicher Bestandteil des neuen urbanen Lifestyles zu Tage: *„From location to architecture to interiors, urban living has been officially defined: Comfortable, elegant, secluded, secure, yet just steps away from everything about the city that you expect, demand, and delight in.“* (Seck Group 2007) Die Authentizität des städtischen Lebens wird gerne betont, dient sie doch als Abgrenzungs- und Identifikationskriterium für die zukünftigen Bewohner_innen. Gleichzeitig wird aber immer auch der Charakter des Gebäudes als geschützte und schützende Oase herausgehoben, die im Zweifelsfall immer die Möglichkeit des Rückzugs von den Zumutungen des Urbanen bereitstellt. Im Zusammenhang mit diesen Projektvorhaben nimmt eine veränderte Leitvision städtischen Wohnens Gestalt an: Es wird eine Innenstadt angestrebt, in der sich suburbane und urbane Qualitäten fugenlos ergänzen sollen. Der vor dem Hintergrund dieser Zielsetzung produzierte neue Typ urbanen Wohnens wird entsprechend von etlichen Vorkehrungen und Einrichtungen sozialer Kontrolle sowie dem Einsatz von Sicherheitstechnologien und baulichen Sicherheitsmaßnahmen flankierend begleitet.

4.3 Umfeld

Die Betonung von symbolischen Qualitäten der Immobilienprodukte, also in unserem Fall die Herstellung von Kulissen für einen urbanen Lebensstil, führt schließlich auch zu einem veränderten Fokus der Entwickler_innen und zu neuen Interventionen, die sich nun oftmals über das eigentliche Bauprojekt hinaus auch auf die Beeinflussung des städtischen Umfelds erstrecken. Bestimmte Lesarten des Städtischen sowie der Charakter der „urbanen Erfahrung“ sollen angeboten, bestimmte Handlungs- und Nutzungsweisen angeregt werden. Aktiv wird nun von der Angebotsseite

aus auch auf die Wahrnehmung des Umfeldes der Bauprojekte eingewirkt: „*We're trying to create neighborhoods*“ (Vincent 2004: C-2), so bringt ein Immobilienentwickler in Los Angeles die neue Strategie auf den Punkt. Auch im deutschen Kontext artikuliert sich eine neue, nun stärker stadt- und raumplanerische Rolle der einzelnen Immobilienfirmen. Eine Pressemitteilung der RAG Immobilien AG artikuliert dieses neue Selbstverständnis explizit:

„Wie sich solche Konzepte zum Wohle der Stadt und ihrer Bewohner sowie von Wirtschaft und Gesellschaft realisieren lassen, hat RAG Immobilien bereits an zahlreichen Standorten beispielhaft unter Beweis gestellt. Das Unternehmen modernisiert nicht mehr einzelne Häuser oder Wohnanlagen, sondern schafft durch vielfältige Maßnahmen intakte Adressen und Standorte, die Mieter langfristig binden.“ (Marth 2006: 1)

Im Zuge der „Renaissance der Stadt“ reicht das Bauen und Verkaufen einer Immobilie nicht mehr aus, stattdessen ist, so der übergreifende Tenor, die aktive Sorge um „intakte Adressen und Standorte“ gefordert. In der Umsetzung dieses Anspruchs unterscheiden sich die untersuchten Projekte in Berlin und Los Angeles am deutlichsten. In Berlin beschränkt sich die Einflussnahme der Projektentwickler_innen bei der Schaffung „intakter Adressen“ auf das Bauprojekt selbst. Die Fassadengestaltung und vor allem die Auswahl der Pächter_innen straßenseitiger Gewerbeflächen sind hier die zentralen Stellschrauben in den Händen der Projektentwickler_innen (der „Marthashof“ verpachtet derzeit etwa an einen Blumenladen). Weitaus mehr Einfluss auf die Gestaltung semi-öffentlicher und öffentlicher Räume gibt die Stadtpolitik den Projektentwickler_innen in Los Angeles. Teil der Baugenehmigung ist hier bisweilen auch die Gestaltung des Straßenlandes, die Errichtung von Straßenbeleuchtung und Verantwortung für die Straßenreinigung. Die Immobilienfirmen sind die zentralen Geldgeber in einigen der örtlichen *Business Improvement Districts* und sind insofern auch an der einflussreichen Gestaltung städtischer Atmosphären und Intensivierung sozialer Kontrolle durch diese Akteure beteiligt (Marquardt/Füller 2012). Diese Form privat finanzierter Gebietsaufwertung wurde in Deutschland bisher nur sehr sporadisch und in Berlin noch gar nicht unternommen.

Die Zielperspektive der Einflussnahme auf städtische Atmosphären durch die Bauprojekte in Los Angeles wird an einem Beispiel deutlich. Bei der Konzeption des „Madrone“, ausserhalb von Downtown in Hollywood gelegen, war es ein wichtiges Anliegen der Projektentwickler_innen, für semi-öffentliche Räume zu sorgen und Anreize zum Verweilen ausserhalb der privaten Wohnungen zu geben, um den städtischen Charakter des Projekts und der Nachbarschaft zu betonen. Geplant wurde schließlich ein öffentlich zugänglicher Innenhof nach dem Vorbild europäischer Plätze. Allerdings sind bestimmte unerwünschte Nutzungsweisen bereits durch vorausschauende wie auch möglichst dezente bauliche Gestaltung ausgeschlossen, die wiederum dem Vorbild der europäischen Stadt entsprechen soll:

„It is secured. And this was really due to our architect. He is from England and taking the more European, kind of, informal gathering space where you can get a cup of coffee here and hang out on the steps and just watch people. That is really what that is about. But they are not steps that are big enough for somebody to sleep on. That is the design feature. So they are not wide and you [don't] get homeless people sleeping on them.“ (Interview Projektentwicklerin John Laing Homes Urban)

Gerade die Einflussnahme der Projekte auf den umliegenden städtischen Raum lässt sich als Ausdruck eines *urban revanchism* lesen, also einer mit sozialer Härte vollzogenen Wiederaneignung der Stadt und des städtischen Lebens durch Mittel- und Oberschichten, der bereits seit einiger Zeit thematisiert wird (Smith 1996). Zugleich zeigen die Beispiele aber auch einen veränderten Modus an, in dem sich die Umdeutung des Städtischen im Hinblick auf die Interessen wohlhabender Nutzer_innen derzeit vollzieht. Die Maßgabe eines Ortes, der „dem Menschen die Vielfalt bietet, um kreativ zu sein und Dinge zu entwickeln“ und die Sorge um den Erlebnisgarant „mittendrin zu sein“, erfordert eine behutsame Absicherung des Städtischen, die möglichst nicht, oder zumindest nicht für die avisierten Käufer_innen, allzu deutlich als solche erkennbar ist.

5. Fazit

In verschiedenen europäischen Ländern, aber auch in den USA, hat sich, politisch zumindest indirekt gefördert, der Einfluss privater Akteure und Verwertungsinteressen auf die Stadtentwicklung in den letzten Jahren deutlich verstärkt. Dies kommt derzeit vor allem auch im Wohnungsbau zum Ausdruck. Für den Wohnungsmarkt über lange Zeit wenig interessante innerstädtische Lagen erfahren dabei nun großflächige Modernisierungs- und Aufwertungsmaßnahmen. Die öffentliche Hand ist beim Neubau von Wohnungen nahezu nicht mehr aktiv, die neu entstehenden Wohnungen in innerstädtischen Lagen sind überproportional im hochpreisigen Segment angesiedelt. Die damit verbundenen Verdrängungseffekte sind Gegenstand einer breiten öffentlichen Debatte geworden. Ergänzend zu dieser Perspektive haben wir versucht, die zunehmende Gestaltungsmacht privater Akteure entlang der von ihnen umgesetzten Ausdeutung des Städtischen zu untersuchen. Aktuelle Neubauprojekte stellen ein Anlageobjekt und einen potenziellen Wohnort dar, sie sind aber auch eine gebaute Antwort auf die Frage danach, was wir uns unter erstrebenswertem städtischen Leben und urbanen Lebensstilen vorstellen sollen. Deutlich wurde in der Zusammenschau von Fallbeispielen aus Los Angeles und Berlin, inwiefern solche Projekte „das Städtische“ vor allem als eine Bezugsfolie für Lebensstile zitieren und dabei auch neu artikulieren. Urbanes Leben hat in dieser Narration viel mit Konsummöglichkeiten und individueller Freizeitgestaltung zu tun und kaum etwas mit öffentlichen Räumen oder kollektivem Handeln. Es sind vor allem solche politischen Dimensionen von Stadt, die über einen lebensstil-orientierten Begriff von Urbanität in den Hintergrund treten.

Wie Thomas Wüst bereits herausgestellt hat, evoziert Urbanität derzeit eine nahezu ungebrochen positive Assoziationskette, die aber letzten Endes immer unbestimmt bleibt (Wüst 2004). Andererseits beansprucht der Begriff zugleich, Aussagen über „das Natürliche“ der Stadt zu treffen und lässt die daran geknüpften Maßnahmen und Eingriffe als zwangsläufig und legitim erscheinen. Problematisch in unseren Beispielen ist insbesondere die Kontrolldimension, die dem urbanen Wohnen in den untersuchten Projekten jeweils eingebaut wird. Die private Aneignung von städtischen Räumen, die Ausweitung von sozialer Kontrolle bzw. die Kriminalisierung von Devianz – solche „Begleiterscheinungen“ lassen sich mit dem Argument der (Wieder-)Herstellung funktionierender Urbanität auch gegen Widerstände durchsetzen. Wie bereits gut dokumentiert, geht die „Renaissance der Stadt“ oftmals mit Privatisierung und Exklusion einher. Dieses Muster zeigt sich deutlich an den untersuchten Projekten. Im Sinne einer „sichergestellten Urbanität“ bringen die „urbanen Oasen“ Sicherheitstechnik, Wachpersonal und vor allem Ansprüche an ein kontrolliertes Umfeld zurück in die Stadt. Der Einwand, diese „sichergestellte Urbanität“ betreffe zu vernachlässigende Einzelprojekte in den untersuchten Städten Berlin und Los Angeles, nimmt die Breite dieser Tendenz auch in anderen deutschen (Rühle 2012) und US-amerikanischen Städten nicht ernst genug. Zugleich liefern die Projekte Hinweise auf eine derzeit allgemeingültige Antwort auf Probleme des Städtischen. Die hier exemplarisch sichtbare „sichergestellte Urbanität“ kann als Ausdruck eines Dispositivs gegenwärtigen städtischen Regierens gelesen werden. Die Stadtentwicklung wie auch Immobilienentwickler_innen legen ihren Fokus zunehmend auf die an den Bedürfnissen höherer Einkommens- und Interessengruppen zugeschnittene „Schaffung von intakten Adressen und Standorten“ mit urbanen Qualitäten eines lebendigen Straßenbildes und einer Vielfalt von Einkaufsmöglichkeiten. Wem die „Verbindung von ästhetischer Architektur, funktionalem Design, urbanem Leben sowie einer ökologischen Lebenseinstellung“ (Petersen 2010) zu kostspielig ist oder wem die hier vollzogene Ausdeutung von Urbanität nicht gefällt, dem bleibt bald womöglich nur noch das Wohnen am Stadtrand.

Endnoten

- [1] Sharon Zukin beobachtet diesen Prozess in New York: „Overall the tastes of new, mobile, upper-income and highly educated residents – including editors, writers, and bloggers – create a cultural climate where older, poorer residents feel unwelcome, if not downright threatened.“ (Zukin 2010: 229)
- [2] Beispielhafte Artikel aus der deutschsprachigen Presse der letzten Jahre: „Von Nirgendwo zurück in die Urbanität der City“ (Immobilienzeitung 25.10.2001), „Die Zukunft der Stadt: Urbanes Leben in überschaubaren Quartieren“ (Immobilienzeitung 04.09.2003), „Städtebau: Urbanität ist wieder stärker gefragt“ (VDI-Nachrichten vom 03.12.2004), „Wohnen mit Stadtanschluss“ (Morgenpost vom 18.07.2004), „Neue Heimat Stadt“ (Die Zeit Nr. 34, 2005), „Triumph

der City“ (Der Spiegel 02/2006), „City-Renaissance. Amerikaner ziehen zurück in die Innenstadt“ (Handelsblatt 03.09.2006).

- [3] Im Rahmen eines Forschungsprojekts konnten wir umfassenden Einblick in aktuelle Projektentwicklung in Downtown Los Angeles gewinnen und kontrastieren diese mit aktuellen Entwicklungen in Berlin.
- [4] In einer historischen Analyse der stadtplanerischen Debatte der Bundesrepublik konnte Thomas Wüst zeigen, inwiefern dem Begriff Urbanität die Funktion eines politischen Mythos zukommt, der quasi als ein leerer Signifikant unter anderem dazu dient, vorhandene Interessengegensätze zu harmonisieren oder bestimmte Positionen zu legitimieren (Wüst 2004).

Autor_innen

Henning Füller ist Humangeograph und Machttheoretiker und forscht zum Wandel städtischer sozialer Kontrolle und Biosicherheit.

Kontakt: henning.fueller@fau.de

Nadine Marquardt ist Human-, Stadt- und Sozialgeographin und forscht zu historischen und aktuellen Geographien der Wohnungslosigkeit.

Kontakt: n.marquardt@em.uni-frankfurt.de

Georg Glasze ist Kultur- und Sozialgeograph und forscht zu (Un-)Sicherheit und Stadtentwicklung, kritischer Kartographie und kritischer Theorie des Geoweb.

Kontakt: georg.glasze@fau.de

Robert Pütz ist Humangeograph und forscht zu Stadt und (Un-)Sicherheit, Transformationsprozessen im urbanen Raum und geographischer Handelsforschung.

Kontakt: puetz@em.uni-frankfurt.de

Literatur

Bader, Ingo / Bialluch, Martin (2008): Gentrification and the Creative Class in Berlin-Kreuzberg. In: Libby Porter / Kate Shaw (Hg.), *Whose Urban Renaissance? An international comparison of urban regeneration strategies*. London, 93–102.

Boddy, Martin (2007): Designer neighbourhoods: new-build residential development in nonmetropolitan UK cities – the case of Bristol. In: *Environment and Planning A* 39/1, 86–105.

Dahler & Company (2013): *Erstes Halbjahr 2012: Der deutsche Luxuswohnmobilienmarkt wächst um 25 Prozent*. Dahler & Company. 11.01.2013.

Davidson, Mark / Lees, Loretta (2005): New build „gentrification“ and London’s riverside renaissance. In: *Environment and Planning A* 37/7,

- 1165–1190.
- Ellers, Sabrina (2008): The Creative Class: An Urban Asset. In: Hidden Places 3, 26–27.
- Evo (2013): A Cosmopolitan Backyard. www.evo-south.com (25.03.2013).
- Fainstein, Susan S. (2005): The Return of Urban Renewal. In: Harvard Design Magazine 22, 1–5.
- Füller, Henning / Marquardt, Nadine (2010): Die Sicherstellung von Urbanität. Innerstädtische Re- strukturierung und soziale Kontrolle in Downtown Los Angeles. Münster.
- Goetz, Edward (2011): Gentrification in Black and White: The Racial Impact of Public Housing Demolition in American Cities. In: Urban Studies 48/8, 1581–1604.
- Hackworth, Jason / Smith, Neil (2001): The changing state of gentrification. In: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie 92/4, 464–477.
- Hall, Tim / Hubbard, Phil (1996): The Entrepreneurial City. New urban politics, new urban geographies? In: Progress in Human Geography 20/2, 153–174.
- Hamnett, Chris / Whitelegg, Drew (2007): Loft conversion and gentrification in London: from industrial to postindustrial land use. In: Environment and Planning A 39/1, 106–124.
- Hankins, Katherine B. / Powers, Emily M. (2009): The Disappearance of the State from „Livable“ Urban Spaces. In: Antipode 41/5, 845–866.
- Harvey, David (1989): From managerialism to entrepreneurialism: the transformation of urban governance in late capitalism. In: Geografiska Annaler: Series B, Human Geography 71/1, 3–17.
- Holm, Andrej (2010): Townhouses, Urban Village, Car Loft. Berliner Luxuswohnanlagen als „dritte Welle“ der Gentrification. In: Geographische Zeitschrift 98/2, 100–115.
- Hyra, Derek S. (2012): Conceptualizing the New Urban Renewal. Comparing the Past to the Present. In: Urban Affairs Review 48/4, 498–527.
- Kern, Leslie (2010): Selling the „scary city“: gendering freedom, fear and condominium development in the neoliberal city. In: Social & Cultural Geography 11/3, 209–230.
- Latham, Alan (2003): Urbanity, Lifestyle and Making Sense of the New Urban Cultural Economy: Notes from Auckland, New Zealand. In: Urban Studies 40/9, 1699–1724.
- Lees, Loretta (2007): Afterword. In: Environment and Planning A 39/1, 228–234.
- Lees, Loretta (2008): Gentrification and Social Mixing: Towards an Inclusive Urban Renaissance? In: Urban Studies 45/12, 2449–2470.
- Little Tokyo Lofts (2008): It's 12 miles from Beverly Hills. It's a million miles from Beverly Hills. <http://www.littletokyolofts.com/> (04.12.2008).
- Lomoth, Mirco (2008): In Berlin boomen Luxus-Immobilien. In: Die Welt (15.04.2008).
- Manderscheid, Katharina (2007): Urbanität im 21. Jahrhundert – Verfall oder Chance einer Lebensform? Eine soziologische Kontextualisierung. In: Detlef Baum (Hg.), Die Stadt in der Sozialen Arbeit. Ein Handbuch

- für soziale und planende Berufe. Wiesbaden, 52–70.
- Marcuse, Peter (1986): Abandonment, gentrification and displacement: the linkages in New York City. In: Neil Smith / Peter Williams (Hg.), *Gentrification of the city*. Boston, 153–177.
- Marth, Hermann (2006): RAG Immobilien – Verantwortung für den Lebensraum Stadt. Presseerklärung. RAG Immobilien. Essen.
- Marquardt, Nadine / Füller, Henning (2012): Spillover of the private city: BIDs as a pivot of social control in downtown Los Angeles. In: *European Urban and Regional Studies* 19/2, 153–166.
- Neisen, Vera (2008): Townhouse-Living in the Centre of Berlin. In: Katja Adelhof u.a. (Hg.), *Urban Trends in Berlin and Amsterdam*. Berlin, 24–38.
- Petersen, Katrin (2010): Urban und Grün Wohnen im Prenzlauer Berg. STOFANEL Investment AG. (05.10.2010).
- Podagrosi, Angelo / Vojnovic Igor (2008): Tearing Down Freedmen's Town and African American Displacement in Houston: The Good, the Bad, and the Ugly of Urban Revival. In: *Urban Geography* 29/4, 371–401.
- Ramsey, Kevin (2012): Residential Construction Trends in America's Metropolitan Regions 2012. United States Environment Protection Agency.
- Rauterberg, Hanno (2005): Neue Heimat Stadt. In: *Die Zeit* 34 (18.08.2005).
- Ring, Douglas / Donoghue, Diane (2007): Down-to-earth Housing. In: *Los Angeles Times* (24.07. 2007).
- Rühle, Alex (2012): Wohnst du noch oder residierst du schon? In: *Süddeutsche Zeitung* (14.07.2012).
- Seck Group (2007): Welcome. <http://www.655hope.com> (23.04.2007).
- Siedentop, Stefan (2008): Die Rückkehr der Städte? Zur Plausibilität der Reurbanisierungshypothese. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 3/4, 193–210.
- Simmons, Patrick / Lang, Robert E. (2005): „The Urban Turnaround“. In: dies. (Hg.), *Redefining Urban and Suburban America: Evidence from Census 2000*. Washington, D.C., 51–62.
- Slater, Tom (2006): „The Eviction of Critical Perspectives from Gentrification Research“. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 30/4, 737–757.
- Smith, Neil (1996): *The New Urban Frontier: Gentrification and the Revanchist City*. New York: Routledge.
- Sohmer, Rebecca (1999): Downtown Housing as an Urban Redevelopment Tool: Hype or Hope? In: *Housing Policy Debate* 10/2, 477–505.
- Steglich, Ulrike (2008): Wohnen ohne Kompromisse. In: *Der Freitag* (03.10.2008).
- Stofanel (2009): Marthashof. Urban Village. Berlin.
- Strom, Elizabeth (2008): „Rethinking the Politics of Downtown Development“. In: *Journal of Urban Affairs* 30/1, 37–61.
- Uitermark Justus / Duyvendak, Jan Willem / Reinout, Kleinhans (2007): Gentrification as a governmental strategy. Social control and social cohesion in Hoogvliet, Rotterdam. In: *Environment and Planning A*

- 39/1, 125–141.
- van der Geyn, Bas / Jaap, Draaisma (2008): The embrace of Amsterdam's creative breeding ground. In: Kate Shaw und Libb Porter (Hg.), *Whose Urban Renaissance? An international comparison of urban regeneration strategies*, London, 203–211.
- Vetter, Martina (2008): Deutsche Verlässlichkeit und italienische Kreativität. In: *Immobilien Zeitung* 45, 24–25.
- Wilson, David / Wouters, Jared / Grammenos, Dennis (2004): Successful protect-community discourse: Spatiality and politics in Chicago's Pilsen neighborhood. In: *Environment and Planning A* 36/7, 1173–1190.
- Vincent, Roger (2004): New Condo Development Gets Underway in Downtown L.A. In: *Los Angeles Times* (30.09.2004), C–2.
- Wüst, Thomas (2004): *Urbanität: ein Mythos und sein Potential*. Wiesbaden.
- Zukin, Sharon (2010): *Naked City. The Death and Life of Authentic Urban Places*. Oxford.

Urbanity according to an exclusive recipe: the interpretation of the urban through upscale real estate projects in Berlin and Los Angeles

Inner city living is a hot topic. Whether celebrated as an „urban renaissance“ and re-urbanization or criticized as gentrification, the interest that developers, investors and buyers currently have for inner-city locations is part of the ongoing urban restructuring of European and US-American cities. In addition to processes of re-investment and displacement currently restructuring the city, the „urban renaissance“ also has brought forth a powerful take on the meaning of city life and urbanity. In particular, high-priced luxury developments in inner city areas currently modify ideas about urban livability and about legitimate city users and usages. The article analyzes recent inner city luxury developments in Berlin and Los Angeles as a built form of current discourses on re-urbanization and urban lifestyles.

Die Goethe-Universität zieht um*

Staatliche Raumproduktion und die Neoliberalisierung der Universität

Bernd Belina
Tino Petzold
Jürgen Schardt
Sebastian Schipper

Im Zuge des Bildungsstreiks 2009 besetzten Studierende der Johann Wolfgang Goethe-Universität (JWGU) in Frankfurt das „Casino“, ein zentrales Gebäude auf dem neuen IG-Farben-Campus im Westend. Während frühere Besetzungen von Universitätsgebäuden auf dem alten Campus in Bockenheim von der Universitätsleitung zwar auch nicht gerade begrüßt, aber doch toleriert worden sind, ließ das Präsidium im jüngsten Fall 176 Studierende nach nur drei Tagen polizeilich räumen. Um diesen repressiven Wandel im Umgang mit studentischem Protest zu verstehen, rekonstruieren wir im Folgenden die Art und Weise, wie die JWGU als Teil des Staatsapparates Universität zu unterschiedlichen Zeiten zwei Campus als konkrete Orte (*places*) hervorgebracht hat, die jeweils als Ausdruck und Verdichtung der nationalen und lokalen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse im Fordismus bzw. Neoliberalismus zu interpretieren sind.

Ersteinreichung: 28. Februar 2013; Veröffentlichung online: 25. Juli 2013
An English abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Der Herbst 2009 sah in Deutschland zahlreiche studentische Proteste gegen die Strukturreformen des Bildungssystems, die in Medien und Politik auf grundsätzliches Wohlwollen stießen (KMK 2009a, 2009b). In zahlreichen Städten kam es u. a. zu vorübergehenden Besetzungen von Universitätsgebäuden, eine in der Vergangenheit übliche und weitgehend tolerierte Aktionsform. Auch in Frankfurt am Main wurde im Rahmen eines Streiks das „Casino“ – ein zentrales Gebäude auf dem neuen Campus der Johann Wolfgang Goethe-Universität (JWGU) – besetzt. Dort fanden unter Beteiligung von Professor_innen und wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen alternative Veranstaltungen statt. Anders als bei früheren Besetzungen des AfE-Turms [1] (im Folgenden: Turm) auf dem alten Campus Bockenheim, die, obschon nicht willkommen geheißen, doch geduldet wurden, eskalierte die Situation im Casino am dritten Tag der Besetzung in einer Weise, die für universitäre Auseinandersetzungen in Deutschland in den letzten 20 Jahren einmalig sein dürfte: 176 Studierende und Mitarbeiter_innen wurden polizeilich geräumt (A.A. 2009 - siehe Videolink), das Präsidium der JWGU erstattete Strafanzeige und drohte mit Exmatrikulation. Dekanate und Fachbereiche wurden unter

* Eine englische Version dieses Artikels ist zuerst 2013 unter dem Titel „Neoliberalising the Fordist University: A Tale of Two Campuses in Frankfurt a. M., Germany“ in *Antipode* (45/3), 738–759 erschienen. Die Veröffentlichung einer überarbeiteten deutschsprachigen Version dieses Textes soll zu der deutschsprachigen Debatte beitragen.

Druck gesetzt, sich von den Besetzer_innen zu distanzieren. In einer aggressiven Medienkampagne (Eppelsheim/Krumbein 2009; JWGU 2009) wurden dem AstA, der die Proteste unterstützte, die Legitimität abgesprochen und die Gelder gekürzt. Eine Entscheidung des Senats, dem paritätisch besetzten und gewählten Gremium der akademischen Selbstverwaltung, zur bedingungslosen Rücknahme der Strafanzeigen wurde vom Präsidium übergangen.

Diese Repression ist umso bemerkenswerter, als der angegebene Grund für die Räumung eher harmlos erscheint: Die weißen Wände des Casinos wurden bemalt. Was bislang zu den üblichen Ausdrucksformen studentischen Protests gehörte, wurde diesmal sehr schnell zu „Vandalismus“ und „Gewalt“ umgedeutet (Bauer et al. 2010; Einige Irrelevantisierte 2009).

Um die neue Qualität der Räumung zu verstehen, muss unserer Ansicht nach die Neoliberalisierung der JWGU in den Blick genommen werden, die im Rahmen ihres Umzugs auch einen räumlichen Ausdruck erhält. Dies wollen wir in diesem Beitrag mittels eines Vergleichs von zwei *places* [2] tun, die unseres Erachtens für zwei Konstellationen von Kräfteverhältnissen an der JWGU und in der BRD stehen, den Fordismus und den Neoliberalismus: auf der einen Seite der (alte) Campus Bockenheim mit seinem symbolträchtigsten Gebäude, dem Turm; auf der anderen Seite der (neue) IG-Farben-Campus [3] mit seinen beiden symbolträchtigen Gebäuden, dem IG-Farben-Haus und dem *House of Finance* (HoF).

Wer in Deutschland oder anderswo an einer Universität tätig ist, dort arbeitet oder studiert, verfügt üblicherweise über recht gute Kenntnisse und (oft ambivalente) Emotionen bezüglich der konkreten Orte (*places*). Dabei besteht die Gefahr, die Zusammenhänge aus dem Blick zu verlieren, die die sozial produzierten lokalen *places* in ihren globalen Zusammenhängen erst konstituieren. Ebendies geschieht viel zu oft in der öffentlich geführten Debatte zum Umbau der Universitäten in Deutschland, die sich mitunter auf den Austausch eigener, positiv oder negativ eingeschätzter Erfahrungen beschränken (Bender 2009; Kühl 2009). Viel zu selten wird der Versuch unternommen, die unmittelbar erfahrenen Umwälzungen in die Dynamik des Kapitalismus und seine politische Bearbeitung theoretisch und empirisch einzubetten. Eine entsprechende Debatte ist in Deutschland auf die kritischen Gesellschaftswissenschaften beschränkt (Silomon-Pflug 2010; Bultmann 2008; Sambale et al. 2008; Brüchert/Wagner 2007; Demirovic 2007a; Stapelfeldt 2007). Sie läuft jedoch ihrerseits Gefahr, zu wenig *place*-sensibel zu sein und dabei sowohl lokale Kräfteverhältnisse und resultierende Pfadabhängigkeiten als auch die Bedeutungen der Produktion und Aneignung der in der gebauten Umwelt materialisierten Universität zu wenig in die Analyse einzubeziehen.

Um beide Blindstellen zu umgehen, betrachten wir die aktuellen Kämpfe um die Veränderungen der JWGU sowohl im Kontext materialistischer Staatstheorie als auch mit Bezug zur *production of place*-Literatur der kritischen Geographie. Universität verstehen wir damit erstens als Staatsapparat mit spezifischen Leistungen und

Anforderungen sowie eigener Materialität, aus welcher eine relative institutionelle Trägheit im Bezug auf die neoliberale Transformation resultiert. Zweitens wollen wir die aktuellen Raumproduktionen der JWGU näher untersuchen, weil sich in ihnen der Wandel der Institution in besonderer Weise manifestiert. Hier treffen wir auf eine zweite Trägheit, die der gebauten Umwelt der Universität geschuldet ist. Beide Trägheiten vermitteln zwischen gesellschaftlicher Dynamik und dem konkreten *place* JWGU.

Die JWGU bietet sich als Untersuchungsgegenstand zur Vertiefung der Bedeutung dieser Trägheiten besonders an, weil ihre Leitung auf beide aktiv einwirkt: durch neue Raumproduktionen im Kontext eines groß angelegten Umzugs auf zwei neue Campus (seit 1995) und durch die institutionelle Reform zur Stiftungsuniversität. Denn institutionell erlangt die JWGU ab dem 01.01.2008 eine Sonderrolle, da sie von einer Körperschaft des öffentlichen Rechts in eine Stiftungsuniversität überführt wird, wodurch die Universitätsleitung weitgehende Autonomie zugeständnisse erhält. Gleichzeitig wird externen Akteuren aus Wirtschaft und Politik eine entscheidende Rolle eingeräumt, was eine Entdemokratisierung und eine Entmachtung der akademischen Selbstverwaltung bedeutet. War zuvor der mit gewählten Vertreter_innen aller Statusgruppen bestückte Senat das entscheidende Gremium, sind dies nun zum einen das Präsidium und zum anderen der von Vertreter_innen der Privatwirtschaft dominierte Hochschulrat (Silomon-Pflug 2010: 83ff). Wie an kaum einem anderen Ort in Deutschland lässt sich daher hier die Neoliberalisierung der Universität studieren.

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: In Abschnitt 2 diskutieren wir unseren theoretischen Zugang, wobei materialistische Staatstheorie (2.1) und die *production of place* (2.2) im Zentrum stehen. Anschließend rekonstruieren wir die Bedeutung der *places* „Campus Bockenheim“ (3.1) und „IG-Farben-Campus“ (3.2) vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklung in der BRD. Im Fazit (4) diskutieren wir Theorie und Empirie im Zusammenhang.

2. Materialistische Staatstheorie und die *production of place*

Ziel der Ausführungen im folgenden Abschnitt ist es, die beiden oben eingeführten Trägheiten theoretisch zu bestimmen und zu begründen, also zunächst jene des Apparates Universität, anschließend die ihrer gebauten Form. Dazu beziehen wir uns zunächst auf die materialistische Staatstheorie, mittels der Stellung und Funktion von Universitäten im Kapitalismus bestimmt werden können – also die ‚*politics of place*‘. In der Folge wird der Begriff *place* diskutiert, um Pfadabhängigkeiten und soziale Auseinandersetzungen zugänglich zu machen, also die *politics of place*.

2.1 ‚Politics of Place – Universität als Staatsapparat

Materialistische Staatstheorie in der Tradition von Poulantzas (2002) und Jessop (2008) geht davon aus, dass die konkrete Ausgestaltung

des Staates, der als Resultat sozialer Praxis verstanden wird, innerhalb formbestimmter Grenzen kontingent ist (Hirsch/Kannankulam 2011; Hirsch 1994). Die in der BRD weitgehend staatliche Organisation des Apparats Universität ist graduell bis vollständig veränderbar. Dass Universität „Staatswissenschaft“ (Poulantzas 2002: 84; Herv. im Orig.) betreibt, also Inhalte und Resultate von Forschung und Lehre insgesamt abstrakten Reichtum mehrten und etablierte Herrschaft sichern sollen, steht innerhalb der eingerichteten Verhältnisse jedoch nicht zur Disposition (Huisken 1998).

Gemäß der von Jessop (2008, 2002, 1990) und anderen fortentwickelten Staatstheorie Poulantzas' (Demirovic 2007b) ist der Staat zu begreifen „als ein Verhältnis, genauer als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt“ (Poulantzas 2002: 159). Er ist ein dynamisches und strategisch-selektives Verhältnis, dessen zentrale Leistung darin besteht, die heterogenen und in sich gespaltenen Klassenfraktionen zu einem herrschenden Block zu organisieren, die beherrschten Volksmassen zu desorganisieren und zugleich beider Interessen in seine institutionelle Materialität einzuschreiben (ebd.: 171ff.). Er ist deshalb die spezifische Form der Organisation der herrschenden Klassen bzw. des Blocks an der Macht und zugleich das Feld, auf dem Konflikte ausgetragen werden. Periodisch führt das immer wieder zur Ausbildung von gesellschaftlichen Hegemonien, in denen sich die widersprüchlichen Interessen zu einem instabilen Kompromissgleichgewicht (Gramsci 1996: 1561) verdichten. Dieses materialisiert sich in den Staatsapparaten, denen eine eigene Dichte und Trägheit zukommt und die selbst zum Terrain sozialer Kämpfe werden und strategisch selektiv wirken (Demirovic 2007b).

Die Charakterisierung der Universität als Staatsapparat ist auf dieser Basis einerseits offensichtlich – rechtliche Anerkennung von Abschlüssen, finanzielle Abhängigkeit vom Staat, Beamtenstatus eines Großteils der Lehrenden –, andererseits das Resultat sozialer Auseinandersetzungen. Die Integration der als private Stiftungen gegründeten Hochschulen ins institutionelle Gerüst westlich-kapitalistischer Staaten ab dem 19. Jahrhundert sowie die staatlichen Neugründungen von Universitäten sind selbst umkämpftes Produkt der staatlichen Monopolisierung der Wissensproduktion (Poulantzas 2002: 84f).

Der Staatsapparat Universität ist an der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse in vielfältiger Weise beteiligt: Qualifizierung von Arbeitskräften, Produktion von verwertbarem Wissen, Ideologieproduktion und indem er durch Anrufungen (Leistung, Disziplinierung, Wettbewerb, Illusion der Chancengleichheit, Selektion) Subjekte hervorbringt, die sich in die vorhandene Klassenstruktur und die gesellschaftlich-technische Arbeitsteilung einfügen (Althusser 1971). Hierzu ist eine relative Autonomie in Form der „Freiheit der Wissenschaft“ nötig, die zu einem gewissen Grad auch radikale Abweichungen und Abschweifungen zulässt (Demirovic 2007a; Huisken 1998). Nach Hirsch (1971: 139) löst sich das widersprüchliche Verhältnis von verwertbaren Ergebnissen einerseits und „Erschließung neuer Wege und Erkenntnisse [und] Entfaltung schöpferischer Intelligenz und technischer Phantasie“

andererseits auf in die funktionale Notwendigkeit von „Autonomie und Freiheit der Forschung“ (ebd.: 139). Auch radikale Abweichungen von staatlichen Zielen sind innerhalb des Staatsapparates möglich, ja mitunter notwendig.

In welcher Weise diese relative Autonomie des Staatsapparats Universität ausgestaltet wird, ist Ausdruck der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse auf dem Terrain des Staates. In welcher Weise sie auf der Ebene der einzelnen Universität genutzt wird, hängt zusätzlich wesentlich von den lokalen Kräfteverhältnissen ab, die Unterschiede zwischen Universitäten und Pfadabhängigkeiten ihrer Entwicklung hervorbringen.

Als Resultat der Ausführungen zur materialistischen Staatstheorie verstehen wir erstens die JWGU als Teil des Staatsapparates Universität und damit als spezifische materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen sowie als Produkt und Terrain sozialer Kämpfe. Zweitens erfolgt ihre Ausgestaltung zwar in grundsätzlich kontingenter Weise, bleibt aber wegen ihrer Formbestimmtheit innerhalb gewisser Grenzen sozialer Praxis. Drittens ist die konkrete Ausgestaltung bestimmt von Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Hegemonieprojekten [4] (Kannankulam/Georgi 2012) auf verschiedenen Maßstabsebenen, die danach streben, hegemonial zu werden. Aufgrund der eigenen Materialität und der daraus resultierenden institutionellen Trägheit werden gesellschaftliche Prozesse und Auseinandersetzungen nicht einfach lokal gespiegelt, sondern schreiben sich nur selektiv gebrochen ein. Viertens folgt aus der hier vertretenen staatstheoretischen Position, dass die Art und Weise, wie gesellschaftlicher und staatlicher Wandel in der JWGU ankommt, von lokalen Kräfteverhältnissen und konkreten sozialen Kämpfen abhängt und sich nur empirisch klären lässt, was auf die Besonderheiten des *place* verweist.

2.2 *Politics of ‚Place‘ – Universität als erfahrener und gelebter Raum*

Place steht in der humanistischen Tradition für konkrete Orte, die durch individuelle Erfahrungen und Emotionen sowie durch ihre Authentizität bestimmt sind (Cresswell 2004; Tuan 1977; Relph 1976). Während die Annahme singulärer *place*-Identitäten und damit die Idee ihrer Authentizität zu Recht kritisiert wurde (Grazian 2003; Massey 1991), gilt es die Bedeutung einzigartiger *places* ernst zu nehmen. Die eingangs erwähnten gewalttätigen Auseinandersetzungen deuten an, dass *places* durch und durch politisch und nur zu verstehen sind, wenn sie in den Kontext gesellschaftlichen Wandels gestellt werden. Hierfür ist ein Begriff von *place* vonnöten, der diese Verbindung explizit ins Zentrum stellt, wofür die Arbeiten von Henri Lefebvre, Doreen Massey und David Harvey Ansatzpunkte liefern.

Für Lefebvre ist die räumliche Praxis für die Reproduktion der Gesellschaft zentral: „Gesellschaftliche Verhältnisse, die konkrete Abstraktionen sind, werden nur in und durch Raum wirklich existent. *Ihr Medium ist räumlich*. Die Verbindung zwischen Medium und Verhältnissen muss konkret untersucht werden.“ (Lefebvre 1991: 404 [5]; Herv. i. O.) Lefebvres Herz hängt im Anschluss an Marx’ *Pariser Manuskripte* am

wahrhaft Konkreten, das er im *espace vécu* zu finden glaubt, im gelebten „Raum der ‚Bewohner‘ und ‚Nutzer‘“ (Lefebvre 1991: 39). Mit Schmid (2005) gehen wir davon aus, dass auch die zum idealistischen neigenden Formulierungen zum gelebten Raum materialistisch und von der sozialen Praxis her zu denken sind.

Massey (1991) betont in ihrem einflussreichen Text *„A global sense of place“*, wie *place*-spezifische subjektive Erfahrungen und Emotionen in globale Vernetzungen verschiedenster Art eingebunden sind und durch diese hervorgebracht werden. *Places* haben für verschiedene Gruppen und im Kontext unterschiedlicher Praktiken multiple Identitäten, sie sind *„constructed out of a particular constellation of social relations, meeting and weaving together at a particular locus“* (Massey 1991: 27) und *„can be seen as a particular, unique, point of their intersection“* (ebd.: 27). Wie Lefebvre betont sie, dass es hierbei nicht um *„making the ritualistic connections to ,the wider system“*, gehen könne, sondern *„real relations with real content – economic, political, cultural – between any local place and the wider world in which it is set“* (ebd.: 28) entscheidend seien, mithin deren konkrete Untersuchung.

Auch Harvey (1996) bestimmt die Vielfältigkeit erfahrener und emotional angeeigneter *places* im Zusammenhang mit über sie hinausreichenden und sie zugleich konstituierenden sozialen Verhältnisse, wenn er *place* als *„intense focus of discursive activity, filled with symbolic and representational meanings, and [...] a distinctive product of institutionalized social and political-economic power“* (Harvey 1996: 316) bezeichnet. In Auseinandersetzung mit Heidegger sowie im Kontext seines Verständnisses von Dialektik diskutiert er unter *place* die subjektive, affektive Seite kapitalistischer Vergesellschaftung. *Places* sind demnach *„internally heterogeneous, dialectical and dynamic configurations of relative ,permanences‘ within the overall spatio-temporal dynamics of socio-ecological processes“* (ebd.: 294) und *„constructed and experienced as material artefacts and intricate networks of social relations“* (ebd.: 316). Er betont die hohe Bedeutung von Imaginationen, Überzeugungen, Sehnsüchten und Wünschen sowie die Tatsache, dass *„[d]iscursive struggles over representation are [...] just as fundamental to the activities of place construction as bricks and mortar“* (ebd.: 322). Diese Kämpfe entbrennen regelmäßig bei der Produktion materieller Räume in *bricks and mortar* und sind dann je konkret in ihrem sozialen Kontext zu untersuchen, nur so sind die *„conflictual (and oftentimes internally contradictory) processes of place construction, sustenance, and deconstruction“* (ebd.: 316) zu erklären.

Aus den diskutierten kritischen Konzeptualisierungen von *place* folgen für unser Thema vor allem drei Aspekte: Erstens ist die subjektiv-emotionale Seite von *places* in kritischer Theorie und Empirie ernst zu nehmen, zweitens gilt es gerade deshalb *places* im Kontext gesellschaftlicher Prozesse und Kämpfe zu untersuchen, was drittens wegen der Natur von *places* stets konkret und am Gegenstand erfolgen muss, um das je spezifische Verhältnis von sozialen Prozessen und subjektiver Aneignung in den Blick zu bekommen. Wie zuvor diskutiert, ist letzteres auch und gerade für die JWGU als Teil des Staatsapparats Universität notwendig. Eben hiermit befassen wir uns im Folgenden.

3. Vom Campus Bockenheim zum IG-Farben-Campus

Der Campus Bockenheim und der IG-Farben-Campus stehen für Fordismus respektive Neoliberalismus in ihrer bundesdeutschen Ausprägung. Wir verwenden die Begriffe „Fordismus“ und „Neoliberalismus“, um zwischen zwei Perioden des Kapitalismus zu unterscheiden, die jeweils als die temporär stabile Hegemonie eines historischen Blocks gesellschaftlicher Kräfte aufzufassen sind. Keine der beiden Formationen sollte als allumfassend und in sich homogen verstanden werden, sondern vielmehr als Elemente einer plausiblen Periodisierung, basierend auf empirischen Erkenntnissen und theoretischer Bewertung. Im Anschluss an Kannankulam und Georgi (2012) verstehen wir den Übergang zwischen diesen Formationen als das Resultat von Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Hegemonieprojekten. Diese sind bestimmt als die „Verdichtungen bzw. die meist unbewussten und indirekten Verknüpfungen einer Vielzahl unterschiedlicher Taktiken und Strategien, die sich auf konkrete politische Projekte oder breitere gesellschaftliche Problemlagen richten“ (Kannankulam/Georgi 2012: 34). Die fordistische Periode war dadurch geprägt, dass das sozial-demokratische Hegemonieprojekt im Gegensatz zu anderen – etwa einem konservativen oder sozialistischen – tatsächlich hegemonial geworden ist. Entsprechend ist die Neoliberalisierung durch ein neoliberales Hegemonieprojekt bestimmt. Dass letzteres hegemonial geworden ist, muss verstanden werden als das Resultat der erfolgreichen Durchsetzung von Initiativen der Neoliberalisierung, die von verschiedenen gesellschaftlichen Kräften auf räumlich und zeitlich unterschiedlichen Terrains – hier dem Staatsapparat Universität – angestrebt wurden. Wie die folgende Analyse zeigt, hat an der JWGU das neoliberale Hegemonieprojekt Hegemonie erlangt und materialisiert sich im *place* IG-Farben-Campus. Der Prozess dieser Verdichtung ist vermittelt durch die zwei Trägheiten: der Institution und der gebauten Umwelt. Wir werden im Folgenden beide Campus in chronologischer Reihenfolge diskutieren.

3.1 Campus Bockenheim

3.1.1 Die Goethe Universität nach dem Nationalsozialismus

Infolge der Befreiung vom Nationalsozialismus waren an der Universität Frankfurt Anfang der 1950er Jahre einige Außenseiter_innen in entscheidende Funktionen gelangt: 1951 wurde das – von der JWGU formell unabhängige – Institut für Sozialforschung (siehe Abb. 1) wiedereröffnet, dessen Leiter Max Horkheimer bald darauf Rektor der JWGU werden sollte. 1953 eröffnete er das stiftungsfinanzierte Studierendenhaus (siehe Abb. 2) mit folgenden Worten:

„Das Glück des unabhängigen Denkens und das Bedürfnis nach Freiheit, das aus ihm folgt, ja mit ihm identisch ist, muss gelernt und erfahren sein; es bedarf der Übung und der Gelegenheit, des Beispiels und des Umgangs. [...] Wie unendlich klein auch das

Ausmaß dieses Hauses im Hinblick auf so hoch gesteckte Ziele erscheint, die Wirkung dieser Zelle wird sich aufs Ganze der Universität und weiterhin erstrecken, es wird ihr Zentrum werden.“ (Horkheimer 1953: 13)



Im gleichen Jahr hatte Horkheimer den Architekten Ferdinand Kramer, einen Jugendfreund Theodor W. Adornos, aus dem Exil nach Frankfurt geholt und ihn mit dem Wiederaufbau der Universität beauftragt. Kramer stand in der Tradition der Klassischen Moderne und versuchte mit seinen Hochschulbauten an die Ideen der demokratischen Architektur anzuknüpfen (Hansen 2001), wie sie unter Ernst May mit dem Neuen Frankfurt (Mohr/Müller 1984) begonnen wurden. Kramer begann seine Tätigkeit mit einem Paukenschlag: Das barocke Hauptportal des schlossähnlichen Hauptgebäudes lässt er einreißen und ersetzt es durch eine transparente Glastürenkonstruktion, ein Zeichen von Öffnung und Demokratisierung der Universität, das bei den restaurativen Kräften auf vehemente Ablehnung stößt (siehe Abb. 3).

Abb. 1 (links): Das Institut für Sozialforschung auf dem Campus Bockenheim
Abb. 2 (rechts): Das Studierendenhaus auf dem Campus Bockenheim
(Quellen: eigene Fotos)



Abb. 3: Das von Ferdinand Kramer 1952 modifizierte Portal des Hauptgebäudes auf dem Campus Bockenheim
(Quelle: eigenes Foto)

Bei dem Bündnis von Kritischer Theorie und moderner Architektur handelte es sich jedoch nicht um eine Liebesbeziehung – den von Kramer eigens für Horkheimer entworfenen Schreibtisch ließ dieser umgehend durch Gelsenkirchener Barock ersetzen (Hansen 2001: 230), umgekehrt findet sich in den wenigen Schriften Kramers kein Bezug auf die Kritische Theorie (Kramer 1982). Was beide dennoch verband, war eine inhaltliche Nähe: ihr Kampf gegen den Nationalsozialismus und alles, was ihn konstituierte; ein emphatischer Begriff von Demokratie, der deren soziale Bedingungen wesentlich mit in den Blick nahm; schließlich die Idee der Möglichkeit von Aufklärung [6]. Materielle Grundlage waren u. a. der institutionalisierte Klassenkompromiss (Korporatismus) sowie bis dahin ungeahnte wirtschaftliche Wachstumsraten in der BRD der 1950er und 60er Jahre (Hirsch/Roth 1986; Lutz 1984). Im weitesten Sinne standen beide Projekte schon für die Paradigmen von ‚Chancengleichheit‘ und ‚Mitbestimmung‘, noch bevor diese im bundesdeutschen Staatsapparat Universität institutionalisiert wurden.

Unter Absehung von der fundamentalen Kapitalismuskritik seitens der Frankfurter Schule können beide – Universitätsleitung und Architekt – daher als Teil der Durchsetzung der sozial-demokratischen Version des Fordismus an der JWGU verstanden werden. Dabei standen sie relativ verloren in der Opposition zu den herrschenden Kräften im Staatsapparat Universität und dem national-konservativen Hegemonieprojekt. Die frühen Jahre des westdeutschen Fordismus trugen in Deutschland das restaurative Gesicht der Adenauer-Ära, das die nationalsozialistische Vergangenheit inhaltlich wie personell dem Vergessen übereignete (Frei 1996). Im universitären Apparat äußerte sich dies in der Organisation durch Ordinarien wie in der Besetzung von Lehrstühlen durch Altnazis (für die Geographie in der BRD: Sandner 1995). In Frankfurt etwa galt die Richtlinie, dass nur „alle vor dem 1. Mai 1937 in die Partei [NSDAP] eingetretenen Mitglieder des öffentlichen Dienstes [...] zu entlassen seien.“ (Hammerstein 1989: 594). Anderen NSDAP-Mitgliedern wurde unterstellt, dass ihr Parteieintritt unter Zwang erfolgte, sofern sie nicht in besonderer Weise als Nazis in Erscheinung getreten sind (ebd.: 585). In den öffentlichen Diskussionen wurde aber selbst diese Regelung als zu hart empfunden (ebd.: 725ff). In der Auseinandersetzung zwischen den Hegemonieprojekten können Horkheimer und das Institut für Sozialforschung als Teil des sozial-demokratischen Hegemonieprojektes verstanden werden. Zugespitzt ließe sich formulieren, dass sie das Feigenblatt bildeten, unter dem alte Traditionen des national-konservativen Hegemonieprojektes, das im Staatsapparat Universität nach wie vor hegemonial war, unhinterfragt fortgesetzt werden konnten.

3.1.2 1968 und die Politisierung der Wissenschaft

Der Bruch kam mit 1968. Die studentische Revolte gegen die autoritären Verhältnisse war im Verbund mit dem ökonomischen Interesse nach mehr wissenschaftlich qualifizierten Fachkräften in der Lage, die Kräfteverhältnisse so zu verändern, dass die institutionelle Trägheit des Staatsapparates Universität überwunden und eine Reorganisation der Universität bewirkt

wurde (Rodrian-Pfennig 2008). Die Ersetzung der Ordinarien- durch die Gruppenuniversität [7] mit einer verfassten Studierendenschaft korrespondierte mit den studentischen Aktivitäten: selbstorganisierte Seminare und Lesekreise, Cafés und Zeitungen, politische Initiativen und Wohngemeinschaften, Demonstrationen und Häuserkämpfe. Das Graffiti wurde neu erfunden (siehe Abb. 4, 5 und 6), Plakate und Flugblätter kommunizierten mit dem städtischen Leben.



Während Kramer bereits die Grundzüge des Bockenheimer Campus erarbeitet und umgesetzt hatte, wird eben in dieser Zeit das Symbol der neuen Kräfteverhältnisse geschaffen: der Turm (siehe Abb. 7). Dieser kann in vielerlei Hinsicht als der materielle Ausdruck der fordistischen Gesellschaftsformation an der JWGU gelten: Mit seiner Fertigstellung 1973 war er für einige Jahre das höchste Gebäude Frankfurts, gestalterisch trägt er sein Stahlbeton-Skelett im Stile des Brutalismus offen zur Schau und signalisiert damit Funktionalität und Massenproduktion. Die Ordinarien sind darin Vergangenheit, die Seminarräume sind flach und die Kritische Theorie in Form der Gesellschaftswissenschaften ist zu einem breiten interdisziplinären Projekt transformiert, dessen mechanischer Betriebssamkeit etwas Tayloristisches anhaftet.

Abb. 4, 5 und 6:
Graffitis im AfE-Turm
auf dem Campus
Bockenheim
(Quellen: eigene
Fotos)



Abb. 7: Campus
Bockenheim mit
dem AfE-Turm im
Hintergrund (Quelle:
eigenes Foto)

Die Gesellschaftswissenschaften verkörpern auch inhaltlich den Fordismus: Zentrales Thema ist der „sozialdemokratische Staat“ (Buci-Glucksmann 1982) und das korporatistische „Modell Deutschland“ (Hirsch 1980) sowie deren Akteure und Institutionen. Hier werden Personal und sozialtechnologisches Wissen insbesondere für die Apparate Schule, Wissenschaft, Medien, Sozialdemokratie und Gewerkschaften produziert. Auf dem Programm stehen gesellschaftliche Verteilungsfragen, die sich aus der angewachsenen Produktivität ergeben. Tendenziell kritisch ist diese Wissenschaft, weil der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital im Korporatismus zwar befriedet ist, aber als Klassenkompromiss ausdrücklich benannt bleibt und „von links“ in Frage gestellt wird. Publiziert wurde vielfach in linken Zeitschriften und Buchreihen, wobei die *edition suhrkamp* des Frankfurter Suhrkamp Verlages zeitweise mit sozialistischen und marxistischen Büchern die öffentliche intellektuelle Debatte der BRD mitbestimmte.

Versteht man Fachbereiche als Ausdruck der Verdichtung unterschiedlicher sozialer Kräfte, dann ist bemerkenswert, dass kritische Positionen in den 1970er Jahren an der JWGU nicht nur in den Gesellschaftswissenschaften dominant wurden (Steinert 2008: 168), sondern sich deren Einflüsse selbst in jenen Bereichen finden, die weit mehr unmittelbare Nähe zu Kapital und (repressivem) Staat aufweisen. So wurde in den Wirtschaftswissenschaften ein Lehrstuhl mit dem Schwerpunkt „Marxistische Wirtschaftstheorie“ eingerichtet, in den Rechtswissenschaften gewannen die Grundlagenfächer Rechtstheorie, -geschichte und -soziologie an Bedeutung, und selbst in der Medizin hielten mit dem „Institut für Sexualforschung“ gesellschaftstheoretische Fragen Einzug.

Ganz im Sinne der eingangs diskutierten institutionellen Trägheiten zieht der fordistische Geist in der BRD erst in den Staatsapparat Universität ein, als die Krise des Fordismus gerade beginnt manifest zu werden, nämlich um 1970. Seine Materialisierung im Turm 1973 fällt als Resultat der zweiten Trägheit, jener der gebauten Umwelt, mit dem Beginn der Krise des Fordismus zusammen. Obwohl die radikaleren Elemente der JWGU um die 1970er herum sicherlich nicht durch und durch fordistisch waren – weil etwa viele Studierende und Lehrende nicht das Ideal der Kernfamilie lebten oder daran glaubten, dass der Klassenkompromiss das Ende der Geschichte sei – kann der Turm doch in vielerlei Hinsicht als der *place* verstanden werden, der die deutsche Version des Fordismus im Staatsapparat Universität verkörpert. In dieser Hinsicht blieb der Turm fordistisch bis weit in die 1990er Jahre hinein. Durch die beiden Trägheiten benötigte es etwa 20 Jahre, bis das neue, neoliberale Hegemonieprojekt an der JWGU ankam. Obwohl es bereits seit Ende der 1960er Jahre umfassende Debatten und Kämpfe um den Staatsapparat Universität gab, waren diese für gewöhnlich im Rahmen fordistischer gesellschaftlicher Verhältnisse und Denkweisen situiert – ein Ausdruck des hegemonial gewordenen sozial-demokratischen Projektes an der JWGU und anderswo (Demirovic 2007b).

Trotzdem sind aus einer *ex post*-Perspektive in dem, was der Turm als *place* repräsentiert, einige Elemente des neoliberalen Wandels bereits vorweggenommen: Die Flexibilisierung und Deregulierung der

Arbeitsverhältnisse fanden in der studentischen Subkultur ihre positive Begründung und das fordistische Normalarbeitsverhältnis erfuhr hier eine Absage, die sich das Kapital von Seiten der Arbeiterklasse nicht hätte erträumen können. Der Turm ist damit einerseits Stein gewordener Fordismus, wie er sich an kaum einer anderen Universität der BRD so augenfällig in der gebauten Umwelt materialisiert. Andererseits trägt er den Keim der Neoliberalisierung bereits in sich.

3.2 Der IG-Farben-Campus

Im Laufe der Durchsetzung des neoliberalen Hegemonieprojektes in der BRD wird der Staatsapparat Universität verstärkt seit den 1990er Jahren als zu neoliberalisierender entdeckt. Diese Neoliberalisierung wird in Frankfurt „nur in und durch Raum wirklich existent“ (Lefebvre 1991: 404), in Gestalt des neuen IG-Farben-Campus. Im folgenden Abschnitt werden wir argumentieren, dass dieser für eine Vielzahl verschiedener gesellschaftlicher Verhältnisse und Diskurse steht, die nur in ihrer *place*-spezifischen Kombination dem neoliberalen Hegemonieprojekt zugeordnet werden können. Der Campus steht zentral für den Erfolg des neoliberalen Hegemonieprojektes in einem strikten Sinn, insofern darin Praktiken, Diskurse und Technologien gebündelt und vorangetrieben werden, die Konkurrenz in allen Lebensbereichen zum Ziel haben. Während die spezifischen historischen und ästhetischen Qualitäten des Campus nicht an sich neoliberale sind, argumentieren wir, dass die autoritäre Art, in der Geschichte und Ästhetik benutzt und hergestellt werden, Ausdruck des neoliberalen Hegemonieprojektes ist. Ziel ist die Produktion eines *place*, der als Ressource im Wettbewerb der Universitäten dient und der alle Abweichungen von diesem Ziel diszipliniert.

Der Umzug der Universität begann 1995 und wird voraussichtlich frühestens 2017 abgeschlossen sein (Autor_innenkollektiv Projektseminar Frankfurt 2011) [8]. In einer ersten Phase begann ab 1995 die Diskussion um eine universitäre Nutzung des ehemaligen Hauptgebäudes der IG Farben, die mit dem Bezug durch die geisteswissenschaftlichen Institute der Universität abgeschlossen wurde. Die zweite Phase wurde 2008 vollzogen und beinhaltete den Umzug der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie die Gründung des *House of Finance* (HoF). Diese *place*-Produktion ist als deutlicher Ausdruck der gewechselten Kräfteverhältnisse an der JWGU zu verstehen und wird nur verständlich im Kontext der ab Ende der 1990er Jahre verstärkt durchgesetzten Neoliberalisierung der BRD (Kannankulam 2008: 298ff) und der lokalen Hegemonie neoliberaler Kräfte (Schipper 2013) in der sich ganz als Finanzmetropole und *Global City* aufstellenden Stadt Frankfurt (Ronneberger/Keil 1995). In diesem Kontext wurde das Verhältnis der Universität im Bezug zur Stadt verändert. Ein Journalist bringt es folgendermaßen auf den Punkt:

„Viele Jahrzehnte hatte es die Universität Frankfurt sträflich versäumt, die unmittelbare Nachbarschaft zum führenden Finanzplatz in Kontinentaleuropa als ein Glücksgeschenk zu begreifen und zum eigenen Vorteil zu nutzen [...]. Nun ziehen Universität,

das Land Hessen, die Stadt Frankfurt und das private Bankgewerbe alle an einem Strang. Ziel ist, ein Netzwerk zwischen der Finanzplatz-Community, der Wissenschaft sowie der Politik aufzubauen.“ (FAZ, 24.02.2004)

Zentraler Teil dieses Prozesses ist die Konstruktion des – wie es der neue Präsident im Anschluss an seinen Vorgänger nennt – „schönsten Campus Europas“ (FR, 25.11.2011) – ein Campus mit einer spezifischen Geschichte, wie im Folgenden diskutiert wird.

3.2.1 Das IG-Farben-Haus

Die IG-Farben waren das Ergebnis eines Konzentrationsprozesses der chemischen Industrie, in dem seit 1925 die großen deutschen Chemieunternehmen zusammengeschlossen wurden (siehe Abb. 8). Die IG-Farben unterstützten den Wahlkampf der NSDAP zur Reichstagswahl 1933 mit 400.000 Reichsmark (Roth 2009a: 1) und wurden in der Folge zu einer wesentlichen finanziellen und logistischen Stütze des Nationalsozialismus und seiner kriegerischen Expansionspolitik (Roth 2009b). 1942 wurde das konzerneigene Arbeitslager Buna-Monowitz in der Nähe von Auschwitz errichtet. Zehntausende Arbeiter wurden entweder zu Tode gearbeitet („Vernichtung durch Arbeit“) oder nach Vernutzung ihres Arbeitsvermögens im Konzentrationslager Auschwitz ermordet (ebd.: 40f, 48). Das dabei verwendete Gas, Zyklon B, wurde von der Deutschen Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung (Degesch) hergestellt, an der die IG-Farben personell und finanziell beteiligt waren (ebd.: 49f.).



Abb. 8: Das IG Farben Haus
(Quelle: eigenes Foto)

Das 1931 von der IG-Farben bezogene Gebäude wurde von Hans Poelzig geplant und realisiert. Die Grundidee, die Poelzigs Entwurf kennzeichnet, ist die architektonische Repräsentation des Konzerns:

„Neben dem eigentlichen Zweck, ein Verwaltungsgebäude zu sein, eine Arbeitsstätte für 2000 denkende Menschen, in deren Hände die unsichtbaren Fäden des gewaltigen Konzerns laufen, mußte die Anlage einen Sinn haben. Es mußte sichtbar zum Ausdruck gebracht werden, welche große geistige und materielle Macht das Unternehmen ist. Nicht nur für heute, wir Mitlebenden spüren alle seine Bedeutung, sondern für Morgen. Das Gebäude soll seine Schatten in die kommenden Jahrhunderte werfen und von der Macht und Größe des Unternehmens unablässig reden, wenn seine Zeit längst vorbei ist.“ (Knoll 1931; zitiert nach Schmal 1999: 47).

Mittel zu diesem Zweck ist die architektonische und städtebauliche Figur der „Stadtkrone“, die auf verschiedenen Merkmalen basiert: Das Gebäude wirkt durch seine Breite und die leicht geschwungene, scheinbar ins Unendliche reichende Form als große Baumasse, die Krümmung ist gegenüber Stadt und Betrachter konvex, wirkt also abweisend. Dieser festungsartige Charakter wird unterstützt durch eine Travertinfassade sowie einen künstlichen Sockel. Schließlich nimmt das Gebäude als Solitär keinen baulichen Bezug auf die städtische Umgebung, es liegt hinter einer weiten Rasenfläche auf einer Anhöhe am damaligen Rand der Stadt, wodurch sich eine „stadträumlich dominierende Lage“ (Schmal 1999: 53) ergibt. Zusammengenommen wirkt das Gebäude einerseits als Stadtkrone, andererseits als monumentaler Repräsentations- und Herrschaftsbau.

Nach 1945 wurde das Gebäude bis 1994 als militärisches Hauptquartier des V. Korps der US-Armee genutzt (Kirkpatrick 1999). In den ersten Jahrzehnten waren Gebäude und Park öffentlich zugänglich, im IG-Farben-Haus wurden u. a. Jazzkonzerte veranstaltet. In der Folge einer Anschlagsserie durch die RAF und andere linksterroristische Gruppierungen wurde das Gelände aber 1985 durch einen Zaun abgetrennt (Drummer/Zwilling 2007: 110).

Mit der Ankündigung des Abzugs der US Army von dem Areal begann eine umfangreiche öffentliche Debatte um die Nachnutzung. Als mögliche Folgenutzerin wurde u. a. die Europäische Zentralbank (EZB) diskutiert, die aufgrund der Verstrickungen der IG-Farben in den NS und der damit verbundenen „historischen Belastung“ des Hauses nach vehementer Kritik aus dem In- und Ausland jedoch kategorisch ausgeschlossen wurde (Wagner 1999: 124; FAZ, 25.01.1994). In die entstehende Lücke schlug im Mai 1994 der Städtebaubeirat eine wissenschaftliche Einrichtung als Nutzung vor (FAZ, 05.06.1994), was von Seiten der Universität wohlwollend aufgenommen wurde. Die Universität bezog das Areal schließlich im April 2001 (FAZ, 24.04.2001). Dabei wurde die bauliche Form des Gebäudes durch die Universitätsleitung in spezifischer Weise angeeignet. Dies geschah, indem einerseits an die ursprüngliche Bedeutung des *place* angeschlossen und andererseits zahlreiche historische Bezüge negiert wurden.

3.2.2 Umzug I / Aneignung des IG-Farben-Hauses durch die Universität

Im IG-Farben-Haus wurden 2001 die Geisteswissenschaften untergebracht, die zuvor in Einzelinstituten über den Campus Bockenheim verstreut waren. In einem konfliktreichen Verhältnis eignete sich der neue universitäre Geist, gerade in der Transformation durch das neoliberale Hegemonieprojekt begriffen, den *place* an. Die dabei zu Tage tretende Widersprüchlichkeit brachte Micha Brumlik, Professor für Pädagogik an der JWGU, in seiner Eröffnungsrede für die Gedenktafel für die Opfer der IG-Farben vor dem Gebäude in Anlehnung an Walter Benjamin (1963: 79) zum Ausdruck: „[Das IG-Farben Haus] ist niemals ein Denkmal der Kultur, ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein.“ (zitiert in Fritz-Bauer-Institut 2007)

Obschon die Universität als Institution der Aufklärung als prädestiniert zur Aufarbeitung der Geschichte des Hauses angesehen wurde (Wagner 1999: 126), fand der Umzug gerade nicht unter solchen Vorzeichen statt. Dies begann schon vor dem Umzug mit der Umbenennung des IG-Farben-Hauses in „Poelzig-Ensemble“, was der damalige Präsident Werner Meißner explizit mit der „Reinwaschung von nationalsozialistischen Bezügen“ (Campuservice GmbH o. J.: 7) begründet. Das IG-Farben-Gebäude soll als das autonome Werk des Architekten Hans Poelzig gewürdigt werden, der *place* vom Kontext seiner Produktion abgeschnitten werden, womit jede Idee von Aufklärung aufgegeben wird. Weiterhin wurden die Gedenktafel zur Erinnerung an die Zwangsarbeiter der IG-Farben sowie eine Dauerausstellung nur auf öffentlichen Druck hin realisiert, Überlebende aus den Konzentrationslagern durften bei der Einweihung nicht sprechen, der Vorschlag einer Umbenennung des Grüneburgplatzes in Norbert-Wollheim-Platz [9] wurde abgelehnt. Ebenso weigerte sich die Universitätsleitung, das Wandbild des von den Nazis verfolgten Künstlers Georg Heck freizulegen. Während auf dem Campus Bockenheim der kritische Bezug auf den Nationalsozialismus den Ausgangspunkt und eine Konstante bildete, ist die Auseinandersetzung mit dieser Geschichte auf dem neuen Campus zum unliebsamen Ballast geworden.



Abb. 9: Die weißen Wände auf dem IG Farben Campus (Quelle: eigenes Foto)

Doch nicht allein die Auseinandersetzung mit der Geschichte wird gemieden. Vielmehr findet sich bei der *place*-Konstruktion eine spezifische Praxis der Verweigerung all dessen, was nicht in das Bild des sauberen Campus passt. Diese Praxis der *zero tolerance* wollen wir im Anschluss an kritische Interventionen im Zuge der Casinoräumung als „Politik der weißen Wand“ (Einige Irrelevantisierte 2009) bezeichnen. Generelles Ziel dieser Praxis ist die Eliminierung alles Deviantisierten und Störenden auf dem Campus. Der Zaun, der als einzige größere Veränderung aus der Zeit der Nutzung durch die US-Armee blieb, die architektonische Abgrenzung, Kameraüberwachung und eigens engagiertes Sicherheitspersonal übernehmen dabei eine zentrale Funktion in der „Abwehr“ von Störfaktoren aus dem städtischen Umfeld: Obdachlose, Drogenabhängige, aber auch kritische Öffentlichkeit wie bspw. Demonstrationen sind auf dem Campus und in den universitären Einrichtungen nicht erwünscht. Nach innen findet Repression gegenüber kritischer studentischer Öffentlichkeit statt. Ohne Genehmigung angebrachte Flyer oder Plakate, ganz zu schweigen von Graffiti, Tags und ähnlichem, werden durch eigens dafür abgestelltes Personal umgehend beseitigt (siehe Abb. 9). Ex-Unipräsident Rudolf Steinberg gibt allerdings einen anderen Grund für die weißen Wände an als die restriktive Ordnungspolitik:

„Die neue Universität in Frankfurt wird die schönste Universität Deutschlands sein. Sie ist das Gegenteil zu dieser abweisenden Beton-Architektur vieler Universitäten, die kein gedeihliches Umfeld für Wissenschaft bietet. Im Poelzig-Bau gibt es auch nach sechs Jahren keinerlei Schmierereien an Wänden oder sonstige Zerstörungen. Ich betrachte das als die zivilisierende Kraft der Ästhetik.“ (Steinberg 2008)

Indem hier die Entpolitisierung des *place* als Ästhetik beschworen wird, kommt das distanzlose, affirmative Verhältnis der Universitätsleitung bezüglich des IG-Farben Konzerns nochmal auf den Punkt: Ein Gebäude, das für den barbarischen Zivilisationsbruch der Shoah steht, soll nun zivilisierend wirken.

Auch werden denkmal- und brandschutzrechtliche Gründe vorgebracht, um das Studieren so steril wie möglich zu machen: Auf den Gängen gibt es keine Aufenthaltsmöglichkeiten, die Seminarräume sind außerhalb des Seminarbetriebs geschlossen und nur mit professoraler Genehmigung nutzbar, so dass weder für Arbeitsgruppen noch für spontane Treffen Raum zur Verfügung steht. Selbstverwaltete studentische Räume und Cafés sind nicht vorgesehen. Außer den gesetzlich vorgeschriebenen Fachschaftsräumen gibt es keinen Platz für studentische Projekte oder Veranstaltungen. Stattdessen werden Räume über ein privates Dienstleistungsunternehmen kommerziell vermietet. Dies führt nicht nur dazu, dass auch studentische Projekte Miete bezahlen müssen, sondern die Räume sind oftmals nicht verfügbar, weil an Privatunternehmen vergeben (Dellmann 2004: 29).

Die „Politik der weißen Wand“ manifestiert sich mithin in einem doppelten Verhältnis: Abwehr äußerer Störfaktoren und Repression nach innen konstruieren den *place* als *non-place* für Studierende, die vom Studium mehr erwarten als ihre Anpassung an Kriterien der eigenen Verwertbarkeit. Gleichzeitig wird durch die kommerzielle Vermietung ein *place* für repräsentative und zahlungskräftige Unternehmen geschaffen.

3.2.3 Umzug II / Produktion neuen Raums im Norden

Der neue Geist, der sich den *place* aneignet, wird durch den Ausbau des Campus nach Norden in der zweiten Umzugsphase weiter verdeutlicht (siehe Abb. 10). Während in der ersten Umzugsphase eine widersprüchliche Aneignung des Alten durch das Neue konstatiert werden kann, findet mit der Erweiterung eine neoliberale Produktion neuen Raums statt, welche die Trägheit gebauter Umwelt überwindet. Der Ausbau wird in drei Bauabschnitte gegliedert: In der ersten Phase, die 2008 abgeschlossen wurde, ziehen die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften um (siehe Abb. 11). In der zweiten Phase ab 2013 folgen die Gesellschaftswissenschaften sowie die Verwaltung. In einer dritten Phase bis 2017 sollen schließlich die Universitätsbibliothek sowie einige kleinere Fachbereiche ein neues Domizil erhalten, sofern die Finanzierung durch das Land gesichert ist.

Abb. 10 (links): Der Hauptplatz vor dem Hörsaalgebäude auf dem IG Farben Campus

Abb. 11 (rechts): IG Farben Campus: Das Gebäude der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (Quellen: eigene Fotos)



Wiederum spielen Architektur und städtebauliche Bezüge eine zentrale Rolle. Der Architekt Ferdinand Heide schließt in seinem Masterplan für den neuen Campus von 2003 direkt an Poelzigs Vorlage an. Die Konzeption ist so ausgelegt, dass „die Dominante und Stadtkrone im Sinn seines Architekten Hans Poelzig“ erhalten bleibt und durch die axiale Aufnahme der alten Gebäudeform über „zwei Grünspangen“ und ein „zentrales Band“ bestehend aus wichtigen Gebäuden auf das IG-Farben-Haus „antwortet“ (Heide 2009: 87f.). Gebäudehöhen, Gestaltung der Fassaden und Wahl des Fassadenmaterials sollen mit Poelzigs IG-Farben Haus ein Ensemble bilden. Das von Heide arrangierte Prinzip stellt das Gegenteil eines architektonischen Bruchs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit des IG-Farben Hauses dar. Dessen Herrschaftscharakter wird nicht nur fortgeführt, sondern als identitätsstiftend begrüßt: „Architektur und städtebauliche Struktur schaffen einen besonderen Ort. Dieser verleiht der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität eine räumliche und bauliche Identität.“ (Heide 2007: 16)

Die Erweiterung ist weitergehend in ihren inneren und äußeren Bezügen als Campus und zur Stadt zu problematisieren. In der schriftlichen Begründung des Komitees zur Wahl von Heides Masterplan heißt es: „U-förmige Baukörper bilden klare Raumkanten zur Hansaallee und Miquelallee und öffnen sich zu einer großzügigen Universitätscampuslandschaft im Inneren des Plangebietes.“ (JWGU 2003: 1) Die klaren Raumkanten – neben dem Zaun ein Ausdruck räumlicher Abgrenzung gegenüber der städtischen Umgebung – werden ausdrücklich begrüßt. Die enge Verbindung mit der Stadt war aber genau das, was den *place* in Bockenheim so lebendig gestaltete: Gemüse- und Bücherflohmarkt (siehe Abb. 12 und 13), Cafés und Kneipen, Wohnen und Arbeiten – es gab eine Vielzahl von Orten, an denen die Inhalte des Studiums angeregt oder weitergeführt werden konnten und mit anderen gesellschaftlichen Praxen konfrontiert wurden. Eine räumliche Grenze zwischen JWGU und Stadtteil war kaum auszumachen. Der neue Campus ist dagegen auf rein betriebliche Funktionen reduziert, der *place* wird so konstruiert, dass eine Kommunikation mit dem umliegenden Raum verhindert wird.

Abb. 12 (links):
Bücherflohmarkt
auf dem Campus
Bockenheim

Abb. 13 (rechts):
Wochenmarkt auf
dem Campus Bockenheim (Quellen:
eigene Fotos)



Die „Politik der weißen Wand“ schlägt sich auch in der neuen Raumproduktion nieder. Für den IG-Farben-Campus ist ein Studierendenhaus als Nachfolge des von Horkheimer 1953 so emphatisch eröffneten Baus lediglich am nördlichsten Rand geplant, wo es durch eine Straße sowie Wohnbebauung vom Campus abgeschnitten sein wird. Es wird nicht

einmal Sichtkontakt zu den Universitätsgebäuden bestehen. Zudem verzögern sich die Pläne zum Bau seit Jahren. Die Wahl von Zeitpunkt und Ort kann dem Präsidium dabei als bewusst unterstellt werden: Von Anbeginn hätten im Casino wenigstens in Teilnutzungen studentische Initiativen Raum finden können, spätestens aber mit der Neubebauung wäre ein zentral gelegenes Studierendenhaus mit einzuplanen und zu realisieren gewesen. Vor diesem Hintergrund erhält auch die Aussage von Ex-Präsident Steinberg mit Bezug auf das auf dem Campus gelegene kirchliche Wohnheim eine spezifische Bedeutung, der zufolge „in der Mitte des neuen Campus nicht das Präsidium, sondern die Studierenden ihren Sitz“ bekommen haben (zitiert nach Kuch 2008). Die Studierenden sind als Kunden willkommen, als organisierte Interessenvertretung sollen sie verbannt werden.

Die enge Verbindung zum Finanzkapital, die im Zuge der Durchsetzung des neoliberalen Hegemonieprojektes an der JWGU zunehmend gesucht wird, drückt sich erstens in der Entscheidung zur Änderung der Umzugsreihenfolge aus: Bis 2003 wurde unhinterfragt angenommen, dass die Gesellschaftswissenschaften als erste ein Gebäude auf der Campuserweiterung erhalten würden. Denn, so der damalige Dekan des Fachbereichs, die Bedingungen im „heruntergekommenen“ Turm seien „slumartig“ (FAZ, 11.06.2003), während die Gebäude der Fachbereiche Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in vergleichsweise gutem Zustand waren. Jedoch wurde diese angedachte Reihenfolge 2003 geändert, so dass zuerst die „wirtschaftsnahen“ Fachbereiche umziehen konnten und die Gesellschaftswissenschaften erst im Frühjahr 2013 folgen.



Abb. 14: IG Farben Campus: Das House of Finance (Quelle: eigenes Foto)

Die neue Verbindung zum Finanzkapital wurde zweitens spätestens 2008 deutlich, als das HoF als erster Neubau auf dem IG-Farben-Campus eingeweiht wurde (siehe Abb. 14). Wie kaum ein anderes Gebäude verkörpert es das neoliberale Hegemonieprojekt in Gesellschaft und Universität, präzise zum Ausdruck gebracht von Klaus-Peter Müller, dem ehemaligen Präsident des deutschen Bankenverbandes: „*Competition, diversity and dynamism are the ingredients of successful economic action. It is gratifying that large state universities are now also adopting such principles. The concept of the House of Finance bears testimony to such developments.*“ (JWGU o. J.: 8) Auf der Website des HoF werden

die engen Kontakte zur Finanzindustrie hervorgehoben und das Projekt stellt sich dar als „*open forum for cooperation and an exchange of ideas between academics and practitioners*.“ (House of Finance 2013) Inhaltlich spiegelt es die gewachsene Bedeutung der für Frankfurt so wichtigen Finanzmärkte, formal handelt es sich um ein kaum durchschaubares Konstrukt von Instituten und privaten Trägern, meistens staatlich finanziert unter dem Deckmantel von Drittmitteln. Im neuen „Leuchtturm“ (Steinberg) wird die aufwändige Inneneinrichtung gesponsert von transnationalen Banken, nach denen auch die Hörsäle benannt sind. Der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, erhält eine Ehrenprofessur, und der ehemalige Vorstandssprecher der gleichen Bank, Rolf-Ernst Breuer, ist Vorsitzender des Hochschulrats.

Vor diesem Hintergrund erhält auch die Betonung der neu gewonnenen „Autonomie“ der Stiftungsuniversität ihre spezifische Bedeutung. Während der Einfluss des (Finanz-)Kapitals öffentlichkeitswirksam gestärkt wird, sollen auf Chancengleichheit und soziale Verantwortung verweisende Bezüge zum „Staat“ gekappt werden. Das neue Leitbild ist nicht mehr „die Gesellschaft“, für die der interventionistische Wohlfahrtsstaat der fordistischen Epoche stand, sondern „die Wirtschaft“ und der freie Markt. In Bockenheim konnten das Institut für Sozialforschung und der Turm ihre Theorien aus einem starken Staatsapparat heraus formulieren, was nicht ohne Widersprüche und Zugeständnisse möglich war, immerhin aber eine umfassende Kritik erlaubte. Das *House of Finance* hingegen ist inhaltlicher staatlicher Einflussnahme weitgehend entzogen (wenn auch weitgehend staatlich finanziert) und steht mehr oder weniger offen im Dienst privater Interessen.

3.3 Zusammenfassung

Der Kontrast zwischen den *place*-Produktionen der JWGU in ihren verschiedenen Phasen könnte innerhalb ihrer formbestimmten Grenzen kaum größer sein. Vermittelt durch die lokalen Kräfteverhältnisse und verzögert durch die institutionelle Trägheit der Universität sowie die Trägheit ihrer Materialisierung in gebauter Umwelt finden sich spezifische JWGU-Varianten von Fordismus und Neoliberalismus wieder, die hier im Vergleich zur BRD noch zugespitzte Ausprägungen erfahren.

In den 1950er Jahren schafften das Institut für Sozialforschung und die Frankfurter Schule – und mit ihnen das sozial-demokratische Hegemonieprojekt – eine brüchige Hegemonie, die sich u. a. im Rektorat Horkheimers ausdrückte. Diese ist wesentlich auf den Faschismus und den fordistischen Block bezogen und reflektiert zugleich auf die Bedingungen der Entstehung und Überwindung beider. Zeitgleich beginnt eine umfangreiche Produktion gebauter Umwelt. Ferdinand Kramer materialisierte mit dem Konzept der demokratischen Architektur den aufklärerischen Anspruch der Frankfurter Schule in Raum. Gleichwohl blieb die innere Organisation der Universität unverändert als autoritäre Ordinarienstruktur mit stark beschränktem Zugang bestehen. Hier findet sich eine Ungleichzeitigkeit aufgrund der institutionellen Trägheit der Universität gegenüber dem fordistischen Block.

Die Überwindung dieser Trägheit erfolgt erst mit 1968. Die Etablierung der Gruppenuniversität mit wesentlich breiterem gesellschaftlichen Zugang und Studierenden als in die Mitbestimmung eingebundene Statusgruppe erscheinen als Institutionalisierung des sozial-demokratischen Hegemonieprojekts an der Universität. Zugleich produzieren die Gesellschaftswissenschaften Sozialtechniker und Wissensformen für die Regulation des fordistischen Blocks. Symbolisiert wird diese neue Hegemonie durch den Turm, der nach innen Transparenz und Bildung für Alle und nach außen als höchstes Gebäude Frankfurts die Stellung der Sozialwissenschaften in der Gesellschaft symbolisiert. Das sozial-demokratische Hegemonieprojekt materialisiert sich erst als gebaute Umwelt, als es gesamtgesellschaftlich bereits in die Krise gerät, was auf die Trägheit der gebauten Umwelt verweist.

Ebenfalls als Folge der beiden Trägheiten wird die Krise der fordistischen Universität in Frankfurt wie des Staatsapparates Universität in der BRD insgesamt erst in den 1990er Jahren manifest. Die gebaute Umwelt des Campus Bockenheim ist in baulich schlechtem Zustand – allen voran der Turm, der damit die Krise von Chancengleichheit und kritischer Theorie symbolisiert –, die Seminarräume überfüllt, die Wissensformen der sich neoliberalisierenden Gesellschaftsformation nicht mehr adäquat. In diese Krise hinein erhält die Universität Mitte der 1990er Jahre das IG-Farben-Haus geschenkt.

Dies erweist sich im Sinne des neuen Repräsentationsbedürfnisses der JWGU als exzellenter und dem Finanzkapital nahestehender Universität als Glücksfall. Zugleich steht es aber im eklatanten Widerspruch zur vormals hegemonialen kritischen Tradition. So kommt es bereits vor dem Einzug zu Kämpfen zwischen dem Alten und dem Neuen, am deutlichsten im Streit um Namensgebung und die Einrichtung der Dauerausstellung zur Geschichte des Hauses. Die Universitätsleitung kann sich im Kontext der neuen lokalen Kräfteverhältnisse in diesen Kämpfen weitgehend durchsetzen.

Gleichzeitig mit der Planung und der Vollendung des Einzugs in das IG-Farben-Haus setzt sich das neoliberale Hegemonieprojekt in der deutschen Hochschullandschaft durch. Während es als gesamtgesellschaftliches Projekt bereits früher seine Kraft entfaltet, zeigt sich an seiner verspäteten Institutionalisierung an der JWGU die Trägheit des Staatsapparates Universität, die bereits in der fordistischen Periode zum Ausdruck kam. Das Frankfurter Antlitz der neoliberalen Hochschule ist geprägt durch die hergestellte Konkurrenz zwischen Universitäten und Fachbereichen und durch enge Beziehungen zum (lokalen) Finanzkapital. Der Campus zeichnet sich aus durch Repression nach innen gegenüber „Nichtexzellenten“ und der Abschottung gegenüber dem Teil der städtischen Öffentlichkeit, welche sich nicht in Einklang mit dem Finanzkapital und der *Global City*-Formierung befindet. Während im Fordismus die kritischen Gesellschaftswissenschaften als inneruniversitäre wie gesellschaftliche Leitdisziplin figurierten, wird diese Stellung jetzt durch die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften eingenommen, die die entsprechenden Subjekte und Wissensformen für die gerade am Finanzplatz Frankfurt wichtige globalisierte Ökonomie hervorbringen.

4. Fazit

Die eingangs beschriebene, gewaltsame Räumung des Casino und die Kriminalisierung studentischen Protests hat viele an der JWGU betroffen gemacht und geärgert, auch uns. Viele Beteiligte konnten sich auf dieses harte Durchgreifen der Universitätsleitung und die Absage an den konstruktiven Dialog keinen Reim machen. In diesem Beitrag haben wir argumentiert, dass hierzu ein Verständnis der spezifischen neoliberalen Zurichtung der JWGU vonnöten ist. Diese materialisiert sich in zweifacher Weise, institutionell in der Stiftungsuniversität und baulich im IG-Farben Campus. Wir haben diese Materialisierungen, ihre Trägheiten und die sozialen Kämpfe, die in sie eingegangen sind, näher untersucht und gezeigt, dass und warum der Campus Bockenheim für die fordistische Universität und der IG-Farben-Campus für die neoliberale Universität stehen.

Über dieses Fallbeispiel hinaus hoffen wir gezeigt zu haben, dass und warum ein theoretischer Ansatz, der materialistische Staatstheorie und die Produktion von *place* verbindet, tragfähig und für unseren Gegenstand auch notwendig ist. In der Theoretisierung des Staates bei Poulantzas kommt die Produktion von *place* als gelebtem Raum und als gebaute Umwelt zu kurz; und auch in aktuellen Arbeiten, die zwar die Produktion von Raum und *scale* einzubeziehen weiß (Jessop 2008), werden die symbolische Relevanz der gebauten Umwelt und der *places* nur am Rande berücksichtigt. Auf der anderen Seite kommt in Debatten um *place* der Staat kaum vor (Cresswell 2004), weshalb sie mitunter unpolitisch und idealistisch erscheinen. Stattdessen besteht der Versuch dieses Beitrags darin, die Produktion von *place* im Zusammenhang mit der Form und den Veränderungen des Staates im Kapitalismus zu diskutieren.

Endnoten

- [1] Die Bezeichnung AfE steht für die „Abteilung für Erziehungswissenschaften“, die im Gegensatz zu den Gesellschaftswissenschaften allerdings nie in den Turm einzog.
- [2] Die wörtliche Übersetzung für *place* wäre „konkreter Ort“. Als feststehenden Begriff der anglophonen Geographie mit umfangreicher Begriffsgeschichte belassen wir *place* im Englischen.
- [3] Offiziell: „Campus Westend“, zur Namensgebung s. Kapitel 3.2.3
- [4] Vgl. zu diesem Begriff Kap. 3.
- [5] Übersetzung durch die Autoren.
- [6] 1970 begründet Horkheimer (1972: 166) mit der gesellschaftlichen und theoretischen Situation nach dem Nationalsozialismus, „dass unsere neuere kritische Theorie nicht mehr für die Revolution eingetreten ist“.
- [7] Im Anschluss an die fordistische Massenproduktion und -konsumtion scheint die Bezeichnung „Massenuniversität“ nahe zu liegen. Sie ist jedoch aus zwei Gründen ungenau: Zum einen suggeriert „Masse“ die Teilnahme breiter Bevölkerungsschichten – Zugänge zur Universität sind aber bis heute selektiv; zum andern ist

mit „Gruppenuniversität“ die tatsächliche Veränderung gegenüber den Ordinarien richtiger gefasst: die Professor_innen haben die alleinige Autorität verloren, wenigstens ansatzweise ist eine Interessenvertretung nach Statusgruppen verwirklicht.

- [8] Neben dem Umzug von Bockenheim auf den IG-Farben-Campus verfolgt die Universität seit Ende der 1990er eine großangelegte Standortneuordnung. Mit dem neugebauten peripheren Campus Riedberg für die Naturwissenschaften, der Renovierung des medizinischen Campus in Niederrad und dem hier diskutierten IG-Farben-Campus erhofft sich die Universität eine Bündelung ihrer Kräfte (JWGU 2001: 4).
- [9] Norbert Wollheim war Zwangsarbeiter im IG-Farben-Konzentrationslager Buna-Monowitz. Als erster überlebender NS-Zwangsarbeiter hatte er ein deutsches Industrieunternehmen erfolgreich auf Entschädigung verklagt.

Autor_innen

Bernd Belinas Forschungsschwerpunkte sind Stadtgeographie und politische Geographie. Er arbeitet am Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt a. M.

Kontakt: belina@uni-frankfurt.de

Tino Petzolds Forschungsschwerpunkte sind kritische Europaforschung, und Geographien des Rechts. Er arbeitet am Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt a. M.

Kontakt: petzold@em.uni-frankfurt.de

Jürgen Schardts Forschungsschwerpunkte sind kritische Stadtforschung und Geographien der Ungleichheit. Er arbeitet am Institut für Sozialforschung an der Goethe-Universität Frankfurt a. M.

Kontakt: ausserhalb@gmx.net

Sebastian Schippers Forschungsschwerpunkte sind Stadtpolitik, politische Ökonomie des Wohnens und städtische soziale Bewegungen. Er arbeitet am Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt a. M.

Kontakt: s.schipper@em.uni-frankfurt.de

Literatur

A. A. (2009): Räumung Casino Goethe Universität Frankfurt am Main 03.Dezember 2009, YouTube, 07.12.2009. <http://www.youtube.com/watch?v=5-3Qdr9DOQc> (27.06.2013).

Adorno, Theodor W. / Horkheimer, Max (1988 [1947]): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt a. M.

Althusser, Louis (1971): Ideology and Ideological State Apparatuses. In: Lenin and Philosophy and Other Essays. New York/London, 127-242.

- Bauer, Christoph et al. (2010) (Hg.): Hochschule im Neoliberalismus. Kritik der Lehre und des Studiums aus Sicht Frankfurter Studierender und Lehrender. Frankfurt a. M.
- Bender, Justus (2009): Studenten im Punktefiebers; An den Hochschulen wird viel über die neuen Studiengänge geschimpft. Mittlerweile sehen selbst Bildungspolitiker Nachbesserungsbedarf. In: Zeit Magazin Campus 15.04.2009, 20-26.
- Benjamin, Walter (1937 [1963]): Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Frankfurt a. M., 65-107.
- Brüchert, Oliver / Wagner, Alexander (2007): Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen. Reproduktionsbedingungen und Perspektiven kritischer Theorie. Marburg.
- Buci-Glucksmann, Christine (1982): Der sozialdemokratische Staat. Die „Keynesianisierung“ der Gesellschaft. Hamburg.
- Bultmann, Torsten (2008): Prekarisierung der Wissenschaft. Berlin.
- Campuservice GmbH (o. J.): Campus History. http://www.campuslocation-frankfurt.de/downloads/CS_Campus_History_Westend.pdf (24.02.2011).
- Cresswell, Tim (2004): Place. Oxford.
- Dellmann, Sarah (2004): This is not a nice place. Gegen Hegemonie im IG-Farben Haus. In: diskus 2, 28-30.
- Demirovic, Alex (2007a): Die Transformation der Staatlichkeit von Hochschulen. In: Das Argument 272/4, 531-545.
- Demirovic, Alex (2007b): Nicos Poulantzas - Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie. Münster.
- Drummer, Heike / Zwillling, Jutta (2007): Von der Grüneburg zum Campus Westend. Die Geschichte des IG Farben Hauses. Frankfurt a.M.
- Einige Irrelevantisierte (2009): Die Verwüstung der Universität. Einige Anmerkungen zur universitären Ordnungspolitik aus Anlass des massiven Polizeieinsatzes auf dem Campus. <http://ivi.copyriot.com/?m=20091210&cat=11> (24.02.2011).
- Eppelsheim, Philip / Krumbein, Jonas (2009): Ein planvoller Akt der Provokation. Frankfurts Universität ist immer noch Tummelplatz für Radikale. Statt Bildungsprotesten gab es Vandalismus. Der Asta findet das gut. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 13.12.2009, 6.
- Frei, Norbert (1996): Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München.
- Fritz-Bauer-Institut (2007): Zur Geschichte des IG Farben-Hauses. Gedenktafel für die Opfer von Buna / Monowitz. <http://www.fritz-bauer-institut.de/info/gedenktafel.htm> (13.01.2011).
- Gramsci, Antonio (1996): Gefängnishefte, Bd. 7, Hamburg, Berlin.
- Grazian, David (2003): Blue Chicago. The Search for Authenticity in Urban Blues Clubs. Chicago.
- Hammerstein, Notker (1989): Die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule, Bd. 1: 1914 bis 1950, Frankfurt a. M.
- Hansen, Astrid (2001): Die Frankfurter Universitätsbauten Ferdinand Kramers. Hochschulbau der 50er Jahre. Weimar.

- Harvey, David (1996): Justice, nature and the geography of difference. Cambridge.
- Heide, Ferdinand (2009): Eine Campus-Universität mit urbanen Qualitäten. Anmerkungen zum städtebaulichen Masterplan – Die Ergänzung auf das Poelzig-Ensemble. In: Forschung Frankfurt 3, 87-90.
- Heide, Ferdinand (2007): Masterplan für eine neue Hochschule. Der Campus Westend in Frankfurt am Main. In: Umriss. Zeitschrift für Baukultur 7, 16-21.
- Hirsch, Joachim (1994): Politische Form, politische Institutionen und Staat. In: Josef Esser / Christoph Görg / Joachim Hirsch (Hg.): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie. Hamburg, 157–211.
- Hirsch, Joachim (1980): Der Sicherheitsstaat. Das „Modell Deutschland“, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen. Frankfurt a. M.
- Hirsch, Joachim (1971): Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System. Frankfurt a. M.
- Hirsch, Joachim / Kannankulam, John (2011): The Spaces of Capital: The Political Form of Capitalism and the Internationalization of the State. In: Antipode 43/1, 12–37.
- Hirsch, Joachim / Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Hamburg.
- Horkheimer, Max (1972): Kritische Theorie gestern und heute. In: Gesellschaft im Übergang. Frankfurt a. M., 162-175.
- Horkheimer, Max (1953): Ansprache. In: Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt (Hg.): Einweihung des Studentenhauses. Frankfurt a. M.
- House of Finance (2013): Mission Statement. <http://www.hof.uni-frankfurt.de/en/Mission-Statement.html> (15.02.2013).
- Huisken, Freerk (1998): Erziehung im Kapitalismus. Hamburg.
- Jessop, Bob (2008): State power. A strategic-relational approach. Cambridge.
- Jessop, Bob (2002): The future of the capitalist state. Cambridge.
- Jessop, Bob (1990): State theory. Putting the capitalist state in its place. Cambridge.
- JWGU (2009): Unsere Gesprächsangebote sind mehrfach zurückgewiesen worden. Interview mit Universitätspräsident Prof. Werner Mueller-Esterl zur Casino-Räumung. <http://www.muk.uni-frankfurt.de/pm/pm2009/1209/265/index.html> (12.10.2010)
- JWGU (2003): Wir kriegen das hin, das wird eine prima Sache. In: UniReport 3:1-2.
- JWGU (2001): Hochschulentwicklungsplan I der Johann Wolfgang Goethe-Universität. http://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/files/4613/hep_I.pdf (14.02.2013).
- JWGU (o.J.): House of Finance. <http://www.muk.uni-frankfurt.de/36065532/broschuere-hof.pdf> (14.02.2013).
- Kannankulam, John (2008): Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas. Hamburg.
- Kirkpatrick, Charles (1999): Das I.G. Farben-Gebäude als Sitz der

- Amerikaner. In: Werner Meißner / Dieter Rebentisch / Wilfried Wang (Hg.): Der Poelzig-Bau. Vom I.G.Farben-Haus zur Goethe-Universität. Frankfurt a. M., 104-120.
- Kramer, Ferdinand (1982): Architektur und Design. Berlin.
- Kramer, Ferdinand (1960): Bauen für die Wissenschaft. In: Deutsche Universitätszeitung 6, 15-22.
- Kuch, Jessica (2008): Im Herzen des Campus. Studierendenwohnheimne der evangelischen und katholischen Kirche eröffnet. In: UniReport 8, 2.
- Kühl, Stefan (2009): Das Planungsmonster. Die „handwerklichen Fehler“ der Uni-Reform. In: SZ Feuilleton 03.12.2009, 11.
- Kultusministerkonferenz (KMK) (2009a): Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses. Beschluss der 327. Kultusministerkonferenz am 15.10.2009. <http://www.kmk.org/presse-und-aktuelles/meldung/weiterentwicklung-des-bologna-prozesses.html> (15.02.2013).
- Kultusministerkonferenz (KMK) (2009b): Ergebnisse der 328. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 10. Dezember 2009. <http://www.kmk.org/presse-und-aktuelles/meldung/ergebnisse-der-328-plenarsitzung-der-kultusministerkonferenz-am-10-dezember-2009.html> (15.02.2013).
- Lefebvre, Henri (1974 [1991]): The production of space. Oxford.
- Lutz, Burkart (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt a. M.
- Massey, Doreen (1991): A global sense of place. In: Marxism Today 6, 24-29.
- Mohr, Christoph; Müller, Michael (1984): Funktionalität und Moderne. Das neue Frankfurt und seine Bauten 1925-1933. Köln.
- Poulantzas, Nicos (2002 [1978]): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus. Hamburg.
- Relph, Edward (1976): Place and Placelessness. London.
- Rodrian-Pfennig, Margit (2008): 1968 zwischen Bildungskatastrophe und Bildungsreform, oder: Von Picht zu Pisa. In: Christoph Bauer et al. (Hg.): Hochschule im Neoliberalismus. Kritik der Lehre und des Studiums aus Sicht Frankfurter Studierender und Lehrender. Frankfurt a. M., 29–36.
- Ronneberger, Klaus / Keil, Roger (1995): Ausser Atem – Frankfurt nach der Postmoderne. In: Hansruedi Hitz et al. (Hg.): Capitales Fatales. Zürich, 284-353.
- Roth, Karl Heinz (2009a): Die I.G. Farbenindustrie AG von 1933 bis 1939. Frankfurt a. M.
- Roth, Karl Heinz (2009b): Die I.G. Farbenindustrie AG im Zweiten Weltkrieg. Frankfurt a. M.
- Sambale, Jens / Eick, Volker / Walk, Heike (2008): Das Elend der Universitäten. Neoliberalisierung deutscher Hochschulpolitik. Münster.
- Sandner, Gerhard (1995): Die unmittelbare Nachkriegszeit: personelle, institutionelle und fachinhaltliche Aspekte 1945-1950. In: Ute Wardenga / Ingrid Hönsch (Hg.): Kontinuität und Diskontinuität der deutschen Geographie in Umbruchphasen. Münster, 141-150.
- Schipper, Sebastian (2013): Genealogie und Gegenwart der

- ‚unternehmerischen Stadt‘. Neoliberales Regieren in Frankfurt am Main, 1960-2010, Münster.
- Schmal, Peter Cachola (1999): Der Kunde ist König – Zum Einfluß des Bauherrn I.G.Farbenindustrie AG auf die Entstehung der ‚Grüneburg‘. In: Werner Meißner / Dieter Rebentisch / Wilfried Wang (Hg.): Der Poelzig-Bau. Vom I.G.Farben-Haus zur Goethe-Universität. Frankfurt a.M., 47-59.
- Schmid, Christian (2005): Stadt, Raum und Gesellschaft. Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes. Stuttgart.
- Silomon-Pflug, Felix (2010): Gouvernementale Regierung (in) der Hochschule des 21. Jahrhunderts. Marburg.
- Stapelfeldt, Gerhard (2007): Der Aufbruch des konformistischen Geistes. Hamburg.
- Steinberg, Rudolf (2008): „Die zivilisierende Kraft der Ästhetik“ Ein Gespräch mit Prof. Rudolf Steinberg, Präsident der Goethe-Universität, über die Umwandlung der Frankfurter Alma Mater in eine Stiftungsuniversität. In: IHK-WirtschaftsForum 131/3, 29–31.
- Steinert, Heinz (2008): Die Widerständigkeit der Theorie. In: Jens Sambale / Volker Eick / Heike Walk (Hg.): Das Elend der Universitäten. Neoliberalisierung deutscher Hochschulpolitik. Münster, 155-170.
- Tuan, Yi-Fu (1977): Space and Place: the perspective of experience. Minneapolis.
- Wagner, Klaus (1999): Erwerbsgeschichte des Poelzig-Ensembles. In: Werner Meißner / Dieter Rebentisch / Wilfried Wang (Hg.): Der Poelzig-Bau. Vom I.G.Farben-Haus zur Goethe-Universität. Frankfurt a.M., 123-129.

Goethe University's Move from Bockenheim to the IG Farben Area. On the State's Productions of Space and the Neoliberalisation of the University

In 2009, the central building of the new IG Farben Campus of Johann Wolfgang Goethe University (JWGU), Frankfurt, Germany was occupied by students protesting against the neoliberalisation of higher education. While similar occupations at the old Bockenheim Campus were usually tolerated, if not welcomed, by the university management, this time 176 students and members of staff were forcefully evicted after only 3 days, when the university's presidential board called in the police. To better understand this way of ending such protest, a level of oppression almost unheard of at a German university in the last 20 years, we reconstruct the way in which JWGU, as part of the state apparatus university, has produced the two campuses as particular places that are bound up in and expressions of the national and local condensations of forces of Fordism and neoliberalism respectively.

Wohnungen als Finanzanlage

Auswirkungen von Responsibilisierung und Finanzialisierung im Bereich des Wohnens

Susanne Heeg

Bislang war in deutschen Städten das Wohnen im Eigentum – entweder im Eigenheim oder in der Eigentumswohnung – die Ausnahme. Insbesondere in Großstädten dominierte das Wohnen zur Miete. Gegenwärtig ändert sich dies: Großstädte wie Frankfurt, Berlin, Hamburg, Köln und München sind gegenwärtig geprägt von einer Kauflust privater und institutioneller Investoren. Zugleich hat in vielen Städten ein Ausverkauf und/oder Vermarktlichung des öffentlichen Wohnungsbestandes stattgefunden. Dies hat dazu beigetragen, dass die Preise sehr stark angestiegen sind. In dem Beitrag wird die aktuelle Entwicklung auf städtischen Wohnungsmärkten in Deutschland als Folge einer Finanzialisierung von Immobilien sowie einer Responsibilisierung im Bereich der Wohnversorgung analysiert. Es wird gefragt, welche Folgen dies in Städten hat.

Ersteinreichung: 24. März 2013; Veröffentlichung online: 25. Juli 2013
An English abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Der Wohnimmobilienmarkt in Deutschland ist in Bewegung. In den Medien wurden Ende des vergangenen Jahres Preisentwicklungen und damit zusammenhängend die Frage nach einer drohenden Immobilienblase kontrovers und anhaltend diskutiert (Beecken 2013b, Deutsche Bundesbank 2012: 55ff, Henger et al. 2012, Müller/Neßhöver 2012). Hintergrund hierfür ist eine starke Nachfrage nach Wohnimmobilien in deutschen Großstädten, die auf ein begrenztes Angebot stößt. Es lässt sich feststellen, dass nach Großbritannien, Irland, Spanien, den Niederlanden etc. inzwischen auch Deutschland vom Immobilienfieber erfasst ist. Sowohl Investor_innen, Käufer_innen als auch Makler_innen suchen schon bald verzweifelt käuflich erwerbbar Wohnimmobilien oder Flächen für den Wohnungsbau. Es scheint, dass viele gegenwärtig versuchen, mit Immobilientransaktionen entweder vom Preisanstieg zu profitieren, eine sichere Anlage zu tätigen oder mit dem Immobilienerwerb langfristig der Preisspirale und den Unsicherheiten auf dem Mietmarkt zu entgehen. Die unterschiedlichen Motivationen scheinen sich wechselseitig zu verstärken, so dass nach dem Zwischenhoch im Jahr 2012 auch 2013 der Preisanstieg auf dem Immobilienmarkt anhalten soll [1].

Bislang haben diese dynamischen Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt begünstigt, dass Banken und weitere Finanzierungsvehikel Kapital für Immobilientransaktionen zur Verfügung stellen. Nach der

Finanzkrise waren Banken und andere Kapitalgeber_innen sehr restriktiv bei der Vergabe von Krediten für Immobilieninvestitionen (Deutsche Bundesbank 2012: 62). Gegenwärtig scheint das Pendel wieder in eine andere Richtung auszuslagen: Käufer_innen von Wohneigentum haben gegenwärtig die Möglichkeit, dieses auch mit einem sehr hohen Fremdkapitalanteil finanzieren zu können (Hintze 2012, Salzmann 2012) und Private Equity Fonds verfügen wieder über ausreichend Liquidität, um Anlagen in Wohnimmobilien zu tätigen (Lorenz-Hennig/Held 2012). Sowohl Kundeneinlagen bei Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken als auch eine Kapitalschwemme in verschiedene Finanzprodukte (Aktien, Anleihen, Fondsanteile, Zertifikate etc.) tragen zur Kapitalverfügbarkeit bei, die in der gegebenen krisenhaften Situation zu nicht geringen Anteilen in Immobilien geht. Die Investition in gut gelegene Immobilien von Großstädten genießt gegenwärtig den Ruf, ein sicheres Geschäft in unsicheren Zeiten zu sein. Dies trägt dazu bei, dass selbst Erschließungs- und Baumaßnahmen in bislang eher unattraktiven Lagen wie Ausfallstraßen oder angrenzend an Gewerbegebiete realisiert werden können. Die Hauptsache scheint zu sein, dass sich die Immobilien in einer zugänglichen Lage in oder in der Nähe der inneren Stadt befinden.

In dem vorliegenden Artikel soll es um die Hintergründe und Folgen dieser Entwicklungen in Städten gehen. Die Fragen sind also, welche Bedingungen den Immobilienboom möglich gemacht haben und zu welchen Entwicklungen und Verwerfungen dies in Städten führt.

Zum einen soll damit der Anlass für den gegenwärtigen Run auf (groß-)städtische Immobilien in Deutschland analysiert werden. Häufig wird die Vorliebe für Immobilien mit einem ganzen Geflecht an Erklärungen in Verbindung gebracht: mit der europäischen Schuldenkrise und der Flucht in sichere Sachwerte (vgl. z. B. Scharmanski 4. Quartal 2012, Slavik 2012), mit Reurbanisierung (Stocker 2012), dem demographischen Wandel (Helbrecht/Geilenkeuser 2012, Kröhnert 2012) und einer Unterbewertung von deutschen Wohnimmobilien (Held et al. 2012, ULI/pwc 2012, Kholodilin et al. 2008). Im vorliegenden Beitrag sollen diese Begründungen nicht in Frage gestellt werden. Aber der Hintergrund für den Hunger auf Immobilien wird breiter verortet, indem er mit einer *Finanzialisierung* sozioökonomischer Verhältnisse in Verbindung gebracht wird. Der Begriff Finanzialisierung fasst die zunehmende Bedeutung finanzieller Motive, kapitalmarktgenerierter Steuerungsgrößen, von Finanzmärkten und Finanzinstitutionen sowie deren Akteur_innen für die nationale und internationale Wirtschaft zusammen (Epstein 2006, Krippner 2005, Windolf 2005). In Bezug auf Immobilien bedeutet dies, dass Immobilien von einem Gebrauchsgut zu einem Finanzprodukt geworden sind. Zentrales Argument ist hierbei, dass der Attraktivitätsgewinn einer Immobilienanlage sich aus der Veränderung des Stellenwerts und der finanztechnischen Inwertsetzung von Immobilien ergibt.

Zum anderen soll in diesem Beitrag geklärt werden, warum sich gegenwärtig der Wunsch nach der eigenen Wohnimmobilie Bahn bricht. Deutschland war bislang in der Europäischen Union ein Land

mit einem sehr niedrigen Anteil an Wohneigentum am Wohnungsbestand [2]. Die Eigentümerquote stieg jedoch im Verlauf von 1990 bis 2012 von 38 auf 46% (für 1990 vgl. Boelhouwer et al. 2005: 2, für 2012 vgl. ifs 2012). Noch für das Jahr 2000 erklärten Ilse Helbrecht und Karin Behring (Behring/Helbrecht 2003) die niedrige Eigentumsquote in Deutschland mit einem hohen Bestand an Sozialwohnungen sowie einem Mietrecht, das Mietern anders als in anderen europäischen Ländern eine hohe rechtliche Sicherheit gewährleisten würde. Vor diesem Hintergrund – so die Autorinnen – bestünde kein Zwang, Wohneigentum zu bilden, um ein Dach über dem Kopf zu haben. Was hat aber seitdem dazu beigetragen, dass Wohneigentum so attraktiv geworden ist? In dem Beitrag wird argumentiert, dass sozialpolitische Veränderungen, die in einer *Responsibilisierung* gesellschaftlicher Subjekte bestehen, zu einer gestiegenen Wertschätzung von Wohneigentum beigetragen haben. Insbesondere der Abbau des Sozialstaates bedeutet eine zunehmende Verpflichtung zur Selbstvorsorge und Selbstdisziplinierung. Dies begünstigt einen ökonomischen Blick auf Wohnimmobilien als Investition bzw. Absicherung im Alter, bei Krankheit und für weitere Formen ökonomischer Verunsicherung.

Der Artikel basiert auf der Annahme, dass Finanzialisierung und Responsibilisierung auf einen gemeinsamen Nenner verweisen, der in einem Wandel hin zu einem finanzdominierten Akkumulationsregime besteht (Aglietta 2000, Boyer 2000). Dies geht mit einer Infragestellung des sozialstaatlichen Kompromisses im Fordismus einher. Statt des Versuchs eines sozialen Ausgleichs und der gesellschaftlichen Umverteilung werden Maßnahmen zur Verbesserung ökonomischer Verwertungsbedingungen ergriffen, die von einer Deregulierung der Arbeit über die Liberalisierung des Finanzsystems bis zum Abbau des Sozialstaates reichen. Diese Bedingungen zusammen eröffnen eine neue Perspektive auf Immobilien als Verwertungs- und Investitionsgut und erklären das starke Interesse von Privatpersonen und institutionellen Investor_innen an Immobilien.

Im folgenden Abschnitt wird zunächst das finanzdominierte Akkumulationsregime diskutiert. Damit sollen die Veränderungen skizziert werden, die auf Arbeit, Finanzmarkt und Sozialstaat einwirken und so den Kontext für eine veränderte Bewertung von Immobilien darstellen. Danach wird die Verwandlung von Immobilien in Vermögensgegenstände analysiert, um im Anschluss einen Blick auf die Situation in Deutschland zu werfen. Im Ausblick sollen die städtischen Folgen in den Fokus genommen werden. Dies beinhaltet, die sozialpolitischen Konsequenzen der Entwicklung hervorzuheben.

2. Finanzdominiertes Akkumulationsregime

Eine zentrale Annahme in der Debatte um ein finanzdominiertes Akkumulationsregime ist, dass der in der Nachkriegszeit erkämpfte gesellschaftliche Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital nicht mehr länger besteht. Der Konsens, wonach eine Steigerung der ökonomischen Produktivität mit einer Erhöhung der Einkommen verbunden

sein muss, um einen sozialen Ausgleich in der Gesellschaft zu gewährleisten, sei aufgebrochen worden (Chesnais 2004, Brunhoff 2002, Evans 2001) [3]. Demnach setzte sich im Verlauf der vergangenen 30 Jahre eine neue gesellschaftliche Formation durch, die nicht mehr auf technisch-industriellen Innovationen und einer neuen Organisation der Arbeit basiert, sondern auf einem Akkumulationsregime des Vermögensbesitzes und von Finanzmarktakteur_innen, welches sich ausgehend von den USA auf andere Länder ausbreitete (Aglietta 2000; 2002, Boyer 2000). Das neue Regime sei gekennzeichnet durch eine Ausweitung internationaler Investmentmöglichkeiten, die Entwicklung neuer Finanzinstrumente sowie eine Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmerschaft, die mit dem Engagement von Pensionsfonds in der Unternehmenskontrolle einhergehe. Hintergrund sei eine Liberalisierung des Finanzmarktes und ein damit einhergehendes Wachstum von Kollektivsparvermögen, das von institutionellen Anleger_innen wie Pensionsfonds oder Versicherungen gewinnbringend investiert würde (Aglietta 2000). Im Zuge dessen haben sich grundlegende Veränderungen ergeben, die sich auf verschiedene institutionelle Kompromisse im Bereich der industriellen Beziehungen, des Lohnverhältnisses, der Wettbewerbsformen und der Ausgestaltung der sozialen Sicherheit ausgewirkt haben.

Als Konsequenz eines verschärften internationalen Wettbewerbs werden Beschäftigte zur Lohnmäßigung aufgerufen und Arbeitsverhältnisse durch eine Lockerung des Kündigungsschutzes oder den Einsatz von Leiharbeitsverhältnissen flexibilisiert. Löhne und Arbeitsverhältnisse werden dabei zur variablen Größe, während die Mindestkapitalrendite von institutionellen Anleger_innen gewahrt bleiben muss, damit diese ihr Kapital nicht aus dem Unternehmen abziehen und eine destabilisierende Wirkung entfalten (Martin et al. 2008, Demirović 2007, Lordon 2000). Die Liberalisierung der Finanzmärkte begünstigte in vielen Ländern eine Reorientierung in den Denkweisen bezüglich der Finanzierbarkeit des Wohlfahrtsstaates (Stichwort Staatsverschuldung), industrieller Beziehungen und neuer Verwertungsanforderungen (Stichworte Flexibilisierung und Mindestkapitalrendite), der Herausbildung eines wirklich globalen Finanzmarktes (Stichwort Derivatehandel und Investmentbanking), der Veränderung von Finanzierungslogiken (von der Bankenzur Finanzmarktfinanzierung) und der finanzwirtschaftlichen Selbstregulierung der Individuen (Stichwort Responsibilisierung).

Auch der Immobilienmarkt und die Wohnverhältnisse sind hiervon betroffen. Öffentliche Wohnungsunternehmen kamen in vielen Ländern als Bestandteil des sozialen Kompromisses unter Beschuss: Sie wurden als ineffizient und zum Teil korrupt gebrandmarkt, ihre Tätigkeit wurde als eine Verzerrung des freien Wohnungsmarktes gesehen und/oder die Finanzierbarkeit eines öffentlichen Wohnungsbaus wurde infrage gestellt (Van Kempen et al. 2005, Doling 1994). Mit der Aufkündigung eines öffentlichen bzw. Sozialen Wohnungsbaus, einer verstärkten Eigentumsförderung sowie zunehmend vermietetfreundlichen (d. h. verwertungsfreundlichen) Mietrechtsgesetzgebungen [4] erfolgte in vielen Ländern Europas eine stärker marktgeregelte anstelle einer sozial abgedeckten Wohnraumversorgung. Nach Michael Pryke bedeutet die Deregulierung

von Finanzmärkten entsprechend: „[...] *the financing of property development and investment now connects domestic residential and commercial property markets to international capital markets and exposes what were relatively sheltered circuits of property finance to the turmoil of 'global' financial flows.*” (Pryke 1994: 167).

Auf der einen Seite steht damit eine räumliche und gegenstandsbezogene Ausweitung von ökonomischen Verwertungsmöglichkeiten im Zuge der Liberalisierung von Finanzmärkten und Arbeitsverhältnissen. Im Zuge dessen wird vieles, wenn nicht gar alles zum potenziellen Investment – seien es (öffentliche) Wohnungen, Güter der Daseinsvorsorge, Gesundheit, Nahrungsmittel, landwirtschaftlicher Boden etc. –, bei dem Entscheidungen über Investition und Desinvestition anhand von Renditekennzahlen gefällt werden. Dies bedeutet, dass der Gebrauchswert zunehmend aus dem Blick gerät zugunsten von Indices, die den finanzwirtschaftlichen (Miss-)Erfolg messen und damit eine Finanzialisierung der Güter bewirken (Casey 2011, French et al. 2011, Fine 2010).

Auf der anderen Seite ergeben sich damit neuen Herausforderungen für die gesellschaftlichen Subjekte. Nach Blank et al. (2012) hat ein Wandel in den gesellschaftlichen Leitmotiven stattgefunden, wonach seit nicht allzu langer Zeit Nutzer_innen Entscheidungen überantwortet und abverlangt werden, die im deutschen Sozialstaat – ähnlich wie in vielen anderen westlichen Ländern – bislang nicht zu treffen waren: Es gab obligatorische Sozialversicherungen sowie professionelle soziale Dienste, die für Individuen im Krankheitsfall oder im Alter – paternalistisch, aber auch autoritär – die Verantwortung übernahmen. Anstelle einer kollektiven Verantwortung für Risiken des Lebens ist es nun aber die Pflicht der Individuen, sich für ein Leben in instabilen, einem ständigen Wandel unterliegenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umständen zu entscheiden. Es ist notwendig, sich verstärkt privat gegen Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit, Armut und Alter abzusichern. Anstelle eines Umverteilungssystems, das biographische Risiken gesellschaftlich abfedert, wirkt nun ein auf Kapitaldeckung basierendes Verfahren der Absicherung von Risiken (Gesundheitszusatzversicherungen, Pensionsfonds und weitere Versicherungsprodukte).

Der Druck, gegen Lebensrisiken Eigenvorsorge zu betreiben, wird ergänzt durch den Aufruf, Vermögen zu bilden, das zusätzlich zum Arbeitseinkommen und der daraus resultierenden Rente zur Absicherung beitragen soll. Während die Mehrheit der Privathaushalte früher Geld, das erübrigt werden konnte, in Sparbüchern anlegte, so ist zwischenzeitlich nicht mehr von Sparen die Rede, sondern von Anlegen: „[...] nicht mehr ein Sparbuch soll man haben – wie antiquiert –, sondern ein Portfolio, nicht mehr Geld auf der Bank, sondern Aktien im Depot, was sich dann (bestenfalls) auch nicht mehr zu einem Vermögen addiert, das verwaltet werden muss, sondern eines asset management bedarf und einer privaten Anlagepolitik.“ (Legnaro et al. 2005: 27) Inzwischen besteht die Chance der Vermögensoptimierung, die zum Zwang zu einer geschickten, überlegten, vorausschauenden Investmenttätigkeit werden kann.

Auch im Bereich der Erwerbsarbeit und der Arbeitslosigkeit ist der wohlfahrtsstaatliche Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital ins

Wanken geraten. Die Absicherung von Arbeitslosigkeit ist zunehmend mit der Aufforderung verbunden, Selbstverantwortung zu zeigen und die eigene Arbeitskraft als Asset zu begreifen, das einer ständigen Optimierung unterzogen werden muss. Erfolgt keine Selbstoptimierung, drohen Strafen [5]. Die Arbeitskraft muss demnach ständig auf ihre Markttauglichkeit geprüft und Anpassungsmaßnahmen vorgenommen werden. Es ist also notwendig, sich selbst als Produkt zu sehen, das gestaltet werden kann/soll/muss, indem langfristig und umfassend in die Entwicklung „investiert“ wird. Diese Freiheit der Optimierung – gegen einen sozialstaatlichen Paternalismus – appelliert an das Selbstverständnis von Lohnabhängigen, ihre eigenen Potenziale in einem zunehmend unregulierten Arbeitsmarkt zu entwickeln (Boltanski/Chiapello 2001).

Die grundlegenden Veränderungen, die die Position und die Aufgaben der gesellschaftlichen Subjekte betreffen, lassen sich mit dem Begriff der Responsibilisierung fassen und gehen mit zwei Verschiebungen einher: zum einen von der Arbeitnehmer_in zur Arbeitskraftunternehmer_in, und zum anderen von der Sparer_in zur Anleger_in und Investor_in. Die ökonomische Zukunftssicherung von Individuen ist dabei zunehmend von der internationalen Wirtschaftsdynamik abhängig, die sowohl Einfluss hat auf die Möglichkeit, die Arbeitskraft zu verkaufen als auch auf den Erfolg von Investmentanlagen, Pensionsfonds oder Versicherungen. Insgesamt wurde also das Arrangement sozialer Rechte aus dem Fordismus zunehmend ersetzt durch neue Arrangements, durch die soziale Rechte und Garantien vom Staat zu den Finanzmärkten verschoben wurden. Nach Manuel Aalbers (2008: 151) fand ein großer Risikotransfer statt, der beinhaltet, dass Haushalte und Individuen in ihrer langfristigen Absicherung zunehmend von Finanzmärkten abhängig sind.

Seit mehr als 20 Jahren wird in den verschiedenen kontinentaleuropäischen Ländern und noch viel länger in Nordamerika und Großbritannien an der Durchsetzung von Rahmenbedingungen gearbeitet, unter denen die Gesetze des Marktes und der Finanzwirtschaft auch für die Reproduktion der Gesellschaft im Kleinen, d. h. für die Individuen, gelten [6]. „Die Prinzipien einer optimierten sozialen Produktivität setzen ein verstärktes Bedürfnis zur Integration in ökonomische Beziehungsgeflechte voraus, und allgemein geht es um die Einrichtung einer Regierungsform, in der ökonomische Dynamiken die sozialen Lebensprozesse bestimmen.“ (Vogl 2011: 134) Soziale Ordnung soll sich entsprechend der Mechanismen der Kapitalverwertung konstituieren; es soll zu einer Synchronisierung ökonomischer und sozialer Reproduktionen kommen. Dabei erfolgt eine Transformation von einem Vorsorgeverhalten, das auf Sparguthaben und staatlichen Sicherungsleistungen aufbaut, hin zu einem Verhalten, das die Vorsorge und Risikominimierung zur Angelegenheit von Individuen macht, die aufgerufen werden, Finanzmarktlogiken zu internalisieren. Frei von staatlicher Willkür und einem staatlichen Zwangskorsett aus Versicherungssystemen sollen sich Individuen nun selbstverantwortlich für Lebensweisen zwischen und in Arbeit, Familie und Freizeit entscheiden. Nach Aihwa Ong beinhaltet dies Regierungsrationalitäten, die einem „*governing through freedom*“ sowie einem „*governing through calculation*“ entsprechen (Ong 2007: 4). Freie und

mit einem Unternehmensethos ausgestattete Individuen kalkulieren die Aussichten in verschiedenen gesellschaftlichen Sphären wie Gesundheit, Wohnen, Bildung, Bürokratie, Beruf etc., um sie ihren eigenen Anforderungen entsprechend abzustimmen und zu takten.

Die beschriebenen Prozesse korrespondieren mit der Entwicklung neuer Investmentanlagen, in die jedermann/-frau investieren kann bzw. soll [7]. Öffentliche Wohnungen, Gesundheitsleistungen und Infrastrukturen sowie Güter der (ehemals) öffentlichen Daseinsvorsorge, die vorher für die Mehrheit der Erwerbstätigen keine marktvermittelten Anlagefelder waren, wurden in den vergangenen 20 Jahren einer Finanzialisierung unterzogen. Sie wurden in Fonds eingespeist und in Wertpapiere verwandelt, die nun käuflich erworben werden können. Die zwei Seiten der Medaille des finanzdominierten Akkumulationsregimes bestehen also in einer Responsibilisierung von Individuen sowie in einer Schaffung von Anlagemöglichkeiten, wo vorher keine waren. Altersabsicherung, Wohnen, Abfallent- und Elektrizitätsversorgung etc. [8] unterliegen seit einigen Jahren nicht nur einer Deregulierung und Vermarktlichung, sondern auch einer Verwandlung in Finanzprodukte, die hinsichtlich der Rendite mit anderen Anlagen wie Staatsanleihen, Unternehmensaktien etc. verglichen werden.

Auch Immobilien – unabhängig davon, ob es sich um Wohn- oder Gewerbeimmobilien handelt – haben den Status eines Finanzproduktes erhalten. Große Teile des Wohnungsbestands der öffentlichen Hand sowie öffentlicher Unternehmen wurden privatisiert und von den neuen Eigentümer_innen unter Finanzmarktaspekten optimiert. Auch Unternehmen versuchen ihre Immobilien finanziell zu verwerten. Selbstgenutzte Immobilien bekommen für Industrie- und Dienstleistungsunternehmen im Hinblick auf die Pflege von Aktienkursen und den eigenen Finanzierungsbedarf einen neuen Stellenwert, der zu ihrem Verkauf oder zu ihrer betriebswirtschaftlichen Optimierung führt. Bestandsimmobilien werden als untergenutztes Kapital betrachtet, das durch Einspeisen in Fonds, Aktiengesellschaften, Sale-and-Lease-Back-Verfahren etc. verflüssigt werden soll (Morgan et al. 2006). Messlatte der Bewertung sind mögliche Erträge in anderen Finanzmarkt Bereichen.

Es gibt inzwischen eine Vielzahl von finanzmarktbasierter Anlagemöglichkeiten in Immobilien – u. a. Real Estate Investment Trusts (REITs), Immobilien AGs, Real Estate Private Equity Fonds (REPE), offene und geschlossene Immobilienfonds etc. –, die aufgrund unterschiedlicher Risiken, Gewinn- und Rückgabemöglichkeiten ein breites Feld von Anlagebedürfnissen und -wünschen bedienen. Dies erhöht nicht nur die Attraktivität von Immobilien als Anlageprodukt, sondern auch das verfügbare Investitionskapital. REPE sowie Hedgefonds neigen als stärker risikobereite Anleger dazu, in den ehemals öffentlichen Wohnungsbestand zu investieren; offene und geschlossene Immobilienfonds sowie Immobilien AGs legen ihr Kapital als risikoaverse Investoren eher in Gewerbe- und Büroimmobilien in bedeutenden Wirtschaftszentren an; demgegenüber investieren REITs sowie spezielle Immobilien AGs und -fonds ihr Kapital in innerstädtischen Wohnungsbestand (häufig Altbau mit großem Preissteigerungspotenzial).

Inwieweit korrespondiert dies mit einer Responsibilisierung? Was haben REITs, REPE, Immobilien AGs und -fonds mit Responsibilisierung zu tun? Sie haben weniger direkt, sondern indirekt damit zu tun, denn in Immobilienfonds oder AGs etc. investieren weniger Kleinanleger, sondern große institutionelle Investor_innen, die vom immobilienbezogenen Sachverstand der Fonds bzw. AGs profitieren wollen. Bei diesen Anleger_innen handelt es sich um Vermögensverwaltungen, aber auch Pensionsfonds oder Versicherungen. Insbesondere die letzten zwei institutionellen Anleger_innen verwalten große Teile des gesellschaftlichen Kollektivsparvermögens und sind zu dominanten *playern* auf dem Finanzmarkt geworden (Huffs Schmid 2009: 61ff, Bellofiore 2002, Clark 2000). Sie haben sich zu Kapitalsammelstellen für die Anlagen der Mehrheit kleiner Sparer_innen und Vorsorger_innen entwickelt.

In dem Maße, in dem durch den Aufruf zur Selbstvorsorge Banken, Versicherungen und Pensionsfonds Geldkapital in die Kassen gespült wird, erfolgt die Anlage größerer und kleinerer Anteile in Immobilien. Immobilien sind aber keine „naturegegebene“ Anlagemöglichkeit, sondern erst mit der Entwicklung von immobilienbezogenen Finanzmarktvehikeln ergab sich die Möglichkeit, dass Immobilien zum selbstverständlichen *asset* in einem Portfolio werden konnten. Finanzialisierung bedeutet hier, dass Immobilien zu einer Investmentmöglichkeit wurden, bei der finanzielle Motive – ausgedrückt in der Entwicklung der Wertpapiere – entscheidend sind. Eine Finanzialisierung von Immobilien und neue Kapitalsammelstellen verweisen also untrennbar aufeinander. Mit dem Aufruf zur Eigenvorsorge wurde liquides (Geld-)Kapital geschöpft, das nun Anlagemöglichkeiten benötigt, wie der Fisch das Wasser. Im Zuge dieser Entwicklungen sind viele, die ihr Leben ökonomisch absichern wollen, indirekt zu Anleger_innen in Immobilien geworden – und sind damit ein unerlässliches Rädchen im finanzdominierten Akkumulationsregime. Die soziale Ordnung passt sich damit den vermeintlichen Notwendigkeiten der Kapitalverwertung an.

3. Immobilien als individuelle und institutionelle Vermögensgegenstände

Die Anlage in Immobilienprodukte ist eine Seite. Eine andere ist die Bedeutungssteigerung von Wohneigentum. In vielen europäischen Ländern hat die Bedeutung von Wohneigentum im Zuge der Responsibilisierung zugenommen. Die Vorteilhaftigkeit von Wohneigentum wird mit drei Argumenten beworben, die gesellschaftliche und private Dimensionen ansprechen (vgl. Van Suntum 2010): Erstens wird mit einem hohen Anteil von Eigentümer_innen in einem Stadtteil, einem Quartier oder einer Nachbarschaft eine höhere soziale Stabilität sowie vermehrtes bürgerschaftliches Engagement verbunden. Gemäß der apodiktischen neoliberalen Aussage, dass der Eigennutz gesellschaftlich vorteilhaft ist, wird davon ausgegangen, dass Eigentümer_innen ein höheres Interesse an der Werterhaltung ihrer Nachbarschaft hätten, weil davon der Wert ihrer eigenen Immobilie abhängt. Zweitens wird angenommen, dass Wohneigentum eine geeignete Form der Altersvorsorge sei. Mit dem Erwerb der

eigenen Immobilie sei in jungen Erwachsenenjahren zwar Konsumverzicht wegen der Kreditzahlung verbunden, aber dafür würden geringere Wohnkosten – im Vergleich zu Mieter_innen – im Alter Konsum ermöglichen. Hier ist es also wie mit den Verheißungen des Himmelreichs: Die Belohnung gibt es erst in einer fernen Zukunft und nur für diejenigen, die in der Gegenwart Verzicht üben. Vorher müssen aber potenzielle Klippen wie falsche Standortwahl, notwendige berufliche Mobilität, Arbeitslosigkeit, Berufsunfähigkeit etc. überwunden werden. Drittens wird für Wohneigentum mit der höheren Lebenszufriedenheit von Eigentümer_innen geworben. Gemäß dem Motto „*my home is my castle*“ wird davon ausgegangen, dass die Gestaltungsfreiheit im Eigenheim dazu beiträgt, dass die Wohnzufriedenheit optimal ist.

Dahinter steht das Ziel, gesellschaftliche Subjekte zu „ertüchtigen“:

„Das RTB [*Right to Buy*] war in Großbritannien die Begründung und Legitimation der Thatcher-Regierung zum Verkauf der öffentlichen Wohnungen, Anm. S.H.] zwingt die Menschen, für sich selbst und ihre Nächsten zu sorgen und diese Verantwortung kann nicht einfach auf den Staat zurückprojiziert werden. Nach Schmitz (1998) sollte die Politik ihre Anstrengungen darauf verwenden, bei den Menschen ein eigenes Verantwortungsbewusstsein zu verinnerlichen, anstatt sie zu zwingen, sich auf externe Kräfte wie den Staat zu verlassen.“ (King 2010: 225)

Historisch betrachtet bestanden in allen europäischen Ländern bis in die 1970er Jahre und darüber hinaus neben dem Eigenheim weitere Wohnmöglichkeiten, die Alternativen zum Eigentum darstellten: Genossenschaftswohnungen, private Mietwohnungen, Sozialwohnungen und öffentliche Wohnungen (der Kommune und großer öffentlicher Arbeitgeber_innen wie bspw. Post und Bahn). Es lässt sich aber in vielen europäischen Ländern eine Bewegung hin zum Eigentum feststellen, die mit der Einschränkung anderer Wohnmöglichkeiten zusammenhängt. In allen europäischen Ländern ist in der einen oder anderen Form eine Privatisierung von öffentlichen Wohnungen, eine Abnahme oder ein Stopp der Förderung von Sozialwohnungen, zurückgehende Unterstützung von Wohngenossenschaften etc. festzustellen, womit Alternativen zum Eigentum zunehmend fehlen (Holm 2011, Van Kempen et al. 2005). Geringverdienende Haushalte stehen inzwischen vor der Herausforderung, dass das geschützte Wohnungssegment abnimmt, der Eigentumserwerb eine große Belastung darstellt und zugleich die Anzahl von Mietwohnungen nicht mit dem Bedarf Schritt hält. Eine Folge der Verknappung von Mietwohnungen ist, dass insbesondere in städtischen Wirtschaftszentren die Mietkosten enorm gestiegen sind. Allerdings sind die Mietpreise in vielen europäischen Metropolen noch deutlich höher als in deutschen. Dies ist in der Regel das Ergebnis von deutlich länger wirkenden Eigentumsorientierungen in der Politik, die dazu führen, dass der Mietwohnungsmarkt ein Nischendasein fristet [9].

Ausschlaggebend für den Eigentumserwerb ist die vermeintliche Vorteilhaftigkeit der selbst genutzten Immobilie, die sicheres Vermögen

im Alter, steuerliche Begünstigungen sowie weitere staatliche Unterstützung beim Erwerb (und der Instandhaltung bzw. Renovierung) verheißt. Weiterhin machen neue und bestehende Finanzierungsformen den Immobilienerwerb attraktiv. Vielen Privathaushalten wurde in zahlreichen europäischen Ländern ein erleichterter Zugang zu Hypothekenkrediten angeboten, damit sie ihre Wohnträume realisieren konnten (Aalbers 2008). Es erfolgten Deregulierungen der Immobilienfinanzierungen, -transaktionen und -verwertungen, um mit bereits weitgehend liberalisierten Ländern wie Großbritannien oder den USA gleichzuziehen und um Anlagekapital konkurrieren zu können. Für Individuen bedeutet dies, dass sie vor der Herausforderung stehen, zum Investor zu werden, der zwischen Risiko und Rendite abwägen muss: Werden Arbeits- und Familienverhältnisse stabil genug sein, um das Eigenheim zu tragen? Können finanzielle Verpflichtungen erfüllt werden? Zwar zahlen Eigentümer_innen keine Miete mehr, aber an die Stelle der Vermieter_in treten für eine lange Zeit Banken oder sonstige Geldgeber.

In Deutschland ist der Trend zum Eigentum seit den 1970er Jahren vorhanden, aber erst im Zuge der Finanz- und insbesondere der Schuldenkrise ist aus dem langjährigen Trend eine große Welle geworden (vgl. Deutsche Bundesbank 2010, Braun/Pfeiffer 2004, vgl. Tab. 1). Ilse Helbrecht und Tim Geilenkeuser (2012) argumentieren, dass zunehmend eine Neubewertung von Wohneigentum festzustellen sei. Demnach weisen die Ergebnisse ihres Forschungsprojektes, das von 2008 bis 2011 durchgeführt wurde, auf die gestiegene Bedeutung von Wohneigentum als strategischem Teil der Vermögensentwicklung von Haushalten hin. Die Wohnung oder das Haus stellen ein Investitionsgut dar, das zum Portfolio gehört und dementsprechend behandelt, gekauft oder veräußert wird (Helbrecht/Geilenkeuser 2012: 426). Je jünger die Haushalte sind, desto eher werden Wohnungen als Teil der Altersabsicherung betrachtet (ebd.: 433). Dass dieses Verhalten bei älteren Haushalten geringer ausgeprägt ist, ist ein Indiz für einen Wandel im Verhalten, das sich als Responsibilisierung beschreiben lässt [10].

Stadt	2006	2007	2008	2009	2010	2011	in % 06-09	in % 09-11
Berlin	20.496	16.647	15.438	14.279	17.324	21.165	-30,33	48,22
Frankfurt	2.521	2.185	2.245	2.610	3.264	4.043	3,53	54,90
Hamburg	5.772	5.953	6.720	6.300	7.354	7.206	9,15	14,38
Köln	6.207	6.254	6.345	5.339	5.326	6.610	-13,98	23,81
München	10.475	10.176	12.969	10.562	14.177	15.024	0,83	42,25

Diese Entwicklung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bewegung hin zu Eigentum eingebettet ist in ein Ende der öffentlichen Förderung von Sozialwohnungen sowie in einen Handel/eine Verwertung ehemals öffentlicher Wohnungen (Beecken 2013a, Lorenz-Hennig/Held 2012, Holm 2010). Sowohl die Verwertung von ehemals öffentlichen Wohnungen durch institutionelle Investoren als auch die marktgerechte Verwertung des noch bestehenden öffentlichen Wohnungsbestandes führen dazu, dass Wohnen nun stärker durch Marktprozesse geprägt

Tab. 1: Anzahl von Kauffällen in Neubau und Bestand in einzelnen Städten von 2006-2011 (Wohnen). (Quelle: eigene Darstellung nach verschiedenen Studien des BBSR).

wird. Vor diesem Hintergrund wird ein sicheres Wohnen im Eigenheim zum Traum. Befeuert wird der Traum von Instrumenten wie der Eigenheimförderung [11] oder der Riesterrente, welche die Möglichkeit bieten, Wohneigentum mit privater Altersvorsorge zu verbinden. Der Erwerb von Wohneigentum wird demnach mit staatlichen Zuschüssen unterstützt, da davon ausgegangen wird – wie oben dargestellt –, dass mit Wohneigentum Vermögen im Alter gebildet wird.

Trotzdem können sowohl die Verknappung eines geschützten, preisgünstigen Wohnungssegments als auch der Einbezug von Wohneigentum in die Riesterförderung seit 2008 den starken Anstieg von Wohneigentum als alleinige Faktoren nicht erklären. Es kommt noch hinzu, dass aus Furcht vor Geldentwertung und Inflation gegenwärtig verstärkt eine Flucht in Sachwerte erfolgt. Unterstützt wird diese Entwicklung durch historisch niedrige Zinsen bei Kreditaufnahme. Unmittelbar in den Jahren nach der Finanzkrise stieg die Nachfrage nach Eigentumswohnungen durch Privatpersonen (aber auch institutionelle Investoren, siehe Kapitel 3.) stark an, was das Interesse an Immobilien als Krisenpuffer belegt (Held et al. 2012).

Eigenheime und unbebautes Land außerhalb von Städten sind von dieser Entwicklung jedoch weniger betroffen. Nach Angaben der LBS sind über 70 Prozent aller von 2009 bis 2012 neu oder gebraucht gekauften Eigenheime und Eigentumswohnungen in Ballungsgebieten erworben worden – mehr als je zuvor (Kappel 2012) [12]. Dies zeigt, dass Wohnungen zunehmend als Investitionsgut wahrgenommen werden, bei denen Wertentwicklung und Wiederverkäuflichkeit kalkuliert werden. Das responsabilisierte Individuum ist damit ein kalkulierendes Individuum.

4. Aktuelle Entwicklungen in Deutschland

Nicht nur Privatpersonen, sondern immer mehr institutionelle Anleger_innen haben Wohnimmobilien als vermeintlich sicheren Hafen entdeckt. Seit der Schuldenkrise gibt es einerseits eine anhaltend starke Nachfrage nach privaten Wohnungsbaukrediten, und andererseits ziehen immer mehr Investor_innen ihr Kapital unter anderem aus Südeuropa ab, um es in deutsche Immobilien zu investieren (Scharmanski 4. Quartal 2012: 15).

Bezogen auf Immobilien werden gegenwärtig Wohnimmobilien als wertmäßig aussichtsreichste Anlageform gesehen. So werden in einem Immobilienbericht Wohnimmobilien als stabile Wertanlage in instabilen wirtschaftlichen Zeiten beworben: *„Apartments for rent are possibly the most resilient property type in the current economic climate.“* (ULI/pwc 2009: 53) Im gleichen Bericht kommt ein Investor zu Wort, der berichtet: *„[We] are currently more on the buy side, want to invest in more modern units in the main urban centres.“* (ULI/pwc 2009: 53) Nur drei Jahre später wird in der Fortschreibung des Berichts darauf hingewiesen: *„German residential is a popular choice for investors [...]. Investors with residential portfolios report increases in rents and purchase prices for well-located inner-city areas.“* (ULI/pwc 2012: 36f.)

Drei Entwicklungen sind hervorzuheben: Erstens nahmen die Transaktionen in großen Portfolios wieder zu, zweitens sind wirtschaftlich

dynamische Großstädte in Deutschland in den Fokus institutioneller Investoren gerückt, die Bauprojekte in guten Lagen finanzieren, und drittens deutet sich eine darüber hinausgehende, zusätzliche Erweiterung des Fokus auf periphere großstädtische Lagen sowie auf kleinere (Universitäts-)Städte an.

Transaktionen in Wohnportfolios

Nachdem von 1999 bis 2007 das Transaktionsgeschehen in großen Wohnportfolios boomte, brach es 2008 ein. Private Equity Investor_innen, die bei der Investition auf *Leverage*-Effekte setzten, waren die maßgeblichen Treiber dieser Entwicklung bis 2008. Leverage-Effekt bedeutet, dass durch Einsatz von Fremdkapital die Eigenkapitalrendite einer Investition gesteigert wird. Dies setzt voraus, dass Fremdkapital zu einem niedrigeren Zins aufgenommen wird als die voraussichtliche Gesamtkapitalrentabilität der Investition ist. Dieses Geschäftsmodell brach mit der Finanzkrise jedoch in sich zusammen, da Banken sich gegenseitig kein Geld mehr liehen: Günstiges Fremdkapital war nicht mehr erhältlich. Diese Situation änderte sich nach 2010 wieder. Deutschland wird zurzeit als ein sicherer Hafen in einer krisengeschüttelten Welt wahrgenommen. Insbesondere institutionelle Anleger mit hoher Liquidität, die nach sicherer Anlage drängen, wie Pensionsfonds und Lebensversicherer, aber inzwischen auch risikobereitere Fonds, die Wohnimmobilien aufbereiten, lenken ihre hohe Liquidität nach Deutschland (für Versicherungen vgl. Leykam 2013). Anlass hierfür sind Analysen, wonach deutsche Wohnimmobilien unterbewertet seien und damit Spielraum für Preissteigerungen böten. Nach Jahren der Stagnation oder gar fallender Preise wären die Preissteigerungen allenfalls als moderat zu bezeichnen und durch eine niedrige Verschuldung privater Haushalte gedeckt (Harnau/Möbert 2012: 2). Auch große Portfolios bestehend aus Beständen ehemaliger öffentlicher Wohnungsunternehmen sind vor dem Hintergrund einer negativen Verzinsung deutscher Staatsanleihen Ende 2012 [13] wieder zu einer ertragreichen Anlage insbesondere für risikobereite Investoren geworden. Wie Abb. 1 zeigt, nehmen die Transaktionen seit 2011 wieder zu. Zwar unterliegt der Wohnungsbestand in der Regel für eine festgelegte Zeit Sozialklauseln, die Fragen der Entwicklung von Mieten und Kündigungen regulieren, aber mit verschiedenen Strategien wie der Optimierung der Wohnungsverwaltung (z. B. Standardisierung von Prozessen, Outsourcing) und des Wohnungsportfolios (z. B. geringe Investitionen in Instandhaltung) werden finanzielle Spielräume bereits während der Gültigkeit der Sozialklauseln ausgereizt. Mit dem Auslaufen der Sozialklauseln sind die Mieten aber nicht länger gedeckelt, sondern können entsprechend den Entwicklungen auf dem lokalen Mietmarkt gestaltet werden.

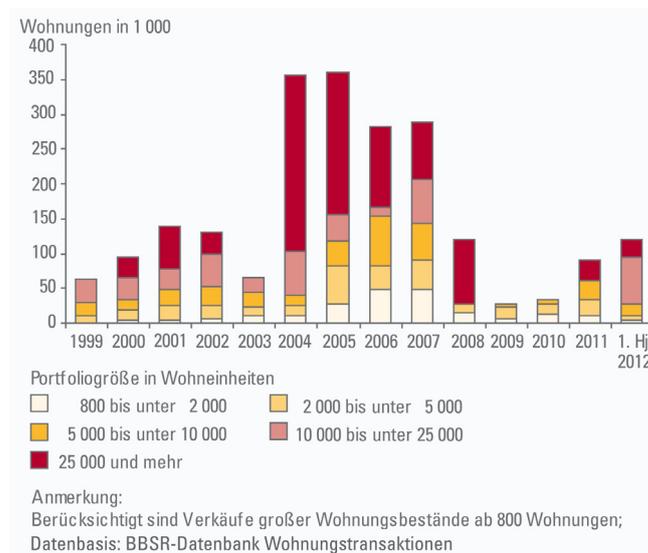


Abb. 1: Verkaufte Wohnungen nach Portfoliogröße 1999 bis Mitte 2012. (Quelle: Lorenz-Hennig/Held 2012: 2).

Allein im Jahr 2012 fanden wieder Immobilientransaktionen in einer Anzahl und in einem Umfang statt wie seit der Finanzkrise nicht mehr. So kaufte der Pensionsfonds National Pension Service Korea 2.985 Wohneinheiten, der Private Equity Fonds Blackstone erwarb 8.000 Wohnungen, 26.000 Wohnungen wurden vom Private Equity Fonds Cerberus gekauft und 23.500 Wohnungen vom Immobilienunternehmen Deutsche Wohnen AG erworben. Die Käufer_innen sind überwiegend Immobilienaktiengesellschaften, Wohnungsbauunternehmen, offene, geschlossene und sonstige Fonds und Pensionskassen. Auch die Verkäufer_innen sind – im Unterschied zur Phase Anfang des Jahrtausends – institutionelle Investor_innen, die nicht selten im Zuge der Finanzkrise in eine finanzielle Schieflage geraten sind oder nach einer günstigen Gelegenheit suchen, zugunsten von ertragreicheren Anlagen verkaufen zu können (Handelsblatt „Goldman Sachs und Cerberus verkaufen GSW-Anteile“, 13.10.2011). Aber auch die öffentliche Hand tritt weiterhin als Verkäuferin auf. So hat z. B. die TLG Wohnen, ein Tochterunternehmen der Treuhand, 11.350 Wohneinheiten in ostdeutschen Städten an die TAG Immobilien AG verkauft. Ein anderes Beispiel ist der Verkauf von rund 32.000 GBW-Wohnungen durch die BayernLB an die Patrizia Immobilien AG (Szymanski 2013, Slavik 2012). Dennoch nahmen die Verkäufe der öffentlichen Hand sowohl absolut als auch relativ im Vergleich zu den Verkäufen institutioneller Investor_innen ab (Lorenz-Hennig/Held 2012: 3). Im Saldo hat sich infolgedessen der Immobilienanteil institutioneller Investor_innen seit 2010 von 6,1% auf 7,3% erhöht. Dies bedeutet eine Erhöhung im Bestand um rund 7 Mrd. € (Scharmanski 4. Quartal 2012: 18).

Bauprojekte in guten Lagen

Neben den großen Transaktionen gibt es auch „kleine“ Transaktionen. Es gibt eine kaum zu befriedigende Nachfrage nach gehobenen Immobilien in sehr guten Lagen. Nicht nur Eigennutzer_innen, sondern vor allem institutionelle Investor_innen wollen ihr Geld sicher in Berlin, Hamburg, München, Frankfurt, Düsseldorf, Köln und auch in kleineren Städten wie Stuttgart oder Nürnberg anlegen. Gebaut wird vor allem für Gutbetuchte.

So sollen inzwischen in Frankfurt Wohnungen oder Häuser für weniger als 4.000 € pro Quadratmeter eher die Ausnahme sein (Süddeutsche Zeitung „Angst vor dem Sylt-Effekt“, 18.01.2013, Nr. 15). Vor allem Kapitalanleger_innen investieren in hochwertige Wohnungsbauprojekte in der Frankfurter Innenstadt. Ein Ergebnis davon ist, dass Nutzer_innen und Kapitalanleger_innen im Wettbewerb stehen (Helbig 2012). Der für Anleger_innen attraktive Wohnungsmarkt führt dazu, dass in einzelnen Projekten Wohnungen leer stehen, obwohl es eine sehr hohe Wohnungsnachfrage gibt. Denn, wie der Vorstandsvorsitzende der OperaOne AG Ralph Jerrey in der Frankfurter Rundschau zitiert wird, möchte man die 46 Wohnungen global veräußern. „Der Hunger der institutionellen Anleger ist im Moment recht groß“, sagt er. Ein Immobilienfonds oder auch ein Versicherungsunternehmen soll die Häuser erwerben, das ist das Ziel.“ (Göpfert 2013a) Angesichts des weltweit großen Interesses an Wohnimmobilien in deutschen Großstädten könne man es sich leisten, zu warten. Auch die Deutsche Bundesbank merkt an, dass Kapitalanlageentscheidungen die Entwicklungen in Deutschland im Jahr 2012 auffällig stark prägten. Ein Indiz hierfür sei, dass

„die Nachfrage in den vergleichsweise liquiden und transparenten Teilmärkten, wie dem für Etagenwohnungen in Ballungsräumen, besonders kräftig gestiegen sei. [...] Auch Investoren aus dem Ausland scheinen vermehrt auf dem deutschen Wohnimmobilienmarkt aktiv zu sein. Nicht zuletzt fördert ein gesunkenes Vertrauen gegenüber dem Finanzsystem seit Ausbruch der Finanzkrise die Umschichtung von Finanz- in Realvermögen. Damit rückt der Immobilienmarkt in Deutschland verstärkt in den Blick von Investoren, denen vor allem an einer Realwertsicherung des Vermögens gelegen ist. Speziell in deutschen Ballungsräumen fördert die Flucht in als sicher empfundene Anlagen den aktuellen Preisanstieg.“ (Deutsche Bundesbank 2012: 60)

In der Regel bezieht sich dieser Boom vor allem auf innerstädtische, d. h. gut gelegene Bereiche in Großstädten. Die Folgen sind steigende Eigentumspreise. So nahmen beispielsweise die Preise für Eigentumswohnungen in Frankfurt im Jahr 2012 im Vergleich zu 2011 um bis zu 14 Prozent zu (Göpfert 2013b). In München lag der Anstieg bei Eigentumswohnungen mit mittlerem Wohnwert gar bei 21,3 Prozent (Stocker 2012). In einer Analyse der Veränderung von Eigentums- und Mietpreisen von 2007 bis 2012 belegen Konstantin Kholodilin und Andreas Mense, dass die Eigentumspreise erst ab 2010 diese dynamische Entwicklung erfuhren (Kholodilin/Mense 2012: 5). Im Vergleich dazu sei die Entwicklung der Mietpreise moderater. Von Januar 2008 bis September 2010 stiegen sie im Durchschnitt um jährlich 1,4 Prozent und von Oktober 2010 bis September 2012 um 2,4 Prozent (Kholodilin/Mense 2012: 7) [14]. Offensichtlich hängt es aber davon ab, welcher Raumbezug vorgenommen wird, denn andere Autor_innen berichten von deutlichen Mietpreissteigerungen in den Kernbereichen von Großstädten (Schürt 2013: 5f, Deutsche Bundesbank 2012: 56, Mortsiefer 2012, Stocker 2012).

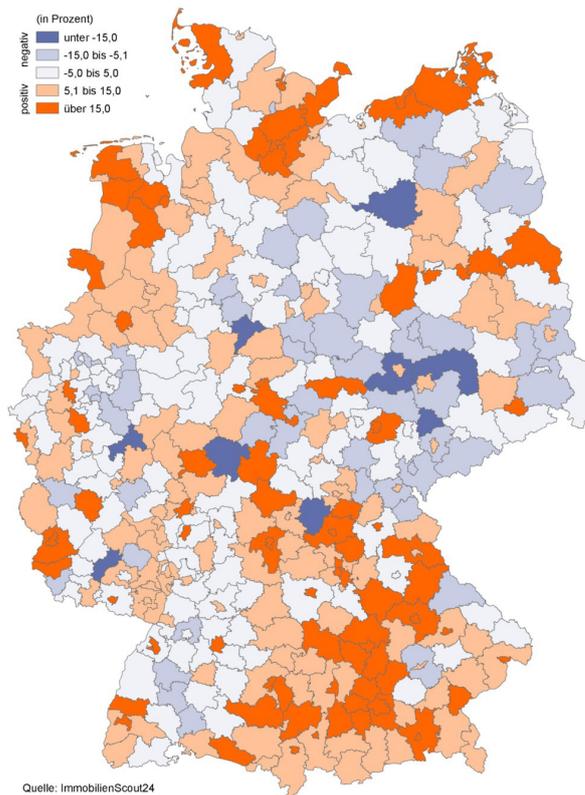


Abb. 2: Entwicklung der Kaufpreise von Eigentumswohnungen vom 1. Quartal 2007 bis zum 2. Quartal 2012 (Quelle: Kröhnert 2012)

Die Abbildung 2 zeigt den Anstieg von Kaufpreisen von 2007 auf 2012, wodurch der Preiseffekt des Zeitraums von 2010 bis 2012 weniger erkennbar wird. Interessant ist die Abbildung allerdings, weil sie zeigt, dass vom Anstieg vor allem bestimmte Standorte wie Ferienregionen sowie Großstädte und ihr Umland betroffen sind. Demgegenüber haben das Ruhrgebiet, ländliche sowie viele ostdeutsche Regionen verloren. Der Immobilienboom ist also stark ein städtischer Boom.

„Periphere“ Lagen

Die Preissteigerungen der letzten Jahre in den Innenstädten bedeuten, dass die Rendite unter Druck geraten ist. Gegenwärtig sollen die Mietsteigerungen in diesen Lagen nicht mehr Schritt halten mit den weiter steigenden Kaufpreisen (Bundesbank 2012: 61), so dass es zu Ausweichbewegungen von Investor_innen und Privatanleger_innen kommt. Zum einen werden weniger attraktive Lagen am Rande der Innenstädte in die Suche nach Standorten einbezogen und zum anderen wecken Kleinstädte – insbesondere Universitätsstädte – das Interesse von Investoren.

- *Randstädtische Lagen:* In Frankfurt gibt es inzwischen viele Bauvorhaben in bislang eher ungewöhnlichen Lagen wie alten Arbeiterquartieren und/oder an Ausfallstraßen. So entstehen im Stadtteil Gallus, das lange als Problemquartier bezeichnet wurde, drei Wohnbauprojekte in unmittelbarer Nähe zur Mainzer Landstraße, einer sehr stark befahrenen Ausfallstraße. Nach Angaben der Projektentwickler_innen werden annähernd 900 Wohnen realisiert. An einer anderen stark befahrenen Straße entsteht in dem Viertel ein weiteres Projekt mit 237 Wohnungen. Bei allen Projekten gilt, dass zur stark befahrenen Straße Mietwohnungen und zu den ruhigeren Seitenstraßen Eigentumswohnungen realisiert

werden (Gedziorowski 2013). Ähnliches gilt für den Stadtteil Ostend, wo in einer ähnlichen Lage (nämlich zwischen Ostbahnhof und Hanauer Landstraße als der Ausfallstraße nach Osten, aber in Nähe zur zukünftigen EZB) ein Gebäudekomplex mit 150 Wohnungen, Büros, ein Hotel und Einzelhandel errichtet werden (Köneke 2013).

- *Mittlere und kleinere Städte:* In einem Marktbericht zu Wohn- und Geschäftshäusern in Deutschland weist der Immobilienmakler Engel & Völkers Commercial (2013) auf abnehmenden Aussichten an zentralen, großstädtischen Standorten hin. Demgegenüber würden mittlere Großstädte mit positiver ökonomischer und soziodemographischer Entwicklung, speziell die deutschen Hochschulstandorte, gute Aussichten bieten. Auch nach Aussagen von Bulwien Gesa seien die Märkte für käuflich erwerbbar Wohnungen in Metropolen fast leer gefegt mit der Folge, dass der Investmentboom nun auf mittelgroße Städte übergreifen würde (Haimann 2012). Preise seien dort noch so niedrig, dass Bruttorenditen zwischen fünf und sieben Prozent erzielbar seien. Vermögende Privatanleger und Family-Offices haben demnach bereits im vergangenen Jahr begonnen, verstärkt Mehrfamilienhäuser in mittelgroßen Städten, d. h. Städten mit 80.000 bis 300.000 Einwohner_innen, zu erwerben. Dem Zinshausmarktbericht der Maklerorganisation Immobilienverband Deutschland (IVD) zufolge stieg das Investitionsvolumen im Segment des Geschosswohnungsbaus in den 50 größten deutschen Städten 2011 um 15,4 Prozent von 10,4 Mrd. Euro auf 12 Mrd. Euro. Nach wie vor ist es so, dass auf die größten Städte der größte Anteil an Investitionen entfällt; allerdings ist die Anzahl der Transaktionen und Transaktionsvolumina in kleineren Städten deutlich gestiegen (IVD 2012).

Zusammengefasst erleben wir gegenwärtig eine Situation in deutschen Städten, die von vielen Akteur_innen als beunruhigend wahrgenommen wird. Nicht nur Mieterschützer_innen, sozialpolitische Akteur_innen und Kritiker_innen einer Eigentumsorientierung im Wohnungsbereich formulieren Bedenken angesichts der Preisentwicklungen auf Mietwohnungs-, Eigentums- und Büroimmobilienmärkten, sondern auch Interessensvertreter_innen der Wohnungswirtschaft, Immobilienhändler_innen und -beratungen werfen Fragen über die soziale und ökonomische Tragfähigkeit der gegenwärtigen Preisentwicklungen auf (vgl. Becken 2013a, Diamantis 2013, Henger et al. 2012, Pestel Institut 2012). Häufig werden Bedenken geäußert, inwieweit der Boom wirtschaftlich nachhaltig ist oder nicht vielmehr die Gefahr in sich birgt, dass es zu ähnlichen Blasenphänomenen wie in anderen Ländern kommt (Müller/Neßhöver 2012). Dieser Streit bleibt – wie wiederum die vergleichbare Diskussion in andere Ländern zeigt – solange unentschieden, wie keine Blase platzt. Bedenken werden in der Regel mit dem Hinweis auf die dynamische Bevölkerungsentwicklung in Städten, die geringe Verschuldung deutscher Haushalte sowie die konservative Kreditvergabe in Deutschland verstreut. Kritiker_innen bestreiten die konservative Kreditvergabe und verweisen auf das Wachstum des Wohnungsbaukreditgeschäfts (Becken 2013b) und das Auseinanderdriften von Eigentums- und Mietpreisen, die eine Blase plausibel werden lassen.

5. Folgen in Städten: Verdrängung und Gentrification

Immobilien unterlagen in den vergangenen 20 Jahren einer Finanzialisierung. Bei Büroimmobilien griff diese Entwicklung im Zuge von Finanzmarktliberalisierungen bereits Anfang der 1990er Jahre (Heeg 2004), aber Wohnimmobilien unterlagen bis zur Mitte des neuen Jahrtausends einem Dornröschenschlaf. So wurden erst 2007 und damit deutlich später als in vielen anderen europäischen Ländern Wohn-REITs in Deutschland ermöglicht, mit denen Wohnimmobilien in einen Fonds eingespeist werden konnten. 2008 wurde im Zuge der Diskussion über die Notwendigkeit einer privaten Rentenvorsorge der sogenannte Wohn-Riester eingeführt. Damit war es möglich, den privaten Immobilienerwerb staatlich fördern zu lassen. Grundsätzlich sind Immobilien damit eine Anlageform geworden, die mit der Finanzkrise, aber insbesondere mit der europäischen Schuldenkrise an Interesse gewonnen hat. Betongold verspricht, eine Sicherheit gegen Geldverlust bzw. Inflation zu sein. Breite Bevölkerungsschichten sind entweder direkt oder indirekt in den Sog dieser Entwicklungen geraten: entweder direkt beim Versuch, eine eigene Wohnimmobilie zur sozialen Absicherung zu erwerben oder indirekt bei der Investition in Fondsprodukte, die Immobilien in *multi-asset-* oder *single-asset-*Portfolios führen. Eine weitere Variante der indirekten Beteiligung ist, dass in Fonds investiert wird, die wiederum in spezialisierte Immobilienfonds investieren.

Über die städtischen Folgen wird bereits jetzt gestritten. Es ist zu vermuten, dass die Heftigkeit dieser Diskussionen noch zunehmen wird. Denn es ist absehbar, dass mit der Aufwertung von Immobilien die Segregation in Städten weiter befördert wird. Zum einen werden Gentrificationprozesse in innerstädtischen Bereichen zunehmen, und zum anderen werden große, eher randstädtische Wohnungsbestände zum Zufluchtsort für benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Auch von stadtpolitisch Verantwortlichen wird gegenwärtig zur Kenntnis genommen, dass die Aufwertungen in der Kernstadt dazu führen, dass sich überwiegend nur noch Haushalte/Individuen mit stabilen und überdurchschnittlichen Einkommen Wohnungen leisten können (Hausmann 2012). Kernstädtische Bereiche in vielen Städten unterliegen gegenwärtig einem stetigen Zuzug von gutverdienenden Bewohner_innen, steigenden Mieten und Immobilienpreisen sowie Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen. Immobilienmärkte reagieren in der Regel verzögert, d. h. steigende Miet- und Eigentumspreise gelten zunächst für neu hinzuziehende oder umziehende Bewohner_innen. Allerdings müssen sich auch Mieter_innen, die schon länger in einem Viertel wohnen, über kurz oder lang auf steigende Wohnkosten einstellen. Die Befürchtung ist, dass als Folge dessen langsam, aber stetig, die Bevölkerung innerstädtischer Gebiete ausgewechselt wird.

Demgegenüber verfügen Geringverdiener_innen, wenn sie nicht weitere Kompensationsmöglichkeiten (z. B. Untermiete, Sparvermögen etc.) haben, über weniger Zugangsmöglichkeiten zu innerstädtischen Wohnlagen. Konkret tragen Regelsätze, die durch Hartz IV gesetzt werden, dazu bei, dass Bewohner_innen aus innerstädtischen Vierteln verdrängt

werden. Im Abschlussbericht der Enquetekommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in NRW“ wird konstatiert, dass die Knappheit von preisgünstigem Wohnraum absehbar zu steigenden Mietpreisen und auch zu steigenden Angemessenheitskriterien (d. h. zulässiger Miethöhen) nach Hartz IV führen wird (Diamantis 2013). Insofern unterliegen Segregationstendenzen auch keinen mythischen Marktgesetzmäßigkeiten, sondern es sind staatliche Interventionen – auf der einen Seite über Sozialgesetzgebung und auf der anderen Seite über Eigentumsförderung, Verkauf von öffentlichen Wohnungsbeständen und Finanzmarktderegulierungen –, die den Möglichkeitsraum von Individuen auf dem Wohnungsmarkt gestalten. Für institutionelle Anleger_innen bzw. Immobilieneigentümer_innen ergeben sich interessante Investitions- und Renditeperspektiven, da sowohl innerstädtische, aber auch randstädtische Immobilien gute Renditeperspektiven bieten. Zusammengenommen unterstützen diese Regulationen eine soziale Entmischung der Bevölkerung.

Negative Effekte sind aber nicht nur für sozial benachteiligte Bewohner_innen zu erwarten, sondern auch für die Städte, für die bei stark abnehmenden Sozialwohnungsbeständen die Versorgung einkommensschwacher Haushalte immer schwieriger wird. Insbesondere in wirtschaftlich dynamischen Städten ergeben sich hohe kommunale Belastungen für die Kosten der Unterkunft, wenn die Anzahl der Transferleistungsempfänger und das Mietniveau überdurchschnittlich hoch ausfallen. Die Städte sind angesichts einer abnehmenden Anzahl öffentlicher Wohnungen bzw. eines geschützten Wohnungsbereiches zunehmend mit der Situation konfrontiert, dass sie den institutionellen Investor_innen als Eigentümer_innen des ehemals öffentlichen Wohnungsbestandes ein sogenanntes Hartz IV-Geschäftsmodell (Diamantis 2013: 21) ermöglichen. Zielgerichtet wird dabei an Instandhaltungsleistungen gespart bei einer gleichzeitig maximalen Ausschöpfung des Mieterhöhungsspielraums. Dies birgt insbesondere für Haushalte mit Marktzutrittsproblemen, die sich nur schlecht wehren können (indem sie beispielsweise „mit den Füßen abstimmen“), große Herausforderungen. Zusammengefasst führt der Versorgungsnotstand von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen dazu, dass Städte notgedrungen den neuen Eigentümer_innen die Mieten – und damit Renditen – garantieren müssen. Diese haben auf der einen Seite sichere Einnahmequellen und zeigen sich auf der anderen Seite bei Erhaltungsinvestitionen nicht unbedingt motiviert; beides eröffnet stabile Gewinne. Für die Bewohner_innen sind die Wohnbedingungen allerdings häufig prekär: Eine Einkommensarmut ist kombiniert mit Ausgrenzungen auf dem Wohnungsmarkt und schlechten Wohnbedingungen (Müller 2012). Ein Hoffnungstreifen am Himmel ist, dass die Auseinandersetzung mit vernachlässigten und verwahrlosten Wohnimmobilien zur Hinterfragung der Geschäftsmodelle der neuen Finanzinvestor_innen geführt hat. Nicht nur die Diskussion um die Frage: „Wem gehört die Stadt?“, auch die Skandalisierung des Hartz IV-Geschäftsmodells und Forderungen nach einschränkenden Instrumenten zeigen, dass Bewegung in die Debatte gekommen ist.

Endnoten

- [1] Vgl. den Immobilienpreisindex (IMX) des Immobilienportals Immoscout 24 (Frankfurter Rundschau 16./17.2.2013 „Immobilienpreise steigen auch 2013“, 69. Jg., Nr. 40, S. W7) oder auch Kholodilin/Mense 2012.
- [2] Nur in Schweden, der Schweiz und Österreich ist die Wohneigentümerquote im Jahr 2000 noch niedriger (vgl. Behring/Helbrecht 2003: 343).
- [3] Auch Wehler (2013) oder Streeck (2013) kommen mit einer anderen begrifflichen und konzeptionellen Herangehensweise zu einer ähnlichen Bewertung der Veränderungen.
- [4] So dürfen in Deutschland Vermieter_innen 11 Prozent der Kosten von Modernisierungsmaßnahmen auf die Jahresmiete aufschlagen. Zudem ist seit der Neufassung des § 559 BGB durch das Mietrechtsänderungsgesetz von Ende 2012 die Möglichkeit eingeschränkt worden, bei Baulärm im Zuge von Modernisierungen Mietreduzierungen vorzunehmen.
- [5] So hat der Ex-Kanzler Gerhard Schröder in seiner programmatischen Regierungserklärung zur Agenda 2010 darauf hingewiesen: „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von den Einzelnen fordern müssen. [...] Niemandem aber wird künftig gestattet sein, sich zulasten der Gemeinschaft zurückzulehnen. Wer zumutbare Arbeit ablehnt – wir werden die Zumutbarkeitskriterien verändern –, der wird mit Sanktionen rechnen müssen.“ (Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vom 14. März 2003)
- [6] Deutschland ist in dieser Entwicklung eher ein „Nachzügler“, da viele Formen der privaten Absicherung (wie z. B. die Riesterrente) erst in den 1990er Jahren entwickelt wurden und zur Anwendung kamen. In der Schweiz, Großbritannien, USA, Kanada oder Neuseeland griffen diese Prozesse bereits deutlich früher.
- [7] Auf Wohneigentum wird im folgenden Abschnitt eingegangen.
- [8] Natürlich sind Wohnen, Müllentsorgung, Energie und weitere Güter bzw. Dienstleistungen nicht erst kürzlich zu Waren geworden, sondern es musste auch vor 20 Jahren dafür bezahlt werden. Der Unterschied ist aber, dass diese Güter inzwischen einer Deregulierung sowie einer Verwertungsoptimierung unterliegen, die das Preisgefüge deutlich zuungunsten der Nutzer_innen verschoben haben.
- [9] Vergleiche hierzu die Analyse des Mietwohnungsmarktes in London und München (Palmer 2011).
- [10] Für Großbritannien vgl. Smith 2008.
- [11] Von 1996 bis 2006 gab es in Deutschland die sogenannte Eigenheimzulage. Davor gab es andere Formen der Eigenheimförderung wie z. B. Abschreibungsmöglichkeiten oder das sogenannte Baukindergeld. Nach der Beendigung 2006 entwickelten sich Initiativen zur Eigenheimförderung vorrangig von der Länderebene ausgehend.

So soll z. B. in Hessen anstelle von Sozialwohnungen verstärkt der Erwerb von Wohneigentum (sowohl für Bauherr_innen als auch für Käufer_innen) finanziell unterstützt werden. Das sogenannte Hessen-Darlehen beinhaltet, dass sich Interessent_innen maximal 80.000 € zu nur 1,6% Zinsen leihen können (Frankfurter Rundschau „Hessen-Kredit für Häuslebau“, 20.12.2012, 68. Jg., Nr. 297, S. F20).

- [12] In diesem Zeitraum ist der Anteil der Gebraucht-Erwerbe an allen Käufen deutlich angestiegen, nämlich von zuvor 56 auf 62 Prozent. Neubauten machten demgegenüber nur 38 Prozent aller Erwerbsfälle aus (Kappel 2012).
- [13] Die Zinsen deutscher langfristiger Staatsanleihen werden gegenwärtig als Referenz für die Bewertung von Anlagenrentabilität in der internationalen Finanzwelt genommen. Da es sich um eine sichere Anlage handelt, ist die Verzinsung niedrig; die Verzinsung der Fondsanlage muss damit höher liegen, um attraktiv zu sein.
- [14] Ein konträres Ergebnis erzielen die Forschungsarbeiten des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Demnach werden die höchsten Wohnungskaufpreise und auch -mieten in den wachsenden und wirtschaftsstarken Metropolen und Regionen wie München, Mittlerer Neckar, Rhein-Main, der Rheinschiene in Nordrhein-Westfalen und Hamburg erzielt (Held et al. 2012: 12ff).

Autor_innen

Susanne Heeg, Soziologin und Geographin, beschäftigt sich mit Städten als Kristallisationspunkten gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Städten als lokale Knotenpunkte im Netzwerk globaler Dynamiken

Kontakt: heeg@em.uni-frankfurt.de

Literatur

- Aalbers, Manuel B. (2008): The Financialization of Home and the Mortgage Market Crisis. In: *competition & change* 12 (2), 148-166.
- Aglietta, Michel (2000): Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand. Hamburg.
- Aglietta, Michel (2002): Die finanzielle Globalisierung. In: Michel Aglietta / Joachim Bischoff / Paul Boccara / Wolfgang F. Haug / Jörg Huffschild (Hg.): *Umbau der Märkte*. Hamburg, 9-24.
- Beecken, Grit (2013a): Begehrter Beton. Der deutsche Boom zieht ausländische Investoren an. In: *Frankfurter Rundschau* 69, 09.01.2013 (7), S. 14.
- Beecken, Grit (2013b): Sparkassen hängen Großbanken ab. In: *Berliner Zeitung*, 24.03.2013 (07.03.2013). <http://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft/milliardengewinn-sparkassen-haengen-grossbanken-ab,10808230,22024072.html> (24.03.2013)
- Behring, Karin; Helbrecht, Ilse (2003): Mieter oder Selbstnutzer in

- Europa? Ursachen der unterschiedlichen Eigentümerquoten in Europa in ausgewählten europäischen Staaten. In: Informationen zur Raumentwicklung (6), 343-353.
- Bellofiore, Riccardo (2002): Der Kapitalismus der Rentenfonds. In: Michel Aglietta / Joachim Bischoff / Paul Boccara / Wolfgang F. Haug / Jörg Huffs Schmid (Hg.): Umbau der Märkte. Hamburg, 61-75.
- Blank, Florian / Ewert, Benjamin / Köppe, Stephan (2012): Leistungsempfänger, Bürger oder Konsumenten? Nutzer in der Sozialpolitik. In: WSI Mitteilungen 65 (3), 168.
- Boelhouwer, Peter J. / Doling, John F. / Elsinga, Marja / Ford, Janet (2005): Gains and losses for European home owners. In: Peter J. Boelhouwer, John F. Doling und Marja Elsinga (Hg.): Home ownership. Getting in, getting from, getting out. Delft, 1-18.
- Boltanski, Luc / Chiapello, Ève (2001): Die Rolle der Kritik in der Dynamik des Kapitalismus und der normative Wandel. In: Berliner Journal für Soziologie 11 (4): 459-477.
- Boyer, Robert (2000): The Political in the Era of Globalization and Finance: Focus on some Régulation School Research. In: International Journal of Urban and Regional Research 24 (2), 274-322.
- Braun, Reiner / Pfeiffer, Ulrich (2004): Haushalts- und personenbezogene Wohneigentumsquote in Deutschland. Empirica-Studie. Berlin.
- Brunhoff, Suzanne (2002): Der Begriff des Finanzregimes. In: Michel Aglietta / Joachim Bischoff / Paul Boccara / Wolfgang F. Haug / Jörg Huffs Schmid (Hg.): Umbau der Märkte. Hamburg, 25-39.
- Casey, Terrence (2011): 'Financialization' and the future of the neoliberal growth model. Political Studies Association Annual Conference, April 2011. http://www.psa.ac.uk/journals/pdf/5/2011/6_5.pdf
- Chesnais, Francois (2004): Das finanzdominierte Akkumulationsregime: theoretische Begründung und Reichweite. In: Christian Zeller (Hg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster.
- Clark, Gordon L. (2000): Pension fund capitalism. Oxford.
- Demirović, Alex (2007): Demokratie in der Wirtschaft. Positionen, Probleme, Perspektiven. Münster.
- Deutsche Bundesbank (2012): Finanzmarktstabilitätsbericht 2012. Frankfurt am Main.
- Diamantis, Claudia (2013): Abschlussbericht der Enquetekommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in NRW“ (Enquetekommission I). Hg. v. Landtag Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf (Drucksache 16/2299). <http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD16-2299.pdf> (21.03.2013)
- Doling, John (1994): The privatisation of social housing in European welfare states. In: Environment and Planning C 12 (2), 243-255.
- Engel & Völkers Commercial (2013): Wohn- und Geschäftshäuser Marktbericht 2013. www.engelvoelkers.com/com/de/Gewerbeimmobilien/research/WGH-Deutschlandbericht-2013-Vorschau.pdf (05.07.2013)
- Epstein, Gerald A. (2006): Financialization and the world economy. Cheltenham.
- Evans, Trevor (2001): Die Rolle finanzieller Faktoren im US-amerikanischen

- Wirtschaftsboom der 90er Jahre. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften 31 (122), 31-45.
- Fine, Ben (2010): Locating Financialisation. In: *hist materialism* 18 (2), 97-116.
- French, Shaun / Leyshon, Andrew / Wainwright, Thomas (2011): Financializing space, spacing financialization. In: *Progress in Human Geography* 35 (6), 798-819.
- Gedziorowski, Lukas (2013): Leben am Gustavsburgplatz. Drei Investoren präsentieren ihre Pläne für den Bau von fast 900 Wohnungen. In: *Frankfurter Rundschau* 11. April, <http://epaper2.zgk.de/epaper2/fr/forms/page.htm> (11.04.2013)
- Göpfert, Claus-Jürgen (2013a): Warten auf Käufer. „Westend Suites“ sind fertiggestellt, doch die 46 Wohnungen stehen erst einmal leer. In: *Frankfurter Rundschau* 29.01.2013, 69. Jg., Nr. 24, F6.
- Göpfert, Claus-Jürgen (2013b): Ansturm auf Wohneigentum. Hohe Nachfrage bei geringem Angebot führt zu Preissteigerungen bis zu 14 Prozent. In: *Frankfurter Rundschau* 17.01.2013, <http://epapers2.zgk.de/epaper2/fr/forms/page.htm#> (04.02.2013).
- Haimann, Richard (2012): Immobilien: Teure Mitte. In: *Financial Times Deutschland*, 29. November. www.ftd.de/finanzen/immobilien/:immobilien-teure-mitte/70123384.html (05.07.2013).
- Harnau, Jonas / Möbert, Jochen (2012): Deutscher Wohnimmobilienmarkt: Risiko einer Preisblase bis 2020? *Ausblick Deutschland*. Hg. v. Deutsche Bank. Frankfurt (DB Research), zuletzt aktualisiert am 01.10.2012.
- Hausmann, Dierk (2012): Gentrifizierung – Sozialverträgliche Stadtteilentwicklung. Fachtagung in Frankfurt am Main am 17.11.2011. Hg. v. Stadtplanungsamt Frankfurt. Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt (Im Dialog, 9).
- Heeg, Susanne (2004): Mobiler Immobilienmarkt? Finanzmarkt und Immobilienökonomie. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 48 (2), 124-137.
- Helbig, Felix (2012): Makler reißen sich um Häuser. In: *Frankfurter Rundschau* 27./28.10.2012, 68. Jg., Nr. 251, F1.
- Helbrecht, Ilse / Geilenkeuser, Tim (2012): Demographischer Wandel, Generationeneffekte und Wohnungsmarktentwicklung: Wohneigentum als Altersvorsorge? In: *Raumforschung & Raumordnung* 70 (5), 425-436.
- Held, Tobias / Nielsen, Jörg / Waltersbacher, Matthias (2012): Immobilienpreise und Transaktionen am Wohnimmobilienmarkt. Aktuelle Wohnungsmarktentwicklungen und Tendenzen. *BBSR-Analysen Kompakt Nr 10*. Bonn.
- Henger, Ralph / Pomogajko, Kirill / Voigtländer, Michael (2012): Gibt es eine spekulative Blase am deutschen Wohnimmobilienmarkt? Hg. v. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (*IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung*, 3), zuletzt aktualisiert im Juli 2012.
- Hintze, Martin (2012): Immobilienboom: Häuserkäufer lassen sich von niedrigen Zinsen verführen. In: *managermagazinonline* vom 18.10.2012.

- www.manager-magazin.de/finanzen/immobilien/0,2828,861793,00.html (11.11.2012)
- Holm, Andrej (2010): Institutionelle Anbieter auf deutschen Wohnungsmärkten – neue Strategien der Wohnungsbewirtschaftung. In: Informationen zur Raumentwicklung (5/6), 391-402.
- Holm, Andrej (2011): Politiken und Effekte der Wohnungsprivatisierungen in Europa. In: Bernd Belina / Norbert Gestring / Wolfgang Müller / Detlev Sträter (Hg.): Urbane Differenzen. Disparitäten innerhalb und zwischen Städten. Münster, 207-230.
- Huffschmid, Jörg (2009): Nicht die Krise, der Finanzkapitalismus ist das Problem. Vom „normalen“ Funktionieren von Umverteilung und Instabilität. In: Mario Candeias / Rainer Rilling (Hg.): Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat. Berlin (Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 55), 53-73.
- ifs – Institut für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen (2012): Selbstgenutztes Wohneigentum/Eigentumsquote. http://typo3.p165294.webspaceconfig.de/fileadmin/Daten_Fakten/Wohneigentumsquoten_in_Deutschland_und_Europa.pdf (24.08.2012)
- IVD – Immobilienverband Deutschland (2012): Zinshausmarktbericht 2012: Zinshausmarkt in Deutschland boomt. www.ivd.net/der-bundesverband/nachrichtendetail/archive/2012/october/article/zinshausmarktbericht-2012-zinshausmarkt-in-deutschland-boomt.html (05.07.2013)
- Kappel, Yvonn (2012): Wohneigentums-Dynamik in Städten. Eigene vier Wände entstehen immer mehr in den großen Verdichtungsräumen. Berlin. www.presseportal.de/pm/35604/2309315/wohneigentumsdynamik-in-staedten-eigene-vier-waende-entstehen-immer-mehr-in-den-grossen%20%2814 (04.07.2013)
- Kholodilin, Konstantin / Mense, Andreas (2012): Wohnungspreise und Mieten steigen 2013 in vielen deutschen Großstädten. Hg. v. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Berlin (DIW-Wochenberichte, 45).
- Kholodilin, Konstantin / Menz, Jan-Oliver / Siliverstovs, Boriss (2008): Immobilienkrise? Warum in Deutschland die Preise seit Jahrzehnten stagnieren. Hg. v. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Berlin (Wochenbericht des DIW, 17).
- King, Peter (2010): Die Privatisierung von Sozialwohnungen: Das „Right to Buy“ in Großbritannien. In: Funk, Kerstin (Hg.): Gesellschaftspolitische Vorteile des Wohneigentums. Aspekte des Wohneigentums. Berlin, 185-231.
- Köneke, Judith (2013): Hotel, Büros und 150 Wohnungen. Im Herbst soll auf dem Areal der ehemaligen Feuerwache Baubeginn sein. In: Frankfurter Rundschau 5. April. <http://epaper2.zgk.de/epaper2/fr/forms/page.htm> (05.04.2013)
- Krippner, Greta R. (2005): The financialization of the American economy. In: Socio-Economic Review 3(2), 173-208
- Kröhnert, Steffen (2012): Der Einfluss demografischer Faktoren auf die Preisentwicklung von Wohnimmobilien. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung in Kooperation mit Immobilien Scout GmbH. Vortrag auf dem Transparenzforum, Nov. 2012. www.berlin-institut.de

- transparenzoffensive.net/wp-content/uploads/2012/12/Vortrag_SteffenKr%C3%B6hnert_TO.pdf (21.12.2012)
- Legnaro, Aldo / Birenheide, Almut / Fischer, Michael (2005): Kapitalismus für alle. Aktien, Aktien, Freiheit und Kontrolle. Münster.
- Leykam, Monika (2013): Versicherer bevorzugen Deutschland und Nordamerika. In: Immobilien Zeitung vom 4. Juni 2013.
- Lordon, Frédéric (2000): „Aktionärsdemokratie“ als soziale Utopie? Über das neue Finanzregime und Wirtschaftsdemokratie. Hamburg.
- Lorenz-Hennig, Karin / Held, Tobias (2012): Anstieg großer Wohnungstransaktionen in 2012. Verkaufsvolumen von Mietwohnungsportfolios nimmt weiter zu. Bonn.
- Martin, Randy / Rafferty, Michael / Bryan, Dick (2008): Financialization, Risk and Labour. In: competition & change 12 (2), 120-132.
- Morgan, Alan W. / Stone Sellers, Bonnie / Thomas, Scott A. (2006): How European companies can unlock value from real estate. Hg. v. McKinsey (The McKinsey Quarterly). <http://mkqpreview1.qdweb.net/PDFDownload.aspx?ar=1753>
- Mortsiefer, Henrik (2012): Wohnen wird zum Luxus in Deutschland. In Zeit Online www.zeit.de/wirtschaft/2012-10/berlin-mieten-erhoehung (02.03.2013)
- Müller, Henrik / Neßhöver, Christoph (2012): Völlig losgelöst. In: Manager Magazin, 17.02.2012 (3), 76.
- Müller, Sebastian (2012): Wie Wohnen prekär wird. Finanzinvestoren, Schrottimmobilien und Hartz IV. Dortmund (Beiträge aus der Forschung, Nr. 181). http://www.planungspolitik-forschung.de/pdf/kowa_wie-wohnen-prekaer-wird.pdf (10.07.2013)
- Ong, Aihwa (2007): Neoliberalism as a mobile technology. In: Transactions of the Institute of British Geographers 32 (3), 3-8.
- Palmer, Jon (2011): Brits buy homes, the Germans rent – which of us has got it right? In: The Guardian, Saturday 19 March.
- Pestel Institut (Hg.) (2012): Bedarf an Sozialwohnungen in Deutschland. Unter Mitarbeit von Matthias Günther. Hannover.
- Pryke, Michael (1994): Finance, property and „layers of newspaper ironies“. In: Environment and Planning A 26 (2), 167-170.
- Regierungserklärung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD) (2003): Mut zum Frieden und zur Veränderung (14.03.2003), in: documentArchiv.de (Hg.). http://www.documentArchiv.de/brd/2003/rede_schroeder_03-14.html (15.03.2013).
- Salzmann, Bernd (2012): „Übernehmen Sie sich nicht!“ Bei der FR-Telefonaktion gaben Experten Tipps für eine tragfähige Baufinanzierung. In: Frankfurter Rundschau vom 12.12.2012, 68. Jg., Nr. 290, 18.
- Scharmanski, André (4. Quartal 2012): Im Sog der Euroschuldenkrise. Auswirkungen der Euroschuldenkrise auf den deutschen Immobilienmarkt. Hg. v. Quantum Immobilien AG. Hamburg (Quantum Fokus).
- Slavik, Angelika (2012): Ich hätt' so gern ein Einkaufszentrum. In: Süddeutsche Zeitung, 10.10.2012 (234), 25.
- Smith, Susan S. (2008): Owner-occupation: at home with a hybrid of money and materials. In: Environment and Planning A, 40 (3): 520-535.

- Stocker, Frank (2012): Wohnen in der Großstadt wird zum Luxus. Die Reurbanisierung hat ihren Preis. In: Die Welt, 25.09.2012. www.welt.de/109454198 (11.11.2012)
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin.
- Szymanski, Mike (2013): Verkauf der GBW-Wohnungen Verrat an den Mietern. In: Süddeutsche Zeitung 9. April. www.sueddeutsche.de/bayern/verkauf-der-gbw-wohnungen-verrat-an-den-mietern-1.1643637 (04.07.2013)
- Urban Land Institute / Pricewaterhouse Coopers (2009): Emerging Trends in Real Estate Europe 2009. Washington, C.C.
- ULI/pwc – Urban Land Institute; Price Waterhouse Cooper (2009): Emerging trends in real estate. Europe 2009 Washington.
- ULI/pwc – Urban Land Institute; Price Waterhouse Cooper (2012): Emerging trends in real estate. Europe 2012. London.
- Van Kempen, Ronald / Dekker, Karien / Hall, Stephen / Tosics, Ivan (Hg.) (2005): Restructuring large housing estates in Europe. Bristol.
- Van Suntum, Ulrich (2010): Gesellschaftspolitische Vorteile des Wohneigentums. In: Kerstin Funk (Hg.): Gesellschaftspolitische Vorteile des Wohneigentums. Aspekte des Wohneigentums. Berlin, 52-81. www.scribd.com/doc/50532150/3/Gesellschaftspolitische-Vorteile-des-Wohneigentums (24.08.2012)
- Vogl, Joseph (2011): Das Gespenst des Kapitals. 4. Aufl. Zürich.
- Wehler, Hans-Ulrich (2013): Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland. München.
- Windolf, Paul (2005): Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus? In: Paul Windolf (Hg.): Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 45/2005. Wiesbaden, 20-57.

Housing as Financial Investment: Effects of Responsibilisation and Financialisation on Housing

Until recently, the housing stock in German cities consisted mostly of rented apartments or rented family homes and not of individually owned residential property. Indeed, residential property was an exception in German cities. This is now going through changes particularly in big cities as Frankfurt, Berlin, Hamburg, Cologne or Munich which are affected by a shopping spree of private and institutional investors alike. At the same time, a selling out respectively marketization of public housing has taken place. This has contributed to massive price increases. I will analyze this development on urban real estate markets as a consequence of the financialisation and responsabilisation of housing and I will address the social and spatial outcomes of these developments in cities.

Debatte

2013, Heft 1, 101-118
zeitschrift-suburban.de

Hartmut Häußermann / Walter Siebel, Thesen zur Soziologie der Stadt'

Kommentare von:
Sybille Bauriedl
Norbert Gestring
Johanna Hoerning
Carsten Keller
Jan Wehrheim

Replik von:
Walter Siebel

Thesen zur Soziologie der Stadt*

Hartmut Häußermann
Walter Siebel

1. Stadtsoziologie – Stadtplanungssoziologie

Was sich in der BRD seit Mitte der sechziger Jahre unter dem Titel Stadtsoziologie rapide ausgebreitet hat, ist höchst disparat: Theoretische Arbeiten, kulturkritische Essays und Pamphlete, dazu eine wachsende Zahl harter Auftragsforschung zu den verschiedensten Gegenständen: Folgeprobleme der Sanierung, soziale Bedeutung städtebaulicher und architektonischer Formen, Leben in Stadtrandsiedlungen, Segregation, Versorgung mit Infrastruktur und Nutzerhalten, ortsgebundene Sozialbeziehungen, Wohnbedürfnisse, Zusammenhänge zwischen gebauter Umwelt und sozialem Verhalten. Die Aufzählung ließe sich fortführen. Kein gemeinsames Erkenntnisinteresse und keine Theorie der Stadt verbinden die verschiedenen Arbeiten. Eher ist von zwei Soziologien der Stadt zu reden: einer gesellschaftstheoretisch angeleiteten Stadtsoziologie und einer vom Informationsbedarf der Verwaltung geprägten Stadtplanungssoziologie.

Die ältere Soziologie der Stadt nahm Stadt entweder als eigenständigen Gegenstand der Sozialwissenschaft; hierfür steht die Gemeindeforschung, soweit sie Gemeinde als ortsgebundenes und ortstypisches Geflecht sozialer Beziehungen (Nachbarschaft), als Focus lokaler Integration und damit als einen sozialen Tatbestand unterstellt vergleichbar der Familie. Oder Gemeinde wurde als verkleinertes Abbild der Gesamtgesellschaft Gegenstand sozialwissenschaftlicher Analyse. Insofern galten Gemeindeforschung als besondere Methode der Gesellschaftsanalyse, die am überschaubaren Modell gesellschaftstheoretisch relevante Fragen (Schichtung/Machtstruktur) empirisch zu untersuchen erlaubte. Von beiden Ausprägungen der Gemeindeforschung zu unterscheiden sind solche Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und Entwicklung der Stadt thematisieren. Hierfür stehen: Max Webers Studie über die Rolle der occidentalen Stadt in der Entfaltung des Kapitalismus oder Georg Simmels Arbeit über den Zusammenhang von Geldwirtschaft und urbaner Zivilisation. Der Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und Stadtentwicklung ist auch Anhaltspunkt der utopischen

* Der Text ist erstmals erschienen als: Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (1978): Thesen zur Soziologie der Stadt, *Leviathan*, 6: 484-500. Die Ziffern in eckigen Klammern verweisen auf die Seitenzählung der Originalausgabe. Wir bedanken uns bei der Redaktion des *Leviathan* sowie bei Walter Siebel für das Einverständnis zum Wiederabdruck. Die alten Regeln der Rechtschreibung wurden beibehalten.

Entwürfe zu Beginn des 19. Jahrhunderts wie später – in ideologischer Verkehrung – bei der konservativen Stadtkritik (Riehl, Spengler).

Gemeinde als lokalspezifische soziale Institution, die eigenständiger Gegenstand soziologischer Theoriebildung werden könnte, existiert heute nicht mehr, oder doch nur als politisch-administrative Einheit, an die die Stadtplanungssoziologie [485] anknüpft. Erforschung von Gemeinden als eine besondere Operationalisierung soziologischer Fragestellungen ist keine Stadtsoziologie, sondern eben eine Methode der empirischen Sozialforschung. Eine Soziologie der Stadt heute hätte anzuknüpfen an den gesellschaftstheoretischen Ansätzen, die den Zusammenhängen zwischen politischen, ökonomischen, sozialen und räumlichen Entwicklungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene mit denen auf lokaler Ebene nachgehen. Wenn die Soziologie der Stadt – so unsere These – dieses Niveau nicht (wieder) gewinnt, wird sie weder einen Beitrag zur kritischen Theorie der Gesellschaft noch einen praktisch relevanten Beitrag für die Steuerung der Entwicklung städtischer Strukturen leisten können.

Der Boom der Stadtsoziologie seit der Mitte der 60er Jahre wird nicht von einem gesellschaftstheoretischen Interesse getragen, sondern vom Bezug auf aktuelle Probleme der Stadtplanung. Diese besser „Stadtplanungssoziologie“ (Schäfers 1970) zu nennende Richtung soziologischer Beschäftigung mit Stadt orientiert sich darauf, in und von der planenden Verwaltung anwendbare Ergebnisse zu produzieren. Eben die nur allzu freiwillig akzeptierte In-Dienst-Nahme durch die planende Verwaltung ist nun eine der wesentlichen Ursachen für die Disparatheit, die Theorielosigkeit und für die Entpolitisierung der Soziologie der Stadt.

Die ‚Jugend‘ der Disziplin ist keine zureichende Erklärung für diesen Zustand. Nicht die – ja keineswegs so kurze – Geschichte der Disziplin, sondern ihre Ankettung an staatliches Krisenmanagement ist verantwortlich zu machen. Stadtplanungssoziologie trifft zwar auf eine kaufkräftige Nachfrage nach sozialwissenschaftlichen Informationen, aber nur dort, wo für die planende Verwaltung krisenhafte Entwicklungen sichtbar werden. Verkehrsmisere, selektive Abwanderung, Verfall innerstädtischer Wohnquartiere, Finanznot etc. sind Stichworte, unter denen die zunehmende Krisenhaftigkeit städtischer Entwicklung wahrgenommen wird. Zugleich nimmt die Steuerungskapazität des politisch-administrativen Systems zumindest relativ zum steigenden Problembestand ab, wodurch Planung immer mehr auf's kurzfristige Reagieren eingeengt wird. Wenn sich aber planende Verwaltung in Feuerwehrfunktionen erschöpft, wird sie nur zu eng definierten und schnell wechselnden Problembereichen Informationen nachfragen. Stadtplanungssoziologie wird so am goldenen Strick von Forschungs- und Gutachteraufträgen in die kurzatmigen Aktualitäten staatlichen Krisenmanagements hineingerissen. Darin sind ihre Theorielosigkeit und Banalität begründet. Wir wollen das im Folgenden kurz erläutern.

Die Nachfrage nach sozialwissenschaftlichen Informationen durch die politische Administration schafft Beschäftigung für Soziologen,

aber noch keinen Gegenstand für eine Soziologie der Stadt. Im Unterschied zu antiken und mittelalterlichen Stadtstaaten ist heute Stadt weder politisch noch ökonomisch oder gar militärisch eine selbständige Einheit. Die Einbindung der kommunalen Administration in das nationale Rechtssystem und in die Politik von Bund und Ländern sowie die Integration der ortsansässigen Produktion in national und international verflochtene Märkte haben auch einer lokal gebundenen Sozial- und Kommunikationsstruktur [486] die Basis entzogen. Mit der Auflösung eines durch Unterschiede der Produktion und des Überbaus gekennzeichneten Gegensatzes von Stadt und Land kann Stadtsoziologie sich nicht (mehr) auf einen sozialen Tatbestand als ihren eigenen Gegenstand berufen, wie er für andere Bindestrichsoziologien konstitutiv ist. Stadt und Land sind keine Kategorien mehr, die unterschiedliche Produktions-, Reproduktions- und Herrschaftsformen bezeichnen. Der Gegensatz von Stadt und Land hat sich aufgelöst zu einem Mehr-Oder-Weniger vom Selben, also Disparitäten, die – und das ist das zweite, hier relevante Argument – innerhalb verstädterter Gebiete wie zwischen diesen und ländlichen Regionen auftreten. Auf der kategorialen Ebene macht es keinen Unterschied, ob man das Nebeneinander von verfallenden Gebieten mit Kümmernutzungen und Gebieten höchsten Investitionsdrucks mit allen seinen politischen und sozialen ‚Folgen‘ innerhalb einer Agglomeration oder, großräumiger, als Problem von Konzentration und Entleerung untersucht. Wenn sich aber in hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten die städtische nicht mehr eindeutig von einer ländlichen Produktionsweise unterscheiden läßt und wenn 70 % der Bevölkerung in Städten wohnen, ist die Untersuchung der Stadt in Wirklichkeit die Untersuchung der ‚modernen‘ (= industriellen) Gesellschaft, die Stadt also nur der Ort, an dem die Gesellschaft in ihrer Struktur und ihren Konflikten erscheint. Woran aber könnte sich eine gesellschaftswissenschaftliche Theorie der Stadt entwickeln, wenn Stadt als eigenständiges gesellschaftliches Phänomen nicht mehr existiert?

Die Chicagoer Schule der Humanökologie hat darauf eine Antwort gegeben, die heute in der Umweltpsychologie, in den Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen gebauter Umwelt und sozialem Verhalten und zur räumlichen Mischung oder Segregation sozialer Gruppen wieder aufgenommen worden ist: die These von der kausalen Bedeutung räumlicher Faktoren für gesellschaftliche Phänomene. Sie liegt Mitscherlichs Polemik gegen die Unwirtlichkeit unserer Städte ebenso zugrunde wie der Behauptung James Beshers, daß räumliche Segregation die Schichtstruktur der amerikanischen Gesellschaft zu einer Hierarchie von Kasten verhärte. Für den Stadtbegriff der Chicagoer Schule ist die Definition von Louis Wirth klassisch geworden: „Für soziologische Zwecke kann die Stadt definiert werden als eine relativ große, dicht besiedelte und dauerhafte Niederlassung gesellschaftlich heterogener Individuen“ (Wirth 1974; 48). Damit wird Stadt in erster Linie nach räumlich-physischen Merkmalen definiert. In der Tat sind städtische Strukturen nach diesen Merkmalen heute noch am ehesten von „Land“ zu unterscheiden. Doch zumindest Dichte und Größe sind

keine gesellschaftlichen Kategorien, und der Versuch, gesellschaftliche Phänomene mit nichtgesellschaftlichen Kategorien zu erklären, muß zu ideologischen Konstruktionen führen, in denen die Großstadt oder die räumliche Verteilung sozialer Gruppen für die politischen und sozialen Konsequenzen einer kapitalistisch organisierten Industrialisierung verantwortlich gemacht werden, statt daß die vorfindlichen städtischen Strukturen selber zu diesen Konsequenzen gezählt werden. Wird also die Stadt als ein physisches Phänomen zur unabhängigen Variablen genommen, [487] dann unterliegt man entweder der Gefahr, Ursache und Erscheinung zu verwechseln, oder – wenn es tatsächlich gelingt, einen räumlichen Faktor als verursachenden zu isolieren – es ist der Verhaltensbereich, der damit erklärt werden kann, so minimal, daß die Erklärungskraft nicht mehr für eine Stadttheorie hinreicht (vgl. Gans 1974). Eine solche Soziologie der Stadt kommt über Banalitäten hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen gebauter Umwelt und sozialem Verhalten nicht hinaus.

Räumliche Faktoren oder doch wenigstens die Großstadt für Konflikte und Krisenerscheinungen verantwortlich zu machen, die angemessen nur aus der Struktur der Gesamtgesellschaft zu erklären sind – solche Verwechslung von Ursache und Wirkung, von zugrundeliegender Struktur und Erscheinungsform ist Geburtsfehler jeder Soziologie der Stadt, seit es Stadt als lokale Identität nicht mehr gibt. Beinahe jeder Konflikt hat seinen „Ort“, beinahe jede staatliche oder private Maßnahme beeinflusst lokal konzentrierte Produktions- und Reproduktionsbedingungen. Gibt es also fast nichts, was nicht seinen Niederschlag auf kommunaler oder regionaler Ebene fände, so ist doch kaum ein Konflikt, der als kommunales oder regionales Problem erscheint, als solcher adäquat zu analysieren. Analysen kommunaler Planungen, Krisen und Konfliktsituationen vergessen allzu leicht, daß sie es mit Problemen zu tun haben, die höchst vermittelte Erscheinungsformen gesellschaftlicher Konflikte und Krisen sind. Kommunale und regionale Planungen [müssen] untersucht werden, und erst die Darstellung der spezifischen Vermittlungen und Verschleierungen, die zentrale Konflikte als lokale erscheinen lassen, kann über die bloße Addition einzelner Aspekte hinausführen.

Die Eingrenzung des Forschungsinteresses auf einen Ausschnitt der gesellschaftlichen Wirklichkeit theoretisch und pragmatisch-empirisch zu begründen, ist zunächst das Problem jeder Bindestrich-Soziologie. Allerdings stellt sich dieses Problem für die Stadtsoziologie nicht einfach schärfer, sondern grundsätzlich anders. Familie, Industriebetrieb, Bildungssystem sind ausgegliederte, in sich ausdifferenzierte gesellschaftliche Institutionen, gekennzeichnet durch besondere Rollen und Normensysteme. Das Begründungsproblem von Stadtsoziologie liegt demgegenüber nicht darin, den eigenen Gegenstand in seinen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen. Für sie gibt es in diesem Sinn kein Vermittlungsproblem, weil es keinen gesellschaftlich, sondern nur einen räumlich ausdifferenzierten Gegenstand gibt.

2. Die Entpolitisierung der Soziologie der Stadt

Verstädterungen und städtische Strukturen zu untersuchen heißt, den gesellschaftlichen Prozeß als Einheit der dauernden Umwälzung ökonomischer, sozialer und räumlicher Strukturen zu untersuchen. Die Stadtsoziologie dagegen hat im Anschluß an die konservative Großstadtkritik diese Parallelität der Dimensionen, in denen gesellschaftlicher Wandel sich vollzieht, zu einem Verhältnis kausaler [488] Abhängigkeiten hierarchisiert, indem sie räumliche Strukturen und ihre Veränderungen als eigenständige Ursachen sozialer Phänomene isolierte. Sie ist damit hinter die Utopisten des frühen 19. Jahrhunderts zurückgefallen. Für Fourier, Cabot und Owen war die Einheit von räumlichem Modell der idealen Stadt und sozialem Entwurf einer besseren Gesellschaft selbstverständlich. Daß sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Stadtplanung als eine rein technische Veranstaltung entwickeln konnte, hat Benevolo auf die Spaltung zwischen bürgerlichen Emanzipationsbestrebungen und der Arbeiterbewegung nach 1848 zurückgeführt. Letztere konzentrierte sich auf die zentrale Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln. Stadtplanung, generell Kommunalpolitik wurde zur Domäne eines konservativ gewordenen Bürgertums (Benevolo 1971), dem weit mehr als die politischen und ökonomischen Grundlagen seiner eigenen Existenz die Größe und Dichte der Großstädte als Quellen allen Übels einleuchten mußten, zumal mit dem Wachstum der großen Städte auch sein Gegner, die darin zusammengepferchten Arbeitermassen, sich immer stärker organisierte.

So fand die Soziologie weder beim Bürgertum noch in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft den Bezugspunkt für eine politische Definition des Gegenstands Stadt. Die faktische Dominanz des Besitzbürgertums in der kommunalen Politik – nach innen gegen die Arbeiterschaft abgesichert durch das Klassenwahlrecht, nach außen, gegenüber den feudalistisch-autoritären Herrschaftsstrukturen des Kaiserreichs abgeschirmt durch die verfassungsrechtliche Sonderstellung der kommunalen Selbstverwaltung – wurde überdeckt durch die Konzeption von Kommunalpolitik als technischer, auf das Gemeinwohl orientierter Verwaltungsaufgabe, eine Auffassung, die noch in heutigen Kommunalverfassungen vielfach institutionalisiert ist. Hinzu kam das weitgehende Desinteresse der Arbeiterbewegung an kommunaler Politik. Beides begünstigte die unpolitische Definition von Stadt und Stadtplanung, wie sie in der Konzentration stadtsoziologischer Forschung auf die kausale Bedeutung räumlicher Faktoren und auf Gemeinde als eigenständiges Gebilde impliziert ist. Unterschlagen wird dabei, daß die räumliche und die soziale Struktur der Stadt integrale Bestandteile des Vergesellschaftungsprozesses sind, daß damit weder räumliche Struktur noch die Gemeinde eigenständige Gegenstände soziologischer Forschung sein können.

3. Die Politisierung der Soziologie der Stadt

Wenn die alte Polarität von Stadt und Land und damit die Stadt als eigenständiger Gegenstand der Gesellschaftswissenschaft im Sinne der

klassischen Stadtsoziologie im Ozean der kapitalistischen Industriegesellschaft versinkt, so treten umgekehrt die Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Entwicklung in städtischen Strukturen deshalb nicht weniger deutlich hervor als früher, eher noch schärfer. [489] Der Zusammenhang zwischen kapitalistischer Entwicklung und Stadtentwicklung wird heute im Zuge der Politisierung der Kommunalpolitik aufs Neue thematisiert.

Die These von der unpolitischen Kommunalpolitik war immer schon Ideologie. In der Praxis hat die staatliche Administration stets versucht, alle Dimensionen des Vergesellschaftungsprozesses zu beeinflussen. Insbesondere für die Kommunen hat es eine Periode des Laissez-Faire nie gegeben. Kommunale Politik umfaßte von Anfang an Förderung der Produktivkraftentwicklung und sozialpolitische Milderung der Folgeprobleme kapitalistischer Industrialisierung. In jüngster Zeit haben diese Funktionen jedoch an politischer Brisanz gewonnen. Drei Entwicklungstendenzen sind zu nennen:

Mit Herausbildung national und übernational organisierter Kapitale und mit der Verschärfung der Kapitalverwertungsschwierigkeiten müssen die staatlichen Maßnahmen der Produktivkraftentwicklung zunehmend auf nationaler Ebene organisiert werden. Parallel dazu wurden auch die sozialpolitischen Interventionen zur Bewältigung der Folgeprobleme kapitalistischer Entwicklung zentralisiert und intensiviert. Im Zuge dieses Funktionswandels durch Zentralisierung, Ausweitung und Intensivierung staatlicher Interventionen ist auch die räumliche Dimension staatlichen Handelns institutionell ausgeformt worden. Raumordnung und regionale Strukturpolitik wurden in dem Maße instrumentiert, in dem die räumliche Dimension ökonomischer Entwicklung wachstumspolitische Bedeutung gewann. Zusammen mit den Versuchen zu einer strafferen konjunkturpolitischen Steuerung der Einnahmen und Ausgaben aller öffentlichen Hände hat dies Stadtpolitik und Stadtplanung unübersehbar in den Zyklus zentralstaatlichen Krisenmanagements hineingerissen. Damit verlieren kommunale Politik und Planung zwar ihre Autonomie, werden zugleich aber durch ihre Instrumentalisierung für die zentrale Wachstums- und Konjunkturpolitik ‚von oben‘ politisiert.

Die zweite Entwicklungstendenz liegt in der ausgreifenden Vergesellschaftung von Funktionen der Reproduktion, d. h. in ihrer zunehmend marktförmigen und staatlichen Organisation. Vor allem die Ausweitung der Infrastruktur unter staatlicher Regie bedeutet eine Politisierung von Bereichen der Reproduktion. Nicht in dem Sinn, daß ihre demokratisch-politische Lenkbarkeit zugenommen hätte; erweiterte Staatseingriffe sind nicht notwendig gleichzusetzen mit einer Ausweitung von Steuerungsmöglichkeiten. Aber die Entwicklung der Stadt als einer Einheit der Reproduktion (Castells) vollzieht sich zunehmend vermittelt über staatliches Handeln, sichtbar in der Ausweitung und Detaillierung der entsprechenden Gesetzgebung und in den Bemühungen um „comprehensive planning“.

Damit verbunden ist eine dritte, die Politisierung der Kommunalpolitik bezeichnende Tendenz: die sogenannte Krise der Städte. Sie hat zwei Aspekte: Das unmittelbare Aufbrechen politischer Konflikte in den verstädterten Gebieten und die Krise des staatlichen Steuerungssystems.

In der Perspektive des politisch-administrativen Systems wird die Krise der Städte greifbar als fortschreitender Verfall kommunaler Steuerungskapazität. Neben politischen und rechtlichen [490] Restriktionen (Bodenrecht, interkommunale Konkurrenz) wird hier in erster Linie auf die Finanzkrise der Städte verwiesen. Im Konzept des *circulus vitiosus* der Stadtentwicklung ist diese Problemeperzeption am deutlichsten formuliert: Stadtentwicklung wird vorgestellt als kumulativer, sich selbst verstärkender Kreislauf von Verschlechterung der Lebenssituation in den Städten – Abwanderung – Verschlechterung der Finanzsituation – Zunahme des Pendlerverkehrs – wachsende Verkehrsbelastung – weitere Abwanderung, d. h. als ein Teufelskreis, der die Probleme vor allem der Kernstädte in den Agglomerationsgebieten verschärft und ihnen zugleich die Mittel entzieht (Abwanderung der guten Steuerzahler), sich dagegen zu wehren.

Zusätzlich belastet wird die staatliche Steuerungskapazität durch wachsenden politischen Widerstand von Bürgerinitiativen und anderen Selbstorganisationen von Betroffenen, den neuerdings auftretenden „grünen“ Parteien usw. Die sogenannten Folgeprobleme naturwüchsiger Stadtentwicklungsprozesse und staatlicher Planungseingriffe bedrohen zunehmend auch die Oasen bürgerlichen Wohnens in den Städten. Bürgerlicher Widerstand artikuliert sich als Protest gegen die Unwirtlichkeit unserer Städte, gegen den Verlust von Urbanität und ästhetischer Qualitäten der gebauten Umwelt. Planungsbeteiligung wurde die zentrale Forderung. Die fortschreitende „Krise der Städte“ hat diese stark von bürgerlicher Betroffenheit geprägte Thematik erweitert. Gesellschaftliche Widersprüche und politische Konflikte in den verstädterten Gebieten brechen immer unvermittelter und offensichtlicher auf. Es gibt kein Wachstum mehr, aus dessen überreichen Füllhorn auch die Mittel fließen, seine Folgeprobleme vergessen zu machen. Sanierungsmaßnahmen können nicht mehr zuende finanziert werden. So werden aus freigemachten citynahen Investitionsflächen Parkplätze und Müllabladeflächen – Zahnlücken im Gesicht der Stadt. Ganze Stadtviertel können bis zum bitteren Ende der „blighted areas“ verfallen, ohne daß ein Investitionsdruck rentablere Nutzungen nachschiebt. Die innerstädtische Polarisierung zwischen Zonen des Verfalls und Zonen hektischen Stadtumbaus wird sich auf regionaler Ebene in der Polarität zwischen reichen suburbanen Stadtvierteln und der Kernstadt als dem Sammelbecken der alten Armen, der diskriminierten Minoritäten, der dauerhaft Arbeitslosen wiederholen.

In dem Maße, in dem die verstädterten Gebiete in der BRD sich amerikanischen Zuständen anzunähern scheinen, werden auch hier Widersprüche kapitalistischer Entwicklung offensichtlich. Die naturwüchsige Entwicklung der Städte muß nicht nur als Film angesehen werden, der Folgeprobleme des Wachstums sichtbar macht, sondern auch als Medium, durch das sich Klassenverhältnisse durchsetzen und verschärfen: Durchsetzen, denn die naturwüchsige Entwicklung der Städte führt gegenwärtig auch in der BRD zu stärkerer Segregation der sozialen Schichten bis hin zur Bildung von Randgruppenghettos; verschärfen, denn durch Prozesse der Stadtentwicklung wird das Reproduktionsniveau großer Teile der

Bevölkerung gesenkt (Verlängerung und Verteuerung der Distanz Wohnen – Arbeitsplatz, Mietpreissteigerung, Umweltbelastung...). Je deutlicher aber die Probleme in den großen Städten die Probleme der Unterschicht werden, desto mehr müssen auch die Auseinandersetzungen in den Städten an politischem Gehalt gewinnen. [491]

4. Die Banalität der Stadtplanungssoziologie

Die hier dargestellten Tendenzen drängen der Soziologie den politischen Gehalt städtischer Probleme auf. Die Zentralisierung ehemals rein lokal bearbeiteter Themenbereiche einerseits, die sichtbare Konfliktträchtigkeit von Stadtplanung und Kommunalpolitik andererseits zwingen auch die sozialwissenschaftliche Stadtforschung zu einer politischen Definition ihres Bezugs zur Planungspraxis. Zugleich wächst die Nachfrage staatlicher Stellen nach sozialwissenschaftlichen Informationen. Damit werden sozialwissenschaftliche Analysen und Informationen in die institutionalisierte Politik eingebaut (Sozialplan, Vorbereitende Untersuchungen nach Städtebauförderungsgesetz). Diese institutionelle Politisierung der Stadtplanungssoziologie ist durchaus janusköpfig:

Für die kommunale Administration können sozialwissenschaftliche Qualifikationen, Daten und Erklärungen in dreierlei Verwendungszusammenhängen Bedeutung gewinnen: Bei der Bewältigung von Folgeproblemen naturwüchsiger und gesteuerter städtischer Entwicklungsprozesse, zum besseren Marketing von Infrastrukturmaßnahmen und schließlich im Rahmen partizipatorischer und PR-Strategien. Es ist anzunehmen, daß mit fortschreitender Krise der Städte auch diese Nachfrage wächst. Eine so beschaffene Aktualität ist Chance und Gefahr zugleich. Die Chancen sind leicht benannt: sie liegen vor allem im Aufbau sozialwissenschaftlicher Arbeitskapazität und in der Akkumulation von Informationen, deren Verwendungsmöglichkeiten zumindest nicht vollständig determiniert sind. So hat gerade die – sicherlich interessierte – Fehlinterpretation des Mai 68 als einer partiell durch Dysfunktionalitäten der Großstadt bedingten Krisenerscheinung in Frankreich zu einem Boom öffentlich geförderter Stadtforschung geführt. Paradoxerweise aber hat eben diese durchaus an die ideologischen Topoi konservativer Großstadtkritik anknüpfende Forschungsförderung die Entwicklung der gegenwärtig wohl am weitesten vorangetriebenen marxistischen Ansätze in der Stadtforschung zur Folge gehabt.

Gerade an der Konjunktur von Stadtsoziologie bestätigt sich aber auch die Gefahr, in die Soziologie als eine Wissenschaft der Krise und eine Hilfswissenschaft der staatlichen Administration notwendig gerät. In Krisensituationen von der Administration gerufen, dient sie nicht nur als letzte Bastion gegen die Politisierung, indem sie als eine Wissenschaft an die Stelle von Selbstorganisation der Betroffenen, von Beteiligung und Demokratisierung führt. Sie dient auch der Durchsetzung der je spezifischen Problempertzeption der Verwaltung. Je mehr sich Stadtplanungssoziologie um Praxisrelevanz bemüht, desto mehr läuft sie auch Gefahr, ideologische Funktionen im Sinne der Widerspiegelung der administrativen Problempertzeption als einer wissenschaftlichen zu erfüllen. Z. B.

ist das Nachbarschaftskonzept nicht nur aus der Ghettobildung in den US-amerikanischen Städten gewonnen, seine Lebensfähigkeit verdankt es wohl auch der Nähe zur planerischen Aufgabestellung. Zum einen erhebt es die räumliche Dimension, noch heute die wesentliche Dimension stadtplanerischer Interventionen, zu einer die Gesellschaft strukturierenden. [492] Zum zweiten konnten mit dem Begriff Nachbarschaft als einer auf der Tatsache des Nahe-Beieinander-Wohnens basierenden Gesellschaftsform der bis in die 60iger Jahre vorherrschenden Aufgabenstellung der Stadtplanung, nämlich dem Neubau großer Wohnsiedlungen am Stadtrand, gesellschaftstheoretische Korsettstangen eingezogen werden.

Die Dominanz der durch den Handlungsspielraum und den Gegenstand kommunaler Planung vorgegebenen Problemdefinition vor allem in der anwendungsorientierten sozialwissenschaftlichen Stadtforschung zeigt sich heute in der Wiederbelebung der Chicagoer Schule ebenso wie in Mobilitätsforschung, Umweltpsychologie und den zahllosen Studien zum Zusammenhang zwischen gebauter Umwelt und sozialem Verhalten. Der Ertrag solcher Untersuchungen wird auch von ihren Auftraggebern häufig als banal eingeschätzt. Daß Wissenschaft der Planungspraxis nichts zu bieten habe, daß sie entweder unpraktisches Zeug oder bestenfalls das, was man selbst schon immer gewußt habe, produziere, ist unter Praktikern teils gern, teils resigniert geäußerte Erfahrung.

Wissenschaftler und ihre Auftraggeber suchen Ausweg in noch engerer Anlehnung an den geäußerten Informationsbedarf der Verwaltung. Relevant für die Planungspraxis sind in den Augen der Praktiker nur solche Informationen, die innerhalb des Handlungsspielraums der planenden Verwaltung auch anwendbar sind. Eine anwendungsorientierte Stadtplanungssoziologie muß in ihre Problemdefinition daher die Restriktionen der Praxis aufnehmen (vgl. Offe 1977). Beispielsweise sind Ergebnisse, wonach etwa die Wohnzufriedenheit von Unterschichtangehörigen durch Mietpreissenkungen gesteigert werden könnte, in diesem Sinne nicht praxisbezogen. Da Stadtplanung die Entwicklung der Städte nur in ihrer räumlich-physischen Dimension beeinflussen kann, sind sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse vor allem dann praxisrelevant, wenn sie sich auf diesen engen Aspekt der städtischen Entwicklung beziehen. Hierin ist einer der Gründe für die Wiederbelebung der Sozialökologie in den letzten Jahren zu sehen (vgl. Atteslander/Hamm 1974, Friedrichs 1977). Sie verdankt sich nicht zuletzt der Tatsache, daß es sich um einen Forschungsansatz handelt, der annähernd die gleichen Aspekte städtischer Entwicklung wahrnimmt, wie sie das Instrument der Bauleitplanung greifen kann und sie in gleicher Weise, nämlich gebietsbezogen, organisiert. Beide Male geht es um die baulichen, die sozialen und die Nutzungsmerkmale von Gebietseinheiten. Es ist eine ironische Pointe, daß die Stadtplanungssoziologie damit zu einer Zeit auf gebietsbezogene Problemdefinitionen zurückgreift, zu der einerseits in einzelnen Sparten der kommunalen Entwicklungsplanung bereits auf soziale Gruppen ausgerichtete Konzepte formuliert werden (Altenpläne, Jugendpläne), zu der andererseits eine incrementalistische Aufsplitterung des umfassenden Planungsentwurfs auch den großangelegten Gebiets-Survey zunehmend uninteressant machen könnte.

Der Rückgriff auf die Konzepte der Sozialökologie ist ein Beispiel für die Verinnerlichung der administrativen Problemeperzeption in der anwendungsorientierten sozialwissenschaftlichen Stadtforschung, die neuerdings aktuelle [493] Wirkungsforschung ein anderes. Wirkungsforschung soll effektivere Nutzung staatlicher Steuerungsressourcen ermöglichen, indem sie staatliche Maßnahmeprogramme ex post oder begleitend hinsichtlich der Wirkungszusammenhänge, in die sie eingreifen, und ihrer realen Handlungsspielräume analysiert (vgl. Hellstern/Wollmann 1977). Daß damit relevantes und vor allem detailliertes und konkretes Wissen zur Beschreibung und Erklärung der Wirkungsweise staatlicher Steuerungsversuche erarbeitet werden kann, ist unmittelbar einsichtig. Daß damit der wirkungsanalytischen Sozialwissenschaft aber auch Scheuklappen aufgezogen sind, die all jene Themenbereiche aus dem Blickfeld ausblenden, die nicht bereits von der politischen Administration als krisenhaft wie auch als prinzipiell politisch-administrativ regelbar wahrgenommen worden sind, gerät über der Euphorie, empirisch gehaltvolle Forschungsansätze (zusammen mit möglicherweise ergiebigen Forschungstöpfen) entdeckt zu haben, leicht in Vergessenheit. Mit der Verlagerung auf ex post oder begleitende Analysen staatlichen Agierens gibt die Sozialwissenschaft die Thematisierungskompetenz aus der Hand. Wenn staatliche Politiken vorrangig Mittelschichtpolitiken sind, werden die Interessen der Unterschicht auch nicht in den Analysen der Wirkung dieser Politiken thematisiert, allenfalls unter der Rubrik „negative Nebenfolge“ und im Nachhinein. Das heißt aber, daß Wirkungsanalysen sich kaum zur Vorbereitung neuer Politiken eignen, die die Lage derer, die sich am wenigsten helfen können, verbessern sollen. Wirkungsanalysen werden die Effektivität bei der staatlichen Bearbeitung bereits erkannter Probleme steigern. Die Belange bislang unberücksichtigter Interessen kann die Wirkungsanalyse nur insoweit thematisieren, als sie im Brunnen nach den hineingefallenen Kindern forscht.

Zwischen soziologischer Problemdefinition und der der Planungsadministration besteht eine grundsätzliche Diskrepanz. Die Soziologie definiert ihre Gegenstände nach sozialen Merkmalen, die Stadtplanung nach physisch-räumlichen. Für die Stadtplanung werden soziale Gruppen zunächst nur insoweit zum Problem, als sie innerhalb eines Gebiets wohnen, das Gegenstand eines Planungseingriffs ist. Für sie gibt es in erster Linie nur „Situationsgruppen“. Sofern die Soziologie bei dieser Problemdefinition stehen bleibt, also die Lebenssituation der (von Sanierung) Betroffenen und nicht die der Lohnabhängigen in verstädterten Gebieten zum Gegenstand macht, übernimmt sie die in Handlungsspielraum, Instrumentarium und Organisation der planenden Verwaltung institutionalisierte Ideologie: Die Stadt ist bevölkert von Situations- und Randgruppen, nicht von Angehörigen verschiedener Schichten/Klassen.

Die Übernahme der Problemdefinition der Verwaltung sichert mit der Praxisnähe einer anwendungsorientierten Stadtplanungssoziologie zugleich ihre Banalität. Daß diese Banalitäten trotzdem immer wieder produziert werden, ist vor allem auf die Zwänge zurückzuführen, denen eine strikt auf Praxisrelevanz bedachte Stadtplanungssoziologie unterliegt. Aber wenn ihre Ergebnisse auch dem Praktiker meist nur wiederholen,

was er selbst schon weiß, ist sie deshalb noch nicht nutzlos; vielmehr liegt gerade darin eine ihrer wesentlichen Funktionen: sie bestätigt der ‚Praxis‘, daß die Wissenschaft es genauso sieht. [494]

5. Aufgaben einer kritischen Soziologie der Stadt

Die Attraktivität der Stadtsoziologie für die staatliche Administration liegt darin begründet, daß in einer Situation der Hilflosigkeit und der Angst angesichts sich zuspitzender Krisen eine Wissenschaft, die vorgibt, spezifisch städtische Probleme manipulieren zu können, natürlich eine gewisse Hoffnung gibt. Diese Hoffnung kann sie nur geben, wenn und solange sie ihren Gegenstand verfehlt. Wenn die Soziologie der Stadt nicht nur die von der Administration perzipierten Probleme aufgreifen will, muß sie demnach Distanz halten zur Praxis der Administration. Wir wollen im folgenden die Aufgaben einer solchen kritischen Stadtsoziologie umreißen.

Zunächst wäre Wissenschaftskritik zu nennen. Die Soziologie muß sich kritisch mit den in der BRD dominierenden Problemdefinitionen auseinandersetzen. Das legitimatorische Geschäft solcher Wissenschaft, administrative Problemstellungen auch als die wissenschaftlich abgesicherten und wichtigen auszugeben, müßte zu allererst erschwert werden. Das heißt nicht, Anwendungsorientierung und die Bemühung um Bezug auf die Praxis der politischen Administration seien bloß noch zu „entlarven“. Unsere bisher vorgetragenen Argumente sollen keine Antinomie zwischen einer guten und einer bösen Forschung aufbauen. Unsere These, wonach die feststellbare Konzentration von Forschungskapazität auf anwendungsorientierte Auftragsforschung zur Dethematisierung gerade politisch relevanter Gegenstandsbereiche beiträgt, erlaubt nicht den Umkehrschluß, die sogenannte freie, akademische Forschung sei ausreichende Basis für eine Thematisierung gesellschaftlich relevanter, politischer Probleme, wie sie in städtischen Strukturen auftreten. Einmal gibt es außerhalb anwendungsbezogener Forschung kaum ‚freie‘ Forschungsmöglichkeiten. Was außerhalb der Auftragsforschung gemacht wird, ist dementsprechend uninformiert und kurzatmig. Zum anderen liefe eine solche Gegenüberstellung auf die Intellektuellenideologie einer Frei-Schwebenden-Intelligenz als Träger der Wahrheit hinaus. Daß in der BRD im Vergleich zu Frankreich und Italien administrative Problemstellungen stärker dominieren, ist nicht allein der Forschungspolitik, noch weniger den Intentionen der Soziologen, zuzurechnen, sondern auch der Tatsache, daß hier die politischen Auseinandersetzungen in den Städten nicht den gleichen Stand erreicht haben. Auch eine politisch engagierte Soziologie unterliegt Grenzen der Praxis, nämlich denen der Entwicklungsstufe der politischen Bewegung. (Dies wird am italienischen Beispiel im Beitrag von Bodenschatz/Harlander in diesem Heft gezeigt). Daß in Deutschland so viel Ableitungs-Marxismus und vergleichsweise wenig konkrete Analyse betrieben wurde, ist auch Reflex der Tatsache, daß hier zwischen Marx'scher Theorie und den politischen Bewegungen in den Städten nur wenig Verbindungen bestehen.

Ideologiekritik also ist als erste Aufgabe zu nennen – und zwar

gegenüber der anwendungsorientierten wie der universitären soziologischen Stadtforschung. Sieht man einmal von den sozial-ökologischen Forschungen ab, in denen Gesetzmäßigkeiten der räumlichen Bewegung thematisiert werden, so gibt es in der BRD [495] bisher nur einen bedeutenden Versuch zur Formulierung einer stadtsoziologischen Theorie, nämlich den auf Verhaltensstilen aufbauenden von Bahrtdt (1969). Die inneren Widersprüche und Unmöglichkeiten eines solchen Ansatzes haben wir schon dargelegt, hier sei nur noch auf eine Wirkung dieser ‚Theorie‘ hingewiesen, die sicher nicht in der Absicht des Erfinders lag: Bahrtdt setzte sich in seinem Entwurf zur ‚modernen Großstadt‘ von der konservativen Großstadtkritik ab, die seit Beginn der Industrialisierung den sich bildenden Agglomerationen die heile vorindustrielle Welt ländlich-sittlichen Daseins entgegenhielt. So richtig die Widerlegung vieler Argumente der konservativen Stadtkritik im einzelnen ist, so grundsätzlich falsch ist die Ebene, auf der Bahrtdt seine Antitheorie entwickelte: er wies diese Großstadtkritik nicht so sehr deshalb zurück, weil sie Erscheinungen der Industrialisierung als Erscheinungen „der Stadt“ interpretierte, sondern versuchte auch, die „negative“ Stadtheorie durch eine „positive“ zu ersetzen. Dadurch kam er auf ein fatales Gleis: hatte die konservative Stadtkritik mit ihrer Verdammung des Lebens in den Städten immerhin unbestreitbar katastrophale Lebensbedingungen im Visier, denen zumindest das Industrieproletariat unterworfen war, so verlegte sich Bahrtdt mit seiner stadtsoziologischen Theoriebildung ganz auf Verhaltenstugenden des Bourgeois. Die weltoffene Individualität, die er zu einer typischen Verhaltensweise stilisiert, kann nur auf einem bestimmten Existenz- und Bildungsniveau erwachsen, das der Masse der abhängigen Lohnarbeiter in der Regel verwehrt ist. Bahrtdt wehrt sich also gegen den Kulturpessimismus, indem er die proletarische Lebenssituation negiert und die der Bourgeoisie zur Kultur erhebt.

Diejenigen Versuche, die nach wie vor eine Theorie der Stadt auf vorherrschenden Verhaltensstilen aufbauen, sind ihrem kritisierten Gegenentwurf, der konservativ-reaktionären Stadtkritik insofern verbunden, als sie dieselbe Ebene der Analyse und Theorieformulierung wie diese wählen: die äußerlichen Formen des städtischen Lebens. Der kulturpessimistischen Untergangsstimmung wird lediglich der Optimismus bürgerlich-städtischer Kultur entgegengehalten; eine radikale Kritik derart, daß die konservativen Stadtanalytiker ihren Gegenstand verfehlen, weil sie Stadt mit kapitalistischer Industriegesellschaft verwechseln, hätte dieser Art von Theoriebildung selbst die Basis entzogen. Aus der Antikritik zur konservativen Stadtverteufelung wurde so stellenweise schlicht Stadtapologie. Diese äußert sich sowohl in der durchgängigen Glorifizierung großstädtischer Anonymität wie in der Vernachlässigung proletarischer Lebensverhältnisse bei der Bildung einer soziologischen „Theorie“. Damit bleibt dieser Theorieansatz sowohl hinsichtlich seines materiellen Substrats (bürgerlicher Verhaltensstil) als auch hinsichtlich seiner Erkenntnis- und Interessenorientierung bürgerlichen Erfahrungen verhaftet. Welche fatalen Folgen die praktische Wendung solcher Theorie für die verplanten Bewohner soziologisch-konstruktiv entworfener Wohnquartiere hat, hat J. Kirschenmann (1970) in boshafter Schärfe gezeigt.

In Europa ist die Stadt die Existenzform des Besitzbürgertums in der vorindustriellen Epoche; obwohl sie ständisch gegliedert ist, Klassenunterschiede also institutionalisiert sind, steht sie doch *als ganze* im Gegensatz zu den ländlichen [496] Regionen. Aufgrund ihrer Produktionsweise nehmen alle Städter – wenn auch in unterschiedlichem Maße – an der Ausbeutung des Landes teil. Die sozialen Gegensätze des feudalen Landes und diejenigen der bürgerlichen Stadt sind überlagert vom Gegensatz der Produktionsweisen. Auf dieser Basis ist definierbar, was ‚städtisch‘ ist: es sind die sozialen Beziehungen, die durch eine sich entwickelnde Warenbeziehung geprägt sind, in denen die Leibeigenschaft durch den Schein der Gleichheit im Warenaustausch abgelöst ist. Dies ist exakt jene Spannung von persönlicher Beziehung und geschäftiger (öffentlicher) Gleichgültigkeit, die Bahrnt zur Grundlage seiner Stadttheorie gemacht hat.

Wir haben zu Beginn die These aufgestellt, daß der Stadt-Land-Gegensatz und damit die grundsätzliche Unterschiedlichkeit in den Lebensformen zwischen Stadt und Land ihre Basis zu dem Zeitpunkt verlieren, zu dem einerseits die feudalen Strukturen auf dem Lande aufgelöst und andererseits durch die Industrialisierung und die kapitalistische Durchorganisation aller Arbeitsbereiche die vormals ‚städtischen‘ sozialen Beziehungen ubiquitär werden. Bei der Auflösung feudaler Strukturen und der Verallgemeinerung kapitalistischer Rationalität handelt es sich um epochale Prozesse, die bis heute nicht abgeschlossen sind. Wir finden zwar heute noch große Unterschiedlichkeiten in den Lebensformen und -auffassungen in Stadt und Land vor, es handelt sich aber um kulturelle Besonderheiten und Phänomene eines cultural lag, die einem raschen Wandel unterworfen sind. Sie geben keine Grundlage mehr ab für eine soziologische Stadttheorie.

Die Frage nach den spezifisch städtischen Lebensbedingungen im Gegensatz zu denen auf dem Lande ist in dem Maße relevant, in dem der Land-Stadt-Gegensatz eine reale Erfahrung ist, d. h. solange Verstädterungsprozesse und Land-Stadtwanderungen in größerem Maße stattfinden. Heute, da städtische Strukturen zur „normalen“ Lebenssituation geworden sind, überwiegen Veränderungen innerhalb städtischer Regionen, also Suburbanisierungsprozesse, die Unterschiede zwischen Altbau- und Neubaugebieten, zwischen Innenstadt- und Stadtrandwohnsituationen, zwischen alten Industriestädten und strukturschwachen Regionen und neuen Wachstumszentren. Kurz, die Frage lautet nicht: was heißt städtisches Leben im Vergleich zum Leben auf dem Lande, sondern: was bedeutet Stadtentwicklung für die Entwicklung des Klassenverhältnisses? (vgl. Grauhan 1975, insbesondere die Einleitung) Eine derartige Erweiterung der Perspektive könnte schon einen wesentlichen Erkenntnisfortschritt bei der soziologischen Untersuchung städtischer Phänomene einleiten. Geht man schon von kulturellen Phänomenen der Stadt aus – und dies ist durchaus ein legitimer Gegenstand soziologischer Forschung –, dann stellt die Beschränkung auf einen bestimmten Verhaltensstil eine unzulässige Vereinfachung dar: sie unterstellt, daß es etwas typisch Städtisches über alle Klassen- und Schichtungsgrenzen hinweg gibt. Doch ist offenkundig, daß sich Lebens- und Verhaltensstil städtischer Bourgeoisie und städtischen Proletariats kaum auf einen sinnvoll

gemeinsamen Nenner bringen lassen; daß wir Soziologen bis heute so wenig über die spezifischen Lebensformen der Arbeiterklasse wissen, ist noch lange kein Grund für die Annahme, diese gebe es nicht. Obwohl die neue Produktionsweise, die auf Kapital und Lohnarbeit beruht, keineswegs auf die Stadt als Ort der Realisierung angewiesen ist (in vielen Fällen entstanden die ersten Fabriken auf dem Lande oder vor den Toren der Städte), wird doch die Stadt, und später die Großstadt, zum vorherrschenden Siedlungsmuster der industriellen Epoche. Für die lohnabhängigen Massen bedeutete die industrielle Arbeit und die damit verbundene städtische Lebensform lange Zeit Unterwerfung unter die hemmungsloseste Ausbeutung – in der Arbeit und im Wohnbereich, mit all den hinlänglich bekannten Folgen. Die Stadt ist der Ort der Ausbeutung durch industrielle Lohnarbeit – und sie wird in dem Maße, wie sich ihre funktionale und wirtschaftliche Struktur nach den Bedürfnissen von Industrie- und Handelskapital wandelt, zum Medium der Ausbeutung (Helms 1970).

Es wäre wiederum falsch, Stadt einseitig als Ort der Ausbeutung allein zu beschreiben. Verstädterung ist nicht nur Niederschlag, blinde Konsequenz einer von kapitalistischen Verwertungsinteressen bestimmten Entwicklung, sondern selbst auch Produktivkraft. In der Zusammenballung von Produktionsstätten und Arbeitskraft realisiert sich eine Produktivkraft, die eine rasche Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums ermöglicht. Die Beteiligung daran muß sich das Proletariat erkämpfen – und die Stärke für diesen Kampf, das ist die andere Seite der städtischen Realität, bezieht die Arbeiterbewegung aus der Ansammlung von lohnabhängigen Massen in den Arbeiterquartieren. Die Stadt ist der Ort, an dem aus der Arbeiterklasse „an sich“ eine Klasse „für sich“ werden konnte, wo eine Kommunikation, die nicht durch die kapitalistischen Pressorgane manipuliert wird, möglich ist, und wo sich durch die räumliche Zusammenballung die Dynamik des Klassenkampfes entfaltet. Die räumliche Konzentration, ja Überkonzentration von Produktions- und Wohnstätten, die allein dem ökonomischen Kalkül folgt, nimmt auf die Lebensinteressen der Lohnabhängigen keine Rücksicht – aber sie erzeugt damit auch den Widerstand gegen ihre sozialen Folgen und gegen die kapitalistische Produktionsweise selbst. Dort, wo diese ihre höchste Entwicklung erreichte, bildete sich auch der stärkste Widerstand. Verstädterung ist Konsequenz und Faktor des sozialen Wandels, der Änderung der Produktionsverhältnisse, Familienstrukturen, der Vergesellschaftung von Funktionen der Reproduktion, des Wandels von Normen und Verhaltensmustern, wie sie Simmel, Wirth, Bahrtdt, u. a. beschrieben haben. Verstädterung muß als ein integraler Teil jener progressiven Entwicklung der Revolutionierung der Produktionsweise, der Zerschlagung feudaler Herrschaftsverhältnisse und der Zersetzung festgefügtter Rollensysteme angesehen werden, die Marx als die historische Leistung des Kapitalismus enthusiastisch gefeiert hat.

Beschreibungen davon, welchen Verlauf dieser Prozeß im allgemeinen hatte, welches die ihn bis heute bestimmenden Faktoren sind, liegen zahlreich vor. Es ist daher auch kein Zufall, daß sich die marxistisch orientierte Verstädterungsforschung weitgehend in der Rezeption nationalökonomischer Theorien erschöpft hat – und diese Nationalökonomie hat

mit der fortschreitenden Differenzierung und Spezialisierung der Wissenschaftsdisziplinen eben die ‚Opfer‘ der kapitalistischen Ökonomie längst aus den Augen verloren. [498]

In der soziologischen Diskussion werden zwar die sozialen Folgen der durch die kapitalistische Unternehmensstrategie bestimmten Umwälzung der räumlichen Struktur thematisiert, aber sie werden entweder nur auf dem Niveau von ‚Bevölkerung‘ versus Kapital untersucht, oder nur in ausschnitthaften Extremsituationen, welche wiederum selbst durch das (sozial-)politische Interesse der Administration definiert sind (als ‚Randgruppen‘ wie z. B. in der Sanierungs- und Obdachlosenproblematik). Und selbst Untersuchungen, die diese Oberflächlichkeit zu durchstoßen versuchen, unterliegen der grundsätzlichen Beschränkung durch die zugrundegelegten Daten: die amtliche Statistik (Volkszählung) ist keine Basis, auf der man ernsthaft Aussagen über die Lage der sozialen Klassen in der Stadt machen kann. Eine *Beschreibung* der tatsächlichen Situation und der Entwicklung des Niveaus der Reproduktionsbedingungen der verschiedenen Schichten der Lohnabhängigen ist also eine dringliche Aufgabe einer kritischen Stadtsoziologie.

Im Zusammenhang mit den noch sehr sporadischen Ansätzen zur Erfassung von Lebenssituationen in städtischen Gebieten läßt sich eine eigentümliche Umkehrung der Werte in der kritischen Diskussion unter den Soziologen feststellen. Die Leitbilder, deren Kritik den Anfang der neueren kritischen Auseinandersetzung von Soziologen mit Stadtplanung ausgemacht hat (Nachbarschaft und Einfamilienhaus), werden nun insbesondere bei der Auseinandersetzung um die Sanierung unter dem defensiv gewendeten Stichwort Lebensqualität wieder hervorgeholt.

Sicherlich zeigt sich darin auch ein Fortschritt in der Diskussion: Man beschäftigt sich mit den realen Lebensbedingungen, nicht mehr nur mit ihrer verbalen Verbrämung. Vor allem aber steckt hinter dieser Umwertung der Werte eine reale Entwicklung: heute vorherrschende Aufgabenstellung der Stadtplanung ist nicht mehr der Entwurf der neuen Stadt auf grüner Wiese, sondern direkter Eingriff in bestehende Lebenssituationen (Sanierung). Und diese Eingriffe bedeuten zunehmend eine Verschlechterung der Lebenssituation der Betroffenen, angesichts der die alten Wohnbedingungen als bessere erscheinen können. Das Programm einer Zustandsbeschreibung ist insofern auch anwendungsbezogen, als es der Verteidigung eines erreichten Reproduktionsniveaus gegen die Folgen der Veränderung städtischer Strukturen dient. Angesichts der Mülleimerfunktion der Gemeinden, auf die die Folgeprobleme überhöht determinierter Entwicklungen abgewälzt werden bzw. in deren Kompetenzbereich sie sichtbar werden, gewinnt diese Aufgabe an Bedeutung. Dabei sind zunächst Einzelbefunde wie die zunehmenden Pendelzeiten der Arbeitnehmer oder steigende Mieten in den Agglomerationsräumen in Zusammenhang zu bringen und ihre Wechselwirkung mit der Arbeitszeit- und Lohnentwicklung zu untersuchen; mit solchen relativ leicht zugänglichen Daten ist aber nur ein *Teil* der Lebensorganisation erfaßt. Er muß ergänzt werden durch empirische Studien, die einen unmittelbaren Zugang zu den tatsächlichen Reproduktionsbedingungen eröffnen, in denen die sozialen Dimensionen genau beschrieben und deren räumliche

Bedingungen als Ausprägung und Wirkung im besonderen analysiert werden. [499]

Die „Es-geht-uns-allem-immer-besser“-Behauptung ist die Lebensideologie der kapitalistischen Gesellschaft. Die immer stärker regulierten, verwalteten und geplanten Reproduktionsbedingungen der arbeitenden Klasse wären aber daraufhin erst noch zu untersuchen: ob die beobachtbaren *Veränderungen* auch tatsächlich eine *Verbesserung* dieses Niveaus bedeuten. Daß dabei die Befunde der anderen Bindestrichsoziologien, wie Industrie-, Sozialisations-, Medizin- oder Familiensoziologie integriert werden müssen, braucht nicht besonders betont zu werden.

Die Konzeption einer Stadtsoziologie setzt, wie dargelegt, eine Identität zwischen einem räumlichen und einem sozialen System voraus. Diese Identität gibt es in der Regel für eine stadt-soziologische Theoriebildung nicht. Aber diese Identität kann es für Teilgebiete oder für andere räumliche Einheiten (Gemeinden) geben, deren soziales System in starkem Maße von einem bestimmten nur dort auftretenden sozialen Faktum geprägt wird (z. B. für eine alte Zechensiedlung), wenn also Lebensverhältnisse von lokal spezifischen Faktoren stärker bestimmt werden als von den in der Gesellschaft allgemein vorherrschenden. Solche lokalen Identitäten können in Forschungen erfaßt werden, die in der Tradition der Community Studies stehen. Da in solchen Studien die spezifischen Einflüsse einer Gemeinde auf die sozialen Beziehungen der Bewohner untersucht werden, und gerade nicht auf deren allgemeine Charakteristika abgehoben werden darf (denn dann würden wiederum nur allgemeine gesellschaftliche Probleme pars pro toto in einer Gemeinde zum Gegenstand), muß dieser Forschungszweig auf Fallstudien beschränkt bleiben. Beim Versuch der Verallgemeinerung verlieren sie das spezifisch Lokale bzw. Städtische.

Neben der Ideologiekritik und der Zustandsbeschreibung liegt in der Analyse der Krise der staatlichen Stadtpolitik die dritte größere Aufgabe der soziologischen Befassung mit der Stadt. Staatsanalyse findet auf lokaler Ebene ein Feld, auf dem im Gegensatz zur Analyse sektoraler Politiken, staatliches Handeln und sein Einfluß auf die gesamte Lebenssituation erfaßt werden können. Ein weiteres Motiv, sich mit kommunaler Selbstverwaltung zu befassen, kommt hinzu: das Interesse an kommunaler Selbstverwaltung enthielt in Deutschland immer auch ein antistaatliches, zumindest antizentralistisches, damit auch spezifisch antiautoritäres Moment. Dies findet in der neueren Diskussion insofern eine Analogie, als das Interesse an kommunaler Politik mit Hoffnungen auf Basismobilisierung und kollektive Selbstorganisation verbunden wird. Das Interesse an kommunaler Politik gründet unter anderem auch in der Annahme, hier, auf der Ebene der Kommune, auch die Ebene der konkreten Erfahrung, der unmittelbaren, kumulierenden Betroffenheit von kapitalistischen Entwicklungsprozessen in den Griff zu bekommen. Daß dieser Ansatzpunkt auch den Blick verstellen kann, ist häufig schon diskutiert worden: die kommunale Selbstverwaltung dient heute dem Kleinarbeiten von Problemen; losgelöst von der Analyse zentraler Konflikte und Konfliktlösungsversuche auf nationaler Ebene wird sie zum

Nebenkriegsschauplatz. Gegenwärtig z. B. hat die kommunale Finanzmisere den früher so offensichtlichen Zusammenhang zwischen Wachstumspolitik und Stadtumbau zerrissen. Die Kommunen können den [500] ihnen zugedachten Teil der Wachstumspolitik nicht erfüllen, daher die Aktualität von behutsamer Sanierung und Modernisierung. Hier sind exaktere empirische Analysen des politischen Potentials von Problemen der Reproduktionssphäre vonnöten. Dazu gehört nicht nur, was die Partizipationsdiskussion bisher geleistet hat, eine Analyse der Anlässe und des Verlaufs spontaner Selbstorganisationen auf lokaler Ebene, sondern in erster Linie eine ökonomische Analyse des Reproduktionssektors ebenso wie der Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster, die in ihm zumindest befestigt, teilweise auch produziert werden.

Autor_innen

Hartmut Häußermann (†) war Professor für Stadt- und Regionalsoziologie am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

Walter Siebel forscht zu Stadtentwicklung, Stadtkultur, Integration, Stadt und soziale Ungleichheit.

Kontakt: walter.siebel@uni-oldenburg.de

Literatur

- Atteslander, Peter / Hamm, Bernd (Hg.) (1974): Materialien zur Siedlungssoziologie. Köln.
- Bahrdt, Hans Paul (1969): Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau. Hamburg.
- Benevolo, Leonardo (1971): Die sozialen Ursprünge des modernen Städtebaus. Gütersloh.
- Beshers, James (1962): Urban Social Structure. Glencoe.
- Castells, Manuel (1976): Is there an urban sociology? In: C.G. Pickvance (Hg.): Urban Sociology. London.
- Friedrichs, Jürgen (1977): Stadtanalyse, Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft. Hamburg.
- Gans, Herbert J. (1974): Urbanität und Suburbanität als Lebensform, in: U. Herlyn (Hg.): Stadt- und Sozialstruktur. München.
- Grauhan, Rolf-Richard (Hg.) (1975): Lokale Politikforschung. 2 Bände. Frankfurt a. M.
- Hellstern, Gerd-Michael / Wollmann, Helmut (1977): Wirkungsanalysen – Eine neue Variante wissenschaftlicher Politikberatung. In: transfer 4. Opladen.
- Helms, Hans G. (1970): Die Stadt – Medium der Ausbeutung. In: H.G. Helms / J. Janssen (Hg.): Kapitalistischer Städtebau. Neuwied/Berlin.
- Kirschenmann, Jörg (1970): Stadt-Bau-Soziologie. Anspruch und Brauchbarkeit der theoretischen Ansätze Hans Paul Bahrtdts. In: Hans G.

- Helms / Jörn Janssen (Hg.): Kapitalistischer Städtebau. Neuwied und Berlin.
- Offe, Claus (1977): Die kritische Funktion der Sozialwissenschaften. In: Wissenschaftszentrum Berlin (Hg.): Interaktion von Wissenschaft und Politik. Frankfurt/New York.
- Schäfers, Bernhard (1970): Stadtsoziologie als mißverstandene Stadtplanungssoziologie. In: Archiv für Kommunalwissenschaften 11/1970.
- Wirth, Louis (1974): Urbanität als Lebensform. In: Ulfert Herlyn (Hg.): Stadt- und Sozialstruktur. München.

Debatte

2013, Heft 1, 119-123
zeitschrift-suburban.de

Hartmut Häußermann / Walter Siebel ‚Thesen zur Soziologie der Stadt‘

Kommentare von:
Sybille Bauriedl
Norbert Gestring
Johanna Hoerning
Carsten Keller
Jan Wehrheim

Replik von:
Walter Siebel

Androzentrische Leerstellen der Stadtforschung

Geschlechtliche Arbeitsteilung, heteronormative Geschlechterkonstruktion und deren sozialräumliche Organisation. Kommentar zu Häußermann & Siebels „Thesen zur Soziologie der Stadt“

Sybille Bauriedl

Perspektiven auf politische und soziale Verhältnisse der Stadt

Das Grundanliegen von Häußermann und Siebel ist nach wie vor aktuell. Sie fordern eine Stadtsoziologie, die die Zusammenhänge zwischen politischen, ökonomischen, sozialen und räumlichen Entwicklungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene betrachtet, um die Aufmerksamkeit weg von Randgruppenthemen lokaler städtischer Konflikte hin zu den stadträumlichen Konsequenzen kapitalistisch organisierter Industrialisierung zu lenken (487). Und sie kritisieren die leitenden Stadttheorien bis Ende der 1970er Jahre, die eine angemessene Auseinandersetzung mit der Bedeutung von Klassenverhältnissen für die Stadtentwicklung ausblenden. Andere soziale Verhältnisse städtischer Bevölkerung geraten überraschenderweise nicht in den Blick der beiden Autoren. Obwohl sie sich mit der Stadt als Ort der Produktion und Reproduktion beschäftigen, fällt ihnen nicht auf, dass geschlechtliche Arbeitsteilung räumlich manifestiert ist und die Nutzung städtischer Räume ganz offensichtlich entlang von Geschlechtergrenzen normiert ist – in den 1970er Jahren noch sehr viel deutlicher als heute. Mein Kommentar konzentriert sich daher auf eine feministische Perspektive der Stadtforschungsdebatte. Diese verfolgt die These, dass Geschlecht und geschlechtliche und sexuelle Identität in Städten räumlich organisiert und in diese eingeschrieben sind. Stadtstruktur bietet und begrenzt Möglichkeiten der vergeschlechtlichten Aneignung von Stadtraum, der Gestaltung von Geschlechterverhältnissen und der Repräsentation geschlechtlicher und sexueller Identität. Eine Stadtsoziologie im Sinne einer Gesellschaftsanalyse hat daher ohne die Thematisierung von Geschlechterverhältnissen nur begrenzten Erkenntniswert, bzw. ist – in der Wortwahl von Häußermann/Siebel – „banal“. Die Perspektive auf Differenzstrukturen entlang von Rasse und Sexualität werde ich in diesem Kommentar nicht vertiefen, da diese Kategorien zum Zeitpunkt des verfassten Beitrags die deutschsprachige soziologische Debatte im Vergleich zur Kategorie Geschlecht noch kaum berührt haben.

Koproduktion von Stadt- und Geschlechterstrukturen

Häußermann und Siebel kritisieren, dass die Stadtsoziologie „räumliche Strukturen und ihre Veränderungen als eigenständige Ursachen sozialer Phänomene isoliert“ (488) betrachtet und damit zu einer Entpolitisierung der Soziologie der Stadt beiträgt. Gegen diese einfache Kausalität argumentieren auch feministische Stadtforscher_innen seit Ende der 1970er Jahren. Für sie sind räumliche Strukturen immer auch das Ergebnis hierarchischer Gesellschaftsstrukturen und sie verstehen Stadtplanung und Stadtforschung immer als politisch, da Wahrnehmung, Benennung und Bearbeitung sozialräumlicher Fragestellungen immer ideologisch durchsetzt sind. Während die feministische Stadtforschung sich auf Geschlecht als zentrale Differenzkategorie bzw. die Verschränkung von Klasse und Geschlecht konzentriert, liegt der wissenschafts- und herrschaftskritische Fokus der Thesen von Häußermann und Siebel auf der Differenzkategorie Klasse. Häußermann/Siebel fragen: „Was bedeutet Stadtentwicklung für die Entwicklung des Klassenverhältnisses?“ (496), und sie mahnen das geringe Wissen über proletarische Lebenswirklichkeiten und die Konzentration des Erkenntnisinteresses auf bürgerliche Erfahrungen städtischen Lebens an. Eine herrschaftskritische Stadtsoziologie solle die Verräumlichung sozialer Konflikte und soziale Exklusionen in der Stadtforschung entlarven (495). Sie fordern hierfür sozial differenzierte Analysen: „Eine Beschreibung der tatsächlichen Situation und der Entwicklung des Niveaus der Reproduktionsbedingungen der verschiedenen Schichten der Lohnabhängigen ist eine dringliche Aufgabe einer kritischen Stadtsoziologie.“ (498)

Die Betonung des Stellenwerts von reproduktiver Arbeit, die primär und unbezahlt durch Frauen geleistet wird, ist ein zentraler Fokus feministischer Kritik. Durch die Nichtentlohnung von Reproduktionsarbeit wird diese Tätigkeit unsichtbar gemacht und erscheint als nicht relevant für die Stadtsoziologie. Welchen Reproduktionsbegriff verwenden Häußermann und Siebel in ihrem Text? Sie definieren „Verstädterung [als] Konsequenz und Faktor des sozialen Wandels, der Änderung der Produktionsverhältnisse, Familienstrukturen, der Vergesellschaftung von Funktionen der Reproduktion“ (497). Auch wenn die Autoren den Reproduktionsbegriff an keiner Stelle explizieren, ist im Kontext der marxistischen Gesellschaftstheorie, auf die sie sich beziehen, davon auszugehen, dass es ihnen um die Reproduktion von Arbeitskraft (auf individueller und gesellschaftlicher Ebene) geht. Sie fragen jedoch nicht, in welcher Weise Reproduktionsarbeit innerhalb der Klassengrenzen verteilt ist. Als reproduktive Tätigkeiten gelten Kinderbetreuung, -versorgung und -erziehung sowie Haus- und Familienarbeit – Arbeiten, die traditionell Frauen zugeschrieben wurden und werden. Geschlechtliche Arbeitsteilung und deren stadtstrukturelle Festschreibung durch eine räumliche Distanz zwischen Produktion (Erwerbsarbeit, öffentliche Sphäre) und Reproduktion (Hausarbeit, private Sphäre) muss daher zentraler Analysegegenstand der Stadtsoziologie sein (Fleischmann/Wucherpfennig 2008, Becker 1991).

Die Autoren geben nur wenige Beispiele für die stadträumliche

Produktion sozialer Verhältnisse. Sie sprechen das „Leben in Stadtrand-siedlungen“ und „Wohnbedürfnisse“ an (484) sowie „Pendlerzeiten der Arbeitnehmer“ als stadtstrukturierendes Kriterium (498). Dass sie die Bedeutung normierter Geschlechterverhältnisse und Familienstrukturen dabei nicht in den Blick nehmen, verwundert die heutige Leserin sehr. Waren doch gerade westdeutsche Großstädte seit Mitte der 1970er Jahre geprägt von einer gesellschaftlichen Debatte um Lebensverhältnisse in Großwohnsiedlungen (Mitscherlich 1965) und den innerstädtischen Arbeitersiedlungen als neue Biotope für alternative Wohn- und Lebensentwürfe (Häuserkampf Frankfurt 1974) sowie einer Kritik an den wuchernden Stadträndern für den Traum der Kleinfamilienidylle. Der Stadtplanung dieser Jahre hingegen geht es weiterhin um die räumliche Optimierung einer Funktionstrennung von Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit, und die androzentrische Stadtforschung nimmt allein die Alltagswelt von Männern der Industriegesellschaft in den Blick, genauso wie die Planung sich überwiegend an den Vorstellungen und Bedürfnissen voll- und hauptberuflicher, automobiler Männer mittleren Alters orientiert (Gretschel/Fleischmann 2008). Frauen, Kinder, alte Menschen – und arbeitslose Männer – sind weder Ausgangspunkt der Stadtplanung, noch der Stadtsoziologie. Frauen werden in diesem Bild primär als Mütter und Familienversorgerinnen wahrgenommen und nicht als Berufstätige, die ggf. Versorgungsaufgaben als Zusatzarbeit übernehmen mit entsprechenden Nutzungsansprüchen an die Stadt und ihr Wohnumfeld.

Die funktionsräumliche Trennung als Leitbild des (west)deutschen Städtebaus und dessen Realisierung haben großen Anteil an der Schaffung geschlechtlich codierter Räume, die auch heute nur selten thematisiert werden (Gretschel/Fleischmann 2008). Gerade der suburbane Raum und Großwohnsiedlungen sind Orte weiblicher Reproduktionsarbeit in Kleinfamilienstrukturen. Stünde so genannte Hausarbeit und familiäre Betreuungsarbeit stärker im Fokus der Stadtplanung, wären Funktionsmischung, Wohnungsnähe oder Wegeminimierung bei der Gestaltung von Stadt die wichtigsten Kriterien.

Diese sozialräumliche Organisation ist nicht das Ergebnis von Geschlechterdifferenz, sondern ihre räumliche Manifestierung. Elizabeth Wilson zeigt in ihrer historischen Stadtforschung von 1991, dass die Metropolen des 19. und 20. Jahrhunderts weltweit für Frauen Orte des Experimentierens mit Geschlechterrollen und insofern Emanzipationsräume waren. Wilson vertritt die provozierende These, dass die Geschichte der Stadtplanung auch als organisierte Anstrengung zu lesen ist, Frauen – zusammen mit anderen störenden Elementen – aus dem städtischen Raum auszuschließen (Wilson 1991).

Es ist zu kritisieren, dass die Autoren die Debatten der feministischen Stadtforschung seit Ende der 1970er Jahre nicht aufnehmen und sich ausschließlich auf männliche Vertreter der Mainstream-Stadtsoziologie beziehen. Dabei hatten sich auch schon frühe Studien der feministischen Stadtforschung mit den Folgen der Funktionstrennung städtischer Räume für die Alltagsbewältigung von Frauen beschäftigt (Dörhöfer/Terlinden 1985) und die Ausrichtung verkehrsplanerischen Handelns auf erwerbsarbeitsorientierten Alltag kritisiert (Buschkühl 1984). Vor dem Hintergrund

der Rolle und Bedeutung der räumlichen Umwelt für die Gestaltung der Geschlechterbeziehungen im Wohnumfeld, im öffentlichen Raum und in der Stadtstruktur fordern feministische Stadtplanerinnen seit Ende der 1970er Jahre die Berücksichtigung frauenspezifischer Belange in der Planung und die Beteiligung von Frauen an der Stadtentwicklung (Bauhardt/Becker 1997, Dörhöfer 1990). Seit 1981 ist in Berlin auch das Netzwerk „Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen“ (FOPA e. V.) aktiv, das feministische Positionen zur Stadtpolitik entwickelt und 1983 die erste Nummer der Zeitschrift *FreiRäume* mit Thesen zu feministischen Utopien und frauenspezifischen Problemen im Wohnumfeld herausgegeben hat.

Geschlechterkritische Soziologie der Stadt?

Geschlechterverhältnisse sind auch 35 Jahre nach den Thesen von Häußermann und Siebel noch nicht zum Querschnittsthema der Stadtforschung und -planung geworden. In ihrem Sammelband „Stadtsoziologie“ von 2004 haben Häußermann und Siebel diese Perspektive mit dem Beitrag von Susanne Frank zur feministischen Stadtkritik immerhin als stadtsoziologischen Teilaspekt aufgenommen. Eine feministische Intervention bleibt weiter nötig, um die Lebensrealitäten von Frauen und anderen Menschen außerhalb männlicher Normbiographien angemessen in die Aufmerksamkeit der Stadtforschung zu rücken. Dies umso mehr, als die Stadtforschung zunehmend auf Optimierungskurs getrimmt wird und Beiträge für eine wettbewerbsorientierte, homogenisierende, managementorientierte Stadtpolitik liefern soll. Häußermann und Siebel mahnen in dieser Hinsicht die Rolle von Stadtsoziolog_innen als herrschaftskritische, unabhängige Begleiter_innen der Stadtplanung (leider) immer noch zu recht an.

Autor_innen

Sybille Bauriedl, Geographin, arbeitet zu sozialwissenschaftlicher Klimaforschung und geographischer Geschlechterforschung, zu Diskursforschung und Stadtforschung.

Kontakt: bauriedl@uni-kassel.de

Literatur

Bauhardt, Christine / Becker, Ruth (Hg.) (1997): *Durch die Wand! Feministische Konzepte zur Raumentwicklung*. Freiburg.

Becker, Ruth (1991): *Frauen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit – zwischen Anpassung und Rebellion? Anmerkungen zu aktuellen Veröffentlichungen zum Thema „feministische Architektur und Planung“*. In: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis* 30/31, 235–41.

Buschkühl, Angelika (1984): *Die tägliche Mobilität von Frauen*.

- Geschlechtsspezifische Determinanten der Verkehrsteilnahme. Gießen. Dörhöfer, Kerstin (Hg.) (1990): Stadt-Land-Frau. Soziologische Analysen, feministische Planungsansätze. Freiburg.
- Dörhöfer, Kerstin / Terlinden, Ulla (Hg.) (1985): Verbaute Räume. Auswirkungen von Architektur und Stadtplanung auf das Leben von Frauen. Köln.
- Fleischmann, Katharina / Wucherpfennig, Claudia (2008): Feministische Geographien und geographische Geschlechterforschung im deutschsprachigen Raum. In: ACME: An International E-Journal for Critical Geographies, 7/3, 350–376. www.acme-journal.org/vol7/Wuch.pdf (11.02.2013).
- Frank, Susanne (2003): Stadtplanung im Geschlechterkampf. Stadt und Geschlecht in der Großstadtentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts. Opladen.
- Frank, Susanne (2004): Feministische Stadtkritik – Theoretische Konzepte, empirische Grundlagen, praktische Forderungen. In: Hartmut Häußermann / Walter Siebel (Hg.): Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt a. M. u. a., 196–213.
- Gretschel, Sandra / Fleischmann, Katharina (2008): Stadt Planung Architektur Geschlecht. In: Feministisches Geo-RundMail. Informationen rund um feministische Geographie 39, 15–19. www.ak-geographie-geschlecht.org (11.02.2013).
- Häuserrat Frankfurt (1974): Wohnungskampf in Frankfurt. München.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (1978) Thesen zur Soziologie der Stadt. In: Leviathan, 6: 484-500.
- Mitscherlich, Alexander (1965): Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Frankfurt a. M.
- Wilson, Elizabeth (1991): The Sphinx in the City: Urban Life, the Control of Disorder and Women. Berkeley.

Debatte

2013, Heft 1, 124-128
zeitschrift-suburban.de

Hartmut Häußermann / Walter Siebel ‚Thesen zur Soziologie der Stadt‘

Kommentare von:
Sybille Bauriedl
Norbert Gestring
Johanna Hoerning
Carsten Keller
Jan Wehrheim

Replik von:
Walter Siebel

Thesen zur Soziologie der Stadt – revisited

Kommentar zu Häußermann & Siebels „Thesen zur Soziologie der Stadt“

Norbert Gestring

1.

Der Aufsatz „Thesen zur Soziologie der Stadt“ ist einerseits ein Kind seiner Zeit, andererseits einer der Grundlagentexte für eine kritische Stadtsoziologie.

Die 1970er Jahre waren ein Jahrzehnt der Bildungsexpansion und des Aufbruchs für die Universitäten. Die Kapazitäten bestehender Universitäten wurden erhöht, viele neue wurden gegründet. Die beiden Autoren gehörten zur ersten Generation von Soziologie-Professor_innen an neu gegründeten Universitäten (Häußermann erst in Kassel, dann in Bremen, Siebel in Oldenburg). Die Soziologie war in dieser Zeit so etwas wie eine Leitdisziplin. Sie wurde massiv ausgebaut und differenzierte sich zugleich in eine Vielzahl von Bindestrich-Soziologien aus, was sich in zahlreichen Gründungen von Sektionen – wie der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie – innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie niederschlug. Der Aufsatz von Häußermann und Siebel markiert in dieser Phase des „Boom[s] der Stadtsoziologie“ (485) den Versuch, eine kritische Stadtsoziologie zu begründen, die sich von der Chicagoer Schule, der hier so genannten Stadtplanungssoziologie und von Bahrds (2006) 1961 veröffentlichtem Konzept der modernen Großstadt abgrenzt durch die gesellschaftstheoretische Fundierung, wie sie für die internationale New Urban Sociology (vgl. Häußermann/Kemper 2005) mit ihren neo-marxistischen Anschlüssen kennzeichnend war. In der deutschen Stadtsoziologie war der polit-ökonomische Ansatz, für den die „Thesen zur Stadtsoziologie“ wegweisend waren, die theoretische Referenz. Darauf wird unten zurückzukommen sein.

Der Aufsatz ist aus einem zweiten Grund ganz offensichtlich ein Kind seiner Zeit: Er wurde geschrieben in einer anderen Gesellschaft und er behandelt andere Städte als die heutigen. Er ist geprägt von der fordistischen Gesellschaft (die freilich noch nicht so bezeichnet wurde) und ihrer Krise. Mitte der 1970er Jahre waren noch 44 Prozent der Erwerbstätigen in der Industrie beschäftigt, für eine Vielzahl von Städten war die Industrie die alles dominierende ökonomische Basis. Es gab – zumindest „auf dem Papier“ (Bourdieu 1998: 23) – eine Arbeiterklasse und in den

großen Städten noch so etwas wie eine Arbeiterkultur, die durch den engen Zusammenhang von Betrieb und Wohnen in den Arbeiterquartieren sichtbar wurde. Die „Unterschicht“ war deshalb nicht wie heute Gegenstand niveuuarmer Witze über TV-Konsum, sondern wurde als zumindest potenzielle Akteurin gesellschaftlicher Konflikte und Veränderungen ernst genommen. Der folgende Satz liest sich ja wie eine Warnung: „Je deutlicher [...] die Probleme in den großen Städten die Probleme der Unterschicht werden, desto mehr müssen auch die Auseinandersetzungen in den Städten an politischem Gehalt gewinnen.“ (490)

Hatte in den 1970er Jahren die Arbeiterklasse – das war die Unterschicht – aufgrund der strategischen Bedeutung der Arbeiter_innen in der Produktion zumindest potenziell noch Machtinstrumente in der Hand, so kann davon in der postfordistischen Gesellschaft kaum noch die Rede sein. Jahrzehnte der Deindustrialisierung, Rationalisierung und Reorganisation der Arbeit, Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse und Internationalisierung der Produktion haben einen massiven Wandel der Arbeit und der sozialen Frage bewirkt. Die alte soziale Frage nach der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zwischen Kapital und Arbeit wird längst überlagert von der neuen sozialen Frage nach den Chancen auf Teilhabe. Den prekär Beschäftigten und erst recht den sozial Ausgegrenzten fehlen die kollektiven Machtmittel, um wirkungsvoll für eine Verbesserung ihrer Lage einzutreten. Für diese neue Unterschicht geht es, zugespitzt formuliert, nur noch um die Chance, überhaupt am Arbeitsmarkt berücksichtigt zu werden und am gesellschaftlichen Leben irgendwie teilnehmen zu können. Misslingt das, drohen Exklusion und verwaltete Marginalität in den benachteiligten Quartieren.

Im Jahr 1975 gab es zum ersten Mal in der BRD mehr als eine Million Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit war Ausdruck einer Strukturkrise des Fordismus, die die dominierenden Formen der Regulation in Frage stellte. Die Krise ist im Aufsatz präsent – wenn auch, wie zu erwarten, nicht in ihrer historischen Dimension. Für die Städte erwarteten Häußermann und Siebel einen Anstieg der sozio-ökonomischen Segregation, für die innerstädtischen Wohngebiete wurde sogar eine Verarmung nach amerikanischem Vorbild als Schreckensbild heraufbeschworen. Die bipolare Sicht der Autoren auf die Differenzierung der Gesellschaft – hier Arbeiter, dort das Bürgertum – findet ihren Niederschlag in den Vorstellungen der sozialräumlichen Strukturen der Städte, die noch dem fordistischen Muster entsprachen: Die Arbeiterhaushalte befinden sich in den Innenstädten, die bürgerlichen Haushalte überwiegend in den suburbanen Vororten. Eine Verschärfung der Segregation infolge wachsender Arbeitslosigkeit und Ungleichheit wird im Rahmen dieses Musters gedacht, denn ein Ende der Dynamik der Suburbanisierung der Mittelschichten, Prozesse der Gentrifizierung oder gar eine sogenannte Renaissance der Städte waren nicht absehbar.

Soziologische Begriffe sind historische Begriffe, die nur zu verstehen sind, setzt man sie in Bezug zu der Gesellschaft, in der sie entstanden sind und die zu beschreiben sie entwickelt wurden. Das gleiche gilt für theoretische Konzepte. Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn mit dem gesellschaftlichen Wandel auch das Verständnis grundlegender

gesellschaftlicher, aber auch städtischer Strukturen einer Veränderung bedarf. An welchen „Thesen“ also kann kritische Stadtsoziologie heute anknüpfen?

2.

Als erstes ist das grundsätzliche Verständnis der soziologischen Relevanz von „Stadt“ zu nennen. Die Stadtsoziologie – wie die Stadtforschung insgesamt – kann ihren Gegenstand nicht durch den Gegensatz von Stadt und Land bestimmen. Dies gilt aus dem einfachen Grund, weil dieser Gegensatz für alle soziologisch relevanten Fragen nicht mehr existiert und heute von einem Stadt-Land-Kontinuum auszugehen ist, das allenfalls durch ein Mehr oder Weniger gekennzeichnet ist, nicht aber durch irgendwelche Dichotomien. Räumliche Disparitäten im Sinne benachteiligter resp. privilegierter Lebenschancen aufgrund von Unterschieden der Arbeitsmärkte und der Ausstattung mit Infrastrukturen sind längst nicht mehr auf Stadt-Land-Unterschiede beschränkt, sondern liegen quer zu den Gebietstypen. Man denke nur an das Auseinanderfallen der Entwicklungsmuster von Großstädten oder an wachsende innerstädtische Disparitäten infolge der wachsenden sozioökonomischen Segregation und der Herausbildung von benachteiligten Quartieren.

Wenn es richtig ist, dass die Stadtsoziologie ihren Gegenstand somit nicht räumlich definieren kann, dann muss sie ihn „in seinen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang“ (487) stellen: „Verstädterung und städtische Strukturen zu untersuchen heißt, den gesellschaftlichen Prozeß als Einheit der dauernden Umwälzung ökonomischer, sozialer und räumlicher Strukturen zu untersuchen.“ (ebd.) Ambitionierter lassen sich die theoretischen Anforderungen an eine kritische Stadtsoziologie kaum formulieren, wird hier doch deutlich, dass sie nicht nur auf gesellschaftstheoretische Grundlagen angewiesen ist, sondern auch etwas von Ökonomie, Politik und nicht zuletzt von den Funktionen verstehen muss, die räumliche Arrangements für gesellschaftliche und ökonomische Prozesse spielen. Dieser theoretische Anspruch ist der Kern der Thesen zur Soziologie der Stadt, der Bestand hat und an dem festzuhalten sich lohnt. Häußermann und Siebel haben sich nicht auf eine Großtheorie festgelegt. Sie knüpfen zwar erkennbar an einen nicht-dogmatischen Marxismus an (siehe etwa Stadt als „Produktivkraft“), nennen allerdings als eine der wichtigsten Aufgaben der Stadtsoziologie – neben der Ideologiekritik und der Analyse der Stadtpolitik – die empirische Forschung über die Lebensverhältnisse „der verschiedenen Schichten der Lohnabhängigen“ (498). Kritische Stadtsoziologie wäre demnach nicht ausschließlich als Theorieprojekt zu denken. Sie ist so verstanden nicht nur den gesellschaftlichen Verhältnissen gegenüber kritisch, sondern auch skeptisch gegenüber Versuchen, die Welt – und sei es nur die der Städte – ausschließlich auf theoretischer Grundlage zu beschreiben und zu erklären.

Die Bedeutung empirischer Studien für das Verständnis städtischer Strukturen und Lebenschancen hervorzuheben ist die zweite – eher implizite – richtungweisende These. Die Theorie kann uns sagen, wie und wohin wir schauen sollen. Wenn aber konkrete Lebensverhältnisse

untersucht werden sollen, sind diese Fragestellungen nur durch empirische Untersuchungen sinnvoll zu beantworten.

Was lässt sich aus heutiger Sicht zur Kritik an der Stadtplanungssoziologie und an Bahrds Theoretisierung der Großstadt – in Kurzfassung – sagen?

3.

Dass Häußermann und Siebel die Stadtplanungssoziologie als „Hilfswissenschaft der staatlichen Administration“ (485) kritisieren, ist angesichts der genannten Überlegungen nur folgerichtig. Es geht nicht um eine prinzipielle Verdammung von Auftragsforschung, sondern darum, Freiräume für Forschungsprojekte zu eröffnen, deren Fragestellungen und Gegenstände sich nicht den Informationsbedürfnissen staatlicher oder städtischer Institutionen fügen, sondern auf sozialwissenschaftlichem Erkenntnisinteresse basieren. In der Auftragsforschung und beim Engagement in der Praxis der Stadtpolitik waren die Autoren in den letzten Jahrzehnten selbst aktiv – Siebel etwa als Direktor der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park, Häußermann beispielsweise in der Begleitforschung zum Programm „Soziale Stadt“. Es ist hier nicht der Ort, Überlegungen darüber anzustellen, wie diese Interventionen verlaufen sind. Mit den „Thesen zur Stadtsoziologie“ lässt sich aber festhalten, dass gerade Stadtforscher_innen, wenn sie den Schritt in die Praxis wagen, auf gesellschaftstheoretische Fundierungen angewiesen sind, die eine Grundlage bieten können für die Reflexion des eigenen Tuns, um zu vermeiden, dass sie sich in den Fallstricken einer Stadtplanungssoziologie verheddern.

Liest man aktuelle Studien, die sich kritisch mit dem Wandel des öffentlichen Raums befassen (Wehrheim 2009, um nur ein Beispiel zu nennen), so findet man vielfach Bezüge auf Hans-Paul Bahrds Überlegungen zu Verhaltensweisen im öffentlichen Raum (auch von Siebel selbst, beispielsweise 2004). Die Kritik von Häußermann und Siebel an Hans-Paul Bahrds (2006: 83f) Versuch einer soziologischen Definition von Stadt als Ort der Polarität von Privatheit und Öffentlichkeit ist deshalb aus heutiger Sicht überraschend. Einerseits ist die Kritik zwar angesichts der neo-marxistischen Ansätze der Autoren verständlich, andererseits aber irritierend, weil die Autoren offenbar das kritische Potenzial von Bahrds Ausführungen nicht erkannt haben: Erstens schaffen die bürgerlichen Verhaltensstile, die Bahrdt tatsächlich zugrunde legt, Freiräume, innerhalb derer sich unterschiedliche – und eben auch vom Bürgerlichen abweichende – Lebensstile entfalten und nebeneinander existieren können. Das ist der Grund, weshalb sich Studien, die sich kritisch mit Überwachung und Ausgrenzung im öffentlichen Raum auseinandersetzen, auf Bahrds Konzept von Urbanität beziehen. Zweitens haben Häußermann und Siebel völlig Recht, wenn sie anmerken, dass die von Bahrdt beschriebene Lebensform „[...] der Masse der abhängigen Lohnarbeiter in der Regel verwehrt ist“ (495). Aber daraus ließen sich ja auch Überlegungen darüber ableiten, wie es gelingen könnte, dass Urbanität nicht nur etwas ist für diejenigen, die sie sich aktuell schon leisten können, oder anders formuliert: wie eine gesellschaftlich Integration gelingen

könnte, die auch denjenigen ein „Recht auf Stadt“ (Lefebvre 1996) ermöglicht, denen es bislang verwehrt war.

Autor_innen

Norbert Gestring, Stadtsoziologe, hat folgende Arbeitsschwerpunkte: Stadtentwicklung, Integration und Migration.
Kontakt: norbert.gestring@uni-oldenburg.de

Literatur

- Bahrddt, Hans-Paul (2006 [1961]): Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau. Wiesbaden.
- Bourdieu, Pierre (1998): Praktische Vernunft. Frankfurt a. M.
- Häußermann, Hartmut / Kemper, Jan (2005): Die soziologische Theoretisierung der Stadt und die ‚New Urban Sociology‘. In: Helmuth Berking / Martina Löw (Hg.): Die Wirklichkeit der Städte. Soziale Welt, Sonderband 16. Baden Baden, 25–53.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (1978) Thesen zur Soziologie der Stadt. In: Leviathan, 6: 484-500.
- Lefebvre, Henri (1996): Writings on Cities. Oxford, Malden, Victoria.
- Siebel, Walter (2004): Einleitung: Die europäische Stadt. In: Walter Siebel (Hg.): Die europäische Stadt. Frankfurt a. M., 11–47.
- Wehrheim, Jan (2009): Der Fremde und die Ordnung der Räume. Opladen, Farmington Hills.

Debatte

2013, Heft 1, 129-134
zeitschrift-suburban.de

Hartmut Häußermann / Walter Siebel ‚Thesen zur Soziologie der Stadt‘

Kommentare von:
Sybille Bauriedl
Norbert Gestring
Johanna Hoerning
Carsten Keller
Jan Wehrheim

Replik von:
Walter Siebel

Von der Stadtsoziologie des Bürgertums zur Stadtsoziologie der industriellen Moderne?

Kommentar zu Häußermann & Siebels „Thesen zur Soziologie der Stadt“

Johanna Hoerning

Der hier wieder veröffentlichte Artikel von Hartmut Häußermann und Walter Siebel aus dem Jahr 1978 ist beides, hoch aktuell – und ein Zeitzeuge. In jedem Fall aber ist er ein lehrreiches Traktat über die Frage nach dem Selbstverständnis einer gesellschaftstheoretischen und kritischen Soziologie, sowie über die methodologische Eruierung dessen, was im Rahmen einer so verstandenen (politischen) Soziologie Stadtforschung sein kann. Im Text lassen sich einerseits Perspektiven der Kritik ausmachen, die heute noch Gültigkeit beanspruchen können. Allerdings lösen die Autoren ihre gerechtfertigte Kritik an den Verkürzungen einer *banalen* und einer *bürgerlichen* Stadtsoziologie ein für eine *raumtheoretische* Vereinfachung sowie eine „*modernistisch-industrielle*“ Verallgemeinerung. Letztere verstehe ich dabei als die Verallgemeinerung von Erkenntnissen, welche aus der Auseinandersetzung mit der industriellen Stadt der Moderne gewonnen wurden. Sie gründet nicht zuletzt in einer zeit- und gesellschaftsspezifischen (historischen) Verengung des Blicks auf (europäische) Stadtentwicklung. Als raumtheoretische Vereinfachung bezeichne ich hinsichtlich des Aufsatzes, dass die Autoren eine Parallelität von Raum und Gesellschaft einführen. Auf beide Kritikpunkte will ich im Anschluss an einige generelle Bemerkungen kurz eingehen.

Häußermann und Siebel identifizieren drei Ansätze einer „älteren Soziologie der Stadt“ (484). Ihr prinzipielles Argument wendet sich dabei gegen die erste dieser drei Stadtsoziologien, welche auf einer sozialtheoretischen Konzeption von Stadt (respektive Gemeinde) als eigenständigem sozialem Tatbestand fußt. Ihr Argument besagt, dass „Stadt“ als eigenständiger Gegenstand nur noch in Form einer administrativen Einheit Bestand habe – also nicht mehr als sozialer Tatbestand. Eine Stadtsoziologie, die sich der Stadt als Gegenstand widmet, muss demnach per se soziologisch ungesättigt sein. Sie verkümmere den Autoren zufolge zu einer „Stadtplanungssoziologie“, die – „theorielos“ und „banal“ – als Auftragsforschung zu einem Bestandteil des „staatliche[n] Krisenmanagement[s]“ werde (485). Damit verkomme die soziologische Stadtforschung zur legitimierenden Hilfswissenschaft (491) und produziere ausschließlich über den bereits verwalteten Ausschnitt städtischer Wirklichkeit solche Ergebnisse, die für kommunale Politik und Planung auch verwendbar sind.

De facto ist die Stadtsoziologie auch im institutionellen Gefüge der bundesdeutschen Hochschullandschaft immer mehr zu einer Hilfswissenschaft geworden: Die Anzahl der Professuren für eine genuin gesellschaftstheoretische Stadtsoziologie an sozialwissenschaftlichen Fakultäten hat sich in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren auf eine überschaubare Anzahl reduziert [1]. Der heute größere Teil der Professuren sind solche, die vor allem die anwendungsbezogenen Planungs- und Architekturstudiengänge bedienen. Das muss nicht per se auch für die Forschung heißen, dass diese keine eigenständige, von den Restriktionen der Praxis losgelöste Themensetzung vornimmt. Aber bezeichnend für die gesellschaftstheoretische Banalisierung der Stadtsoziologie ist dieser institutionelle Trend dennoch.

Die Infragestellung des „Gegenstands“ der Stadtsoziologie allerdings, wie sie von Häußermann und Siebel vorgetragen wird, bringt meines Erachtens ihrerseits Probleme mit sich. Die Autoren verweisen darauf, dass Stadt kein politisch und ökonomisch spezifisches Gebilde mehr sei (485). Sie meinen damit, dass die Stadt, wenn überhaupt, nur noch ein administratives Gebilde ist und das Lokale keine Erklärungskraft für gesellschaftliche Verhältnisse mehr hat. Dagegen ist *erstens* einzuwenden, dass gesellschaftliche Konflikte nicht ohne ihre lokale Vermittlung, ihre Konkretisierung in verortbaren Auseinandersetzungen zu verstehen sind. *Zweitens* ist gerade die administrative Bestimmung von Stadt aus soziologischer Sicht fragwürdig, korrespondieren doch administrative Grenzen nicht bzw. immer weniger mit dem, was als Stadt im Alltag hergestellt wird. Ein „sozialer Tatbestand“ des Städtischen kann also in keinem Fall gleichzusetzen sein mit einem Territorium – weder auf nationaler noch auf kommunaler Ebene. Ich will daher zunächst auf die raumtheoretische Vereinfachung bei Häußermann und Siebel eingehen, um daran anschließend die Perspektive auf die „modernistisch-industrielle“ Verallgemeinerung zu skizzieren.

Insbesondere seit den 1990er Jahren ist in der stadtsoziologischen und stadtgeographischen Forschung eine theoretische Perspektive weiterentwickelt worden, die Häußermann und Siebel in ihren Thesen zwar aufwerfen, aber nicht konsequent weiterdenken. Gemeint ist ein raumtheoretisches Verständnis, welches die Vermittlung von Sozialität und Materialität in den Blick nimmt und so zwischen dem Problem der Gegenstandsbestimmung einerseits und der Relation von Lokalem und Gesellschaftlichem (die hier nicht als Gegensatz verstanden werden sollen) andererseits vermitteln kann. Häußermann und Siebel kritisieren zu Recht die in der sozialökologischen Tradition stehenden Ansätze dafür, dass Größe und Dichte als linear-kausale, physisch-räumliche Definitionsmerkmale herangezogen werden [2]. Obwohl sie diese lineare Kausalität zurückweisen, lösen die Autoren die ontologisierende Trennung zwischen Gesellschaft und Raum nicht auf, denn es gibt aus ihrer Sicht für eine Soziologie der Stadt „keinen gesellschaftlich, sondern nur einen räumlich ausdifferenzierten Gegenstand“ (487). Sie ersetzen damit die (falsche) Kausalität des Verhältnisses von räumlichen, ökonomischen und sozialen Strukturen durch eine (falsche) „Parallelität“ von Gesellschaft und Raum.

Angemessener erschiene aus heutiger Sicht eine Perspektive, welche

die dialektische Vermittlung zwischen der räumlichen Materialität, der (politisch-planerischen wie wissenschaftlichen) Konzipierung der räumlichen Organisation gesellschaftlicher Verhältnisse einerseits sowie der konkreten und alltäglichen Praxis der Menschen andererseits in den Vordergrund rückt. Aktuelle Arbeiten, die an einer solchen Lefebvreschen Perspektive ansetzen, können nicht nur die Forderung von Häußermann und Siebel nach einer an den Reproduktionsbedingungen der Arbeiter_innen orientierten Perspektive der Forschung einlösen. Sie können auch das Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Kräften und deren räumlicher Organisation besser erklären.

Dabei ist den Autoren gleichwohl uneingeschränkt zuzustimmen, dass weder lokale noch soziale Besonderheiten verallgemeinert werden dürfen. Die Kritik an der Verallgemeinerung sozialer Besonderheiten betrifft insbesondere die Perspektive einer verhaltensbezogenen Stadttheorie, welche die großstädtische Anonymität „glorifizier[t]“ (495). Häußermann und Siebel identifizieren diese bei Hans Paul Bahrdt in seiner Gegenposition zur „negativen“ Perspektive der konservativen Großstadtkritik. Bahrdt postuliert affirmativ-normativ eine „positive“ Stadttheorie, die aber „ganz auf Verhaltenstugenden des Bourgeois“ beruht (ebd.) [3]. Dabei stellt sich die Frage, ob es etwas genuin Städtisches geben kann, das schicht- und klassenunspezifisch wäre. Die beiden Autoren verneinen dies mit ihrem Plädoyer für eine Stadtsoziologie, die als Verstädterungssoziologie konzipiert wird (496) und die Zusammenhänge zwischen gesellschaftlicher Entwicklung des Klassenverhältnisses und Stadtentwicklung in den Blick nimmt. Angesichts der marxistischen Konzeption von Stadt als dem Ort der Arbeiterklasse „für sich“ – und damit des Klassenkampfes – fällt aus heutiger Sicht aber auf, dass Arbeiter_innen mit derart unterschiedlichen Realitäten zu kämpfen haben, dass es schwer fällt, diese Homogenisierung mitzugehen [4]. Aus diesem Blickwinkel heraus betrachtet und getreu der Verallgemeinerungskritik der beiden Autoren selbst, könnten so die „städtischen“ Arbeits- und Reproduktionsbedingungen einer polnischen Haushalts- und Pflegehilfe, eines Arbeiters der Opelwerke sowie eines türkischen Dönerladenbetreibers in Frankfurt am Main genauso wenig miteinander verglichen werden wie diejenigen der polnischen Haushalts- und Pflegehilfe in Frankfurt mit der einer ecuadorianischen Haushalts- und Pflegehilfe in Madrid.

Man könnte nun (Häußermann und Siebel entsprechend) sinngemäß argumentieren, dass angesichts dieser Verschiedenartigkeit an Erfahrungsbezügen eben eine zeit- und gesellschaftsspezifische Stadtsoziologie angebracht wäre, die auf jegliche Verallgemeinerung des *Städtischen* verzichtet. Damit trüge man zwar der Unmöglichkeit universeller Aussagen über die *Inhalte* gesellschaftlicher Verhältnisse Rechnung, verschlösse sich aber gegenüber Erkenntnisgewinnen aus dem Vergleich städtischer Phänomene, die nicht demselben „Entwicklungsniveau“ zuzuordnen sind (wie etwa von Robinson 2011 kritisch aus postkolonialer Perspektive eingefordert). Zudem würden damit kapitalistische Verhältnisse im Rahmen einer modernisierungstheoretischen Perspektive vereinfacht. Gleichzeitig ist es ein Trugschluss, dass über das vorgeschlagene linear-modernisierungstheoretische Entwicklungsmodell von Stadt und

Land (so etwa im Konzept des „cultural lag“ zwischen Land und Stadt bei Häußermann und Siebel, 496) eine allgemeine Aussage über Verstädterungsdynamiken getroffen werden könnte: Diese binäre Opposition hat selbst für das westlich-europäische Modell der gesellschaftlichen Entwicklung der Produktionsverhältnisse nur zeitweise zugetroffen.

Während Häußermann und Siebel zwar konstatieren, dass diese Binarität nicht mehr gegeben sei, leiten sie daraus fälschlicherweise die allgemeine Aussage ab, dass Städte als gesellschaftlich-soziale Einheiten insgesamt nicht mehr bestünden. Denn tatsächlich traf die klare Opposition *in dieser Form* für einen großen Teil der Welt nie zu. Dementsprechend müssen auch Verstädterungsdynamiken als gesellschaftsspezifisch gesehen werden. Häußermann und Siebel kritisieren wohl die hegemoniale Homogenisierung im Rahmen der bürgerlichen Sichtweise auf Stadt, kommen aber zugleich nicht aus ihrem binären Oppositionsdenken zwischen Stadt und Land heraus. Wenn sich dieser Oppositionscharakter auflöst, dann muss sich aus ihrer Sicht dementsprechend auch die Stadt als gesellschaftliche Einheit auflösen. Dabei ist es gerade die gewählte Perspektive auf die Produktionsverhältnisse, die den Blick auf widersprüchliche Raumproduktionen ermöglicht. Der vergleichende Blick auf das Verhältnis von Stadtentwicklung und gesellschaftlicher Entwicklung, der prinzipiell von Häußermann und Siebel zu lernen ist, leidet aber unter der Verkürzung auf die spezifische Situation der europäischen industriellen (Spät-)Moderne im Übergang von fordistischen zu postfordistischen Produktionsverhältnissen.

Weder im Hinblick auf *die Stadt / das Städtische* noch auf *die Verstädterungsdynamik* ist also eine *inhaltliche Verallgemeinerung* gerechtfertigt. Andererseits muss es gerade die Aufgabe sein, das *analytisch Allgemeine* der Vermittlung zwischen Sozialität und Materialität zu untersuchen, die in gesellschaftlichen Verhältnissen und Entwicklungen zum Ausdruck kommt. Aus dieser Perspektive können Städte als spezifische Formen der räumlichen Organisation gesellschaftlicher Produktions- und Kräfteverhältnisse gesehen werden. Beide Kritikpunkte am Text von Häußermann und Siebel haben also Konsequenzen für das Verständnis einer gesellschaftstheoretischen Stadtforschung. Dabei ist die prinzipielle Kritik an sozialtheoretischer Verallgemeinerung von Häußermann und Siebel zu lernen, aber auf ihre eigene eurozentrische Verengung auszuweiten. Im Rahmen eines raumtheoretischen Verständnisses eröffnen sich uns damit zwei Perspektiven: Zum einen lässt uns das nach den jeweiligen Spezifika städtischer Ordnungen fragen, ohne dabei eine bestimmte Entwicklungsperspektive als allgemeingültigen Maßstab zu setzen. Zum anderen erlaubt es, sich dem Allgemeinen der gesellschaftlichen Produktion von städtischen Räumen vorsichtig anzunähern, ohne dabei in ein territoriales Verständnis verfallen zu müssen.

Endnoten:

- [1] Verwiesen sei hier auf das „Nachrichtenblatt“ der DGS-Sektion Stadt- und Regionalsoziologie aus dem Jahr 2005. Auf der Sektionstagung

im Mai desselben Jahres konstatiert die Sektion, dass die Stadtsoziologie „zwar eine der ältesten Teildisziplinen der Soziologie“ sei, aber keine „perspektivische Wirkmächtigkeit“ mehr zu begründen scheine (Hannemann 2005: 4). Eine Tabelle zeigt eindrucksvoll die institutionelle Ausdünnung der Professuren stadtsoziologischer Ausrichtung an deutschen Hochschulen (Hannemann 2005: 49). Vgl. auch Harth/Scheller (2010).

- [2] Als „ideologische Konstruktion“ betiteln die Autoren „die These von der kausalen Bedeutung räumlicher Faktoren für gesellschaftliche Phänomene“ (486), wenn also Soziales nicht in Durkheimischer Manier mit Sozialem erklärt wird.
- [3] Dass eine solche Verallgemeinerbarkeit nicht möglich ist, lässt sich auch übertragen auf aktuelle Forschungsstränge. Genauso wenig sagen uns heutige Diskussionen über „culturepreneurs“ und die sog. Kreativen der Städte etwas Verallgemeinerbares über die sozialen und gesellschaftlichen Realitäten in heutigen Städten. Dennoch werden diese im Rahmen politischer Debatten normativ verallgemeinert und über Forschung zu „der Creative City“ banalisiert. Gleichwohl können diese Tendenzen doch in ein Allgemeines der fortschreitenden Kommodifizierung von Lebensbereichen eingeordnet werden.
- [4] Interessant ist daran allerdings, dass die Autoren im Gegensatz zu der zuvor vertretenen Position, dass Größe und Dichte keine relevanten Definitionskriterien für Stadt sein können, hier für die Begründung der Stadt als Ort des Klassenbewusstseins beide Faktoren anführen. Daran wird deutlich, dass es aus soziologischer Sicht sinnvoll und wichtig ist, diese Kategorien nicht als sozialökologische Faktoren zu betrachten, sondern als soziale einzubeziehen, nämlich im Sinne von Quantität (etwa im Sinne von „critical mass“) und sozialer (Interaktions-) Dichte.

Autor_innen

Johanna Hoerning ist Soziologin und arbeitet zu stadt- und raumtheoretischen Fragen, auch im Kontext von Postkolonialität und sozialen Bewegungen.

Kontakt: johanna.hoerning@tu-berlin.de

Literatur:

Hannemann, Christine (Hg.) (2005): Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie. Ausgabe Juli 2005. Verfügbar unter: <http://www.sektion-stadtsoziologie.de/downloads/Nachrichtenblatt-letztes-Finis.pdf> (rev.: 28.02.2013)

Harth, Annette / Scheller, Gitta (2010): Stadtsoziologie und Planungsbezogene Soziologie: Entwicklungen und Perspektiven. In: Harth, Annette / Scheller, Gitta (Hg.): Soziologie in der Stadt- und Freiraumplanung.

- Analysen, Bedeutung und Perspektiven. Wiesbaden, 25–50.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (1978) Thesen zur Soziologie der Stadt. In: *Leviathan*, 6: 484-500.
- Robinson, Jennifer (2011): Cities in a World of Cities: The Comparative Gesture. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 35/1, 1–23.

Debatte

2013, Heft 1, 135-140
zeitschrift-suburban.de

Hartmut Häußermann / Walter Siebel ‚Thesen zur Soziologie der Stadt‘

Alte Thesen neu gelesen

Perspektiven kritischer Stadtforschung. Kommentar zu Häußermann & Siebels
„Thesen zur Soziologie der Stadt“

Kommentare von:
Sybille Bauriedl
Norbert Gestring
Johanna Hoerning
Carsten Keller
Jan Wehrheim

Replik von:
Walter Siebel

Carsten Keller

Der Text „Thesen zur Soziologie der Stadt“ scheint mir besonders in den abschließend formulierten Perspektiven, die Hartmut Häußermann und Walter Siebel unter der Überschrift „Aufgaben einer kritischen Soziologie der Stadt“ formulieren, nach wie vor lesenswert und aktuell zu sein. Drei Perspektiven werden hier aufgezeigt: erstens eine Wissenschafts- und Ideologiekritik, zweitens eine empirisch orientierte Zustandsbeschreibung städtischer Strukturen und von Stadtentwicklung sowie drittens eine Analyse der staatlichen Stadtpolitik. Diese drei abschließenden Perspektiven möchte ich im Folgenden kommentieren. Es wird mithin keine immanente Auseinandersetzung mit dem gesamten Text und weiteren Arbeiten der beiden Autoren angestrebt. Es hätte mich zwar durchaus gereizt, die Entwicklung der Arbeiten von Häußermann und Siebel vor dem Hintergrund dieses frühen, emphatisch formulierten Textes zu reflektieren. Vielleicht auch wegen der persönlichen Bekanntheit mit Häußermann, den ich als Projekt- und Dissertationsbetreuer an der Humboldt-Universität kennenlernte, erschien mir eine solche Zugangsweise zu den „Thesen“ durchaus naheliegend.

Im Jahr 1978 wechselte der 35-jährige Häußermann von der Universität Kassel, an der er gut zwei Jahre lehrte, an die Universität Bremen. Was ist dann in der Spanne bis hin zu seinem überraschenden Tod geschehen, der ihn nicht lange nach seiner Emeritierung in Berlin ereilte? Inwieweit konnte er dem in den „Thesen“ formulierten Programm gerecht werden? Warum hat er sich von den (neo-)marxistischen Begrifflichkeiten distanziert? Konnte er dem Anspruch entsprechen, der Auftragsforschung gegenüber stets kritisch zu sein, theoretische Perspektiven zu entwickeln und den Raum nicht als kausalen Faktor von Sozialem zu untersuchen? Beim Erwägen solcher Fragen wurde mir klar, dass eine solche Auseinandersetzung leicht drohte, von persönlichen Erfahrungen überfärbt zu werden, aber auch den anderen der beiden Autoren der „Thesen“ einfach zu übergehen. Deshalb suchte ich nach einer einfacher zu lösenden Variante: Lässt sich an die von Häußermann und Siebel geforderten drei Aufgaben einer kritischen Stadtforschung anknüpfen? Welche Bedeutung könnten diese heute haben? Wahrscheinlich immer noch eine Spur von persönlichen und nicht lange zurückliegenden Erfahrungen in Beschlag

genommen, habe ich meinen Suchscheinwerfer jedenfalls so ausgerichtet, dass ich nach möglichen Kontinuitäten eher als nach Diskontinuitäten Ausschau gehalten habe.

1.) Mit der geforderten Wissenschafts- und Ideologiekritik sowohl gegenüber einer anwendungsorientierten wie einer universitären Stadtforschung wollen Häußermann und Siebel eine Stoßrichtung markieren, die sensibel ist für ein Dilemma, das ein zentrales Thema ihres gesamten Artikels darstellt. Den Autoren zufolge sieht die soziologische Stadtforschung sich folgendem Dilemma – oder besser vielleicht folgender Gefahr – gegenüber: Entweder sie macht sich in der Themenstellung und Diagnostik von einer anwendungsorientierten Auftragsforschung abhängig; auf diese Weise droht die Stadtforschung zu einer bloßen „Stadtplanungssoziologie“ zu werden, die als Werkzeug und Legitimationsbeschafferin der Politik dient. Oder sie bleibt autonom, jedoch abgekapselt – eingeschlossen in den berüchtigten Elfenbeinturm der Universität (die heute allerdings gar nicht mehr so edel und rein erscheint, wie es das Material Elfenbein einmal nahe gelegt hat). Als rein akademische Veranstaltung formuliert die Stadtforschung Theorien, die sich für drängende Probleme und Entwicklungen kaum interessieren. Sie atmet einen bourgeoisen Geist, wie Häußermann und Siebel ihn in den „Thesen“ bei Bahrtdt (1961) identifizieren, oder sie verfehlt sogar ganz ihren Gegenstand, indem sie wie bei Wirth (1938) schon mit den Grundbegriffen physische und nicht soziale Phänomene beschreibt.

Das Dilemma zwischen bloßer Auftragsforschung und einer im schlechten Sinne akademischen Wissenschaft bzw. die Gefahr für die Stadtforschung, in diese zwei Pole zu zerfallen, besteht zweifellos auch 35 Jahre nach dem Erscheinen der „Thesen zur Soziologie der Stadt“ im Leviathan. Die Relektüre der „Thesen“ könnte deshalb dazu ermuntern, den Impetus der Kritik im Sinne einer Kritik an vorliegenden Ansätzen und Studien der interdisziplinären Stadtforschung wieder zu beleben. Um die Voraussetzungen dafür mag es heute zwar schlechter bestellt sein als damals, denn angesichts der Prekarität im Bereich der Wissenschaft ist es scheinbar nur jenen wenigen Erlesenen vorbehalten, sich kritisch aus dem Fenster zu lehnen, die eine feste Stelle haben. Zugleich trägt aber der Glaube, dass man erst mit der Kritik beginnen kann, wenn man auf dem langen Weg von Disziplin und Anpassung schließlich auf einer festen Stelle ankommt, wesentlich zum Austrocknen kritischer Diskurse bei, welche die Wissenschaft doch eigentlich erst interessant machen.

Allerdings schrecken bei dem Wort „Ideologiekritik“ wohl nicht zu Unrecht auch einige zusammen. Man assoziiert etwa den mahnenden Duktus und die durchdringende Sprachartikulation eines Theodor W. Adorno, der mit säuregetränkten Polemiken mehreren wissenschaftlichen Ansätzen ebenso wie kulturellen Trends seiner Zeit scheinbar das intellektuelle Existenzrecht absprach, indem er sie als „Ideologien“ dechiffrierte. So wünschenswert einerseits die Belebung kritischer Auseinandersetzungen ist, so birgt sie gewiss auch die Gefahr von unproduktiven Distinktionskämpfen. So könnten bestimmte Parteien primär als narzisstisch wahrgenommen werden, wenn sie andere Positionen als ideologisch oder unwahr deklarieren, und andere in Reaktion darauf sich

nur noch weiter in ihr „Geschäft“ zurückziehen – sei es in die Auftragsforschung oder den Elfenbeinturm. Ein nicht lange zurückliegendes Beispiel für wenig produktive Ideologiekritik hat in der Stadtforschung das von Wacquant initiierte Review Symposium geliefert, das im Jahr 2002 im „American Journal for Sociology“ abgedruckt wurde. Zwar durchaus im Geist einer kritischen Auseinandersetzung hat Wacquant (2002) aber derart vernichtende Urteile über die von ihm rezensierten Studien von Anderson (1999), Duneier (1999) und Newman (1999) zu benachteiligten Wohnquartieren in den Vereinigten Staaten verfasst, dass am Ende deutlich mehr Porzellan zerschlagen wurde als kritische Perspektiven gewonnen waren [1]. Es ist sicherlich schwierig, verbindliche Regeln zu formulieren, ab wann Wissenschafts- und Ideologiekritik in unproduktive Distinktionskämpfe abgeleitet. Eine Relektüre jenes Review Symposiums mag einige Anhaltspunkte dafür geben. So versuchen etwa Anderson (2002) und Newman (2002) in ihren Entgegnungen auf Wacquants Vorwurf, mit ihren Studien dem neoliberalen Staatsregime zuzuarbeiten, die dahinter stehende Haltung politisch und in ihren Konsequenzen für empirische Forschung zu dechiffrieren.

2.) An die Art der Zustandsbeschreibung städtischer Strukturen und Entwicklungen, die Häußermann und Siebel als zweite Aufgabe einer kritischen Stadtforschung fordern, lässt sich heute ebenfalls gut anknüpfen. Die in dem Text verwendeten, später von den Autoren abgelegten (neo-) marxistischen Begrifflichkeiten, mit denen sie diese Aufgabe präzisieren, sollten nicht zu Irritationen darüber veranlassen, dass sie über eine für soziale Ungleichheiten und die Lebensbedingungen unterschiedlicher sozialer Schichten sensible Stadtforschung sprechen. Zwar sind die Themen der sozialen Segregation, der Suburbanisierung versus Gentrifizierung, der städtischen und regionalen Milieubildung, Lebensweisen und sozialen Konflikte durchaus auch heute auf der Agenda der Stadtforschung gut vertreten. Allerdings stellen Studien, die dazu solide empirische Ergebnisse produzieren, leider – und im Moment eher zunehmend – Mangelware dar. Die damit einhergehende Abhängigkeit der Forschung von amtlichen Statistiken und Daten befestigt ein Machtgefälle zwischen politischen und wissenschaftlichen Akteuren, in dem die letzteren nur in Ausnahmefällen eine Deutungshoheit erlangen. Außerdem erlauben die amtlichen Daten in der Regel nicht annähernd, soziologischen Definitionen wie beispielsweise von einem Wohnquartier und seinen Grenzen empirisch gerecht zu werden.

Aber nicht nur zwecks einer größeren Deutungshoheit stellt eine empirisch fundierte, an Ungleichheiten, Macht und Lebensweisen interessierte Stadt- und Regionalforschung nach wie vor eine wichtige Aufgabe dar. Auch im Sinne eines wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts ist es unerlässlich, den Stand der Produktivkräfte, der sich u. a. in den technischen Möglichkeiten spiegelt, in die Forschungen eingehen zu lassen. Zwar werden sehr interessante Diagnosen zur Entwicklung von Städten in Deutschland formuliert und diskutiert, wie beispielsweise die These einer „inneren Suburbanisierung“ durch die Mittelschichten im Rahmen der sogenannten Renaissance der Städte (Frank 2011). Allerdings müssen soziologische Diagnosen auch präzise und ausreichend empirisch fundiert

werden, um nicht später als singulärer Fall einfach wieder zu verpuffen.

Denkt man beispielsweise an die seit langem so zentrale Diagnose einer sozialen Polarisierung und wachsenden Segregation in deutschen Städten, so steht diese noch heute auf eher wackligen Füßen, wenn man die empirischen Studien dazu gegeneinanderhält. In einer der umfangreichsten Studien zu dem Thema werten Friedrichs und Triemer (2009) amtliche Daten zu Transferempfänger_innen und Nicht-Deutschen in 15 Großstädten aus, um zu dem auch international oft diagnostizierten Ergebnis zu gelangen, dass die soziale Segregation in den Städten zu-, die ethnische Segregation dagegen tendenziell abnimmt. So wertvoll und wichtig diese Studie ist, so lassen sich dennoch Fragezeichen anbringen, was die Stichhaltigkeit der Diagnose betrifft. Fragen ließe sich beispielsweise, ob wirklich „die ethnische Segregation“ in deutschen Städten abnimmt, nur weil sich „Nicht-Deutsche“ entlang der statistischen Gebietseinheiten auf gesamtstädtischer Ebene desegregieren. Die Suburbanisierung, die mittlerweile von sozial aufgestiegenen Teilen und Kindern der Gastarbeiter-Zuwanderer nachgeholt wird, erscheint z. B. statistisch als Desegregation auf der Ebene der Gesamtstadt, da zugleich die Migrant_innen in den Innenstädten verbleiben, die sich die Randwanderung nicht leisten können. Diese sozial-räumliche Ausdifferenzierung führt aber de facto zu einer schärferen Separation sozial etablierter und marginalisierter Migrant_innen in der Stadt. Wie stark ist nun dieser Prozess für die bei Friedrichs und Triemer gemessene ethnische Desegregation in Städten verantwortlich, und wie treffgenau wäre es, diesen Prozess als eine abnehmende ethnische Segregation zu bezeichnen?

Es sollte betont werden, dass das Plädoyer für eine empirische, ungleichheits- und machtsensible Analyse von Stadt bei Häußermann und Siebel nicht als ein Plädoyer für die Vernachlässigung von Theorie gemeint ist. Im Gegenteil schreiben sie: „Eine Soziologie der Stadt heute hätte anzuknüpfen an den gesellschaftstheoretischen Ansätzen, die den Zusammenhängen zwischen politischen, ökonomischen, sozialen und räumlichen Entwicklungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene mit denen auf lokaler Ebene nachgehen.“ (485) Mit anderen Worten sollte die empirische Analyse von Stadt und Raum theoretisch informiert sein über die gesamtgesellschaftlichen Verflechtungen auf der lokalen Ebene. Spiegelt sich beispielsweise im gegenwärtigen Anstieg der Wohnungsmieten in den Städten ein Versäumnis der politischen Regulation, wie Oppositionspolitiker in Deutschland vor kurzem behaupteten? Oder stellt dieser Anstieg eine immanente Folge des wirtschaftlichen Strukturwandels hin zur Dienstleistungsgesellschaft dar? Oder sind der Mietenanstieg und der parallele Wandel der Wohneigentumsstrukturen Ausdruck eines Klassenkampfes von oben – ausgefochten von dem „Pseudosubjekt“ des international agierenden Immobilienkapitals?

3.) Diese Fragen leiten über zum letzten Punkt des Textes, nämlich der von den Autoren geforderten Analyse staatlicher Stadtpolitik als einem zentralen Element der Stadtforschung. Diese Aufgabe wirkt vielleicht schon vor dem Hintergrund einer ganz selektiven Liste von Forschungsdesideraten plausibel, die staatlich moderierte Stadt- und Regionalentwicklung

betreffen: Welche Studien beschäftigen sich heute mit der Entwicklung und politischen Umsetzung des sozialen Wohnungsbaus, der doch die sozialräumliche Segregation in den Städten maßgeblich moderiert? Seit Jahrzehnten werden in Deutschland quasi die gleichen Zahlen eines Rückgangs und Diagnosen einer Deregulierung zitiert, ohne dass das Thema eingehend weiterverfolgt würde. Dabei müssten einmal die Auswirkungen des im Jahr 2002 auf Bundesebene verabschiedeten Gesetzes zur Wohnraumförderung untersucht werden, das die neoliberale Sozialstaatslogik der Förderung ausschließlich „Bedürftiger“ fest schreibt. Ein damit verwandtes Desiderat markieren die Tendenzen der Privatisierung kommunaler Wohnungs-, Grundstücks- und Infrastrukturbestände sowie die Entstehung neuer Eigentümer- und Verwaltungsstrukturen. In welchem Ausmaß sind in Großstädten Wohnungsbestände mittlerweile in die Hand von internationalen Eigentümerfonds gewandert? Als Geldanlage für anonyme Anleger_innen delegieren die Fonds ihre Weisungsbefugnisse an Immobilienverwalter_innen, die in den betroffenen Häusern profitorientierte Strategien mit teilweise mafiosen Methoden umsetzen. Ein etwas besser erforschtes Thema stellt die staatliche Förderung der sogenannten Kreativwirtschaft in den Städten dar. Hier wäre aber zu fragen, in welchem Ausmaß dabei Umverteilungs- zugunsten von Angebotspolitiken umgeschichtet werden. Last but not least: Welches Gesicht nimmt die Ausgestaltung von Kontroll- und Überwachungspolitiken in (unterschiedlichen) Städten an, gerade vor dem Hintergrund sich revitalisierender Konflikte und Proteste?

Die drei Forderungen einer Wissenschafts- und Ideologiekritik, einer empirisch orientierten Analyse von Stadtentwicklung und staatlicher Stadtpolitik klingen auch heute ausgesprochen plausibel. Sie beschreiben Perspektiven, die die Stadtforschung unabhängiger und zugleich politisch relevanter machen würden in einem Augenblick, in dem die kapitalistische und neokonservative Landnahme der Städte und die Vernichtung alternativer Lebensräume einen markanten weiteren Schub erfahren. Nicht nur für politische Profis, sondern auch für soziale Bewegungen sollte eine kritische Stadtforschung Orientierungspunkte liefern, die einzig und allein in der Lage sind, Visionen einer gerechteren, liberaleren und vielfältigeren Stadt maßgeblich umzusetzen.

Endnoten

- [1] Unter anderem lieferten sich diese durchweg kritischen und sozial engagierten Stadtforscher_innen einen Rechtsstreit, der etwa die Frage behandelte, ob Wacquant bewusst aus den rezensierten Werken einseitig zitierte resp. paraphrasierte.

Autor_innen

Carsten Keller ist Soziologe und forscht zur Migrations- und Ungleichheitsforschung, Interkulturelle Bildung, Stadt- und Regionalsoziologie.
Kontakt: carsten.keller@uni-due.de

Literatur

- Anderson, Elijah (1999): *Code of the Street: Decency, Violence, and the Moral Life of the Inner City*. New York.
- Anderson, Elijah (2002): *The Ideologically Driven Critique*. In: *American Journal of Sociology* 107/6, 1533–1550.
- Bahrdt, Hans-Paul (1961): *Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau*. Reinbek bei Hamburg.
- Duneier, Mitchell (1999): *Sidewalk*. New York.
- Frank, Susanne (2011): *Je näher man hinschaut, desto fremder schaut es zurück. Aktuelle Diskussionen um Suburbanisierung und Gentrifizierung*. In: Heike Herrmann et al. (Hg.): *Die Besonderheit des Städtischen*. Wiesbaden, 285–300.
- Friedrichs, Jürgen / Triemer, Sascha (2009): *Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten*. Wiesbaden.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (1978) *Thesen zur Soziologie der Stadt*. In: *Leviathan*, 6: 484-500.
- Newman, Katherine S. (1999): *No shame in my game: The working poor in the inner city*. New York.
- Newman, Katherine (2002): *No Shame: The View from the Left Bank*. In: *American Journal of Sociology* 107/6, 1577–1599.
- Wacquant, Loïc (2002): *Scrutinizing the Street: Poverty, Morality, and the Pitfalls of Urban Ethnography*. In: *American Journal of Sociology* 107/6, 1468–1532.
- Wirth, Louis (1938): *Urbanism as a Way of Life*. In: *American Journal of Sociology* 44, 1–24.

Debatte

2013, Heft 1, 141-146
zeitschrift-suburban.de

Hartmut Häußermann / Walter Siebel ‚Thesen zur Soziologie der Stadt‘

Kommentare von:
Sybille Bauriedl
Norbert Gestring
Johanna Hoerning
Carsten Keller
Jan Wehrheim

Replik von:
Walter Siebel

Konjunkturen gesellschaftstheoretischer Perspektiven auf große Städte

Zur Aktualität der „Thesen zur Soziologie der Stadt“ von Häußermann und Siebel (1978)

Jan Wehrheim

Studierende sind meist unzufrieden, wenn sie Texte lesen sollen, die aus dem letzten Jahrtausend stammen. Alles, was älter als ein paar Jahre ist, gilt oft als irrelevant und überholt. Je älter die Texte sind, desto eher irritiert zusätzlich die Sprache. Georg Simmel und Karl Marx lesen sich anders als „postmoderne“ Publikationen. Und wieso sollte noch Erving Goffman (1967) gelesen werden, wo er in „Stigma“ doch einfach von „Negern“ und „Krüppeln“ schreibt? Wissenschaftliche Publikationen nach vielen Jahren neu oder erstmals zu lesen, lohnt sich in zweierlei Hinsicht: wegen ihres möglichen grundlegenden Gehalts und weil sie historische Dokumente sind, die im Vergleich interessieren. Sie geben Aufschluss über entsprechend zeitgemäße Diskussionen und Denkweisen, und deshalb können sie den Blick für Verschiebungen oder Kontinuitäten der Perspektiven, der Untersuchungsgegenstände und der theoretischen Zugänge schärfen.

In dem inzwischen 35 Jahre alten Text setzen sich Hartmut Häußermann und Walter Siebel explizit mit der Lage und Zukunft der eigenen Disziplin auseinander. Schon aus der historischen Perspektive sind ihre „Thesen zur Soziologie der Stadt“ aus (mindestens) zwei Gründen lesenswert: Erstens sensibilisiert die Lektüre für die Dauer sozialen Wandels. Pierre Bourdieu klagt in dem Film „Soziologie ist ein Kampfsport“ (Carles 2009) über die ständige Rede von „*change, change, change, change*“, dabei ändere sich Gesellschaft doch ausgesprochen langsam und Strukturen seien gerade stabil. Dies lehrt indirekt auch die Lektüre von Häußermann/Siebel. „Selektive Abwanderung“, „Verkehrsmisere“, „Finanznot“, „stärkere Segregation“ etc. waren nicht nur damals relevante Themen (485, 490), sondern sie sind nach wie vor aktuelle Themen der Stadtentwicklung (und der Stadtsoziologie). Wenn bereits 1978 von der „Krise der Städte“ und des „staatlichen Steuerungssystems“ die Rede war, von „bürgerlichem Widerstand“, von der „Kernstadt als Sammelbecken“ der Armen und Arbeitslosen, vom Verfall ganzer Viertel und vom fehlenden Wachstum, „aus dessen überreichen Füllhorn auch die Mittel flößen“ (490), dann zeigt sich im Jahre 2013 sowohl, wie weitsichtig die Diagnose war, als auch, wie langsam Veränderungen verlaufen und wie langsam wissenschaftliche Reaktionen darauf sind. Die benannten Entwicklungen begannen überwiegend mit dem Ende des Fordismus und sie halten modifiziert

immer noch an, bzw. die Beschreibung für die Kernstädte traf mit kommunalen Unterschieden zumindest bis Anfang der 2000er Jahre zu.

Zweitens ist der historische Blick auf den Aufsatz in Bezug auf die verwendete Sprache interessant: ein Stil und eine Wortwahl, die danach lange aus entsprechenden Publikationen verschwunden schienen (und auch bei Häußermann/Siebel gar nicht (?) mehr auftauchten). Seit der internationalen Finanzkrise 2008 werden Autor_innen aber wieder mutiger und offensiver und die Sprachen von „Klassenverhältnissen“ und „Ideologiekritik“ taucht wieder häufiger auf. Kapitalismus heißt wieder öfter Kapitalismus und nicht nur Marktwirtschaft. Und während es heute die *political correctness* verbietet, mit dem immer noch grundlegenden Goffman von „Krüppeln“ oder „Negern“ zu sprechen, ist es wieder opportun, Marxsche Terminologie zu benutzen. Der Verzicht auf Begriffe und veränderte Wortwahl sind eben nur manchmal Ausdruck von Fortschritt und Emanzipation, aber der zeitliche Vergleich sensibilisiert für sprachliche Bedeutungen und für die Bedeutung von Sprache (nicht erst seit dem derzeit beliebten *linguistic turn*). Die Sprache der Wissenschaft, der Politik und des Alltags haben etwas mit Zeitdiagnosen zu tun sowie mit Diskursen, die das Denk- und Sagbare spiegeln und strukturieren. Es ist gleichwohl nicht anzunehmen, dass Gesellschaft und Stadt zwischen 1978 und 2008 völlig anders waren; aber die meisten haben zwischenzeitlich anders über sie geschrieben und vermutlich auch anders nachgedacht. Sprache ist auch ein Indikator für Konjunkturen der Akzeptanz wissenschaftlicher Erklärungsmodelle.

Eine solche historische Perspektive auf den Text ist nicht zuletzt deshalb eng verbunden mit seinem grundlegenden Gehalt. Indem es um den Zustand der Stadtsoziologie selber geht, ist der zentrale und offensiv formulierte, aber gleichwohl begründete Vorwurf der Autoren, die (damalige) Stadtsoziologie sei a) theorielos und b) entpolitisiert (485) in seiner gleichzeitigen Zeitlosigkeit auch das, was die Qualität des Aufsatzes ausmacht. Wiewohl sie den Vorwurf nicht auf die ganze Stadtsoziologie, sondern nur auf Bernhard Schäfers so genannte „Stadtplanungssoziologie“ bezogen, so sehr ist diese Mahnung an die Stadtsoziologie auch heute noch berechtigt. Es lohnt sich also, die Thesen von Häußermann/Siebel zur Soziologie der Stadt zu lesen, weil sie auch dazu anregen, zu überlegen, was denn die Stadtsoziologie als Disziplin strukturiert und verändert und wie ggf. darüber ihre Theorie(losigkeit) und (Ent-)Politisierung zu erklären sind. Im Einzelnen erscheinen (mindestens) sechs Aspekte bedenkenswert: zunächst ganz basal Veränderungen und Kontinuitäten im Untersuchungsgegenstand Stadt und Gesellschaft. Hinzu kommen Veränderungen und Kontinuitäten bei den Modi der Steuerung gesellschaftlicher Entwicklungen, bei den Bedingungen institutionalisierter Forschung und Lehre, in der personellen Zusammensetzung der Protagonist_innen der Stadtsoziologie sowie deren Perspektive und schließlich Veränderungen und Kontinuitäten in Bezug auf soziale Bewegungen.

Stadt und Gesellschaft haben sich gewandelt und damit bei allen Kontinuitäten auch die Gegenstände der Forschung. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft

sticht als eine zentrale, aber nicht isolierte Veränderung hervor. Veränderte Arbeitsmärkte verbunden mit veränderten Geschlechterrollen und ergänzt durch die langen Phasen immobilienwirtschaftlicher (De-)Investitionszyklen begründen nicht nur Veränderungen in den Kernstädten, wie sie mit dem Begriff Gentrifizierung beschrieben werden, sondern auch die Forschung darüber. Hier zeigen sich aber nicht nur thematische Verschiebungen in der Stadtsoziologie, sondern auch theoretische Kontinuitäten: Wie auch beispielsweise in der Ausgrenzungs- oder kritischen *underclass*-Forschung geht es um Wechselwirkungen von gesellschaftlichen und räumlichen Veränderungen.

Dass die Produktionsweise keine fordistische mehr ist, sondern eine neoliberale, ist auch in Bezug auf (staatliche) Steuerung, auf „Regierung“, von maßgeblicher Relevanz. Sowohl aus einer politökonomischen wie aus einer diskurstheoretischen Perspektive wird dies deutlich. Häußermann/Siebel verfassten ihre These am Ende des sozialstaatlich konnotierten Fordismus und der sozialtechnokratischen und räumlichen Interventionen bei (verbliebenen) „sozialen Problemen“. Heute werden „soziale Probleme“ und ihre städtischen Ausprägungen seltener sozialstaatlich und planerisch bearbeitet als vielmehr marktförmig. Die „Lebensideologie der kapitalistischen Gesellschaft“, „Es-geht-uns-allem-doch-immer-besser“ (499), ist der Ideologie „Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“ gewichen. Produktions- wie Reproduktionsbedingungen werden nun dereguliert und bürokratische Verwaltung wird als *New Public Management* inszeniert. Die „Ankettung [der Stadtsoziologie] an staatliches Krisenmanagement“ (485) hat sich damit ebenfalls verändert: Durch die verstärkte Markt- statt Planungsorientierung ist die Stadtsoziologie seltener gefragt. Veränderte Steuerungsmodi stellen somit sowohl Änderungen des Forschungsgegenstandes dar als auch neue Rahmungen für Forschung und Lehre.

Diese veränderte Nachfrage und Rahmung spiegeln sich in den Bedingungen an den Universitäten resp. den Fachhochschulen. Professuren der Stadtsoziologie sind seltener geworden und Stadtsoziologie ist seltener Teil des Soziologiestudiums. Neben dem randständigen Dasein bei der Ausbildung von Planer_innen und Architekt_innen ist die Stadtsoziologie zugleich zur neuen Hilfswissenschaft für die sozialraumorientierte Soziale Arbeit geworden [1]. Auch dabei geht es um Krisenmanagement verräumlichter sozialer Probleme und um die zumindest latente Funktion, eine Interventionsform zu legitimieren – und nicht um die Analyse und Veränderung gesellschaftlicher Strukturen. Befunde, die nicht praxisnah sind, werden auch hier institutionell an den Rand gedrängt (vgl. 492). In Form einer Art intrastädtischer Entwicklungshilfe werden gesellschaftliche Verhältnisse insofern ausgeklammert, als sie schlicht vorausgesetzt und als gegeben, als „Sachzwang“, hingenommen werden. Vor diesem Hintergrund werden dann nach wie vor räumlich, auf der administrativen Stadtteilebene, „gebietsbezogene Problemdefinitionen“ (ebd.) vorgenommen und auf diese reagiert. Statt jedoch Wechselwirkungen zu analysieren, wird bestenfalls die Wirkungsrichtung Sozialraum -> Gesellschaft betrachtet und lokal durch Soziale Arbeit, Stadtplanung, Landschaftsarchitektur und Quartiersmanagement interveniert.

Wie bei dem Vorwurf an die „Stadtplanungssoziologie“ greifen auch heute Soziolog_innen nach den knappen Fleischöpfen, wenn sie sich ihnen bieten, um sich dann ggf. Spielräume für gesellschaftstheoretische und politische Freiheiten zu schaffen – der Druck dazu erscheint jedoch deutlich größer als vor 35 Jahren.

Professuren sind aber nicht nur schlicht seltener geworden (die Soziologie steht insgesamt nicht gut da), sondern Stadtsoziologie wird in den letzten Jahren auch von neuen Protagonist_innen betrieben, die in der wissenschaftlichen und medialen Öffentlichkeit unterschiedlich sichtbar sind. Es hat ein Generationswechsel stattgefunden. Veränderte Theorien, Methoden und Perspektiven der Forschung oder gar Paradigmen (vgl. Kuhn 1996) können nicht nur in veränderten Forschungsgegenständen begründet sein oder in besseren (theoretischen oder empirischen) Argumenten. Es geht immer auch um Konkurrenzen, Karrieren und Loyalitäten auf der personalen und um wissenschaftliche Moden und Fördermöglichkeiten auf der thematischen Ebene. Das seit Ende der 1990er Jahre modisch verbreitete „Räumeln“ etwa hat auch in der Stadtsoziologie Raum gegriffen. Der „Geburtsfehler jeder Soziologie der Stadt“ (487) wird dabei immer dann wiederholt, wenn der Raum weiterhin als Explanans dient und nicht oder erst sekundär Soziales aus Sozialem erklärt wird (siehe Durkheim 1984). Oder wenn nicht mehr Gesellschaft oder soziale Beziehungen, sondern Raum als das zu Erklärende erscheint. Aber erst wenn nach den Mechanismen und Hintergründen der sozialen Konstruktion und Produktion von Raum und nach den Wirkungen ihrer Objektivierung gefragt wird, kommen auch Fragen zu Herrschaft und Klassenverhältnissen zur Geltung.

Ein neuer legitimer soziologischer Ansatz, der sich gerade auch von politökonomischen Zugängen absetzt, ist der der derzeit sichtbarsten und 2012 auf dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie verhandelten Spielart der Stadtsoziologie: Städte und darin verortete kulturelle Symboliken und Praktiken sollen analysiert, nach Zusammenhängen von „Alltagsroutinen und Vorstellungen vom Ganzen der Stadt“ gefragt und Wirkungen qualitativer „Verdichtungen“ und „Heterogenisierungen“ untersucht werden (Berking 2012). Der Anspruch, daraus eine Eigenlogik der Städte abzuleiten und so ein neues stadtsoziologisches Paradigma zu begründen, steht jedoch vor dem methodischen und theoretischen Problem, aus ausschließlich aus Stadt abgeleiteten Variablen Stadt wiederum zu erklären und intervenierende Variablen nicht nur zu isolieren, sondern als irrelevant erklären zu müssen. Mit dieser offensiven Negation von Gesellschaft verkürzt die Eigenlogik-Hypothese mikrosoziologisch die kulturelle Konstruktion der Wirklichkeit à la Peter L. Berger und Thomas Luckmann (2000) bzw. begrenzt sie auf eine Mesoebene „Stadt“. Eine kritische Perspektive wird dabei zumindest gut versteckt. Die Erklärung für die Popularität einer so definierten neuen Stadtsoziologie ist damit bisher nicht in wissenschaftlichen Argumenten oder ersichtlichen Theorien zu finden. Somit ist die aktuelle Kontroverse primär wissenschaftssoziologisch interessant.

Häußermann/Siebel kritisierten 1978 des Weiteren Hans-Paul Bahrdt (1998) für dessen Bürgertums- und Mittelschichtsperspektive (495).

Dieser Bias ist nicht nur bei Bahrtdt zu finden, was u. a. auf die Selektivität des Bildungswesens zurückzuführen sein dürfte. Die meisten der an deutschen Universitäten und Hochschulen tätigen Stadtsoziolog_innen haben selber einen sozialen Mittelschichts- und Bildungsbürgertumshintergrund. Vor allem aber prägen Universität und Wissenschaft zwangsläufig deren Lebenswelt. Der Wandel des öffentlichen Raums z. B. (bei Bahrtdt und folgenden), die Kultur der Arbeiterklasse (bzw. der Unterschicht oder der unterprivilegierten Migrantengruppen), die Riots in den Banlieues oder auch die Stadtentwicklung allgemein werden jeweils aus einer distanzierten bürgerlichen Perspektive gedeutet. Dabei werden die eigenen Normalitätsvorstellungen und Deutungsmuster auf „fremde“ Phänomene übertragen. Das Problem ist also nicht nur eines der Sensibilität für sozioökonomische und kulturelle Heterogenität. Nur selten wird dies berücksichtigt und der lange Zeit v. a. männliche, „weiße“ Blick etwa durch eine Thematisierung von Intersektionalität aufgebrochen und dabei Haupt- und Nebenwidersprüche neu sortiert und in Bezug gesetzt. In Zeiten von Debatten um Leitkultur, Ghettoisierung und Parallelgesellschaften erscheint dies wohl als eine der dringlichsten (Re-)Politisierungen der Stadtsoziologie: Ideologiekritik oder – diskurstheoretisch formuliert – die Stärkung von Gegendiskursen zur Verbreitung anderen Wissens. Neben dem Weberschen „Verstehen“ ist es dabei notwendig, die eigene Kultur und die eigenen Deutungsmuster zu hinterfragen, soll es nicht gleichzeitig zu romantisierenden Verklärungen oder zu Stellvertreterpolitik auf Basis einer „Frei-Schwebenden-Intelligenz als Träger der Wahrheit“ (494) kommen.

Letzteres verweist schließlich auf die weiterhin gültige Relevanz sozialer Bewegungen für die Stadtsoziologie – und vice versa. Die Produktion von Herrschaftswissen und das „legitimatorische Geschäft“ der Absicherung und Unterstützung „administrativer Problemstellungen“ (ebd.) sind immer noch virulent. Die „politisch engagierte Soziologie“ unterliegt nach wie vor auch den „Grenzen der Praxis, nämlich denen der Entwicklungsstufe der politischen Bewegung“ (ebd.). Die Fragen sind daher, woran die Stadtsoziologie anknüpft bzw. anknüpfen kann, ob und wie sie die heute meist marginalen Bewegungen unterstützen und reflektieren will (wissenschaftstheoretische Konsequenzen einmal ausgeblendet) und was die Stadtsoziologie bei ihrer Forschung über Stadt und soziale Bewegungen überhaupt sieht. Was nimmt sie als stadt- und gesellschaftspolitische Praxen wahr? Was wird durch den genannten Bias ausgeblendet? Inwieweit will sie (ggf. gerade nicht) aktivierend, mobilisierend und damit bevormundend sein? Unter anderem die jüngsten „Recht auf Stadt“-Initiativen und die Gentrifizierungsforschung verweisen auf wechselseitige Einflüsse von Bewegungen und Forschung. Die Bewegungen bzw. das, was als solche wahrgenommen wird, haben jedoch i. d. R. denselben Bias wie die Akteure der Stadtsoziologie, weil sie ebenfalls meist zum alternativen Bildungsbürgertum im weitesten Sinne gehören. D. h. auch die Verbindung zwischen Forschung und Bewegung würde so nur ihre eigene „Wahrheit“ produzieren. Ein Dilemma, aus dem derzeit kein Ausweg ersichtlich ist.

Die Stadtsoziologie als Disziplin steht unter Druck, aber nicht nur

durch ihre eigenen, 35 Jahre andauernden Schwächen sowie durch neoliberales Ideologien, die Soziologie entweder wenig nachfragen oder über *rational choice*-Verkürzungen und *homo oeconomicus*-Bilder anschlussfähig machen, sondern möglicherweise vor allem durch ihre direkte Konkurrenz: So drängt sich der Eindruck auf, die Geographie habe die Stadtsoziologie nicht nur wegen einer besseren Ressourcenausstattung, sondern gerade auch wegen deren Theoriedefizits überholt: Von wenigen löblichen Ausnahmen abgesehen, kommen die jüngeren Initiativen einer theoriegeleiteten und gesellschaftskritischen Stadtforschung – seien sie durch Diskursanalyse, seien sie marxistisch inspiriert – überwiegend aus der Geographie. Die sechs Überlegungen zu Strukturen und Dynamiken wissenschaftlicher Disziplinen dürften allerdings auch für eine sich gesellschaftspolitisch verstehende Geographie gelten.

Endnoten

- [1] Vielleicht ist es Zufall, aber dies wird schon augenscheinlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass alleine vier von fünf Mitgliedern des aktuellen Vorstandes der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie in der DGS in der Lehre Sozialarbeiter_innen ausbilden.

Autor_innen

Jan Wehrheim ist Sozialwissenschaftler und Entwicklungspolitologe. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Stadt- und Devianzsoziologie sowie neue Kontrolltechnologien.

Kontakt: jan.wehrheim@uni-oldenburg.de

Literatur

- Bahrddt, Hans-Paul (1998 [1961]): Die moderne Großstadt. Frankfurt a. M./New York.
- Berger, Peter L. / Luckmann, Thomas (2000 [1969]): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Frankfurt a. M.
- Berking, Helmuth (2012): Eigenlogik der Städte?, http://raumsoz.ifs.tu-darmstadt.de/pdf-dokumente/DGS_EIGENLOGIK2012_Berking.pdf (25.03.2013).
- Carles, Pierre (2009): Pierre Bourdieu im Portrait: Soziologie ist ein Kampfsport. (Film) Frankfurt a. M.
- Durkheim, Emile (1984 [1895]): Regeln der soziologischen Methode. Frankfurt a. M.
- Goffman, Erving (1967 [1963]): Stigma. Frankfurt a. M.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (1978) Thesen zur Soziologie der Stadt. In: Leviathan, 6: 484-500.
- Kuhn, Thomas S. (1996 [1962]): Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Frankfurt a. M.



Replik

Walter Siebel

Debatte

2013, Heft 1, 147-154
zeitschrift-suburban.de

Hartmut Häußermann / Walter Siebel ‚Thesen zur Soziologie der Stadt‘

Kommentare von:
Sybille Bauriedl
Norbert Gestring
Johanna Hoerning
Carsten Keller
Jan Wehrheim

Replik von:
Walter Siebel

Jan Wehrheim (2013) nennt zwei gegensätzliche Gründe, aus denen alte Artikel von Interesse sein könnten: weil sie heute noch gültige Aussagen enthalten, oder weil ihre Problemdefinitionen und Kategorien, gerade weil sie überholt sind, dazu dienen können, neue Zugänge zum Gegenstand der Forschung zu präzisieren. Was an unserem Aufsatz heute noch gültig sei, wird in den Kommentaren ausführlich angesprochen. Auch kann ich den darin angedeuteten Forschungsperspektiven überwiegend zustimmen. Eine produktive Auseinandersetzung damit würde einen sehr langen Aufsatz zur Folge haben. Es scheint mir deshalb sinnvoller, mich auf die Lücken unseres damaligen Diskussionsbeitrags zu konzentrieren und darauf, was heute anders formuliert werden müsste. Zum Schluss will ich etwas ausführlicher eingehen auf die für uns zentrale Diskussion über das Verhältnis von kritischer Stadtsoziologie und einer am Informationsbedarf des politisch-administrativen Systems (PAS) orientierten Stadtplanungssoziologie.

Wir haben vieles nicht erwähnt und manches auch nicht vorausgesehen: die Rolle der Immobilienwirtschaft, der Wandel von der Industrie zur Dienstleistungs- und Wissensökonomie, die Rolle der Geschlechterverhältnisse. Wir haben kein Wort über den demographischen Wandel verloren, geschweige denn von Deindustrialisierung und Schrumpfung geschrieben [1]; von einer möglichen Renaissance der Städte ist nirgends die Rede, im Gegenteil, Suburbanisierung wird als auch in der Zukunft dominanter Trend unterstellt. Begriffe wie soziale Polarisierung und Ausgrenzung, die als neue und verschärfte Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit in der heutigen Stadtdiskussion eine zentrale Rolle spielen, kommen gar nicht vor. Über all das haben wir selber später viel und ausführlich geschrieben, aber in diesem Aufsatz ging es uns um Programmatisches: Wenn die Stadtsoziologie Soziologie sein will, muss sie Anschluss an die zentralen Fragen der Soziologie halten. Wenn sie Wissenschaft sein will, darf sie die Thematisierungskompetenz nicht der Planungspraxis überlassen. Wenn sie kritische Wissenschaft sein will, muss sie die Stadt als eine von der bestehenden Gesellschaft, ihren ökonomischen und sozialen Strukturen geprägten Gegenstand analysieren. Und wenn sie politisch sein will, muss sie die Stadt als einen auch von der

Politik und von gesellschaftlichen Interessen konstituierten Gegenstand verstehen.

Blinde Stellen in wissenschaftlichen Arbeiten haben mit subjektiven Mängeln zu tun, aber nicht nur. Max Weber hat der Soziologie „ewige Jugendlichkeit“ attestiert, weil sich Gesellschaft laufend ändert. Anders als in den Naturwissenschaften kann Soziologie nicht hoffen, ihrem Gegenstand in geduldiger Forschungsarbeit allmählich näher zu kommen. Sie kann froh sein, wenn der Abstand nicht größer wird, und dazu muss sie ihre Fragestellungen, ihre Begriffe und Erklärungen laufend ändern. Wenn sich die Stadtsoziologie und die Soziologie generell in den letzten 35 Jahren verändert haben, so ist dies, wie Wehrheim schreibt, deshalb doppelt zu analysieren: als Veränderung ihres Gegenstands und als Veränderung der Soziologie selber, die im Zuge methodischer und theoretischer Fortschritte ihre theoretischen Prämissen, Fragestellungen und Erhebungsinstrumente laufend verändert hat.

Die Lücken des Aufsatzes sind also nicht nur auf die programmatische Absicht des Aufsatzes zurückzuführen sondern auch auf den Wandel des Gegenstandes; aber eben auch auf eine Beschränkung des Blicks, d. h. auf die mehr oder weniger expliziten Vorannahmen, die in die von uns verwendeten Begriffe eingelassen sind. Heutige stadtsoziologische Argumentationen bedienen sich eines anderen Vokabulars. Aber ein Wechsel des Vokabulars ist nicht nur ein Wechsel der Sprache. Eine andere begriffliche Sprache begreift auch Anderes. Wir haben noch mit Begriffen aus der marxschen Theorie operiert, die damals schon wenig mit der Realität zu tun hatten, aber in aller Munde waren, jedenfalls bei sich explizit als kritisch verstehenden Sozialwissenschaftlern. Sehr zu recht wird die aus heutiger Sicht naive oder auch romantisierende Rede von einer Arbeiterklasse kritisiert. Und wir haben von der Industriegesellschaft geredet, als der Umbruch zur postindustriellen Gesellschaft längst stattfand. Der Aufsatz ist in der Tat auch „ein Kind seiner Zeit“ (Gestring 2013). Aber wenn Johanna Hoerning (2013) schreibt, er leide „unter einer Verkürzung auf die spezifische Situation der europäischen industriellen (Spät-)Moderne“, so ist das zutreffend und zugleich falsch: Ich halte solche Verkürzung für notwendig. Über Stadt kann immer nur im Hinblick auf eine bestimmte Gesellschaft in einer bestimmten historischen Epoche empirisch gehaltvoll gesprochen werden. Die Kritik an einem ahistorischen Stadtbegriff, wie ihn Louis Wirth versucht hat, ist gerade einer der zentralen Punkte unseres Aufsatzes.

Norbert Gestring kritisiert unsere Auseinandersetzung mit Hans Paul Bahrtdt. Wir haben in der Tat in einer allzu schnellen Ideologiekritik das kritische, um nicht zu sagen utopische Potenzial der Polarität von Öffentlichkeit und Privatheit übersehen. Die Kritik daran trifft zwar zu, soweit sie darauf hinweist, dass ein Modell bürgerlichen Lebens zur Grundlage einer Theorie von Stadt gemacht wird. Sie greift aber zu kurz, wo sie übersieht, dass auch Marx die bürgerlichen Ideale nicht etwa abschaffen wollte. In der marxschen Utopie sollten sie nur auf materielle Füße gestellt werden. Und schließlich: wenn Sybille Bauriedl (2013) uns vorhält, wir hätten „die Debatten der feministischen Stadtforschung seit Ende der 1970er Jahre“ nicht aufgenommen, so hat sie auch recht. Ich kann zu unserer

Entlastung nur anführen, dies wäre uns auch schwer gefallen. Unser Aufsatz ist 1978 erschienen, die früheste von ihr erwähnte derartige Publikation aber erst 1984. Das ändert allerdings nichts an unserer Blindheit. Dass das Geschlechterverhältnis als eine dominante Dimension sozialer Ungleichheit in die Struktur der Städte eingeschrieben ist, hätte uns ja auch selbst auffallen können. Bei den von Bauriedl genannten Perspektiven künftiger Stadtforschung habe ich allerdings den Eindruck, dass sie noch etwas zu eng an der feministischen Kritik der Suburbanisierung orientiert sind und übersehen, welche Rolle gerade die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt bei der „Renaissance“ der Städte und den damit verbundenen Prozessen der Gentrifizierung spielt.

1978 ist schon recht lange her. In 35 Jahren ändert sich manches, die Gesellschaft, die Stadt, die Stadtpolitik, die Stadtforschung und nicht zuletzt man selber. Und zugleich ändert sich wenig. Wir haben unser Editorial zu dem Heft des Leviathans, in dem der hier wieder abgedruckte Aufsatz erschienen ist, mit dem Satz begonnen: „Die Formel von der ‚Krise der Stadt‘ ist schon so abgeklappert, daß man sie kaum noch zu gebrauchen wagt“. Das gilt heute erst recht. Und die Krise tut obendrein seit 35 Jahren immer nur dasselbe: Sie verschärft sich laufend, und das gilt für alle ihre Aspekte: für die Handlungsspielräume kommunaler Politik, die Segregation, den Verlust an urbaner Kultur... Wäre es nicht an der Zeit, dass die Stadtforschung nach den Faktoren fragt, die die deutschen Städte trotz all dieser Krisen funktionsfähig gehalten haben? Wenn in manchen Städten bereits 40% der Bewohner Migrationshintergrund haben, weshalb dann gibt es hier weniger Konflikte als in französischen, englischen oder amerikanischen Städten? Was befähigt eine Gesellschaft, noch dazu eine, in der ein eliminatorischer Rassenwahn 12 Jahre lang an der Macht war, vergleichsweise so gelassen mit so viel Fremdheit umzugehen? Wenn sich der Handlungsspielraum kommunaler Politik stetig verengt, wieso funktionieren die Städte immer noch? Die kritische Soziologie hat sich meist auf krisenhafte Phänomene und damit auf das, was eine Gesellschaft vorantreibt, konzentriert. Sollte sich die Stadtsoziologie nicht auch auf die andere Ursprungsfrage der Soziologie besinnen: Was hält eine Gesellschaft zusammen?

Mit der Frage nach den Faktoren gelingender Integration oder der Stabilität von Stadtquartieren könnten Informationen erarbeitet werden, die eine präventive Stadtpolitik ermöglichen, welche also die krisenhaften Entwicklungen gar nicht erst beginnen läßt, bei denen, wenn sie einmal – häufig teufelskreisartig – in Gang gekommen sind, allenfalls Schadensbegrenzung möglich ist. Solche Fragestellung bestätigt, was in den Kommentaren mit höflicher Zurückhaltung und dankenswertem Takt angesprochen wird: dass Hartmut Häußermann und ich trotz unserer Kritik an der Banalität der Stadtplanungssoziologie uns durchaus um Praxisrelevanz bemüht haben, teilweise sogar direkt in der Praxis tätig geworden sind.

Es gibt handfeste (und legitime) Gründe für eine Orientierung auf den Informationsbedarf des PAS: Geld für Forschung und Arbeitsplätze für Absolventen. Seit 1970 sind vorwiegend in außeruniversitären Forschungseinrichtungen, aber auch in der planenden Verwaltung

Arbeitsmöglichkeiten für Sozialwissenschaftler entstanden, bei denen praxisrelevante Qualifikationen gefragt sind und weniger Grundsatzkritiken, die der Praxis vorhalten, was sie alles nicht leisten kann.

Nun sind die Grenzen der Praxisrelevanz soziologischer Forschung nicht nur die der Soziologie, sondern vor allem die der Praxis [2]. Praktisch relevant ist für den Planer nur die Information, die innerhalb seines Handlungsspielraums auch verwertbar ist. Die Knappheit der Ressourcen Geld, Zeit und Legitimität verengt und verschiebt den Handlungshorizont der Planung gegenüber dem Erklärungshorizont der Soziologie. Wenn aber das politisch Machbare darüber entscheidet, was praktisch relevant ist, wird das Kriterium Praxisrelevanz in dem Maße für das Wissenschaftssystem gefährlich, wie sich der Handlungsspielraum des PAS verengt. Umgekehrt verlieren Forschungsergebnisse, die sich an innerwissenschaftlichen Kriterien orientieren, an Interesse für die Praxis. Zudem ist das PAS nicht nur an Aufklärung interessiert, sondern fördert oder verhindert Forschung durchaus auch aus „gegenaufklärerischen Interessen“ (Offe).

Sich angesichts dieser Tatsachen in den akademischen Elfenbeinturm zurückzuziehen, wäre aber nicht nur aus den oben angeführten pragmatischen Gründen problematisch. Die Soziologie ist eine empirische Wissenschaft. Als solche ist sie doppelt auf die Praxis angewiesen. Zum Einen, weil das PAS einen wesentlichen Teil der Daten, die auch eine kritische Stadtforschung benötigt, produziert und kontrolliert. Wer Stadtpolitik nicht nur an ihren Ergebnissen und damit von außen kritisiert, sondern auch die Mechanismen einer Politik offenlegen will, die zu solchen Ergebnissen führt, für den ist teilnehmende Beobachtung von Nutzen. Das von Hartmut Häußermann entwickelte Monitoring-System für Berlin liefert nicht nur Daten für die Stadtverwaltung. Es bietet zum ersten Mal in der Geschichte der Stadtforschung qualitative und quantitative Informationen aus den verschiedensten Bereichen der Verwaltung wie aus der Statistik für eine differenzierte Längsschnittbeobachtung der Veränderungen der sozialräumlichen Strukturen einer deutschen Großstadt. Zum andern sind politisch-praktische Problemstellungen nicht ohne Bedeutung für die Fortentwicklung sozialwissenschaftlicher Theorie. Theorieentwicklung in der Soziologie ist stets Reaktion auf und Verarbeitung von realen gesellschaftlichen Prozessen. Dazu gehören auch die Problemdefinitionen und Interventionen des PAS. Auch für die soziologische Theorie bietet der Elfenbeinturm nur begrenzte Aussichten. Gerade eine kritische Stadtforschung, die sich von der Politik fernhielte, geriete damit ins Abseits akademischen Rasonierens, denn es gibt wohl kaum einen Gegenstand, der stärker politisch konstituiert wäre als die Stadt.

Gewichtiger aber sind Überlegungen darüber, ob die strukturellen Hürden zwischen dem Wissenschaftssystem und dem Anwendungssystem wirklich so hoch sind, wie wir das vor 35 Jahren eingeschätzt haben. Anders gesagt: Besteht auch heute noch das gleiche „Dilemma zwischen bloßer Auftragsforschung und einer im schlechten Sinne akademischen Wissenschaft“ (Keller 2013)? Ich will vier Argumente dagegen anführen.

Erstens: Die Stadtplanung hat sich geändert. Noch in den 70er Jahren ging es um Verkehrsprobleme, die Zuordnung der „städtischen

Funktionen“, um Dichtemaße, technische Ausstattungsstandards und Dachformen. Soziales kam allenfalls als unbeabsichtigte Nebenfolge physisch-technischer Planungen in den Blick. Heute ist von Integration, Segregation, kreativen Milieus, Ausgrenzung, von Bildungsproblemen, der ethnischen Ökonomie und der Zugänglichkeit des lokalen Arbeitsmarkts die Rede. Kurz: die Probleme der Stadtplanung werden nicht mehr ausschließlich in technischen und physisch-räumlichen Kategorien definiert, sondern mehr und mehr in sozialen. Die kommunale Politik kommt also den Problemdefinitionen der Sozialwissenschaften näher. Zu diesem Wandel hat die Stadtsoziologie selbst beigetragen, indem sie Deutungsmuster und Kategorien bereitgestellt hat, um die Veränderungen der städtischen Wirklichkeit überhaupt wahrnehmen zu können. Aber entscheidend war der steigende Problemdruck. Die sozialen Probleme der Städte sind zu offenkundig geworden, als dass es der Politik (oder auch einer noch so elfenbeinartig abgeschlossenen akademischen Soziologie) gelingen dürfte, sie zu übersehen. Immer mehr Menschen leben in Städten. Die Probleme einer zunehmend ungerechteren Gesellschaft werden in den Städten sichtbar, sie werden durch städtische Entwicklungen auch verschärft. Ausgrenzung beispielsweise ist ohne eine räumliche Dimension kaum zu diagnostizieren. Es muss nicht gleich das organisierte Proletariat sein, es genügen auch schon ein paar Riots, und die soziale Frage wird sich der Stadtpolitik wie der Stadtforschung unabweisbar stellen.

Zweitens: Wir haben damals die in den Kommunalverwaltungen und der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft institutionalisierten Traditionen einer sozial verantwortlichen Stadtpolitik unterschätzt. Das Programm Soziale Stadt war ein Schritt in die richtige Richtung, von dem jetzt allerdings gerade das, was daran vorbildhaft für eine neue Stadtpolitik hätte sein können, wieder zurückgenommen worden ist: die Verbindung von physisch-technischen Maßnahmen mit Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Integrations- und Sozialpolitik. Trotzdem bemühen sich viele Kommunalverwaltungen zusammen mit den noch verbliebenen gemeinnützigen Trägern weiterhin um eine Stabilisierung problembeladener Quartiere, die ohne solche in den Kommunalverwaltungen und gemeinnützigen Trägern tradierte Fürsprache wohl noch weit weniger Berücksichtigung fänden.

Drittens: Wir haben damals mit etwas zu pauschaler Geste Stadt und generell räumliche Kategorien als Einheiten soziologischer Problemdefinitionen verworfen. Norbert Gestring (ebd.) betont zu Recht, dass die Spaltung der Städte in zwei konträre Entwicklungsmuster – Wachstum versus Schrumpfen – räumliche Disparitäten für die Differenzierung sozialer Ungleichheit hoch relevant gemacht hat. Martin Gornig (2012, vgl. auch Häußermann 2012) beispielsweise hat kürzlich festgestellt, dass zwar in den prosperierenden Großstädten des Westens von einer sozialen Polarisierung zu sprechen ist, in den schrumpfenden Städten des Ostens aber von einer generellen Verarmungstendenz. Interessant wäre auch, die durch die Darmstädter These von der Eigenlogik der Städte [3] wieder aktualisierte Frage systematisch anzugehen, inwieweit wirklich mehr als bloße „Filterwirkung“ (Oswald) hinter der „lokalen Vermittlung“

(Johanna Hoerning 2013) gesellschaftlicher Entwicklungen steht.

Viertens: Das klassische Modell der Politik-Beratung kennt nur zwei Akteure: Das Wissenschaftssystem und das Politisch-Administrative System. Wenn sich aber der Staat aus der Wohnungspolitik zurückzieht, macht es wenig Sinn, dass die Wissenschaft ihre – sei es bloß anwendungsbezogenen, sei es kritischen – Erkenntnisse nur an ihn adressiert. Sie muss den Adressatenkreis erweitern: die Öffentlichkeit, Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen, Parteien, private Unternehmen, die Medien, zivilgesellschaftliche Akteure. Und sie muss auch ihren Auftraggebern immer mehr antworten, als sie gefragt wurde (Bahrtdt). Carsten Keller nennt das eine schöne Idee, aber „[...] angesichts der Prekarität im Bereich der Wissenschaft ist es scheinbar nur jenen wenigen Erlesenen vorbehalten, sich kritisch aus dem Fenster zu lehnen, die eine feste Stelle haben“. Aber in Krisen werden gewohnte Problemdefinitionen und Lösungsmuster auch aufgebrochen. Themen wie soziale Polarisierung, Ausgrenzung, Integration, Renaissance der Städte und Schrumpfen sind auch Anzeichen dafür, dass sehr viel grundsätzlichere Phantasie gefordert ist, seit der klassischen Verteilungspolitik die Basis üppiger Wachstumsraten abhandengekommen ist. Sicherlich darf nicht so getan werden, als würden sich in der Krise nicht Schablonen auch verhärten, aber es verstärkt sich auch der Problemdruck, der nach strukturellen Alternativen suchen lässt. Damit – so ist zu hoffen – könnten sich auch die Chancen für eine von den unmittelbaren Handlungszwängen des PAS entlastete Stadtforschung bessern, die sich auf andere Adressaten als nur die institutionalisierte Politik und auf eine gegenüber staatlicher Planung erweiterte politische Praxis orientiert. So könnte sich eine kritische Stadtforschung vielleicht doch von jenem unangenehmen Automaten unterscheiden, an den F. W. Bernstein in seiner „Durchsage“ erinnert:

Zu Mannheim stand ein Automat
um die Jahrhundertwende,
der jeden an das Schienbein trat,
der dafür zahlte. Ende.

Endnoten

- [1] Auf Schrumpfen als neuen Typus der Stadtentwicklung haben wir zum ersten Mal auf dem Dortmunder Soziologentag 1985 referiert und auch publiziert: Häußermann /Siebel 1985a; ausführlich dann über den Zusammenhang von Deindustrialisierung und Schrumpfen: Häußermann /Siebel 1985b; über Dienstleistungsgesellschaft: Häußermann /Siebel 1995; über Ausgrenzung zusammen mit Martin Kronauer: Kronauer/Siebel 2004; zu weiteren Themen wie Renaissance der Städte, Rolle der Immobiliengesellschaften etc. zusammen mit Dieter Läßle: Läßle/Siebel 2007.
- [2] Im Folgenden stütze ich mich teilweise auf einen ebenfalls alten Artikel: Walter Siebel (1984): Minnesänger und Narren. Zu Funktion und Voraussetzungen sozialwissenschaftlicher Stadtforschung. In:

Raumforschung und Raumordnung 7/42.

- [3] Eine ausführliche Diskussion zum Eigenlogik-Ansatz erscheint in Leviathan 2013 im Juni dieses Jahres.

Autor_innen

Walter Siebel forscht zu Stadtentwicklung, Stadtkultur, Integration, Stadt und soziale Ungleichheit.

Kontakt: walter.siebel@uni-oldenburg.de

Literatur

- Bauriedl, Sybille (2013): Androzentrische Leerstellen der Stadtforschung: Geschlechtliche Arbeitsteilung, heteronormative Geschlechterkonstruktion und deren sozialräumliche Organisation. Kommentar zu Häußermann & Siebels „Thesen zur Soziologie der Stadt“. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 1, 119-123.
- Gestring, Norbert (2013): Thesen zur Soziologie der Stadt – revisited. Kommentar zu Häußermann & Siebels „Thesen zur Soziologie der Stadt“. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 1, 124-128.
- Goebel, Jan / Gornig, Martin / Häußermann, Hartmut (2012): Wirtschaftliche Dynamik der Städte und Einkommenspolarisierung. In: Leviathan 40, 371–398.
- Gornig, Martin (2012): Bestimmt die wirtschaftliche Dynamik der Städte die Intensität sozialräumlicher Spreizungen mit? In: BBSR-Berichte KOMPAKT 03/2012, 8.
- Häußermann, Hartmut (2012): Wirtschaftliche Dynamik der Städte und Einkommenspolarisierung. In: Leviathan 40, 371–398.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (1985a): Die Chancen des Schrumpfens. Plädoyer für eine andere Großstadtpolitik in: Die Zeit Nr. 13/85 (22.03.1985).
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (1985b): Neue Urbanität. Frankfurt/M.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (1995): Dienstleistungsgesellschaften. Frankfurt/M.
- Hoerning, Johanna (2013): Von der Stadtsoziologie des Bürgertums zur Stadtsoziologie der industriellen Moderne? Kommentar zu Häußermann & Siebels „Thesen zur Soziologie der Stadt“. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 1, 129-134.
- Keller, Carsten (2013): Alte Thesen neu gelesen. Perspektiven kritischer Stadtforschung. Kommentar zu Häußermann & Siebels „Thesen zur Soziologie der Stadt“. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 1, 135-140.
- Kronauer, Martin / Siebel, Walter (2004): An den Rändern der Städte. Frankfurt/M.

- Läpple, Dieter / Siebel, Walter (2007): Stadtpolitik. Frankfurt/M.
- Siebel, Walter (1984): Minnesänger und Narren. Zu Funktion und Voraussetzungen sozialwissenschaftlicher Stadtforschung. In: Raumforschung und Raumordnung 7/42, 287-294.
- Wehrheim, Jan (2013): Konjunkturen gesellschaftstheoretischer Perspektiven auf große Städte: Zur Aktualität der „Thesen zur Soziologie der Stadt“ von Häußermann und Siebel (1978). In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 1, 141-146.

Debatte

2013, Heft 1, 155-168
zeitschrift-suburban.de

Margit Mayer
,Urbane soziale
Bewegungen in der
neoliberalisierenden
Stadt'

Kommentare von:
Grischa Bertram
Peter Birke
Volker Eick
Samuel Mössner
Lisa Vollmer

Replik von:
Margit Mayer

Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt

Margit Mayer

Der Aufsatz verfährt in drei Schritten: Zunächst stellt er die spezifische Konzeption von Neoliberalisierung vor, die im Zusammenhang städtischer Konflikte und Bewegungen produktiv erscheint, um im zweiten Schritt die Widersprüche und Implikationen der Neoliberalisierung für städtische Entwicklungen und Stadtpolitik auszuführen. Aus dieser Perspektive werden schließlich, drittens, einige aktuelle Konflikte und Kämpfe um die Neoliberalisierung der Stadt betrachtet und einige ihrer spezifischen Herausforderungen identifiziert, insbesondere die Gegensätze zwischen von der kreativen Stadtpolitik profitierenden Bewegungsakteuren und solchen, die stärker von repressiven und Austeritätsmaßnahmen betroffen sind.

*Ersteinreichung: 23. Februar 2013; Veröffentlichung online: 25. Juli 2013
An English abstract can be found at the end of the document.*

Aus verschiedenen neuen Theorieperspektiven wird polit-ökonomisch und neomarxistisch orientierten Analysen des neoliberalen Projekts vorgeworfen, sie sähen die neoliberale Ordnung zu fatalistisch: als immer schon das Politische kooptierende und Protest immer schon in herrschaftliche Reorganisation integrierende. Auch im Call for Papers zur zweiten Nummer dieser Zeitschrift („Die postpolitische Stadt“) heißt es, dass solcherlei Beschreibungen des Neoliberalismus wenig Raum böten, „um Verschiebungen und Widerständigkeiten denken und begreifen zu können.“ (sub\urban 2013) Im Gegensatz dazu denke ich, dass gerade die neomarxistische kritische Stadtforschung, die sich im Gefolge regulationstheoretischer Ansätze entwickelt hat, durchaus einen wichtigen Beitrag zur Analyse politisch-sozialer Auseinandersetzungen leisten kann und geleistet hat. Bereits für die frühen deutschen regulationstheoretischen Arbeiten (wie z. B. Hirsch/Roth 1986) waren politisch-soziale Kräfteverhältnisse, Konflikte und Kompromisse stets ausschlaggebend für die Erklärung der Entwicklung des „post-fordistischen“ Regulationsmodells, und sowohl die kritische Stadtforschung als auch Teile der Bewegungsforschung haben diese Perspektive weiterentwickelt und ihr Potential und ihre Erklärungskraft sowohl für die Veränderungen „des Politischen“ als auch die Entwicklung von widerständigen Bewegungen bereits vor dem Aufkommen von *governmentality studies* unter Beweis gestellt (vgl. u. a. Hamel et al. 2000, Mayer 1998, Mayer/Roth 1995, Forschungsjournal NSB 1990). [1] Mit dem Aufkommen der Neoliberalismus-Diskussion

entwickelten sich weitere Forschungszusammenhänge, die neomarxistische Perspektiven auf die Analyse von städtischen Umstrukturierungen unter dem Einfluss der Neoliberalisierung anwandten. [2] In diesen Arbeiten dominiert ein breiter Politikbegriff, der sowohl die zentrale Rolle lokalen politischen Handelns bei der Herausbildung von kontextspezifischen neoliberalen „Ordnungen“ thematisiert, als auch neue und alte Formen von Widerständigkeiten, die sich gegen die Neoliberalisierung auflehnen, durchaus als politische konzipiert. [3] Viele dieser Untersuchungen zeigen auf, worin sowohl die Chancen als auch die Herausforderungen von antihegemonialen Bewegungen im neoliberalen Urbanismus bestehen (vgl. Künkel/Mayer 2012). Die Begriffe des neoliberalen Regierens von Stadt und der neoliberalen Ordnung werden in dieser Perspektive keineswegs „fatalistisch gedacht“ (wie der Cfp von sub\urban dieser Denkrichtung unterstellt); ganz im Gegenteil, der neomarxistisch inspirierte Blick auf die heutige Stadt(politik) insistiert gerade auf der Notwendigkeit, beides zu untersuchen: sowohl die verschärften Tendenzen der Neoliberalisierung (die im vorliegenden Aufsatz anhand von Kreativer-Stadt-Politik sowie „*austerity urbanism*“ und deren Wirkungen untersucht werden) als auch Beispiele von Politikexperimenten, die im Ergebnis nicht mehr neoliberale Rationalitäten und marktorientierte Lösungen für die Probleme städtischen Lebens vorantreiben, sondern alternative, markt-regulierende Agenden [4] sowie alternative, solidarische und ökosozialistische, und auf allen Ebenen mit radikal-demokratischen Entscheidungsstrukturen ausgestattete Regulatormodelle (vgl. Brenner/Peck/Theodore 2010a: 342).

Der Aufsatz verfährt in drei Schritten: Zunächst stelle ich die spezifische Konzeption von Neoliberalisierung vor, die mir in diesem Zusammenhang als die produktivste erscheint, um im zweiten Schritt die Widersprüche und Implikationen der Neoliberalisierung für städtische Entwicklungen und Stadtpolitik auszuführen. Aus dieser Perspektive werde ich schließlich drittens aktuelle Konflikte und Kämpfe um die Neoliberalisierung der Stadt betrachten und einige ihrer spezifischen Herausforderungen identifizieren.

1. Das Konzept der Neoliberalisierung

Im Gegensatz zu Autoren, die eine eher monolithische Konzeption von Neoliberalismus in die Debatte gebracht haben (Altvater 2009, Stiglitz 2008, Wallerstein 2008) und auch im Gegensatz zu poststrukturalistischen Positionen (wie z. B. Ong 2007), die vor allem die Partikularität jeder spezifischen Ausformung betonen, orientiere ich mich an der Konzeptualisierung, die Neil Brenner, Jamie Peck und Nik Theodore vorschlagen, weil sie Anknüpfungspunkte bietet, um die Auswirkungen des neoliberalen Umbaus auf Urbanisierungsprozesse und die Rolle des Städtischen in diesem Umbau in den Blick zu bekommen. Sie zielen insbesondere auf die der Neoliberalisierung immanenten Widersprüche und liefern so einen Rahmen, in dem die Chancen und Möglichkeiten von Transformationsstrategien deutlich werden (vgl. Peck/Theodore/Brenner 2012, Brenner/Peck/Theodore 2010a).

Wichtig für ihr Neoliberalisierungskonzept ist vor allem die

Prozesshaftigkeit und Pfadabhängigkeit konkreter neoliberaler Projekte, weshalb sie die Unterscheidung zwischen neoliberaler Ideologie (Neoliberalismus) und Praxis betonen. Während neoliberale *Ideologie* eine Utopie freier Märkte anstrebt, die von jeglicher staatlicher Einmischung „befreit“ sind, hat das neoliberale Projekt in der *Praxis* sogar der Intensivierung staatlicher Intervention bedurft, sowohl um (diverse Formen von) Marktherrschaft durchzusetzen als auch um die Konsequenzen und Widersprüche dieser Vermarktlichung zu verarbeiten bzw. zu managen. Auf der Basis dieser Unterscheidung definieren Brenner u. a. Neoliberalisierung als eine von mehreren Tendenzen von *regulatory change*, die seit den 1970er Jahren im gesamten globalen kapitalistischen System freigesetzt wurden, welche

- markt-basierte bzw. markt-orientierte Reaktionen auf regulatorische Probleme priorisiert,
- Kommodifizierung in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen vorantreibt,
- und sich häufig Instrumenten aus dem Finanzsektor bedient, um neue Anlagesphären für das Kapital zu eröffnen (Brenner/Peck/Theodore 2010a).

Sie ziehen den Begriff der Neoliberalisierung dem des Neoliberalismus vor, um zu signalisieren, dass wir es nicht mit einem fixierten Zustand, sondern einem offenen Prozess markt-orientierter Restrukturierung von Regulationsproblemen zu tun haben, dessen Ende alles andere als vorherbestimmt ist. Bei diesem Prozess kommt es keineswegs zu einer „Konvergenz“ der Ergebnisse in Bezug auf die neuen Regulationsweisen; vielmehr nehmen die Neoliberalisierungsprojekte in ihrer Auseinandersetzung mit höchst unterschiedlichen vorfindlichen regulatorischen Regimes jeweils eine eigene, kontextspezifische Form an. [5] Der Prozess der Neoliberalisierung kennt keine Grenzen, drängt fortwährend auf weitere, intensivierte Privatisierung und Vermarktlichung, erreicht jedoch nie (s)ein Ziel, wo Gleichgewicht hergestellt wäre, weil „Neoliberalismus“ in Reinform nicht realisierbar ist.

Schlüsselarenen, in und durch die diese Prozesse kreativer Destruktion [6] stattfinden, sind in der Perspektive von Brenner u. a. Stadt(regionen) (vgl. Brenner/Theodore 2002a). Weil Städte innerhalb der fordistisch-keynesianischen Produktions- und Reproduktionssysteme eine zentrale Rolle spielten, wurden sie zu den ersten Schauplätzen für zunächst neoliberale *Rollback*-Strategien. Ihre strategische Bedeutung als Orte für Innovation und Wachstum sowie als Zonen dezentralisierter Governance platzierte sie sodann an der Spitze neoliberaler *Rollout*-Programme (Peck/Theodore/Brenner 2009). Folglich fungieren sie heute gleichzeitig als

- Orte, an denen sich der Regulierung bedürftige „Probleme“ manifestieren, wie Armut, Arbeitslosigkeit, Kriminalität, sowie Verkehrs- und Umweltprobleme;
- Orte, wo vermeintliche Lösungsansätze und damit Prototypen neuer Politikansätze entstehen;
- Orte, wo Widersprüche, Konflikte, und Widerstand gegen ebensolche Politikmodelle ausbrechen.

Jedoch obwohl lokale und regionale, insbesondere urbane Räume wichtige Orte für anti-neoliberale Kämpfe darstellen, werden diese Kämpfe laut Brenner und Co. – solange nicht gleichzeitig supra-lokale politische Mobilisierung stattfindet – es nicht schaffen, die übergeordneten geo-institutionellen Arrangements, die allesamt der Absicherung des hyperkommodifizierten und auf Profit ausgerichteten gesellschaftlichen Lebens dienen, zurückzudrängen. Diese supra-lokalen Arrangements, die den übergeordneten Rahmen, den „Kontext der Kontexte“ darstellen (also nationalstaatliche Regierungen, die EU, der IWF, WTO usw.), sind heutzutage allesamt darauf ausgerichtet, marktbasierende Regulationsweisen zu verstärken.

Für langfristig effektive Transformationsprozesse ist folglich die Beziehung zwischen den drei Ebenen regulatorischer Restrukturierung ausschlaggebend:

- die erste bzw. unterste ist die Ebene, wo regulatorisches Experimentieren – in fragmentierter, dis-artikulierter (ort- und *scale*-spezifischer) Form – stattfindet;
- die zweite ist die Ebene der Systeme zwischenräumlichen *policy transfers*, wo die experimentellen, vereinzelt Formen institutioneller Reform sich auf verschiedenen räumlichen Skalen und in strategischen Zonen intensivieren und vernetzen,
- die dritte, oberste Ebene ist die der *rule regimes*, wo sich in den letzten 30+ Jahren die Neoliberalisierungstendenzen vertieft haben – und wo allerdings das neoliberale Regime auch durch *deep socialization* destabilisiert und abgebaut werden kann (Brenner/Peck/Theodore 2010a).

Wie zuvor die Neoliberalisierung, so habe sich auch schließlich deren Überwindung von lokalen, fragmentierten Experimenten, über vernetzte, miteinander abgestimmte Systeme, hin zur „Vertiefung“ (*deepening*) auf der Ebene des *rule regimes* zu entwickeln. In dieser Perspektive erscheint folglich die Vorstellung eines *Postneoliberalismus* als zu simpel, kann sie doch die komplexen und vermittelten Ebenen von regulatorischer Restrukturierung kaum einfangen.

2. Widersprüche in der Neoliberalisierung der Stadt

In meinen eigenen Arbeiten zur neoliberalen Stadtentwicklung, die eng an diese Konzeption angelehnt sind, habe ich vier Phasen seit der Krise des Fordismus unterschieden, in denen zunächst auf die Grenzen der keynesianischen Stadt reagiert wurde und sodann auf die wechselnden Probleme und Widersprüche, die die „die vorwärts taumelnde“ Neoliberalisierung jeweils verursacht hat. Für die hier anstehende Diskussion sind die auf die *Rollback*-Phase der 1980er und die *Rollout*-Phase der 90er Jahre (siehe dazu Mayer 2009 und 2012) folgenden Phasen relevant: Die mit dem *Dot.com-Crash* von 2001 eingeläutete dritte Phase der Neoliberalisierung der Stadt, in der Urbanisierung zum globalen Phänomen geworden ist (dank Integration der Finanzmärkte, die ihre Flexibilität und Deregulierung weltweit für eine schuldenfinanzierte Strategie städtischer Entwicklung genutzt haben (vgl. Harvey 2008: 30)), sowie die jüngste,

von Finanz- und Wirtschaftskrise gezeichnete vierte Phase. Während der dritten Phase war Fremdfinanzierung zur bevorzugten Strategie nicht nur für Stadtentwicklungsprojekte geworden, auch für private städtische Haushalte sowie für Lokalstaaten avancierten Kredite (in regional unterschiedlich stark ausgeprägtem Maß) zu einem zunehmend wichtigen Mechanismus, um Ausgaben zu finanzieren und stagnierendes Wachstum wieder in Schwung zu bringen. Die Konsequenzen dieser Art der Finanzialisierung sind bekannt: Zunächst brach der amerikanische Hypothekenmarkt ein, was zur Bankenkrise führte, welche internationale Auswirkungen hatte und in vielen weiteren Staaten zu Wirtschaftskrisen führte, die vielerorts zur Schuldenkrise wurden, die sich inzwischen mancherorts als Staatskrise manifestiert.

Die jüngste, aktuelle Phase der Neoliberalisierung (in der das neoliberale Projekt durch den Crash von 2008 und die folgende Wirtschaftskrise zwar diskreditiert, aber keineswegs geschwächt ist) ist durch wachsende Fiskalzwänge gekennzeichnet [7], die in den noch stabilen Ländern vor allem auf subnationale Ebenen verlagert werden, in Südeuropa jedoch dank EU und IWF auch auf nationalen Ebenen manifest werden. Überall [8] sind die Kommunen besonders betroffen: in mehr und mehr Städten, nicht nur in den USA, kommt es zu einer neuen, aggressiven Form von Austeritätspolitik (vgl. Mayer 2008). Man könnte diese Form „Austeritätspolitik 2.0“ nennen, weil sie nicht mehr keynesianische Strukturen lokalstaatlicher Daseinsvorsorge schleift, sondern die städtischen Infrastrukturen, die die vorangegangenen kumulierten Runden neoliberaler Restrukturierung überlebt haben bzw. durch sie umgestaltet worden sind.

Als Resultat dieser aufeinanderfolgenden Runden von Neoliberalisierung kann man den aktuellen Stand des Städtischen bzw. der Stadtpolitik zuspitzend vielleicht mit vier Merkmalen charakterisieren:

(a) Nach wie vor ist der neoliberale Urbanismus vom obersten Ziel, Wachstum zu befördern, bestimmt, d. h. die Stadtmanager sind bemüht, mittels allerlei „Spektakeln“ und Groß-Events Investitionsströme in ihre Stadt zu schleusen. Um sich in der verschärften interurbanen Konkurrenz gut zu platzieren, betreiben die meisten Städte (mit Ausnahme der reichen *Global Cities*) Formen von Standortpolitik, die sich eher symbolischer und kostengünstiger Festivalisierungsprojekte bedienen und die nach preisgünstigen Methoden suchen, um „kreative Klassen“ anzuziehen. Diese (innovativen, zunehmend auf *kulturelle* Branding-Strategien setzenden) Bemühungen sind nach wie vor allesamt primär darauf ausgerichtet, den städtischen Raum für (uneingeschränktes) Wachstum zu mobilisieren.

(b) Dazu nutzen sie weiterhin unternehmerische Formen von Governance, wobei marktähnliche Formen der Steuerung in sämtliche gesellschaftliche Bereiche hinein genommen werden. Ergänzt werden diese Steuerungsformen inzwischen mehr und mehr durch Ausschreibungen für spekulative Investitionsprojekte, womit mehr Auswärtsvergabe (*sub- und out-contracting*) von projektspezifischen Initiativen verbunden ist, wie bspw. das Bewerben um bzw. Anwerben von bestimmten Groß-Events (von Olympiaden und *World Cups* bis hin zu Garten-Shows und Bauausstellungen) oder für die Entwicklung bestimmter Stadtteile. Dabei umgehen die Bürgermeister und ihre Partner aus der Privatwirtschaft

zunehmend ihre Stadträte, indem sie spezielle Träger oder *Public-Private Partnerships* ausschließlich zum Zweck der Durchführung des jeweiligen Entwicklungsprojekts bzw. Events einrichten. Soweit dabei noch Hegemonie hergestellt wird, geschieht dies über kleinteilige Einbindungen: An die Stelle von langfristigen, tripartistisch angelegten Regulierungsmodi treten flexible, kleine, ständig wechselnde Zugeständnisse an wechselnde Gruppen. Bei dieser Sorte Adhoc-ismus und Informalisierung der Politik kommt globalen Developern und internationalen Investoren eine wachsende Rolle zu: Zunehmend sind sie es bzw. ihr in die Aufwertung alter und neuer städtischer Zentren fließendes Kapital, die die städtische Umwelt prägen.

(c) Auch Privatisierungsprozesse wurden intensiviert, und zwar vornehmlich im öffentlichen Sektor, wo soziale Einrichtungen abgebaut bzw. reorganisiert und Dienstleistungen und Versorgungsunternehmen zunehmend dem Markt ausgesetzt werden (vgl. Hodgkinson 2012). Aber auch öffentlicher Raum wird zunehmend limitiert, im Zugang beschränkt oder verteuert, und mehr und mehr private Räume werden exklusiv für Elitenkonsum oder, in vielen Ländern, gleich als *gated communities* geschaffen. Inzwischen werden ganze Stadtzentren – von Paris, Manhattan, London bis Hong Kong oder Singapur – zu exklusiven „Zitadellen der Eliten“. Die *Financial Times* vermeldet: „[T]he middle classes and small companies are falling victim to class-cleansing. Global cities are becoming patrician ghettos“ (Kuper 2013).

(d) Das wachsende Gefälle zwischen wirtschaftlich florierenden und darben den Städten sowie das zwischen unterschiedlichen urbanen Zonen ist schließlich ein weiteres signifikantes Merkmal der neoliberalen Stadtlandschaft: Städte mit starken Marktpositionen gedeihen (gleichwohl sie intern verschärfte sozialräumliche Polarisierung produzieren), während verarmte und verarmende Kommunen große Schwierigkeiten haben, ökonomisches Wachstum zu fördern. Die prosperierenden Stadtregionen haben während der letzten Jahre ihre zentralen Geschäftsdistrikte (CBDs) und in jüngster Zeit auch die an CBDs angrenzenden Viertel der Gentrifizierung anheimgegeben, was in den konkurrenzstärksten Städten inzwischen Formen von Mega-Gentrifizierung angenommen hat. Weniger privilegierte, v. a. ärmere Gebiete werden mit neuen sog. Durchmischungs-Politiken bearbeitet, um sie durch Zuzug einkommensstarker Gruppen zu sanieren. In den „Problemvierteln“ werden Quartiers- und Revitalisierungsprogramme (wie Soziale Stadt), die unterstellte Abwärtsspiralen aufhalten sollten, zunehmend ersetzt durch unverblünte Verdrängungsstrategien, die untere Einkommensgruppen aus den Stadtzentren hinaus in immer entferntere Peripherien abschieben. Teurer städtischer Raum wird von allem gesäubert, was seinen Tauschwert mindern oder den exklusiven Kommerz und Konsum, der hier stattfinden soll, stören könnte (vgl. Beckett/Herbert 2010; Brenner/Theodore 2002b) – Elemente, die die Herrichtung des städtischen Raums für Konsum- und touristische Zwecke und als „*work-play environments*“ der Reichen irritieren könnten, werden schonungslos entfernt. [9]

Wirtschaftlich schwache Kommunen dagegen erfahren zunehmend die Konditionen systemischer Austerität, wo strikte, anhaltende Sparpolitik zu

immer drastischeren Einschränkungen der öffentlichen Daseinsvorsorge führt und mancherorts sogar zum Abrutschen in Insolvenz und Zwangsverwaltung. In den USA werden kommunale Finanzkrisen oft benutzt, um (nicht-gewählte) „Notstands-Manager“ einzusetzen, die dann mit uneingeschränkter Machtbefugnis über Stadtregionen, für die der Finanznotstand erklärt wurde, herrschen. Diese Manager erlassen Gesetze und Verfügungen, die zentrale politische und soziale Rechte verletzen oder sogar abschaffen (Peck 2012). Auch in Deutschland explodiert die Zahl überschuldeter Städte, und es mehren sich Fälle von Gemeindepleiten, wo der Sparkommissar eingesetzt wird (die tageszeitung 2013, Müllender 2013, Holtkamp/Kuhlmann 2012, AKP 2011).

Während die zunehmend strafende Regulierung armer und marginalisierter Bevölkerungsgruppen, für die Neil Smith den Begriff des „städtischen Revanchismus“ (1996) geprägt hat, üblicherweise mit einer Stärkung des repressiven „rechten“ Arms des (lokalen) Staats einherging (Verstärkung von Überwachungs- und Sicherheitsmaßnahmen usw.), sehen sich Städte an der Spitze der neuen Austeritätspolitik mancherorts schon genötigt, das Spardiktat nicht nur im Sozialsektor, sondern auch auf Polizei- und Strafanstalten anzuwenden. So produzieren sie weitere Widersprüche im neoliberalen Urbanismus: In den USA schalten Kommunen nicht nur die Beleuchtung ganzer Straßenzüge ab (Davey 2011), sondern reduzieren auch ihre Polizeitruppen (Goode 2012), entlassen ihre Gefängnisinsassen (Davey 2010) und stellen prompt steigende Kriminalitätsraten fest – die allerdings sicherlich nicht nur den klammen Haushalten zuzuschreiben sind, die nun nicht mehr nur den „linken“, sozialen, sondern selbst den repressiven „rechten“ Arm des (Lokal)Staats ausdünnen, sondern sicherlich auch dem Mangel an Alternativen für die von explodierenden Arbeitslosigkeitsraten Betroffenen, v. a. Jugendlichen.

Obendrein sind dank der aktuellen Variante neoliberaler Austeritätspolitik mehr und mehr Städte konfrontiert mit von übergeordneten Ebenen auf sie abgewälzten sozialen und ökologischen „Externalitäten“, die sie mit den (bewährt) untauglichen Methoden von mehr Markt, mehr *Outsourcing*, mehr Deregulierung und Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und sozialer Sicherung anzugehen versuchen – womit sie die Kosten und Lasten den Menschen am unteren Ende der Gesellschaft aufbürden (vgl. Peck 2012: 650-51).

3. Handlungsmöglichkeiten und Herausforderungen für städtische Bewegungen

Die Widersprüche der Neoliberalisierung des Städtischen schlagen sich auch in den Arenen urbaner Bewegungen nieder. Hier reflektiert sich sowohl die Ungleichzeitigkeit von Neoliberalisierungsprozessen als auch die durch sie ausgelöste Konkurrenz – das Gegeneinander-Ausspielen von verschiedenen Gruppen und Gebieten: Marginalisierte, ausgeplünderte Stadtteile werden gegen schicke und revitalisierte ausgespielt, verschuldete Regionen gegen solche, die vom Finanzkapital bevorzugt behandelt werden, von Polizei- und Sicherheitsfirmen kontrollierte bzw. drangsalierte Communities gegen andere, die mit Zugeständnissen

befriedet werden. Diese Gegensätze und ihr systematisches Gegeneinander-Aufbringen manifestieren sich auf allen möglichen Ebenen. Ich werde diese Situation und die mit ihr verbundenen strategischen Schwierigkeiten im Folgenden lediglich anhand eines der Gegensätze, die sich zwischen verschiedenen Teilen des städtischen Bewegungssektors manifestieren, illustrieren. Diese Gegensätze bzw. Disparitäten zwischen unterschiedlichen Widerständen gegen die städtische Neoliberalisierung stellen allerdings große Hürden für den Erfolg von im heutigen Kontext aktiven städtischen Bewegungen dar: Wenn sie eine effektive Rolle in der Destabilisierung des neoliberalen Projekts im Sinne des vorgestellten Modells spielen sollen, müssen diese Gegensätze und Distanzen überwunden werden.

Die Bewegungsszene in den heutigen Städten bietet ein heterogenes Bild, denn die Neoliberalisierung der Stadt hat sehr unterschiedliche Widerständigkeits hervorgebracht (vgl. Mayer 2013a). Die meisten „Recht auf Stadt“-Netzwerke bspw. sind aus (unterschiedlichen) Kombinationen folgender Gruppen zusammengesetzt:

- radikal-autonome, anarchistische oder alternative Gruppen und diverse linke Organisationen,
- im Mittelklasse-Milieu verankerte „Urbaniten“, die ihre angestammte städtische Lebensqualität verteidigen,
- verschiedene Sorten von „Prekären“, die im informellen Sektor, in kreativen Industrien, oder im studentischen Milieu unterwegs sind,
- Künstler und andere Kreative, die sich aus all diesen Bereichen rekrutieren können,
- lokale Umweltgruppen, die sich gegen problematische Klima-, Energie- oder Stadtentwicklungspolitiken engagieren,
- und schließlich Gruppen, in denen sich Migranten, *people of color*, Hartz-IV-Empfänger, Obdachlose, und andere Marginalisierte und Ausgegrenzte organisiert haben bzw. für deren Rechte engagieren – die in nordeuropäischen Bewegungsszenen kaum, in Südeuropa und Nordamerika aber sehr präsent sind.

Obwohl sie alle von neoliberalen Enteignungs- und Unterdrückungsformen betroffen sind, nehmen sie höchst unterschiedliche strategische Positionen innerhalb der neoliberalen Stadt ein. Diese Unterschiede gilt es zu erkennen und zu verstehen, wenn wir die verschiedenen Kräfte bündeln und wechselseitige Synergien nutzen wollen.

Die jeweilige strategische Position resultiert aus der jeweiligen Verortung im Geflecht der Neoliberalisierungsdynamik der Stadt. Auf der einen Seite, dort wo die Neoliberalisierung „kreative Stadtpolitik“ zur effektivsten Form städtischer Entwicklung gekürt hat, sind Kommunen bestimmten Bewegungsgruppen entgegengekommen, insbesondere solchen, deren Initiativen sich produktiv in die lokalspezifische Standortpolitik und Vermarktungsstrategien zur Attraktion von Kreativen, Touristen und Investoren einbinden ließen. Im Maß, wie Stadtregierungen kulturelle Revitalisierung und kreativitätsbasierte Stadtentwicklung als nützliche Strategien entdeckt haben, um ihr Image bzw. ihr spezifisches Branding aufzuwerten, wuchs ihre Bereitschaft, den Forderungen solcher

Bewegungsgruppen nachzukommen und entsprechende Zugeständnisse zu machen. In Hamburg erhielten die Künstler und Alternativen ihre Häuser im Gängeviertel erst nach heftigen Mobilisierungen (Füllner/Templin 2011), andernorts kommen Stadtentwicklungsdiskursen auch ohne solch massiven Druck auf (sub)kulturellen Aktivismus zu, wo auch immer er aufkeimt, um ihn als Standortvorteil in der interurbanen Konkurrenz einzusetzen. Das geschieht im heruntergekommenen Detroit genauso wie in Berlin, wo angesagte Stadtviertel voller Clubs und Strandbars Schlüsselrollen in den offiziellen Stadtvermarktungsdiskursen spielen (vgl. Hughes 2011 und Tulloch 2011 für Detroit, Scharenberg/Bader 2009: 331 für Berlin). Selbst besetzte Häuser und selbstverwaltete soziale Zentren spielen mancherorts ambivalente Rollen, insofern sie städtischen Raum als attraktiv markieren: Die von Aktivisten mit kulturellem Kapital aufgewerteten Räume werden sodann im Rahmen der Kreative-Stadt-Politik von Investoren in wirtschaftliches Kapital verwandelt.

Auf der anderen Seite haben die Bewegungen, die eher von der Austeritäts-Seite der neoliberalisierenden Stadt betroffen sind, eine völlig andere strategische Position inne. Diese Seite zeichnet sich nicht nur durch extreme Sparpolitik aus, wodurch ihre (Über)Lebensbedingungen bedroht bzw. verschlechtert werden, sondern auch durch zunehmend repressive Strategien gegenüber „unerwünschtem“ Verhalten und durch mehr und mehr Entrechtung. Das ist die Seite, die prekäre und undokumentierte Arbeiter_innen, Ghettobewohner_innen, migrantische Gruppen genauso wie Obdachlose, aber auch Beteiligte an städtischen Revolten [10] zu spüren bekommen.

Ihre (oft weniger sichtbaren) Kämpfe gegen die von ihnen erfahrene Diskriminierung und Enteignung haben Erstwelt-Städte zu Arenen anti-rassistischer und anti-kolonialer Kämpfe gemacht. Dieses Kampffeld ist äußerst heterogen und fragmentiert, werden hier doch höchst unterschiedliche Probleme und Missstände skandalisiert. Neben Anti-Armut- und Anti-Hunger-Initiativen, selbstorganisierten sowie *advocacy*-Gruppen gegen Obdachlosigkeit und Erwerbslosigkeit engagiert sich hier ein breites Spektrum von Migrant- und Workers Centers bis hin zu Stadtteil- und *Community*-Organisationen von *people of color*, die in vielfältigen Formen von *transformative organizing* involviert sind (vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung 2011). Die meisten dieser Bewegungen stoßen – wenn nicht auf taube Ohren – auf weit mehr Einschränkungen, Überwachung, aggressivere Polizeimaßnahmen und Kriminalisierung als ihre meist komfortabler positionierten (potentiellen) Verbündeten in den alternativen, gegenkulturellen und anarchistischen Szenen.

Die differenzierenden staatlichen Repressionsformen verschärfen die Trennlinien zwischen den verschiedenen Bewegungsgruppen, aber selbst ohne dieses zusätzliche Auseinanderdividieren existieren riesige Distanzen zwischen den vergleichsweise privilegierten Bewegungsgruppen und den *urban outcasts* (Wacquant 2007). Die Realität der extrem unterschiedlichen Alltagserfahrungen und kulturellen Hintergründe schafft veritable Hürden für ein Zusammenführen der gemeinsamen Interessen im Widerstand gegen die Neoliberalisierung der Stadt. Aber die Kämpfe all derer, die aus der neoliberalen Stadt ausgeschlossen

sind – egal ob an den Peripherien dieses Modells (in den *banlieues* und Ghettos) oder unsichtbar, von prekären und versteckten Räumen aus die privilegierten Stadtnutzer bedienend –, müssen vernetzt und verbunden werden, wenn das neoliberale Herrschaftsregime destabilisiert werden soll. Um einer solchen Verknüpfung der Kämpfe näherzukommen, sollten die privilegierteren Bewegungsgruppen ihre Schlüsselposition im Rahmen aktueller städtischer Entwicklungspolitik und den Einfluss, den sie ermöglicht, strategisch einsetzen. Sie könnten ihr „kulturelles Kapital“, das Stadtpolitiker so gerne instrumentalisieren, z. B. nicht nur für temporäre und auf die eigene Klientel begrenzte Zwecke nutzen. Es kann weit mehr Hebelwirkung entfalten in Zusammenhang mit den breiteren Kämpfen gegen die Exklusionen des neoliberalen Urbanismus, wie sich in den neuen Kollaborationen zwischen *Occupy*- und *Indignado*-Aktivisten einerseits und Stadtteil- und Mietergruppen sowie *Community*-Organisationen andererseits gezeigt hat. Diese Formen von Zusammenarbeit – bspw. in Blockaden zur Verhinderung von Zwangsräumungen oder Kampagnen gegen Hypothekenkündigungen – bieten Gelegenheiten, Vorbehalte und Misstrauen zwischen Migrantengruppen, *people of color*, Sozialhilfe-Empfängern einerseits und den „Radikalen“ aus den *Occupy*- und *Indignado*-Bewegungen andererseits abzubauen. Wo die *outcasts* der neoliberalen Stadt mit denen zusammenarbeiten, deren Aktivismus und Talente (zumindest partiell) begehrt sind im Rahmen der neoliberalen Stadtpolitik, und sie deshalb über *leverage* verfügen, können erste Schritte in Richtung auf eine stärkere gegenhegemoniale Bewegung gemacht werden.

Allerdings: weil das neoliberale Projekt mit multi-skalaren Politiken operiert, und weil die neue Austeritätspolitik die Sparlasten über Skalen und Regionen hinweg umverteilt, müssen progressive Alternativen ebenfalls über die lokale Ebene hinausreichen (vgl. Peck 2012: 651). Anti-neoliberale Bewegungen müssen, parallel zur Entwicklung alternativer – ökosozialistischer, solidarischer, radikal-demokratischer – Regulatormodelle sich auch über ihre jeweilige Stadt hinaus vernetzen und mit anderen Orten und Regionen, auch transnational, koordinieren. Auch solche Prozesse sind bereits in Gang gekommen, insbesondere im Rahmen des Weltsozialforums und diverser regionaler Sozialforen genauso wie durch vielfältige Vernetzungsinitiativen im Gefolge der *Occupy*- und *real democracy*-Bewegungen sowie von Recht-auf-Stadt-Netzwerken (vgl. Mayer 2013b). Es wird nun darum gehen, all die fragmentierten, lokal- und kontext-spezifischen Experimente in Richtung auf eine „fester vernetzte, transnational orchestrierte Formation wechselseitig rekursiver Reformstrategien zu bewegen“ (Brenner u. a. 2010a: 338), so dass wir schließlich zur dritten Ebene gelangen, wo das neoliberale Regime durch „tiefe Vergesellschaftung“ ausgehebelt wird.

Endnoten

- [1] Allerdings wurden gerade städtische Konflikte und städtische Bewegungen insbesondere in der deutschen Forschungslandschaft

- vielfach als prä- oder nichtpolitisch rezipiert (vgl. Hohenstatt/Rinn 2013).
- [2] Siehe z. B. die in Brenner/Theodore (2002) versammelten Analysen zu Nordamerika und Westeuropa.
 - [3] Siehe z. B. die in Künkel/Mayer (2012) veröffentlichten Aufsätze zu Auseinandersetzungen um die neoliberale Stadt.
 - [4] Markt-regulierende Agenden wie z. B. Dekommodifizierung und Deglobalisierung der Erfüllung sozialer Grundbedürfnisse, öffentliche Investitionen in die Commons, Kapitalkontrollen, Schuldenerlasse, gemeinwohlorientierte, kooperativ organisierte, deglobalisierte Kreditmodelle, etc.
 - [5] Diese Projekte produzieren im Ergebnis also eher zunehmende Differenzierung und Heterogenisierung institutioneller und räumlicher Formen auf multiplen Skalen, ein Resultat, das Brenner et al. mit dem Begriff der *variegation* (Vielfarbigkeit, Buntheit) einzufangen versuchen (Peck/Theodore/Brenner 2009a, Brenner/Peck/Theodore 2010b).
 - [6] Mit dem Begriff der kreativen Destruktion fassen sie die sozial regressive, politisch unbeständige, und geographisch ungleiche Entwicklungsrichtung des institutionellen und räumlichen Wandels, den Neoliberalisierung mit sich gebracht hat, zusammen (Theodore u. a. 2011:16).
 - [7] während gleichzeitig private Vermögensbesitzer und Kapitaleigner nicht wissen wohin mit ihren wachsenden Renditen.
 - [8] abgesehen von florierenden reichen Städten.
 - [9] Mainstream-Medien und offizielle Polit-Rhetorik geben ihr Bestes, um die Art und Weise, in der diese Prozesse ursächlich miteinander zusammenhängen – die Umstrukturierung und Aufwertung der Stadtzentren und innerstädtischer Wohnungsmärkte durch neue (oft abgeschlossene) Entwicklungsprojekte, die Privatisierung von sozialem Wohnungsbau, die Schwächung (vielerorts sogar die Abschaffung) von Mieterschutzbestimmungen – in neuen Diskursen von Selbst-Responsibilisierung und (Un)Sicherheit zu verschleiern.
 - [10] Weil hier aus Platzgründen nicht näher auf die Spezifik dieser Form städtischer Bewegung eingegangen werden kann, siehe dazu Thörn 2013, Bareis u. a. 2010.

Autor_innen

Margit Mayer ist Professorin für Politische Wissenschaft am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin. Sie arbeitet zu amerikanischer und vergleichender Politik, und forscht zu Stadtpolitik und sozialen Bewegungen.

Kontakt: mayer@zedat.fu-berlin.de

Literatur

- AKP: Zeitschrift für alternative Kommunalpolitik (2011): Städte unterm Sparkommissar. 6/2011.
- Altvater, Elmar (2009): Postneoliberalism or postcapitalism? The failure of neoliberalism in the financial market crisis. In: *Development Dialogue* No. 51, 73–87.
- Bareis, Ellen / Bescherer, Peter / Grell, Britta / Kuhn, Armin / Riedmann, Erwin (2010): Die Stadt in der Revolte. In: *Das Argument* 52/6, 795–805.
- Beckett, Katherine / Herbert, Steve (2010): *Banished. The New Social Control in Urban America*. Oxford.
- Brenner, Neil / Theodore, Nik (Hg.) (2002a): *Spaces of Neoliberalism. Urban Restructuring in North America and Western Europe*. Oxford.
- Brenner, Neil / Theodore, Nik (2002b): Cities and the geographies of actually existing neoliberalism. In: *Antipode* 34/3, 349–379.
- Brenner, Neil / Peck, Jamie / Theodore, Nik (2010a): After neoliberalization? In: *Globalizations* 7/3, 327–345.
- Brenner, Neil / Peck, Jamie / Theodore, Nik (2010b): Variegated neoliberalization: geographies, modalities, pathways. In: *Global Networks* 10/2, 182–222.
- Davey, Monica (2010): Safety is issue as budget cuts free prisoners. *New York Times*, 05.03.2010, A1.
- Davey, Monica (2011): Darker nights as some cities turn off the lights. *New York Times*, 29.12.2011, A15.
- die tageszeitung (2013). Die große Pleite 22.09.2013, 1, 3.
- Füllner, Jonas / Templin, David (2011): Stadtplanung von unten. Die „Recht auf Stadt“-Bewegung in Hamburg. In: Andrej Holm / Dirk Gebhardt (Hg.): *Initiativen für ein Recht auf Stadt*. Hamburg, 79–104.
- Goode, Erica (2012): Crime increases in Sacramento after deep cuts to police force. *New York Times*, 03.11.2012.
- Hamel, Pierre / Lustiger-Thaler, Henri / Mayer, Margit (Hg.) (2000): *Urban Movements in a Globalizing World*. London.
- Harvey, David (2008): The Right to the City. In: *New Left Review* 53, 23–40.
- Hirsch, Joachim / Roth, Roland (1986): *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*. Hamburg.
- Hodkinson, Stuart (2012): The new urban enclosures. In: *CITY* 16/5, 500–518.
- Hohenstatt, Florian / Rinn, Max (2013): Städtische Konflikte und ihre Bearbeitung – Grenzen der Bewegungsforschung. In: Norbert Gestrung / Renate Ruhne / Jan Wehrheim (Hg.): *Stadt und Soziale Bewegungen*. Wiesbaden.
- Holtkamp, Lars / Kuhlmann, Sabine (2012): Die armen Städte: Ein Problemaufriss. In: *Der moderne Staat. Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 5/1, 43–46.
- Hughes, Kathy (2011): Is Detroit the new Brooklyn? The need to know on PBS, 07.07.2011 <http://www.pbs.org/wnet/need-to-know/the-daily-need/is-detroit-the-new-brooklyn/10290/> (25.06.2013)

- Küinkel, Jenny / Mayer, Margit (Hg.) (2012): *Neoliberal Urbanism and its Contestations. Crossing Theoretical Boundaries*. London.
- Kuper, Simon (2013): International Cities are turning into „elite citadels“. *Financial Times*, 17.06.2013. <http://www.businessinsider.com/global-cities-too-expensive-paris-2013-6> (25.06.2013).
- Mayer, Margit (1998): Kritische Stadtforschung. In: Christoph Görg / Roland Roth (Hg.): *Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften*. Münster, 427–445.
- Mayer, Margit (2008): Armutspolitik in amerikanischen Städten. In: *Prokla* 38/4, 569–593.
- Mayer, Margit (2009): The „Right to the City“ in the Context of Shifting Mottos of Urban Social Movements. In: *CITY* 13/2-3, 362–374.
- Mayer, Margit (2012): The „Right to the City“ in Urban Social Movements. In: Neil Brenner / Peter Marcuse / Margit Mayer (Hg.): *Cities for People, Not for Profit. Critical Urban Theory and the Right to the City*. London, 24–41.
- Mayer, Margit (2013a): First World Urban Activism: Beyond austerity urbanism and creative city politics. In: *CITY* 17/1, 5–19.
- Mayer, Margit (2013b): Multiscalar mobilization for the just city: New spatial politics of urban movements. In: Justin Beaumont / Byron Miller / Walter Nicholls (Hg.): *Space of Contention: Spatialities and Social Movements*. Farnham.
- Müllender, Bernd (2013): Gemeindepleite. Zu ernst fürs Kabarett. *die tageszeitung* 20.6.2013, 5.
- Ong, Aihwa (2007): Neoliberalism as a mobile technology. In: *Transactions / Institute of British Geographers* 32, 3–8. http://aihwaong.info/sg_userfiles/neoliberalism_as_mobile_technology.pdf (25.06.2013).
- Peck, Jamie (2012): Austerity Urbanism: American Cities under extreme economy. In: *CITY* 16/6, 626–655.
- Peck, Jamie / Theodore, Nik / Brenner, Neil (2009a): Postneoliberalism and its malcontents. In: *Antipode* 41/6, 1236–1258.
- Peck, Jamie / Theodore, Nik / Brenner, Neil (2009b): Neoliberal Urbanism: Models, Moments, Mutations. In: *The SAIS Review of International Affairs* 29/1, 49–66.
- Peck, Jamie / Theodore, Nik / Brenner, Neil (2012): Neoliberalism Resurgent? Market Rule after the Great Recession. In: *The South Atlantic Quarterly* 111/2, 265–288.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (2011). Revolutionäre Realpolitik in Zeiten von Kürzungspolitik und Krise. Tagung am 22.9.2011. <http://www.rosalux.de/documentation/44134/revolutionaere-realpolitik-in-zeiten-von-kuerzungspolitik-und-krise.html> (25.06.2013).
- Scharenberg, Albert / Bader, Ingo (2009): Berlin's Waterfront Site Struggle. In: *CITY* 13/2-3, 325–335.
- Smith, Neil (1996): *The New Urban Frontier. Gentrification and the Revanchist City*. New York.
- suburban (2013): Die postpolitische Stadt? Auf der Suche nach neuen Perspektiven des Politischen. <http://zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/announcement/view/2> (25.06.2013).
- Stiglitz, Joseph (2008): *The End of Neoliberalism?* Project syndicate, 7.

- Juli 2008. <http://www.project-syndicate.org/print/the-end-of-neoliberalism> (25.06.2013).
- Theodore, Nik / Peck, Jamie / Brenner, Neil (2011): Neoliberal Urbanism: Cities and the Rule of Markets. In: Gary Bridge / Sophie Watson (Hg.): The New Blackwell Companion to the City. London, 15–25.
- Thörn, Catharina (2013): The Stockholm Uprising and the Myth of Swedish Social Democracy. New Left Project, 31.05.2013. http://www.newleftproject.org/index.php/site/article_comments/the_stockholm_uprising_and_the_myth_of_swedish_social_democracy (25.06.2013).
- Tulloch, James (2011): Detroit: von der Geister- zur Gartenstadt. Allianz 14.07.2011. <http://www.wissen.allianz.at/?1554/gruene-staedte-detroit-von-geister-zur-gartenstadt> (25.06.2013).
- Wacquant, Loic (2007): Urban Outcasts. A Comparative Sociology of Advanced Marginality. New York.
- Wallerstein, Immanuel (2008): The Demise of Neoliberal Globalization. Monthly Review Zine 01/02/2008. <http://mrzine.monthlyreview.org/2008/wallersteino10208.html> (25.06.2013).

Urban Social Movements in the Neoliberalizing City

The article proceeds in three steps: First, it introduces the specific conception of neoliberalization, which seems productive in the context of urban conflicts and movements, in order to elaborate, in the second step, on contradictions and implications of neoliberalization for urban developments and politics. From this perspective, it finally considers some current conflicts and struggles around the neoliberalization of the city and identifies some of its specific challenges, in particular the contrasts between movement actors who profit from the creative urban politics and those who are affected more intensely by repressive and austerity measures.

Kritisiert die Kritiker_innen!

Kommentar zu Margit Mayers „Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt“

Grischa Bertram

Debatte

2013, Heft 1, 169-174
zeitschrift-suburban.de

Margit Mayer
,Urbane soziale
Bewegungen in der
neoliberalisierenden
Stadt‘

Kommentare von:
Grischa Bertram
Peter Birke
Volker Eick
Samuel Mössner
Lisa Vollmer

Replik von:
Margit Mayer

Noch vor wenigen Jahren wäre ein Beitrag zu städtischen sozialen Bewegungen selbst in einer Zeitschrift für kritische Stadtforschung – zumal in ihrer ersten Ausgabe – keineswegs selbstverständlich gewesen. Noch 2008 etwa beklagte etwa die Autorin des vorangegangenen Beitrags die „Erosion von Protest- und Widerstandspotenzialen“ (Mayer 2008: 306) – warum also sollte jemand darüber schreiben? Mehr noch als die Bewegungsforschung insgesamt unterliegt die Beforschung städtischer Proteste und Initiativen einer erheblichen Konjunktur (Geißel/Thillman 2006: 179). Angesichts der relativ geringen Bedeutung von lokaler Politikforschung und Bewegungsforschung innerhalb ihrer Disziplinen führt dies dazu, dass die Schnittstelle beider Forschungsfelder zumindest in der deutschsprachigen Forschung zeitweise kurz vor ihrem Verschwinden gestanden hätte – gäbe es nicht Margit Mayer, die hier für eine kontinuierliche Bearbeitung steht.

Insofern ist es ihr wohl zuletzt anzulasten, wenn wir heute – über vierzig Jahre nach Castells (1972) und damit der bis heute gültigen Zeitrechnung der Beforschung städtischer sozialer Bewegungen (Pickvance 2003, vgl. etwa Mayer 2008) – im Detail noch immer viel zu wenig über die verschiedenen städtischen sozialen Bewegungen und die ebenso heterogene Zusammensetzung der Initiativen und Netzwerke innerhalb dieser Bewegungen wissen, die sich aus unterschiedlichen Gründen in diversen städtischen Situationen und gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen entwickeln. Dennoch erscheint ihr Beitrag in mehrerer Hinsicht symptomatisch für die Probleme, die das Forschungsfeld prägen – zumindest aus dem Blickwinkel einer zeitgenössischen kritischen Stadtforschung, der hier eingenommen werden soll.

Wie Mayer (2013: 162) sehr richtig feststellt, besitzen allein die sehr verschiedenen Personen und Akteursgruppen, die aktuell an städtischen Bewegungen partizipieren, „höchst unterschiedliche strategische Positionen innerhalb der neoliberalen Stadt“. Und in der Tat gilt es „diese Unterschiede [...] zu erkennen und zu verstehen“, nicht nur, aber ganz bestimmt auch, „wenn wir die verschiedenen Kräfte bündeln

und wechselseitige Synergien nutzen wollen“. Die Unterscheidung, die Mayer im Weiteren vornimmt, ist zwar eine recht einfache Dichotomie zwischen „vergleichsweise privilegierten Bewegungsgruppen“ (Mayer 2013: 163) und denen, die sie mit Wacquant (2007) als *urban outcasts* bezeichnet. Diese Zweiteilung könnte aber zumindest Ausgangspunkt für ein wesentlich besseres Verständnis davon sein, dass es erforderlich ist, die Ressourcen, Fähigkeiten, aber auch soziale, kulturelle und emotionale Grenzen des jeweiligen Engagements zu untersuchen, als dies etwa mit der Unterscheidung von Künstler- und Sozialkritik (Boltanski/Chiapello 2006) oder auch dem Diskurs um einen „bürgerlichen“ (vgl. etwa Kurbjuweit 11.10.2010) „Protest der Privilegierten“ (Kraushaar 2011) bislang gelungen ist.

Ebenso bedarf es allerdings eines genaueren Blicks darauf, dass die Bewegungen sehr unterschiedlicher Art sind. Maßgebliche Kriterien mögen hier die Begriffe „städtisch“, „sozial“ und „Bewegung“ sein, die allesamt derart widersprüchlich benutzt werden, dass ein wissenschaftlicher Beitrag ohne eine Verortung dieser Begriffe nur schwer verständlich ist. „*No one owns the term ‚social movement‘*“ (Tilly 2004: 7) – daher wird damit sowohl ein emanzipativer Prozess (Stein 1959), eine bestimmte Netzwerk- (Neidhardt 1985) oder Partizipationsform (Geißel/Thillman 2006) als auch eine Form politischer Auseinandersetzung (Castells 1979: 246ff) bezeichnet, die sich durch ihre höhere Wirksamkeit von Partizipation und Protest abhebt (vgl. Pickvance 2003: 103). Während es Castells nicht gelungen ist, diese Unterscheidung nach der gesellschaftlichen Wirksamkeit zu etablieren, führte seine Definition des „Sozialen“ und des „Städtischen“ trotz späteren Widerrufs (Castells 1983) zu wesentlichen Problemen für eine Begriffsverwendung innerhalb der Stadtforschung. Demnach war für ihn das Soziale der städtischen Bewegungen ihre Fähigkeit, „strukturelle Widersprüche der spätkapitalistischen Gesellschaft“ (Mayer 2008: 294) als Ganzes offenzulegen und einen Wandel bewirken zu können, während zum Beispiel „nur“ stadtteilbezogene Mobilisierungen, die nicht auf die großen strukturellen Widersprüche der Klassengesellschaft zu beziehen waren“ (Mayer 2008: 294), für Castells nicht zählten. „Städtisch“ wiederum waren diese für ihn neuen Bewegungen deshalb, weil ihr Fokus im Gegensatz zu den tradierten Bewegungen nicht auf die Beziehungen von Arbeit und Kapital, sondern auf die Frage des „kollektiven Konsums“ ausgerichtet war (vgl. Pickvance 2003: 102f), die für ihn städtisch war – aber eben ganz der Zeit entsprechend nicht notwendigerweise auf die geographische Einheit einer Stadt begrenzt. Später kamen als weitere Fragen kulturelle Identität und politische Selbstbestimmung hinzu (Castells 1983).

Zwar kritisiert Mayer (2008: 294f) selbst die Enge von Castells' Definition. Da sie, wie auch andere neomarxistische Analysen, dennoch an wesentlichen seiner Vorstellungen festhält – so dienen städtische Bewegungen heute etwa dazu, „die Widersprüche in der Neoliberalisierung der Stadt“ (Mayer 2013: 158) offenzulegen –, entsteht daraus im vorliegenden Artikel eher Beliebigkeit. Dabei zeigt der Castells'sche Begriff, wie wichtig etwa die Frage ist, was eigentlich städtisch ist, wenn es darum geht, die Möglichkeiten und Wirkungsweisen städtischer Bewegungen

untersuchen zu wollen. Sind Städte lediglich die Orte, „an denen sich der Regulierung bedürftige ‚Probleme‘ manifestieren, [...] Lösungsansätze [...] entstehen [und ...] Widersprüche, Konflikte und Widerstand [...] ausbrechen“ (ebd.: 77), so bleiben sie „Orte für anti-neoliberale Kämpfe“. Diese richten sich aber eben nicht gegen die Stadtregierung, die ohnehin nur als „Stadtmanager“ (ebd. 79) fungiert, so dass dies zumindest vergebliche Mühe wäre, sondern sie verfolgen – ganz in Castells’ ursprünglichem Sinne – eigentlich gesamtgesellschaftliche Ziele. Die Städte bieten sich diesen Kämpfen lediglich als „Schlüsselarenen“ (ebd.: 77) an – man könnte auch „Bühnen“ (Lindner 1996: 414) sagen. Handeln Städte aber selbst als „Lokalstaaten“ (Mayer 2013: 159) bzw. versteht man sie als „Kommunen“ (ebd.: 79-82), in denen (idealtypisch) eine Stadtgesellschaft gemeinschaftlich Beschlüsse über deren Entwicklung fasst, etwa eine eigene „Stadtpolitik“ (ebd.: 79) betreibt und sich dabei lediglich innerhalb eines Rahmens supralokaler Vorgaben und Trends bewegt, so sind sie sehr wohl geeignete Adressatinnen für städtische Bewegungen.

Für weite Teile der Stadtforschung wäre ein Verständnis von städtischen sozialen Bewegungen, das kompatibel ist mit der zweiten Auffassung von Stadt, deutlich besser geeignet. Susan und Norman Fainstein (1985: 189) etwa sehen städtische Bewegungen als *„a type of social movement rooted in collectivities with a communal base and/or with the local state as their target of action“*. Ihr Handeln wäre dann zwar lokal begrenzt und für die überlokalen Politikebenen häufig marginal, für die Stadtforschung jenseits marxistischer Selbstbegrenzungen wären sie jedoch dadurch keineswegs irrelevant. Gerade für eine kritische Beforschung bieten sich etwa Ansätze der geographischen und raumwissenschaftlichen Stadtforschung an: Welche Besonderheiten besitzen städtische gegenüber anderen lokalen Bewegungen, etwa solchen im suburbanen oder ländlichen Raum? Welche Urbanisierungsvor- und ggf. auch -nachteile bieten sich nicht nur für Harveys (2012) *„urban revolution“*, die von Städten ausgehend global wirkt, sondern auch für die lokalpolitische Auseinandersetzung? Haben darüber hinaus die verschiedenen Unterscheidungsmerkmale von Städten – so wie es z. B. die Beschreibung von „wirtschaftlich florierenden und darbenden Städten“ (Mayer 2013: 160) andeutet – oder auch die Eigenheiten oder Eigenlogiken spezifischer Städte eine Bedeutung? Welche Rolle spielen die in den verschiedenen politischen Systemen dieser Welt, ja schon in Europa, sehr unterschiedlichen Stellungen, Macht- und Aufgabenzuteilungen der lokalen Ebene, aber auch die verschiedenen politischen Kulturen für städtische Kämpfe? Oder ganz konkret: Wieso erlangt die Idee des „Rechts auf Stadt“, die 1968 auf „einen spezifischen historischen Moment der Urbanisierung“ (Schmid 2011: 25) und sicher auch auf die besondere Pariser Situation zurückgeht, gerade heute und in so unterschiedlichen städtischen Situationen so viel Aufmerksamkeit?

Vor allem aber: Dieser genaue Blick sollte nicht halt machen vor der kritischen Untersuchung der Bewegungen selbst. Dies soll nicht grundsätzlich als Gegenposition zu dem von Margit Mayer formulierten Ziel, „die verschiedenen Kräfte bündeln und wechselseitige Synergien nutzen“ (Mayer 2013: 162) zu wollen, verstanden werden. Gerade die Weiterentwicklung der Bewegungspotenziale bedarf der Kritik und der Analyse von

Fehlschlägen, Versäumnissen etc., um auch hier – und nicht nur bei der Neoliberalisierung – „die Chancen und Möglichkeiten von Transformationsstrategien deutlich werden“ (ebd.: 76) zu lassen. Warum sollten nur Kapitalismus und Neoliberalisierung in der Lage sein, sich beständig neu zu erfinden und Kritik zu inkorporieren (Crouch 2011)? Und warum sollte sich umgekehrt kritische Forschung in ihrer wesentlichen Fähigkeit – der Kritik – beschränken?

Die prinzipielle Sympathie für städtische Bewegungen, die in weiten Teilen der Forschung besteht, sollte nicht dazu führen, dass etwa Umfang und Möglichkeiten städtischer Bewegungen überschätzt werden, um die „urban revolution“ quasi herbei zu analysieren. Vielmehr könnte eine nüchterne Betrachtung dabei helfen, die begrenzten Ressourcen besser einzusetzen. Es verwundert schon, wenn nur fünf Jahre, nachdem die „Erosion der Protest- und Widerstandspotenziale“ (Mayer 2008: 306) zu konstatieren war, eine „tiefe Vergesellschaftung“ (Mayer 2013: 164) in greifbarer Nähe erscheint, obwohl die wesentlichen Akteure „alle von neoliberalen Enteignungs- und Unterdrückungsformen betroffen sind“ (ebd.: 82). Wichtig wäre vielmehr zu fragen, welcher struktureller Bedingungen einerseits, vor allem aber welcher Mobilisierungen oder allgemein welcher Strategien es seitens der Initiativen selbst bedarf, um Entstehung und Entwicklung lokaler Bewegungen zu ermöglichen. Die tendenzielle Überhöhung der Bewegungen hat aber letztlich auch dazu geführt, dass zumindest einzelnen Initiativen und Protesthandlungen eine Bedeutung zugeschrieben wird, die diese selber möglicherweise – und einzelne Aktive ganz bestimmt – gar nicht für sich in Anspruch nehmen (vgl. Engels 2012). Nicht jeder lokale Kampf gegen Verdrängung beispielsweise ist einer gegen „die Neoliberalisierung des Städtischen“, sondern häufig vor allem eine Zurückweisung einer sehr konkreten und häufig existentiellen Zumutung. Solche Kämpfe theoretisch aufzuladen, kann sowohl Überforderung als auch Entmündigung bedeuten und lenkt gegebenenfalls sogar von den konkreten Problemen und Konflikten ab.

Umgekehrt bleibt aber auch die Nähe zu bestimmten Bewegungen – und die daraus erwachsende Distanz von anderen – problematisch. In der supralokalen Bewegungsforschung wurden etwa lange Zeit rechtsextreme Bewegungen außen vor gelassen bzw. der Extremismusforschung als eigenständigem sozialwissenschaftlichen Forschungsfeld überlassen (vgl. Geißel/Thillman 2006). Auch deren städtische Counterparts fehlen zumeist ebenso wie konservative Bürgerinitiativen allenfalls benannt, aber selten dezidiert aus der Perspektive städtischer Bewegungen untersucht werden (auch hierauf weist Mayer 2008 hin), obwohl sie zum Teil erhebliche Mobilisierungen erreichen (vgl. Altröck et al. 2010: 26). Der Versuch, diese „Kämpfe“ zu ignorieren, misslingt aber spätestens dort, wo Schnittmengen erkennbar werden – etwa in den Häuserkämpfen des Frankfurter Westends (Mössner 2012). Dies würde noch einmal mehr in einer historischen Perspektive auffallen, doch diese Kontextualisierung wird durch die von Castells ausgehende Betonung der Neuheit der städtischen sozialen Bewegungen der späten 1960er und frühen 1970er verhindert.

Schließlich aber müsste sich eine kritische Beforschung städtischer

sozialer Bewegungen auch die Frage stellen, in welchem Maße diese selber an der „Neoliberalisierung des Städtischen“ beteiligt waren und sind – bzw. für diese Zwecke funktionalisiert wurden (Birke 2011: 38f). Zu nennen wären hier die Mitwirkung an der Entstaatlichung, die Betonung individueller Freiheiten und persönlicher Rechte (Boltanski/Chiapello 2006: 257), der aus Bewegungsorganisationen entstandene Lobbyismus der institutionalisierten „Zivilgesellschaft“ (vgl. Brand 2003) und die möglicherweise „postpolitischen Begehren“ (Bude 2011). Dies auszuführen würde jedoch den Rahmen dieses Kommentars – wie wohl auch des zugrunde liegenden Artikels – sprengen.

Autor_innen

Grischa Bertram ist Dipl.-Ing. Stadtplanung und forscht zu Protest in der Planung, urban governance und Rekonstruktion.

Kontakt: grischa.bertram@uni-kassel.de

Literatur

- Altrock, Uwe / Bertram, Grischa / Horni, Henriette (2010): Positionen zum Wiederaufbau verlorener Bauten und Räume. Bonn.
- Birke, Peter (2011): Zurück zur Sozialkritik. Von der „urbanen sozialen Bewegung“ zum „Recht auf Stadt“. In: Andrej Holm / Klaus Lederer / Matthias Naumann (Hg.): Linke Metropolenpolitik. Erfahrungen und Perspektiven am Beispiel Berlin. Münster, 34–49.
- Boltanski, Luc / Chiapello, Ève (2006): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz.
- Brand, Ulrich (2003): Paradoxien sozialistischer Parteipolitik in Zeiten neoliberaler Globalisierung. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin.
- Bude, Heinz (2011): Stuttgart 21 – reflexiv. In: Mittelweg 36, 20/3, 3–4.
- Castells, Manuel (1972): La Question urbaine. Paris.
- Castells, Manuel (1979): The urban question: a Marxist approach. 12. Aufl. Cambridge Mass.
- Castells, Manuel (1983): The city and the grassroots. A cross-cultural theory of urban social movements. London.
- Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Bonn.
- Engels, Bettina (2012): Urbane Proteste „gegen das teure Leben“ in Burkina Faso. Vortrag vom 20.04.2012, Tagung „Soziale Bewegungen in der Stadt – städtische soziale Bewegungen“, Universität Hamburg.
- Fainstein, Susan S. / Fainstein, Norman I. (1985): Economic Restructuring and the Rise of Urban Social Movements. In: Urban Affairs Review, 21/2, 187–206.
- Geißel, Brigitte / Thillman, Katja (2006): Partizipation in Neuen Sozialen Bewegungen. In: Beate Hoecker (Hg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Opladen, 159–183.
- Harvey, David (2012): Rebel cities. From the right to the city to the urban

- revolution. New York.
- Kraushaar, Wolfgang (2011): Protest der Privilegierten? Oder: Was ist wirklich neu an den Demonstrationen gegen „Stuttgart 21“? In: *Mittelweg* 36, 20/3, 5–22.
- Kurbjuweit, Dirk (2010): Der Wutbürger. Stuttgart 21 und Sarrazin-Debatte: Warum die Deutschen so viel protestieren. In: *Der Spiegel*, 11.10.2010, 26–27.
- Lindner, Werner (1996): *Jugendprotest seit den fünfziger Jahren. Dissens und kultureller Eigensinn*. Opladen.
- Mayer, Margit (2008): Städtische soziale Bewegungen. In: Roland Roth / Dieter Rucht (Hg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt a. M., 293–318.
- Mayer, Margit (2013): Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 1, 155–168.
- Mössner, Samuel (2012): (Nicht-)Proteste in Frankfurt am Main. 1970 und 2010. Vortrag vom 21.04.2012, Tagung „Soziale Bewegungen in der Stadt – städtische soziale Bewegungen“, Universität Hamburg.
- Neidhardt, Friedhelm (1985): Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen. In: Stefan Hradil (Hg.): *Sozial Strukturen im Umbruch. Karl Martin Bolte zum 60. Geburtstag*. Opladen, 193–204.
- Pickvance, Chris (2003): From urban social movements to urban movements: a review and introduction to a symposium on urban movements. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, 27/1, 102–109.
- Schmid, Christian (2011): Henri Lefebvre und das Recht auf Stadt. In: Andrej Holm / Dirk Gebhardt (Hg.): *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*. Hamburg, 25–51.
- Stein, Lorenz von (1959): *Die Geschichte der sozialen Bewegungen in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage*. Hildesheim.
- Tilly, Charles (2004): *Social movements, 1768-2004*. Boulder.
- Wacquant, Loïc (2007): *Urban Outcasts. A Comparative Sociology of Advanced Marginality*. New York.

„Hallo, wer spricht?“

Kommentar zu Margit Mayers „Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt“

Peter Birke

Debatte

2013, Heft 1, 175-179
zeitschrift-suburban.de

Margit Mayer
,Urbane soziale
Bewegungen in der
neoliberalisierenden
Stadt‘

Kommentare von:
Grischa Bertram
Peter Birke
Volker Eick
Samuel Mössner
Lisa Vollmer

Replik von:
Margit Mayer

Die von Margit Mayer vorgestellten Vorschläge zur theoretischen Verortung der aktuellen stadtpolitischen Bewegungen sind aus meiner Sicht sehr wichtig. Kein Zweifel kann daran bestehen, dass eine fließende, historisierende Sichtweise notwendig ist, die die fragmentierenden Wirkungen der „Neoliberalisierung“ betont. Dies ist ein berechtigter Hinweis auf die Kurzschlüsse, die gerade auch in der marxistisch inspirierten politischen Linken verbreitet waren und sind, in denen „Neoliberalismus“ als eine Figur, als eine Art großes Monster gezeichnet worden ist, das sich „immer“ und „überall“, also überhistorisch und lückenlos durchzusetzen scheint. Von sehr großer und sogar zunehmender Bedeutung erscheint mir auf dieser Grundlage auch der Versuch, eine Einteilung vorzunehmen, die die Ökonomie der aktuellen Krise diesem historischen Prozess zuordnet und (was im Rahmen des vorliegenden Textes natürlich nur angedeutet werden kann) die Bezugnahme zwischen globalen, nationalstaatlichen und lokal-urbanen Austeritätspolitiken thematisiert. Ebenso wichtig wie schlüssig sind auch die Hinweise auf gegenwärtige Polarisierungstendenzen, die in diesem Kontext zu bemerken sind, so auch die Polarisierung von „wachsenden“ und „schrumpfenden“ Territorien und – was ja gerade die Pointe dieses Textes ist – der verschiedenen Pole der Sozialbewegungen selbst.

Andererseits wirft der Text einige Fragen auf, die sich zum einen auf die Konzeption selbst, zum anderen auf das möglicherweise aus ihr abzuleitende Programm beziehen. Dabei geht es zunächst um die Widersprüche des Konzeptes, die hier beispielhaft anhand der Frage nach dem Verhältnis zwischen „Fragmentierung“ und „Polarisierung“ thematisiert werden sollen. Mayer betont, dass Neoliberalisierung ein „offener Prozess marktregulierter Restrukturierung“ sei. Zu den einseitigen sichtbaren Resultaten gehören „Typen“, die sich empirisch fassen lassen. Diese ergeben aber keine eindeutige Bi-Polarität, sondern eher eine Art „Landschaft“, die allerdings wiederum nicht als ein System fester Orte, sondern miteinander verbundener „Strategien“ erscheint. Diese Strategien sind wohlbekannt: Events und Festivalisierung, Ökonomisierung der „Governance“ und darauf basierende Partizipationsregimes,

Privatisierung des Gemeinwesens und des öffentlichen Raumes und schließlich die Neuordnung der „globalen“ Ökonomie der Städte, die eben die Neudefinition von und Teilung in Boom- und Krisenregionen sowohl entscheidend prägt als auch in einen neuen Zusammenhang bringt. Während die ersten drei der erwähnten Strategien im Grunde genommen nur die Idee mehr oder weniger erfolgreicher Einsätze zulassen (die Olympischen Spiele in Leipzig hatten eben weniger Durchführungsperspektiven als jene in London, um nur ein Beispiel zu nennen), beschreibt der Punkt zu den *Global Cities* eine polarisierte Struktur „zwischen“ den Städten, also anders gesagt die soziale und ökonomische Entfernung zwischen „London“ und „Leipzig“.

Der Tigersprung von dieser Aufteilung in die lokalen stadtpolitischen Situationen, den Mayer vorschlägt – ein Versuch, den ich mit großer Sympathie sehe –, erweist sich im Nachvollzug und im Anschluss aber als komplizierter als zunächst gedacht: Warum, beispielsweise, sind etwa die *non normative protests* in London 2011 öffentlich und auch für den Blick der Stadtforschung viel auffälliger gewesen als in „abgehängten“, „schrumpfenden“ Städten? Warum entfaltet sich – um bei der Begriffs- und Metapherwahl der Regulationsschule zu bleiben – der Bruch in der hegemonialen Idee eines guten Lebens in der Stadt eben dort, wo deren („neoliberale“) Hegemonie als so befestigt und entwickelt erscheint, dass sie geradezu wie die Blaupause aller Vorstellungen von „Neoliberalismus“ (einschließlich der Bürgermeister-Figuren, eben zwischen Ken Livingstone und Boris Johnson) erscheinen darf? Warum war das Londoner East End 2010/2011 (und nicht die Vorstädte von Schwerin oder Bochum) ein weltweit beachteter Ort der Studierendenproteste, der Streiks im öffentlichen Dienst *und* der *riots*? Der Zusammenhang zwischen den wahrgenommenen Zentren der stadtpolitischen Proteste und der eigensinnigen Entfaltung der Revolten erscheint als paradox, wenn nicht konzediert wird, dass die „Landschaft der Revolten“ nicht auch einen diskursiven Aspekt hat. Denn es sind gerade die „Schaufenster“ des Neoliberalismus, in denen Gegenmodelle oder einfach nur die Negation des Bestehenden besonders wirkungsvoll inszeniert werden können. Wo sich das *window of opportunity* öffnet, entscheiden allerdings nicht die Protestierenden – und es sind sozial und politisch sehr unterschiedliche und zum Teil gegensätzliche Protestbewegungen, die sich dort platzieren.

Margit Mayer schlägt auf Grundlage der so beobachtbaren zerklüfteten Struktur dieser Proteste eine weitere Ordnung vor, jene der „Recht auf Stadt“-Bewegungen, in der assoziativ (also nicht im strengen, analytischen Sinne) jene merkwürdige Mischung aus Fragmentarischem und Polarisierendem auf die Sozialbewegungen übertragen wird. Hier findet sich sodann eine Aufzählung von „Widerständigkeiten“. Die Aufzählung enthält mehrere kleinere Gruppen („Autonome“, „Künstler“, „Umweltgruppen“ usw.) und am unteren Ende der Leiter eine Sammelkategorie der „Marginalisierten“ (Hartz IV-Empfänger, *people of color* usw.). Und es wird dann – allzu schnell, wie ich finde – behauptet, dass „die jeweilige strategische Position dieser Gruppen“ aus ihrer Verortung im Geflecht der Neoliberalisierungsdynamik der Stadt „resultiert“. Aber auch in dieser Analogie sind die „Typen“ grundlegend nach verschiedenen

Kriterien sortiert: Nummer 1 bis 5 („Autonome“ bis „Umweltgruppen“) sind solche, die mehr oder weniger das Untersuchungsfeld der durch die neuen sozialen Bewegungen der 1980er Jahre inspirierten Forschung beschreiben. Der sechste Stand dieser Liste sind „die Anderen“, die sich mit ihren Agenden und Protestformen nicht in den Begriffen der Bürgergesellschaft begreifen ließen oder lassen, obwohl es nicht erst neuerdings *poor people's movements* gibt. Ihr Spezifikum ist ihre Konstitution als soziale Klasse, die tatsächlich virtuell ist und nicht unmittelbare Wirklichkeit, also eine gedachte Ansammlung möglicherweise sozial gar nicht einheitlicher und auch nicht als „Klasse für sich“ konstituierter Gruppierungen. Im Weiteren wird sodann eine Polarität zwischen der historischen Welt der neuen urbanen sozialen Bewegungen (Gruppe 1 bis 5) und jenen „Anderen“ konstatiert.

Es ist sicher richtig, darauf hinzuweisen, dass Sozialbewegungen selbst eine Hierarchie reproduzieren *können* (und deshalb notwendig werden), die die Ausgrenzung der städtischen Armen reproduziert. Allerdings bleibt der Hinweis auf die notwendige Aufhebung dieser Hierarchie politisch sehr schwach, wenn nicht gefragt wird, wie sich die beiden Pole der Typologie in der Realität der Sozialbewegungen durchdringen. Es bleibt dann nur der Weg über eine Solidarisierung zwischen Handlungsfähigen und Armen, der a) eigentlich setzt, dass Arme kaum handlungsfähig sind und Hilfestellungen aus den Gruppen 1 bis 5 benötigen werden, und b) für jene „privilegierten“ Gruppen eine Interessensorientierung annimmt, die sich der großen sozialen Frage, die die aktuellen stadtpolitischen Bewegungen stellen, bestenfalls paternalistisch-fürsorglich annähern könnte. Alle Karten liegen in diesem Bild aber dennoch notwendigerweise in den Händen der Sozialarbeiter_innen, Rechtsanwält_innen und Studierenden, die die bundesdeutschen Sozialbewegungen bis heute prägen, die aber ebendiese Karten heute gerade auf der Grundlage des von Mayer sehr eindrücklich Beschriebenen – also auf Grundlage der Zerklüftung und Polarisierung der Mittelschichten selbst, die anderswo auch unter dem Stichwort der „Prekarisierung“ debattiert wurde – immer weniger ausspielen können.

Dagegen fallen aus meiner Sicht zwei Dinge auf, und damit komme ich zur Frage der Vermittlung der oben erwähnten Topografie der „Neoliberalisierung“ zurück. Meines Erachtens durchdringen sich heute in der Tat die ersten fünf Stände und jener sechste Stand, dessen Einbeziehung in die stadtpolitischen Bewegungen Mayer zu Recht fordert. Dies ist eine allgemeine Tendenz, sie wird lediglich dort besonders sichtbar, wo der Gegensatz zwischen Arm und Reich stärker wahrnehmbar ist. Proteste gegen Gentrifizierung sind stärker gegenwärtig, wo die Nähe und Abgrenzung zwischen *gentry* und Proletariat dauernd neu ausgehandelt werden muss und oft offen und unklar bleibt, und das heißt: entwicklungsfähig.

So war es meines Erachtens nicht die korporatistische Einbindung jener „kreativen Klasse“, die die Hamburger „Recht auf Stadt“-Netzwerke seit 2009 so auffällig und für uns alle überraschend artikulationsfähig gemacht hat, sondern deren lebensweltliche Bezugnahme (und nicht vorrangig „moralische Solidarisierung mit ...“) auf das sich verallgemeinernde

Problem der Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen. Oder anders gesagt: das Vorzeige-Mini-Gemeinwesen von „Recht auf Stadt“, das Hamburger Gängeviertel, wird sicherlich von einigen zukünftigen Ärzten, Professorinnen und erfolgreichen Künstlerinnen getragen, in der großen Mehrheit allerdings handelt es sich vermutlich eher um zukünftige Altenpfleger, Minijobberinnen und extrem prekarierte Künstler. Was in den Netzwerken insgesamt zum Tragen kam, war also gerade nicht eine lokale Bürgergesellschaft, sondern eine neue Prekarität. Diese äußert sich auch als Aufbegehren gegen die massive Restriktion der freien Entfaltung der Persönlichkeit, welche untrennbar mit ihr verbunden erscheint.

Das auf dieser Grundlage entwickelte Potenzial bringt, und das ist der entscheidende Punkt, den ich hier beitragen möchte, die Kategorien zwischen Gruppe 1 bis 5 und „den Anderen“ *durcheinander*. Warum könnte ein Hartz IV-Bezieher nicht auch ein Aktivist einer „Umweltgruppe“ sein oder eine im „informellen Sektor Prekarisierte“ nicht sowohl Künstlerin als auch Hartz IV-Bezieherin als auch Migrantin? In der Realität entfalten sich diese verschiedenen Elemente des sozialen und politischen Daseins gleichzeitig. Im Eigensinn der Sozialproteste und Revolten verschieben und vermischen sich die Positionen. Die gesellschaftliche Grundlage dieser Vermischung, die uns auch in den stadtpolitischen Debatten meines Erachtens viel mehr beschäftigen sollte, ist in der Tat keine moralische Ökonomie des Fordismus mehr, sondern geteilte Erfahrung und sporadisch geteilte Praxis. Die Abgrenzung dieser Gruppen (1 bis 6 oder mehr, wie man will) ist neu konfiguriert, jenseits der früher eher als fest erscheinenden Positionen und sozialen Logiken. Blockaden der politischen Handlungsfähigkeit solcher Bewegungen sind mithin weniger den sicheren biographischen Möglichkeiten der Beteiligten geschuldet. Eher sind sie bedingt durch eine noch vage Vorstellung einer atomisierten Zukunft, in der man sich selbst als zukünftig erfolgreicher Manager seines eigenen Daseins imaginieren kann (oder auch nicht). Das von Mayer angesprochene Problem wird dadurch selbstverständlich nicht kleiner. Denn genau diese vage Vorstellung individualisierter Zukünftigkeit ist meines Erachtens eine der Grundlagen des ephemeren Charakters aktueller Sozialproteste. Eine Bezugnahme auf die Prekarität der Gegenwart bleibt gleichwohl die *Voraussetzung* für jegliche anti-hegemoniale Strategie, und dass jene „privilegierten Bewegungsgruppen ihre Schlüsselpositionen einsetzen“, erscheint dagegen mittlerweile schon – ich bitte um Verzeihung für den Ausdruck – ein wenig vorkopernikanisch.

Margit Mayers sechster Stand setzt sich stets selbst als Handelnde_r ein: In den sozialen Kämpfen, in denen es zu den von ihr und mir erhofften Verbindungen kommt, sprechen die Subalternen wirklich. Meine jüngste Erfahrung im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg sagt mir, dass die Mieter_innen des hiesigen Korallusviertels zwar mit linksradikalen Aktivistinnen und Sozialarbeiterinnen kooperiert haben, um den Kampf gegen den Wohnungsbaukonzern GAGFAH aufzunehmen, aber dass sie doch am Ende selbst über ihre Lebenssituation, die steigenden Mieten und sinkenden Einkommen, die abstürzenden Aufzüge in Neubauruinen, den alltäglichen Rassismus, sprechen – oder überhaupt nicht. Und andererseits

wird die Nichtthematisierung von Prekarisierungserfahrungen im Hamburger „Recht auf Stadt“-Netzwerk dieses in nächster Zukunft zwar nicht verschwinden lassen, aber es könnte doch recht sprachlos werden, wenn eine neue Welle lokaler Austeritätspolitik auf der Tagesordnung stehen wird. Auffällig ist, jenseits solcher mehr oder weniger düsteren Prognostik, dass Aktivist_innen aus peripheren Stadtteilen – nicht nur Wilhelmsburg, auch Mümmelmannsberg, Billstedt und Horn – und die Themen des „sechsten Standes“ im Netzwerk erst auftauchten, als der Zenit der lokalen Bewegung bereits leicht überschritten war. Ich bin mit der Forderung der Autorin völlig einverstanden – diese Themen müssen besprochen werden. Damit ist auch gesagt, wie sie ja ebenfalls betont, dass es „andere“ Themen sind. Ich denke aber, dass das Schweigen über die zunehmende Polarisierung der Einkommen, die schwierigen Arbeits- und Lebensbedingungen, die unwürdige Behandlung von Kindern, die das Pech haben, nicht auf der Sonnenseite der Stadt geboren zu werden, auch ein Schweigen über die Erosion der Lebensbedingungen der Vielen wäre. Es wäre also auch ein Schweigen über *uns selbst*.

Autor_innen

Peter Birke ist wissenschaftliche Mitarbeiter am Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen an der Georg-August-Universität.
Kontakt: Peter.Birke@sofi.uni-goettingen.de

Literatur

Mayer, Margit (2013): Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 1, 155-168.

Urbane Neoliberalisierung – ein Plädoyer für etwas mehr Differenz

Kommentar zu Margit Mayers „Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt“

Debatte

2013, Heft 1, 180-184
zeitschrift-suburban.de

Margit Mayer
,Urbane soziale
Bewegungen in der
neoliberalisierenden
Stadt‘

Kommentare von:
Grischa Bertram
Peter Birke
Volker Eick
Samuel Mössner
Lisa Vollmer

Replik von:
Margit Mayer

Volker Eick

Margit Mayer hat die neoliberale Stadt und die urbanen sozialen Bewegungen im Blick und ein stimulierendes Papier vorgelegt. Angesichts der vorgegebenen Kürze will ich mich nachfolgend auf Nachfragen beschränken. Die auch von Margit Mayer maßgeblich vorangetriebene Diskussion, die sich in der letzten Dekade zwischen *Urban Studies*, lokaler Politik- und Bewegungsforschung durchaus konstruktiv am „*actually existing neoliberalism*“ (Brenner/Theodore 2002) abgearbeitet hat, wird auch mit Blick auf die dieser Diskussion ursprünglich inliegenden regulationstheoretischen Herausforderungen kritisch gegengelesen.

Margit Mayer stellt zunächst ihre spezifische Konzeption der Neoliberalisierung als pfadabhängigen Prozess vor, zeigt Implikationen und Widersprüche für städtische Entwicklungen und Stadtpolitik auf, bei denen die Kommunen den Preis zahlen, und betrachtet dann – mit dem Fokus auf *creative city*-Politik und *austerity urbanism* – aktuelle Konflikte und Kämpfe. Sie macht dabei vier Phasen der Krise des fordistisch-keynesianischen Akkumulationsregimes und seiner Regulationsweise aus, deren letzte seit 2008 durch anhaltende Wachstumsorientierung, unternehmerische Governance, anhaltende Privatisierung und ein wachsendes Gefälle zwischen „florierenden“ und „darbenden“ Städten gekennzeichnet sei. In dieser Situation, so Mayer, stellen sich für städtische Bewegungen spezifische Herausforderungen, die sie zwischen kreativer Stadtpolitik und damit verbundenen Gefahren der „Vernutzung“ dieser Potentiale einerseits und einer repressiven Austeritätspolitik gegenüber sogenannten Randgruppen andererseits exemplarisch skizziert. Sie fordert, dass die „privilegierteren Bewegungsgruppen ihre Schlüsselposition“ einsetzen, damit das „neoliberale Herrschaftsregime destabilisiert werden“ kann.

Wenig überraschend halte auch ich es mit dem Konzept der „Neoliberalisierung“ als Praxis und dem „Neoliberalismus“ als Ideologie (Eick 2013), meine allerdings, dass die Arbeiten von Bob Jessop eine deutlichere Berücksichtigung verdienten. Denn erstens weist er darauf hin, dass Varianten vom Neoliberalismus als neostaatliche, neokorporatistische und neokommunitäre Formationen zu berücksichtigen seien, um einen

genauer akzentuierten „Begriff“ davon zu bekommen, was den „aktuell existierenden Neoliberalismus“ jeweils spezifisch auszeichnet (2002). Und zweitens erinnert er daran, dass wir es weder bei Neoliberalismus noch Neoliberalisierung mit Akkumulationsregimes oder deren Regulationsweisen zu tun haben, sondern vielmehr mit spezifischen Ausprägungen einer Suchbewegung, die bislang noch in kein neues kohärentes Wachstumsregime mündete (2013) [1]. Berücksichtigt man diese vom Staat *und* vom Kapitalverhältnis her gedachte Herangehensweise, so lassen sich widersprüchliche Entwicklungen durch unterschiedliche Varianten von Staatlichkeit „im Wandel“ erklären, ohne dass (die Kritik an der) Neoliberalisierung in indifferenter Differenz zerrinnt („was es alles gibt...“) oder aber an Schärfe durch den Wunsch nach dem „einen großen Bild“ verliert.

Ausgehend von dieser Prämisse kann mich die von Mayer vorgeschlagene Phaseneinteilung seit der Krise des Atlantischen Fordismus nur wenig überzeugen. Der *Rollback* fand ja nicht überall in den 1980er Jahren statt, ein *Rollout* hat nicht allerorten die 1990er Jahre charakterisiert. Und so tendiert der Text einerseits dazu, geographische und temporale Unterschiede zu verwischen. Andererseits sind das Platzen der *Dot.com*-Blase 2001 als dritte Krisenphase und die ab 2008 mit der Finanz-, Wirtschafts- und schließlich Staatskrise ihren vorläufigen Höhepunkt findende vierte Phase zwei vom *Rollback* und *Rollout* deutlich zu unterscheidende Sachverhalte. Eine solche Einteilung setzt mithin fälschlich *Rollback*- und *Rollout*-Neoliberalismen als „Angriffsstrategien“ gegen den keynesianisch-fordistischen Kompromiss in eins mit „Herausforderungen“ eines in sich widersprüchlichen, von Krisen, Brüchen und Widersprüchen gekennzeichneten kapitalistischen Systems. Im Gegenteil ist doch festzuhalten, dass, wie in den Wirtschaftsseiten leidlich ernstzunehmender Tageszeitungen nachzulesen, auf die *Dot.com* und die Ausläufer der US-amerikanischen *Real Estate Bubble* mit allerlei *Rollback*- und *Rollout*-Initiativen reagiert wurde bzw. wird – Akkumulation durch Enteignung inklusive.

Um es mit ein paar Beispielen anzudeuten: Im Land Berlin setzte der *Rollback* in den 1990er Jahren ein. Die landeseigenen Unternehmen BEWAG und GASAG wurden vollständig, die Wasserbetriebe teilprivatisiert; außerdem wurde ein Dutzend städtischer Wohnungsbaugesellschaften verkauft. Insgesamt wurde so zwischen 1991 und 2002 öffentliches Vermögen im Wert von 8,2 Milliarden Euro „freigesetzt“. Mit der „Agenda 2010“, die unter rot-grüner Ägide unter anderem zu den so genannten Hartz-Gesetzen führte, wurde ab 2003 die deutsche Arbeitsmarktpolitik in einem *Rollback*, der seinesgleichen sucht, auf *Workfare* umgestellt und das Beschäftigungsmodell auf den entgarantierten, prekären Niedriglohnsektor zugeschnitten. 1999 wurde das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ beschlossen. Damit wurde eine spezifische Form des *Rollout*-Neoliberalismus implementiert, den ich andernorts als neokommunitaristisch charakterisiert habe (Eick 2011). Dass das Programm 2011 durch die christlich-liberale Koalition weitgehend demontiert wurde, ist eine feine Volte, die uns auf den *Rollback* des *Rollout* verweist. Dass in Deutschland kein Hypothekenmarkt einbrach, eine Bankenkrise ausblieb und von Fiskalzwängen ohnehin kaum die Rede sein kann, unterstreicht

die Unterschiedlichkeiten nur. Wie können wir diese Ungleichzeitigkeiten im Sinne des Papiers von Margit Mayer besser fassen, also „vor Ort“ genauer sein, ohne die Gemeinsamkeiten aus den Augen zu verlieren?

Ein vergleichbares Problem stellt sich bei den vier von Mayer identifizierten „Merkmalen“ der heutigen Neoliberalisierung des Städtischen. Irritiert bin ich dort, wo Mayer meint, Städte hätten innerhalb des Fordismus eine zentrale Rolle gespielt, wo doch gerade für die BRD gezeigt werden kann, dass bis zur Krise des fordistischen „Modell Deutschland“ Städte bestenfalls als Befehlsempfänger oder „Ausführungsorgan“ des Nationalstaats zu charakterisieren waren und eben keine oder kaum eine eigenständige Politik entwickeln konnten. Erst mit der Krise erlangten bundesrepublikanische Städte den Status im Rahmen regionaler, nationalstaatlicher und globaler politökonomischer Restrukturierung, von dem hier schon für den Fordismus die Rede ist (Mayer 1994).

Auch hier will ich an einigen Beispielen illustrieren, wie die genannten „Merkmale“ in international vergleichender Perspektive zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führen. Mayer verweist – nachdem sie die anhaltende Wachstumsorientierung als zentrales Merkmal herausgestellt hat – auf „unternehmerische Formen der Governance“ und zitiert zutreffend Beispiele aus den USA. Die in der BRD nur zögerlich sich entwickelnden *Business Improvement Districts* wären dafür ein hiesiger, wenn auch sehr kleinteiliger, Beleg (Eick 2012a). Allerdings wird man das „Bewerben um bzw. das Anwerben von bestimmten Großevents“ wie der Olympischen Spiele oder der FIFA-Weltmeisterschaften wohl eher nicht unter *sub-* oder *out-contracting* fassen, denn die beiden *Nonprofit*-Organisationen IOC und FIFA bedienen sich unmissverständlich der städtischen und nationalen Verwaltungen und machen deren explizite Unterwerfung unter die Vorgaben der beiden steuerbefreiten Großkonzerne zur Voraussetzung für Bewerbung um und das Austragen der jeweiligen Spiele (Eick 2010, 2012b). Mit Blick auf Pfadabhängigkeiten (und deren Grenzen) wird man festhalten müssen, dass *gated residential areas*, oder wie immer man sie bezeichnen oder definieren mag (Glasze et al. 2006), weiterhin eine singuläre Ausnahme in Deutschland bleiben (Krenz 2011; Heissler 2009), während das anhaltende Wachstum kommerzieller Sicherheitsdienste, ohne dass staatliche Sicherheitskräfte ausgedünnt würden, tatsächlich ein globales Phänomen ist (Eick/Briken 2013).

Bei allem Interesse an einer „großen Linie“, die gleich Kontinente überwinden mag, ist es hilfreich, sich solcher Spezifitäten, Unterschiedlichkeiten und Ungleichzeitigkeiten genauer zu vergewissern, insbesondere mit Blick auf erfolgreiche Widerstands- und Protestformen zur Überwindung des neoliberalen Projekts. Die angedeutete Eingemeindung von Betreibern „angesagter“ Clubs und Strandbars in die Reihe der von neoliberalen Enteignungs- und Unterdrückungsformen Betroffenen nähme mich jedenfalls wunder. Zumindest habe ich hier zwei Fragen, die vor allem auf den Begriff „strategische Position“ zielen, den Mayer einführt, ohne ihn zu spezifizieren: Welche strategische Position genau haben diese „Kreativen“ und die auf der „Austeritäts-Seite“? Wenn wir einmal in betriebswirtschaftlicher Logik – und das ist die Logik des heutigen „Unternehmens Stadt“ (Eick 2012a) – davon ausgehen, dass

eine strategische Position die Fähigkeit umfasst, aktiv planend, gestaltend und kontrollierend sein jeweiliges Image am “Markt” darzustellen, dann gehört dazu auch, dass eine Dienstleistung oder die Gruppe selbst in den Augen einer festgelegten Zielgruppe zunächst von ähnlichen Produkten bzw. Dienstleistungen konkurrierender Gruppen mit einem ähnlichen “Angebot” zu unterscheiden ist und Druckmittel in der Hand hält, sich am “Markt” durchzusetzen. Wo und was ist also die „strategische Position“ oben genannter Gruppen? Und, um eine gewisse Skepsis gegenüber dem durchschimmernden Voluntarismus wenigstens anzudeuten, was sollte die mit *Leverage* Gesegneten veranlassen, für die *Outcasts* in die Bresche zwischen *iron fist* und *velvet glove* zu springen?

Endnoten

- [1] Bisher zeichnet sich nach dem Atlantischen Fordismus bzw. dem fordistisch-keynesianischen nationalen Wohlfahrtsstaat ein solches kohärentes Wachstumsregime nicht ab – die Modelle einer „Wissensökonomie“, eines „finanzmarktbasierenden Akkumulationsregimes“ oder gar eines „Green New Deal“ waren/sind in den vergangenen Dekaden Ansätze dazu.

Autor_innen

Volker Eick ist Politikwissenschaftler an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Urbane Sicherheitsregime, kommerzielle Sicherheit, Workfare.
Kontakt: eickv@zedat.fu-berlin.de

Literatur

- Brenner, Neil / Nik, Theodore (2002): Cities and the Geographies of „Actually Existing Neoliberalism“. In: *Antipode* 34/3, 349-379.
- Eick, Volker (2010): A Neoliberal Sports Event? The FIFA from the Estadio Nacional to the fan mile. In: *CITY* 14/3, 278-297.
- Eick, Volker (2011): Policing „Below the State“ in Germany. In: *Contemporary Justice Review* 14/1, 21-41.
- Eick, Volker (2012a): The Co-Production of Purified Space. In: *European Urban and Regional Studies* 19/2, 121-136.
- Eick, Volker (2012b): Die Olympischen Jugend-Winterspiele in Innsbruck. In: Gaismair-Jahrbuch 2013. Innsbruck, 48-57.
- Eick, Volker (2013): Polychrome Policing in Germany. In: R. Lippert / K. Walby (Hg.), *Policing Cities*. New York, 97-112.
- Eick, Volker / Briken, Kendra (Hg.) (2013): *Urban (In)Security*. Ottawa.
- Glasze, Georg / Webster, Chris / Frantz, Klaus (Hg.) (2006): *Private Cities*. New York.
- Heissler, Julian (2009): Gated Communities. Todsicher in der Isolation. Spiegel Online, 22.10.2009, <http://tinyurl.com/bma2y8y> (14.06.2013).
- Jessop, Bob (2002): Liberalism, Neoliberalism, and Urban Governance.

- In: *Antipode* 34/3, 452–472.
- Jessop, Bob (2013): Revisiting the Regulation Approach. In: *Capital & Class* 37/1, 5–24.
- Krenz, Sebastian (2011): Ein Investor plant Leipzigs erste bewachte Wohnanlage. *Die Zeit* 65/38, 15.09.2011, <http://tinyurl.com/bsl5m9n> (14.06.2013).
- Mayer, Margit (1994): Post-Fordist City Politics. In: A. Amin (Hg.), *Post-Fordism*. Oxford, 316–337.
- Mayer, Margit (2013): Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 1, 155-168.

Neoliberalisierung als Gesellschaftskrise

Kommentar zu Margit Mayers „Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt“

Samuel Mössner

Debatte

2013, Heft 1, 185-188
zeitschrift-suburban.de

Margit Mayer
,Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt‘

Kommentare von:
Grischa Bertram
Peter Birke
Volker Eick
Samuel Mössner
Lisa Vollmer

Replik von:
Margit Mayer

Die Darstellung aktueller neoliberaler Politik, wie sie im Beitrag von Margit Mayer dargelegt wird, gilt zumindest im Bereich der kritischen Stadtgeographie als eine Art Common Sense. Mit ihren Ausführungen trifft Margit Mayer daher auf breite Zustimmung. Interessant scheint es, die von ihr ausgeführte Konzeption von Neoliberalisierung auf ein konkretes, empirisches Beispiel anzuwenden, z. B. auf die Frage nach den Widersprüchen und Logiken nachhaltiger Entwicklung von Städten, die in der Literatur als Kritik am vorherrschenden „*sustainable urban development*“ (vgl. Béal 2012; Krueger/Gibbs 2007) formuliert werden. Nicht nur in großen Metropolen, sondern auch in Klein- und Mittelstädten wie Freiburg i. Br. kann der von Margit Mayer dargelegte Prozess der Neoliberalisierung städtischer Politiken beobachtet werden. Die Herausforderung besteht dann darin, die Kritik gerade auch auf vermeintlich positive Entwicklungen, wie das Bemühen um eine Reduktion von CO₂ in städtischen Agglomerationen, anzuwenden. Ich möchte meinen Kommentar zu Margit Mayers Beitrag daher gern am Beispiel der „*Green City*“ Freiburg ausführen, um a) das große empirische Potential der von ihr verwendeten Konzeption von Neoliberalisierung aufzuzeigen und davon ausgehend b) nach der Krise des politischen Systems zu fragen.

Ausgehend von den frühen Umwelt- und sozialen Bewegungen der 1970er Jahre, die erfolgreich die Errichtung eines AKWs im Umland der Stadt verhinderten, entwickelte sich in Freiburg ein komplexes System nachhaltiger Stadtentwicklungsprozesse und -ansätze, die u. a. ab Mitte der 1990er Jahre zur Errichtung des Öko-Quartiers Vauban und letztlich Anfang der 2010er Jahre zur weltweit ersten Umwandlung eines Gebäudes des sozialen Wohnungsbaus der 1970er Jahre zu einem Passivhochhaus führten. Die aus den sozialen Kämpfen stammenden „grünen“ Werte und Forderungen gelten heute als gesellschaftlicher Konsens der Stadtpolitik. Sowohl in ihrem Image als auch belegt durch wissenschaftliche Studien (vgl. Newman et al. 2009) scheint die Stadt Freiburg Ökologie, Ökonomie und Soziales erfolgreich zu einer grünen Stadtpolitik zu vereinen, die auf einer breiten partizipatorischen Basis aufbaut. Neben der technischen Machbarkeit stehen im Zentrum des Nachhaltigkeitsverständnisses

der Stadt Freiburg immer auch Toleranz und Sozialverträglichkeit der Maßnahmen. Mit Blick auf Freiburgs nachhaltige Stadtentwicklung scheint das neoliberale Ziel „*to enhance the profit-making capacities of capital*“ (Brenner et al. 2012: 3) zugunsten anderer Werte abgelöst.

Erst durch neuere Proteste wurden die unter dem Deckmantel des Konsens vollzogenen Entwicklungen als profitorientierte Umwelt-Projekte enttarnt und die negativen, ausschließenden Effekte einer grünen neoliberalen Politik zur Diskussion gestellt: Im August 2011 kam es im Zentrum des Vorzeigestadtteils Vauban zu Protesten gegen die Umsetzung eines geplanten Hotelkomplexes, der dort anstelle eines bereits seit einigen Jahren vorhandenen Wagenplatzes errichtet werden sollte. Es fanden sich Transparente, auf denen nicht nur ein „Recht auf Stadt für alle“, sondern dieses Recht auch in Abgrenzung gegenüber einem vorherrschenden „grünen Kapitalismus“ gefordert wurde, der die Stadt und vor allem die Bemühungen um eine nachhaltige Stadtentwicklung längst vereinnahmt habe. Die teils heftigen Proteste, die sich über das Stadtgebiet ausdehnten, richteten sich nicht nur gegen die gewaltsame Auflösung des Wagenplatzes. Sie hatten auch unangemessene Mietpreissteigerungen zum Gegenstand (und knüpften hier an bundesweit geführte Diskurse an), die in Freiburg unter anderem durch ökologische Sanierungen verursacht wurden. Dieser Widerstand überraschte die politischen Eliten der Stadt, deren Politik sich bislang auf die Werte und Ideale des Umweltaktivismus der 1970er Jahre stützte, und führte in der Öffentlichkeit zu einem neuen Diskurs, der nun nicht mehr die positiven Errungenschaften grüner Stadtpolitik, sondern vielmehr deren ausschließende Wirkung thematisierte.

Der sich in Freiburg vollziehende Wandel vom frühen Umweltaktivismus hin zur Durchsetzung profitorientierter Umwelt-Projekte lässt sich nur bedingt mit den von Margit Mayer vorgeschlagenen Phasen der Neoliberalisierung beschreiben. Der französische Stadtforscher Vincent Béal (2012) schlägt eine zwar in weiten Teilen ähnliche, aber im Detail alternative Systematisierung vor. Im Unterschied zu Mayer beschreibt Béal zunächst eine erste Phase grüner Neoliberalisierung, die er als *grassroots environmentalism* bezeichnet. Während dieser Phase werden Umweltbelange erstmals von Umweltaktivist_innen und sozialen Bewegungen auf die urbane Ebene gehievt. In seiner Analyse berücksichtigt Béal damit einen größeren Zeitraum, der die Phase ab den 1968/1970er Jahren umfasst, in denen die Werte und Ideale eines aus damaliger Sicht positiven Wandels gesetzt wurden. Vor allem im Kontext nachhaltiger Stadtentwicklung nimmt diese Phase, die in Margit Mayers Konzeption zunächst nicht berücksichtigt wird, eine entscheidende Rolle ein. Die Strategie, sich gegensätzlicher und kritischer Werte und Forderungen zu bemächtigen, um neoliberale Ziele zu verschleiern und durchzusetzen – Adrian Parr (2009) beschreibt dies treffend als *hijacking sustainability* –, erschwert die Formierung von Widerstand und dient der Legitimation neoliberaler Entwicklungen. Die Umweltproteste der 1970er Jahre müssen daher vor dem Hintergrund der Neoliberalisierung ihrer Ziele betrachtet werden. Meiner Ansicht nach ist diese Perspektive nicht nur im Kontext nachhaltiger Stadtentwicklung relevant, sondern kann auch in anderen Kontexten

das verdeutlichen, was Mayer in ihrem Beitrag als die Pfadabhängigkeit der Neoliberalisierung bezeichnet (Mayer 2013: 156). So bestimmt etwa die erste Besetzung eines deutschen Wohnhauses im Jahr 1970 im Frankfurter Westend (Eppsteiner Straße 47) nicht nur die weitere Entwicklung des Häuserkampfes in Frankfurt, sondern beeinflusst auch den städtischen Umgang mit dem Westend bis heute. Rückt man diese Phase in den Blickwinkel der Betrachtung heutiger Proteste, so drängt sich die Frage auf, ob es nicht heute zu sehr ähnlichen Forderungen und Kritiken kommt, die bereits vor mehr als vierzig Jahren formuliert worden sind.

Die von Margit Mayer als „Austeritätspolitik 2.0“ bezeichnete heutige Phase der Neoliberalisierung beschreibt eine von Krisen geprägte Zeit. Die Auswirkungen neoliberaler Politik etwa auf Wohnungsmärkte und die Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung lassen sich jetzt nur noch schwer mit dem Erreichen grundsätzlich positiver Ziele (wie der Umsetzung der Nachhaltigkeit durch die Durchführung teurer ökologischer Sanierungen) rechtfertigen. Vor diesem Hintergrund steigen die Möglichkeiten widerständiger Gruppierungen, den vermeintlichen Konsens zu enttarnen. Damit bestünde in der Zeit der Krisen die reelle Chance, städtische Politik zu verändern.

Diese Überlegungen leiten zum zweiten Teil meines Kommentars über, in dem es um die verbliebenen Handlungsmöglichkeiten gehen wird. Margit Mayer führt sehr anschaulich aus, wie unterschiedlich die einzelnen widerständigen Gruppen auf die Widersprüche der Neoliberalisierung reagieren und mit ihnen umgehen. Sie fordert eine stärkere Vernetzung dieser Gruppen mit dem Ziel, vorhandene Gegensätze und Distanzen zu überwinden, um das „neoliberale Herrschaftsregime zu destabilisieren“ (Mayer 2013: 164). Hier sieht sie vor allem die „privilegierten“, mit hohem „kulturellen Kapital“ ausgestatteten Bewegungen in einer führenden Verantwortung, die „gegenhegemoniale Bewegung“ zu formieren. Dieser Ansicht stimme ich grundsätzlich zu. Dennoch bedarf es meines Erachtens auch weiterer Lösungswege, die eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung formulieren. Unklar bleibt mir, wie eine „orchestrierte Form“ der „tiefen Vergesellschaftung“ dann umzusetzen wäre. Welche Formen der Institutionalisierung müssten gewählt werden, um die Reform als gesamtgesellschaftlichen Prozess zu steuern? Welche Lehren können dafür aus dem Protest der 1968/1970er Jahre gezogen werden?

Das von Margit Mayer vorgebrachte Merkmal der „Informalisierung der Politik“ deutet meiner Meinung nach auf eine Krise des politischen Systems hin. Wenn Slavoj Žižek mit Blick auf die aktuelle Finanzkrise und die nur über Sparmaßnahmen ermöglichten „Rettungsbestrebungen“ der Banken fragt, „[...] in welcher Gesellschaft wir leben, wenn solche Formen der Erpressung möglich sind“ (2009: 24), dann verweist er darauf, dass konsensuale Politik und postdemokratische Zustände Ausdruck einer Krise der Demokratie sind. Gehen wir zusammen mit Colin Crouch (2008) aber von einer Krise der Demokratie aus, dann wird – wiederum mit Blick auf die Proteste der 1968/70er Jahre – die Frage drängend, wie diese durch vernetzten Widerstand gelöst werden kann.

Autor_innen

Samuel Mössner ist Akademischer Mitarbeiter am Institut für Umweltsozialwissenschaften und Geographie der Universität Freiburg.

Kontakt: samuel.moessner@geographie.uni-freiburg.de

Literatur

Béal, Vincent (2012): Urban governance, sustainability and environmental movements: Post-democracy in French and British cities. In: *European Urban and Regional Studies* 19/4, 404–419.

Brenner, Neil / Marcuse, Peter / Mayer, Margit (2012): Cities for people, not for profit. An introduction. In: Neil Brenner / Peter Marcuse / Margit Mayer (Hg.): *Cities for people, not for profit. Critical urban theory and the right to the city*. New York, 1–10.

Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt am Main.

Krueger, Robert / Gibbs, David (2007): Introduction: Problematizing the Politics of Sustainability. In: Robert Krueger / David Gibbs (Hg.): *The sustainable development paradox. Urban political economy in the United States and Europe*. New York, 13–40.

Mayer, Margit (2013): Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 1, 155-168.

Newman, Peter / Beatley, Timothy / Boyer, Heather (2009): *Resilient Cities: Responding to Peak Oil and Climate Change*. Washington, DC.

Parr, Adrian (2009): *Hijacking Sustainability*. Cambridge.

Žižek, Slavoj (2009): *Auf verlorenem Posten*. Frankfurt a. M.

Zwischen Partikularismus und Universalismus. Wie bilden sich Koalitionen?

Kommentar zu Margit Mayers „Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt“

Lisa Vollmer

Debatte

2013, Heft 1, 189-192
zeitschrift-suburban.de

Margit Mayer
,Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt‘

Kommentare von:
Grischa Bertram
Peter Birke
Volker Eick
Samuel Mössner
Lisa Vollmer

Replik von:
Margit Mayer

In ihrer Analyse aktueller urbaner Proteste konstatiert Margit Mayer die Formierung neuer Koalitionen zwischen verschiedenen Gruppen auf allen politischen Ebenen als die wichtigste Herausforderung städtischer sozialer Bewegungen. Während ich mit Mayer übereinstimme, dass es diese Bündnisse zwischen den durch neoliberale Politiken und Lebenswelten vereinzelt Gruppen sind, die einen effektiven Widerstand gegen ein universal gewordenes Regime des Neoliberalismus erst ermöglichen, lässt sie doch die meiner Meinung nach wichtigste Frage unbeantwortet: Welche Strukturen, welche Bedingungen, welche Subjektpositionen und welche politischen Prozesse sind es, die eine solche Kollektivierung überhaupt ermöglichen? Im Folgenden möchte ich diese Frage als Aufgabe der Bewegungsforschung entwerfen. Anregungen dafür können die Diskurs- und Hegemonietheorie Ernesto Laclaus (2007; mit Chantal Mouffe 2001) und ein Politikverständnis bieten, das Politik und Demokratie weniger als Staatsform, sondern als ständig gelebten Konflikt sieht, wie es etwa Jacques Rancière (2008, 2002) definiert. Beide betonen die Kontingenz politischer Aushandlungen und damit das emanzipatorische Potential politischen Handelns, ohne die diesen Prozessen zugrunde liegenden diskursiven und strukturellen Bedingungen zu negieren.

Mayer beschreibt die Auswirkungen neoliberaler Politiken auf die Stadt als Protestanlässe für soziale Bewegungen. Sie betont dabei die Heterogenität und „Disparitäten zwischen unterschiedlichen Widerständen gegen die städtische Neoliberalisierung“ (Mayer 2013: 162). Sie beachtet dabei allerdings nicht, dass die hegemoniale neoliberale Ordnung gleichzeitig die Individualisierung und Vereinzelung auf Subjektebene vorantreibt. Stichworte sind hier das unternehmerische Selbst und die (individuelle) Authentizität „kreativer“ Subjekte. So ist die neoliberale Ordnung auch auf dieser Ebene einerseits Hindernis bei der Formierung sozialer Bewegungen oder gar der Koalitionsbildung zwischen solchen; andererseits können Proteste gerade auch als Versuch, diese neoliberale Individualisierung zu überkommen, betrachtet werden. Die Frage stellt sich also, wann welche Protestteilnehmer_innen unter welchen Bedingungen

von ihrem individuellen Interesse transzendieren und wie eine kritische Stadtforschung diesen Prozess analysieren kann. Dazu ist eine andere Konzeption des Verhältnisses zwischen Partikularem und Universellem nötig, als sie in der klassischen Bewegungsforschung vorherrscht.

Denn auch deren Debatte ist von den neoliberalen Vereinzelerfahrungen geprägt: Seit den 1980er Jahren dreht sie sich hauptsächlich um die sogenannten neuen sozialen Bewegungen und deren Partikularismus. Ebenso wird im Diskurs der politischen Theorie entweder ein Verlust des Universellen beklagt oder es wird als überkommener, westlicher Wert der Moderne normativ abgewertet. Es ist dieses dichotome Verständnis von Partikularismus gegen Universalismus, das Laclau in seiner 1996 erschienen Essaysammlung *Emancipation(s)* kritisiert. Es sei eben nicht die Dichotomie zwischen beiden, sondern gerade die Beziehung, der Weg vom einen zum anderen, die das Politische erst ausmacht. Damit wendet er sich sowohl gegen ein unkritisches Befürworten der Partikularismen, wie es etwa in der Überbetonung von kulturellen Differenzen im Multikulturalismus vorherrscht, als auch gegen ein Festhalten an der rein am Universalen orientierten Konsenspolitik etwa eines Jürgen Habermas, die eine vollständige Transzendierung vom Partikularen als möglich ansieht. Es ist gerade der Raum zwischen dem Partikularen und dem (beanspruchten) Universellen, den Laclau als Raum des politischen Handelns und damit auch für Protest ausmacht. Einzelne Gruppen mit ihrem Partikularismus beanspruchen die Universalität ihrer Position und hegemonialisieren sie so. Wer sich dabei durchsetzen kann, ist von den machtvollen Beziehungen der Akteure im Feld der Hegemonien beeinflusst, steht aber nicht von vorneherein fest. Dieser Prozess der Transzendierung hin zum Universellen vollzieht sich nach Laclau über die Konstituierung von Antagonismen. Mit „Antagonismus“ ist dabei nicht eine einfache Differenz- oder Feind-Beziehung gemeint. Der Antagonismus ist vielmehr das einen Diskurs überhaupt erst konstituierende Außen, das Unsagbare. Dieser Antagonismus, das Außen wird dann zum Universellen, denn es ist jenseits der Differenzen des Diskurses. Der Antagonismus eines Diskurses, der selbst nicht ausdrückbar ist, äußert sich in einem „leeren Signifikanten“, also wiederum einer leeren Form, die einen Anknüpfungspunkt für viele Partikularismen bietet. Beispiele eines solchen leeren Signifikanten sind etwa „Freiheit“ oder auch „Zivilisation“, also Begriffe, die an sich unterbestimmt sind und gerade deshalb in so vielen politischen Diskursen auf höchst unterschiedliche Weise Einsatz finden. Aber auch die Antagonismen eines Diskurses und damit seine leeren Signifikanten sind nicht unveränderlich. Im Gegenteil, sie existieren nur durch ihre ständige Erneuerung in der diskursiven Praxis und sind gerade deshalb potentiell wandelbar. Sind die hegemonialen Beziehungen eines Feldes stabil, so sind es auch die Antagonismen; verändern sich diese Beziehungen aber, bietet sich das Potential für Wandel. Hier setzen soziale Bewegungen in der neoliberalen Stadt an, indem sie etablierte Diskursformationen angreifen und gegenhegemoniale zu etablieren versuchen. Diese Artikulationen bieten dann Anschlusspotential für andere Proteste und Gruppen. Für Mayer scheinen diese Zusammenschlüsse rein strategische Entscheidungen von Akteuren zu sein, die unabhängig von lokalem

und historischem Kontext ihre *agency* verfolgen. Deshalb ist für sie die „tiefe Vergesellschaftung“ – ohne nähere Bestimmung, was diese genau sein soll – erst der dritte und *letzte* Schritt der Aufhebung des neoliberalen Regimes. Ich argumentiere dagegen, dass es eben diese Prozesse der Vergesellschaftung, der Subjektformierung sind, die der kritischen Analyse bedürfen, will man erklären (und damit auch potentiell befördern), wie es zu Kollektivierung und Koalitionen kommt.

Ähnlich wie Laclau definiert auch Rancière Politik als die Aushandlung um das Gemeinsame. Zum Beispiel: „Der Kampf der ‚Reichen‘ und der ‚Armen‘ ist der Kampf um die Möglichkeit selbst, dass diese Worte auseinandergehen, dass sie die Kategorien einer anderen Zählung der Gemeinschaft einrichten“ (Rancière 2008: 28). An dieser Stelle führt Rancière die Kategorie des politischen Subjekts ein. Ein kollektives Subjekt entsteht, wenn Ungezählte oder Anteillose zu sprechen und damit zu existieren beginnen und dadurch eine neue Definition des Gemeinsamen, des Universellen notwendig machen. Das politische Subjekt geht der Politik nicht voraus, es entsteht vielmehr erst in der politischen Beziehung. Und diese Beziehungen sind nach Rancière immer Beziehungen der Differenz.

Wenn das Universelle also als „*an empty but ineradicable place*“ (Laclau 2007: 58) definiert wird, den es zu füllen gilt, und wenn das Wesentliche der Politik „in den auf Dissens beruhenden Subjektivierungsweisen“ (Rancière 2008: 45) liegt, stellt sich die von Mayer formulierte Frage nach möglichen Koalitionen für die soziale Bewegungsforschung anders: Damit treten die Logiken dieses Füllens der Leere des Universellen und die von den Akteuren des Protestes eingenommenen Subjektpositionen als Untersuchungsgegenstände in den Mittelpunkt.

Somit könnten gerade die von Mayer beschriebenen Proteste gegen Austeritätspolitik, die ja aus ökonomischen Anlässen heraus geführt werden, von der identitären Konzeption der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungsforschung abgegrenzt werden.

Jenseits eines reinen Beklagens unendlicher Partikularität in neoliberalen Regimen – aber ohne die strukturelle Fragmentiertheit, die kaum noch geteilten Erfahrungswelten, die sich aus ihnen ergeben, leugnen zu wollen – stellen sich für eine kritische Bewegungsforschung meines Erachtens die folgenden Fragen:

- Welche Bedingungen und Voraussetzungen ermöglichen eine Kollektivierung von Subjektpositionen und damit Koalitionsbildung zwischen eigentlich verschiedenen Gruppen? Wie werden also neoliberale Subjektpositionen überkommen?
- Welche Antagonismen und leeren Signifikanten werden geprägt bzw. welche Themen und Protestanlässe haben das Potenzial, über sich hinaus zu verweisen und damit andere Gruppen zu solidarisieren?
- Wie wird die existierende, als natürlich gegeben hegemonialisierte Ordnung mit ihren Antagonismen angegriffen? Wo bieten sich die Möglichkeiten dazu?

In der Analyse heutiger sozialer Bewegungen kann man zum Beispiel das Potenzial der Krise ausloten. Seit der Finanzkrise und der folgenden Staats- und allgemeinen Legitimationskrise haben sich viele neue

Protestgruppen formiert, die versuchen, die nun gestörten hegemonialen Beziehungen auszunutzen und alte leere Signifikanten, wie zum Beispiel „Freiheit“, zu dekonstruieren. Gleichzeitig bietet ein Krisendiskurs die Möglichkeit, gemeinsame neue Antagonismen zu etablieren. Dafür haben verschiedene Protestanlässe verschiedene Potenziale. Einerseits müssen sie lokal verankert sein, das heißt auch in einer partikularen Forderung verwurzelt sein. Sind sie das nicht, verhält eine Bewegung gleichsam, wie die Occupy-Bewegung gezeigt hat (insofern sie sich nicht lokaler Kämpfe annahm). Andererseits müssen die lokalen und partikularen Kämpfe auch das Potenzial der Transzendierung bieten. Von ihnen muss auf systemische Probleme rückgeschlossen werden können, möglichst auf allen politischen Ebenen. Ein Beispiel hierfür sind die zahlreichen internationalen Kämpfe rund um das Thema Wohnen, die lokale Deprivationslagen mit lokaler, nationaler und internationaler Politik und Ökonomie verbinden können. Besonders eindrücklich sind diese Proteste in Spanien, wo sich viele Gruppen aus anderen Bereichen den Protesten der Hypothekenbetroffenen angeschlossen haben. Dabei stellt sich die Frage, wie die etablierte Hegemonie angegriffen wird und welche neuen Bilder etabliert werden. So kann etwa beobachtet werden, dass die negative Stigmatisierung von Arbeitslosen bereits an breiter Zustimmung verloren hat. „Die Armen“ zu sein, ist nicht länger peinlicher, persönlicher Schicksalsschlag, sondern ermöglicht es, „die Gemeinschaft neu zu zählen.“

Autor_innen

Lisa Vollmer schreibt zu Subjektformierungen in Mieterprotesten in Berlin und New York und ist am Internationalen Graduiertenkolleg Berlin - New York - Toronto, Center for Metropolitan Studies TU Berlin beschäftigt.

Kontakt: lisa.vollmer@metropolitanstudies.de

Literatur

Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal (2001): *Hegemony and socialist strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. London, New York.

Laclau, Ernesto (2007): *Emancipation(s)*. London, New York.

Mayer, Margit (2013): *Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt*. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 1, 155-168.

Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt a. M.

Rancière, Jacques (2008): *Zehn Thesen zur Politik*. Zürich.



Debatte

2013, Heft 75, 193-204
zeitschrift-suburban.de

Margit Mayer
,Urbane soziale
Bewegungen in der
neoliberalisierenden
Stadt'

Kommentare von:
Grischa Bertram
Peter Birke
Volker Eick
Samuel Mössner
Lisa Vollmer

Replik von:
Margit Mayer

Was können urbane Bewegungen, was kann die Bewegungsforschung bewirken?

Replik zu den fünf Kommentaren

Margit Mayer

Die Replik auf die fünf Kommentare zu meinem Beitrag verdeutlicht zunächst den Theorierahmen, den ich zur Analyse urbaner sozialer Bewegungen im Kontext neoliberaler Stadtpolitik benutzt habe, weil dieser offensichtlich zu einigen Missverständnissen geführt hat. Diese theoretische Konzeption von Neoliberalisierung impliziert auch eine Vorstellung von dem Prozess, in dem das neoliberale Projekt überwunden werden könnte, die hier etwas genauer dargelegt wird. Sodann setzt sich die Replik mit der im Aufsatz selbst zu kurz gekommenen diskursiven Dimension der städtischen Proteste auseinander. Während der Aufsatz lediglich beispielhaft an *einem* (von vielen möglichen) Beispiel(en) von Konflikten und entsprechenden Widerständigkeiten aufgezeigt hat, inwiefern es produktiv sein kann, aktuelle Bewegungskonflikte im gesellschaftspolitischen Kontext (der neoliberalisierenden Stadt) zu verorten, verweist die Replik auf zwei neuere Forschungsrichtungen, die den medialen Vermittlungen weniger stark aufsitzen als bisherige Ansätze - und die sicherlich ausgebaut werden müssen, aber dem hier benutzten Theorieansatz in keiner Weise widersprechen. Der letzte Teil der Replik greift die Frage der Subjekte und Subjektivitäten der Bewegungsakteure, die in mehreren Kommentaren thematisiert wurde, und ihre Konsequenzen für den Brückenschlag zwischen 'klassischen' städtischen Bewegungen und sog. 'Urban Outcasts' bzw. 'Stimmlosen' auf.

Die Herausgeber_innen der neuen Zeitschrift hatten mich gebeten, für die erste Nummer einen „Diskussionsaufschlag“ zum Thema „urbane soziale Bewegungen“ zu schreiben und dabei meinen Forschungsgegenstand „im Feld der kritischen Stadtforschung [zu] verorten [...], diesem Feld dadurch Kontur zu geben [...] [und dabei] den jeweiligen kritischen Ansatz [zu] verdeutlichen“. Dementsprechend versucht mein Beitrag, an einem (von vielen möglichen) Beispiel(en) aufzuzeigen, inwiefern es produktiv sein kann, aktuelle Bewegungskonflikte im gesellschaftspolitischen Kontext (der neoliberalisierenden Stadt) zu verorten. Zu jedem der Merkmale bzw. Widersprüche der neoliberalisierenden Stadt wären Konflikte zu benennen und entsprechende Widerständigkeiten zu untersuchen, bzw. wäre aufzuzeigen, wie oppositionelle Bewegungen durch diese neuen Formen der Neoliberalisierung selbst tangiert werden. In der vorgegebenen Kürze zeige ich solche Effekte lediglich exemplarisch an den aktuellen, zunehmend auf kulturelle Branding-Strategien setzenden Bemühungen städtischer Politik („kreative Stadt“) auf, die manchen Bewegungsgruppen entgegenkommen. Ähnlich wäre dies für die wandelnden Formen von Gentrifizierung und die sich darauf

beziehenden unterschiedlichen Konflikte um Mietensteigerung bzw. Verdrängung zu untersuchen; oder für die Auseinandersetzungen um große Entwicklungsprojekte und Events sowie die Art und Weise ihrer (*public-private*) Planung und Durchsetzung; oder um Privatisierungsmaßnahmen bei der Daseinsvorsorge oder im öffentlichen Raum. Bei all diesen Entwicklungen haben sich private Akteure gegenüber staatlichen in den Vordergrund geschoben: Konfrontationspartner der Bewegungen ist nicht mehr nur der (Lokal-)Staat, sondern auch (internationale) Finanzakteure, Investoren, Immobilienhändler und private Akteure, die sich im Rahmen neuer Formen privatisierter *Governance* der städtischen (und nationalen) Verwaltungen *bedienen* (wie Volker Eick für das IOC oder FIFA völlig zu Recht betont). Damit sind neue Bedingungen gesetzt, unter denen städtische Auseinandersetzungen sich nicht mehr einfach in administrative Konflikte um Verteilung übersetzen, wo der durch soziale Bewegungen entfaltete Druck zu einer anderen staatlichen Politik führen könnte. Diese neuen Bedingungen erfordern, genauso wie die mit den neuartigen Konflikten auftauchenden Widersprüche und Spannungen auf Seiten der Bewegungen, eine nüchterne Bestandsaufnahme, damit es möglich wird, Kräfteverhältnisse und die Reichweite von verschiedenen Mobilisierungen zu bestimmen.

Als Rahmen, um diesen Übergang von fordistischer Stadtpolitik zur aktuellen erklärbar zu machen, bediene ich mich des Neoliberalisierungskonzepts von Brenner u. a., das in der dargestellten Kürze allerdings offensichtlich für mehr Verwirrung als Aufklärung gesorgt hat. In der Tat agierte die lokalstaatliche Ebene, also die Kommune, in den fordistischen Gesellschaften primär als verlängerter Arm bzw. als „Ausführungsorgan“ des Nationalstaats und entwickelte als solches kaum eine eigenständige Politik. Aber *Städte* spielten für die fordistisch-keynesianischen Produktions- und Reproduktionssysteme eine zentrale Rolle insbesondere wegen ihrer Bereitstellung der Infrastruktur der kollektiven Konsumtion, der damit verknüpften Lebensweise und dadurch gesicherten Akkumulation. Genau deswegen wurden Städte, so das Argument von Brenner u. a., nach Ausbruch der Krise des Fordismus zu den ersten Schauplätzen der Abwicklung sozialstaatlicher Infrastrukturen und in der folgenden Phase zu Orten der Innovation und für neue *Rollout*-Programme.

Aber das theoretische Konzept bietet darüber hinaus auch einen Vorstellungsrahmen für die Überwindung des neoliberalen Projekts. Brenner u. a. postulieren auf der Basis ihrer Untersuchung der Herausbildung und Ausbreitung des neoliberalen Projekts, das mit lokal fragmentierten Experimenten begann (als die Ideen der 1947 von Friedrich von Hayek gegründeten *Mont-Pélerin-Society* noch recht marginal waren), sich dann aber über vereinzelte Formen institutioneller Reform auf verschiedenen Skalen und in unterschiedlichen Zonen zu intensivieren und zu vernetzen begann, um sich schließlich, in den letzten 30+ Jahren, auf der Ebene der *rule regimes* zu vertiefen, dass für die Destabilisierung und schließlich Überwindung der Neoliberalisierung eine ähnliche Entwicklung anzunehmen sei. Ein alternatives Regime, das gemeinwohl-orientiert und kooperativ organisiert, dekommodifiziert und mit radikal-demokratischen Entscheidungsstrukturen ausgestattet wäre, kann sich nicht über

Nacht, sondern vermutlich ebenfalls eher in einem solchen drei-stufigen Phasenmodell von lokalen Experimenten über vernetzte *policy transfers* hin zu umfassenden Veränderungen auf der Ebene des „Kontexts der Kontexte“, als „*deep socialization*“, entwickeln. Von daher ist nicht recht nachvollziehbar, wieso Grischa Bertram meint, ich sähe eine „tiefe Vergesellschaftung‘ in greifbarer Nähe“ (Hervorhebung durch Autorin) – obwohl ich doch in einem 2008 publizierten Text noch von einer „Erosion der Protest- und Widerstandspotentiale“ städtischer Bewegungen berichtet habe. Diese Diagnose war kenntlich gemacht als Einschätzung von Bewegungsaktivisten, die das Schwinden vormals günstiger Voraussetzungen für die Organisation und Verbreitung von Bewegungsthemen unter den Bedingungen von Privatisierung verantwortlich machten dafür, dass sich Aktivisten in der Phase nach 2000 zunehmend auf das „Machbare“ konzentrierten, oder das Überleben ihrer Projekte über das breite Angebot sozial- und arbeitsmarktpolitischer Programme zu sichern suchten. Im Text verband ich diese Beschreibung der Effekte des Umkrepelns der sozialen Sicherungssysteme auf die Bewegungsszene mit der (im nächsten Satz folgenden) Beobachtung, dass gleichzeitig über die „Lokalisierung“ globalisierungskritischer Bewegungen eine gewisse Aufbruchstimmung in die städtische Bewegungslandschaft wehte.

Dieses Neoliberalisierungskonzept und die Vorstellung seiner langfristigen Überwindung widersprechen also keineswegs dem Vorschlag, danach zu fragen, „welcher Strategien es bedarf, um Entstehung und Entwicklung lokaler Bewegungen zu ermöglichen.“ (Bertram) Genau darum geht es mir auch: auf der Basis nüchterner Bestandsaufnahme der diversen progressiven städtischen Bewegungen solche Strategien zu entwickeln – ohne dabei die Bewegungen zu überhöhen oder ihre Kämpfe „theoretisch aufzuladen“.

Peter Birke verweist darauf, dass der „Tigersprung“ von der analytischen Typologie in die konkreten stadtpolitischen Situationen kompliziert wird durch die Tatsache, dass die Landschaft der Revolten auch einen „diskursiven Aspekt“ hat, also vermittelt wird durch mediale Selektion und Aufmerksamkeitszyklen, die eben eher auf Londoner *riots* als auf Unruhen in Bochumer Vorstädten reagieren. Auch die Bewegungsforschung hat lange stärker auf medienwirksame Effekte geachtet als auf Indikatoren signifikanter, aber unter der Oberfläche sich vollziehender Entwicklungen oder unsichtbare *quiet encroachments* (Bayat 2000). Inzwischen zeugt die Forschungslandschaft jedoch zunehmend davon, dass die Stadt- und Bewegungsforschung nicht notwendig gekoppelt ist an die Aufmerksamkeitszyklen der Medien. Gerade die Stadtforschung hat in letzter Zeit dazu beitragen, dass sich das *window of opportunity* auch für weniger leicht sichtbare Widerstände und deren Gegenmodelle öffnet, in zweifacher Hinsicht.

Zum einen werden, z. T. inspiriert durch Stadtforschung im globalen Süden, informelle, alltägliche Transgressionen und Widerstandspraxen gegen Repression und Ausgrenzung genauso wie spontane *riots* zunehmend als konstitutiver Teil urbaner Auseinandersetzungen und städtischer Politik gesehen (1). Zum anderen wendet sich die „Stadt“-Forschung stärker der Stadt- bzw. Metropolregion zu und entdeckt dabei, dass sog.

„Zwischenstädte“ und ex-urbane Regionen in mehr und mehr Ländern die klassischen Merkmale städtischen Lebens angenommen haben, die traditionellen Grenzen zwischen Stadt und Land sowie zwischen Stadt und Vorstadt längst verschwommen sind und vielfach die ursprünglich städtischen Probleme – wie Armut, Segregation, Verkehrsdichte, Kriminalität – hier stärker anwachsen als in den städtischen Zentren (Young/Keil 2013). Auch dieser *shift* richtet den Blick auf Bewegungen und Widerständigkeiten, die bislang ausgeblendet waren (2).

Zu (1): Stadtforscher_innen wie Boudreau (2010) und Boudreau/Boucher/Liguori (2009) richten ihren Blick auf im Alltagsleben wurzelnde Handlungsmuster; dabei geraten subtile und graduelle, weniger konfrontative Formen der Reorganisation von Machtverhältnissen ins Visier. Bareis und Bojadžijev (2012) bspw. benutzen einen postoperativen Ansatz, um eine angemessene Erklärung politischer Subjektivität der Prekären und Marginalisierten, bspw. in den *Banlieues* französischer Städte, zu finden. Zwar mehren sich in der internationalen Forschungslandschaft solche Studien zu den „kleinen“ Kämpfen, den widerständigen Gesten und alltäglichen Auflehnungen gegen die vielfältigen metropolitanen Ausgrenzungsprozesse sowie zu den diversen Strategien dieser Bewegungen, sich Gehör zu verschaffen (vgl. auch Swyngedouw 2009, Roy/AlSayyad 2004, oder die in *Das Argument* 289 versammelten Beiträge, u. a. von Bareis et al. 2010). Aber es bleibt nach wie vor eine Herausforderung, diese Praxen theoretisch angemessen – und komplementär mit regulationstheoretischen und politökonomischen Erklärungszusammenhängen – systematisch zu reflektieren und einzuordnen. Denn zu bestimmten Fragen können sie bislang kaum präzise Angaben machen, wie z. B. unter welchen Bedingungen die von diesen Ansätzen besser erfassten Bewegungen handlungsmächtig werden können oder wie sich ihre Chancen auf Verbreiterung und Anschlussfähigkeit gestalten.

Zu (2): In Forschungsprojekten wie „*Global Suburbanisms: Governance, Land and Infrastructure in the 21st Century*“ [1] oder dem von Christian Schmidt (2012) und Neil Brenner (2013) vorangetriebenen zu globaler bzw. planetarer Urbanisierung oder auch in theoretischen Interventionen wie denen von Merrifield (2013) wird die Orientierung auf urbane Zentren aufgegeben. Wenn stattdessen die sozialräumliche Differenzierung der höchst unterschiedlich verdichteten weltweiten „Stadtlandschaft“ und damit die peripheren Gegenden, in denen heutzutage Urbanisierung expandiert, in den Blick genommen werden, geraten auch die Kämpfe *for the local commons* in den nicht-zentralen, jedoch zunehmend urbanisierenden Gegenden weltweit in den Blick. *Occupy* findet eben nicht nur in New York, sondern auch in exurbanen Gegenden statt. Womöglich sind auf den *Strip Malls* der Zwischenstädte (Keil 2011) oder im Imperial Valley Kaliforniens (Davis 2011) sogar wichtigere „Gegenmodelle“ (Birke) zu besichtigen als in den sterilen *glamour zones* der gentrifizierten Zentren. Im exurbanen Imperial Valley hat *Occupy El Centro* – eine Allianz von Aktivisten gegen die hohe Arbeitslosigkeit, massive Umwelt- und Wasserprobleme, und gegen die Entrechtung der migrantischen Arbeiter_innen – die gleiche Intensität solidarischer *Encounters* und damit Zentralität geschaffen wie *Occupy Wall Street* am

Zuccotti Park.

Vor diesem Hintergrund liest sich Grischa Bertrams Frage nach den Besonderheiten städtischer gegenüber Bewegungen im suburbanen oder ländlichen Raum in etwas anderem Licht. Sicherlich ist „Stadt“ mehr als lediglich Bühne für (diverse Ziele verfolgende) Bewegungen, sicherlich ist (immer auch, aber eben nur „auch“) der Lokalstaat Adressat für die spezifischen Belange „der Stadtgesellschaft“ – aber die heutigen Bewegungen haben notwendigerweise mehr Kontrahenten als nur die jeweilige lokalstaatliche Präsenz, und die in seinem Kommentar durchschimmernde Vorstellung von „Stadtgesellschaft“ muss sicherlich den heutigen Verstärkerungsprozessen entsprechend modifiziert werden. Hier liegen jedenfalls wichtige offene Fragen, auf die künftige Forschung ein Augenmerk legen sollte.

Schließlich zu den Akteuren, ihren Subjektivitäten und den strategischen Fragen von Allianzen etc., wozu sämtliche Kommentare sehr inspirierende Hinweise gegeben haben. Da meine eigene Forschung sich bislang auf städtische Bewegungen in Ländern der sog. Ersten Welt beschränkte, sind die Typen „Nummer 1 bis 6“ aus der empirischen Arbeit entstanden. Auch beim „sechsten Stand“ handelt es sich nicht um eine „gedachte Ansammlung möglicherweise gar nicht einheitlicher [...] Gruppierungen“ (Birke). Die unter 1 bis 5 gelisteten („Autonome“ bis „Umweltgruppen“) sind nicht nur Gegenstand der klassischen Bewegungsforschung, sondern es handelt sich dabei auch um die Gruppen, die in den diversen Berichten und Bestandsaufnahmen zu deutschen „Recht auf Stadt“-Netzwerken genannt werden (vgl. Holm/Gebhardt 2011). In entsprechenden internationalen und v. a. nordamerikanischen „Recht auf Stadt“-Allianzen spielt der „sechste Stand“ eine deutlich sichtbarere und sogar oft führende Rolle [2] (Liss 2012, Leavitt et al. 2009, Marcuse 2009). Die Heterogenität dieser „Gruppe“ ist vielfach konstatiert, reflektiert sie doch die vielfältigen – rassistischen, sexistischen, xenophoben, etc. – Ausgrenzungs- und Unterdrückungszusammenhänge, die im Lauf der kapitalistischen Entwicklung in immer neuen Kontexten neu erfunden wurden. Im Kontext der heutigen amerikanischen Stadt bspw. finden sich schwarze männliche Ghetto-Jugendliche von Arbeitsmärkten ausgeschlossen und durch rassistische Polizeipraktiken permanent gefährdet, während papierlose Tagelöhner mit lateinamerikanischem Hintergrund eine – wenn auch höchst prekäre – Position in lokalen Arbeitsmärkten behaupten. Beide Gruppen sind allerdings, genauso wie migrantische und afro-amerikanische Frauen, nicht willens, ihre (unterschiedlichen) Forderungen in militanter Weise auf die Straße zu tragen, denn von polizeilicher Schikane und Repression haben sie nicht nur genug, sondern sind dadurch weit existenzieller gefährdet als (weiße) Aktivist_innen aus der Mittelschicht, wie in den Planungen der *Occupy*-Aktionen und Demonstrationen von New York bis Oakland immer wieder deutlich wurde.

Hierzulande kommt es erst ansatzweise zu gemeinsamen Aktionen und Bewegungen zwischen 1-5 und „dem 6. Stand“. Die „Recht auf Stadt“-Netzwerke stellen im Vergleich zu früheren städtischen Bewegungen enorme Fortschritte dar, insofern, als es ihnen gelang, so unterschiedliche Gruppen wie 1 bis 5 überhaupt zusammenzubringen. Aber Versuche

linker Aktivist_innen, z. B. der Plattform gegen Verdrängung in Altona oder vom Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg, mit GAGFAH-Mieterinnen zusammen gegen unzumutbare Mietbedingungen, alltäglichen Rassismus und permanente Schikanen zu kooperieren, führten eher dazu, dass die Aktivist_innen in die Rolle von Expert_innen, Sozialarbeiter_innen oder Interessenvertreter_innen gedrängt wurden, als dass eine kontinuierliche Mietermobilisierung erzielt werden konnte. [3] Die Einsicht, die Peter Birke aus seinen jüngsten Erfahrungen zieht, ist sicher ernst zu nehmen: dass die Mieter_innen „doch am Ende selbst über ihre Lebenssituation, die steigenden Mieten und sinkenden Einkommen, die abstürzenden Aufzüge [...] sprechen – oder überhaupt nicht“.

Aus diesem Grund sind Beispiele wie Kotti & Co. [4], der Palisaden-Panther [5] und auch der Flüchtlinge, die ihre Forderungen in Österreich, Holland und Deutschland an städtischen Plätzen mit Protestcamps und vielfältigen Aktionen des zivilen Ungehorsams sichtbar gemacht haben, [6] so interessant: Hier sind die *Outcasts*, die Verlierer der Neoliberalisierung, selbst die Handelnden. Sie sprechen *wirklich* – eigenständig, selbstermächtigt, und nicht überformt von bereits existierenden Protestkulturen der anderen.

Es beflügelt uns, zu sehen, dass die bislang „Stimmlosen“ sich zu Wort melden. Dass nicht nur ihre Themen nun präsent sind, sondern auch sie selbst – wenn auch zunächst nur vereinzelt und fragmentiert, z. T. isoliert und mit noch ausbaufähigen Bezügen zu anderen Protesten. Allerdings stellen die lebensweltlichen Distanzen, die aus der US-Erfahrung so gut bekannt sind, bspw. zwischen afro-amerikanischen oder migran-tischen Community-Organisationen und weißen, mittelklassebasierten linken Aktivisten, große Hürden für gemeinsame Mobilisierungen dar, wie sich bei den Mobilisierungsversuchen von Occupy gezeigt hat. Erst nach der Räumung der Camps, als die Aktivist_innen in die „Problemviertel“ ausschwärmten, um dort bei Blockaden gegen Zwangsräumungen zu helfen, wurden diese Distanzen bearbeitbar. Ähnlich fanden auch die Aktivist_innen von den besetzten Plätzen und Sozialzentren in Spanien und Portugal den Anschluss an die in der Bewegungsforschung vorher untypischen Gestalten des Protests erst nach den Platzräumungen: als auch sie in die Stadtviertel gingen und dort – z. B. über die Plattform der Hypotheken-Geschädigten – in Kontakt mit den Bankopfern, Zwangsgeräumten, Verschuldeten und Obdachlosen traten und gemeinsame Allianzen schmieden konnten.

Hier entsteht das „politische Subjekt“, von dem Lisa Vollmer zu Recht schreibt, dass es der Politik nicht vorausgeht, sondern erst in der politischen Beziehung entsteht. In den *Post-Occupy*-Stadtteilkämpfen und Blockaden von Zwangsräumungen in den USA und in den griechischen und spanischen Stadtteilen entstehen diese politischen Subjekte jenseits der üblichen Aktivist_innen, in der politischen Beziehung der Differenz.

Vollmers Hinweis, dass „die lokalen und partikularen Kämpfe auch das Potenzial der Transzendierung bieten“ müssen, dass „von ihnen [...] auf systemische Probleme rückgeschlossen werden können“ muss, stellt angesichts der umfassenden Enteignungs- und Entmündigungsprozesse in der neoliberalen (Stadt)Politik an vielen Orten kein (Vermittlungs-)

Problem mehr dar: Die Bäume des Gezi-Parks, die für einen Supermarkt weichen sollten oder die Fahrpreiserhöhungen in brasilianischen Städten sind fast beliebige letzte Tropfen, die das Fass zum Überlaufen bringen.

Die Erfahrungen an diesen Orten, wo ein (beliebiger) stadtpolitischer Funke plötzlich den breiten Massenprotest auslöst, zeigen allerdings auch, wie wichtig es ist, dass mit den Vermischungen und dem Brücken-Bauen über soziale und kulturelle Distanzen hinweg nicht früh genug angefangen werden kann. Denn die weitere Entwicklung der im Prinzip offenen Situation solcher Massenaufstände hängt sehr davon ab, wie mit den hier aufeinanderprallenden unterschiedlichen Weltansichten und heterogenen politischen Vorstellungen von Mittelklasse-Akteuren, linken Aktivist_innen, ausgegrenzten und minoritären Gruppen, sowie auch rechten, xenophoben und nationalistischen Aktivist_innen umgegangen wird (vgl. Borba de Sa 2013). Je zeitiger Verknüpfungen aufgebaut sind, die es erlauben, gegenseitige Projektionen und Misstrauen bearbeitbar zu machen, umso besser sind die Chancen, solche außerordentlichen Situationen von gegen herrschende Eliten gerichteten Massenprotesten im Sinn der demokratischen Bewegungen produktiv werden und sie nicht von reaktionären oder nationalistischen Kräften hijacken zu lassen.

Wenn ich also für eine Bündnispolitik zwischen den unterschiedlichen städtischen Bewegungen auch und besonders in Bezug auf die „stimmlosen“ Ausgegrenzten plädiere, geht es dabei keineswegs (nur) um moralische Solidarisierung, wobei die Aktivist_innen in eine paternalistisch-fürsorgliche Rolle geraten, wie es bei Birke anklingt, oder darum, dass die *Leverage*-Gesegneten für die Outcasts „in die Bresche springen“ (Eick). Sondern es geht um die Erfolgchancen von Bewegungen, die die neoliberale (Stadt-)Entwicklung eindämmen wollen. Das neoliberale Projekt kann nur im Bündnis mit breiteren Massen destabilisiert werden. Und das nicht nur, weil die Konzeption von Neoliberalisierung dies theoretisch nahelegt (wie im ersten Teil des Aufsatzes dargelegt), sondern auch aus Gründen der pragmatischen Machbarkeit müssen Brücken zwischen den unterschiedlichen Gruppen von anti-neoliberalen Widerständen gebaut werden. Die prekären Ressourcen der Gruppen ohne Verhandlungsmacht sind ohne Unterstützung von außen bald aufgebraucht – sie erreichen oft genug selbst mit den Mitteln des Hunger- und sogar Durststreiks kaum Zugeständnisse.

Andererseits, wenn die relativ privilegierten [7] sub- und gegenkulturellen Anarchisten, Künstler_innen, Alternativen und Ökos unter sich bleiben, dann bleiben ihre „Freiräume“ Nischen ohne Einfluss, während gleichzeitig das, was sie erkämpfen, bald nicht mehr besonders alternativ sein wird: Ihre „*community gardens*“ werden zu „best practice“ für ökologisch ausgerichtete reiche Wohnviertel; von Hausbesetzern vor dem Verfall gerettete und „innovativ“ wieder hergerichtete Häuser und Straßenzüge werden zu Ankern neuer Stadtentwicklungsprogramme oder zu Magneten für Touristen und „kreative Klassen“.

Weil die hegemoniale Ordnung „gleichzeitig die Individualisierung [...] auf Subjektebene vorantreibt“ (Vollmer), müssen wir uns, wie Bertram fordert, die Frage stellen, in welchem Maße die städtischen Bewegungen selber an der Neoliberalisierung des Städtischen beteiligt sind.

Hausbesetzer und Ökoaktivisten spielen dabei, genau wie manch andere radikale städtische Bewegung (s. Mayer 2013, Kuhn 2012), durchaus auch ambivalente Rollen. Sie sind oft selbst an neoliberalen Aufwertungsprozessen beteiligt, weil sie den städtischen Raum der Erstwelt-Städte für die von Stadtentwicklern gewünschte Klientel attraktiv machen. So trug die *urban gardening*-Organisation *City Soil* in schwedischen Städten zur Vertreibung deindustrialisierter Arbeiter_innen bei, und Samuel Mössner beschreibt an Hand von Freiburgs Öko-Quartier Vauban, dass Nachhaltigkeitspolitik und ökologische Sanierungen oft exkludierende Effekte produzieren. Dieses heutige *sustainability hijacking* heißt aber nicht, dass wir nachträglich die Umweltbewegung der 1970er Jahre kritisieren müssen! Vielmehr sind die Bewegungen in ihrem jeweiligen historischen Kontext zu analysieren, der sich allerdings – auch dank der erfolgreichen Bewegungen – beständig transformiert. Soziale Bewegungen tragen immer zur Veränderung und Anpassung der Herrschafts- und Regulationsweisen bei. Dieser neue Kontext jedoch bedeutet, dass manche Strategien, die früher effektiv waren, heute nicht mehr die gleichen Wirkungen zeitigen. Die radikale Staatskritik der gegen die autoritär-hierarchischen Strukturen des fordistischen Staats gerichteten Bewegungen der 1970er Jahre zielt heute an der Komplexität neoliberaler *Governance* (mit ihrer Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure und ihren Aktivierungspolitiken) vorbei; im fordistischen Kontext radikale Ziele wie Autonomie und Selbstverwaltung sind inzwischen längst Anforderungen an das neoliberale Subjekt und gleichzeitig Ausschlussmechanismen geworden; gegenkulturelle Freiräume, die damals wichtige subkulturelle Identitätsformierung ermöglichten, ordnen sich inzwischen in ein buntscheckiges Mosaik akzeptierter Lebensentwürfe ein (vgl. Kuhn 2012).

Es geht also darum, die heutige Situation neoliberaler Stadtpolitik mit ihren Möglichkeiten und Grenzen genau zu diagnostizieren. Sie hat nicht nur Prekarisierungstendenzen verschärft, die inzwischen nicht nur die Marginalisierten erfassen, sondern auch kulturell Kreative und viele weitere gesellschaftliche und berufliche Bereiche, in denen Menschen früher leicht ein gesichertes Auskommen finden konnten. Aber sie macht bestimmten Gruppen – gerade unter den kulturell Kreativen – auch Angebote. In dieser Situation haben strategisch privilegierte Gruppen, d. h. Bewegungen, die gegenüber Stadtentwicklern oder Politikern über ein symbolisches oder kulturelles „Kapital“ verfügen, weil sie für deren aktuelle Aufwertungsstrategien interessant sind, eine gewisse Verhandlungsmacht. Auch als selber prekäre Kreative oder als nur kurzfristige Zwischennutzer sind sie Nutznießer der aktuellen Städtekonkurrenz und der daraus folgenden „kreativen Stadt“-Politik, die alternative und subkulturelle Praxen und Einrichtungen instrumentalisiert für eigene Vermarktungsstrategien (vgl. Colomb 2012). Es geht also nicht darum, dass die von Zwischennutzungsverträgen oder den Konzessionen der Hamburger Stadtverwaltung Profitierenden möglicherweise später gesicherte oder einträgliche Berufe haben würden (als „Ärztinnen, Professorinnen und erfolgreiche Künstlerinnen“, wie Birke schreibt), sondern um die „Aktivposten“, über die diese Gruppen bei aller eigenen Prekarität in der aktuellen Stadt(entwicklungs)politik verfügen: dass sie den Stadtentwicklern in der

gegenwärtigen Situation etwas zu bieten haben und diese relative „Machtposition“ strategisch einsetzen könnten. Damit wäre auf dem weiten Weg des Zurückdrängens des neoliberalen Projekts schon einiges gewonnen – v. a. wenn man bedenkt, dass viele ähnliche Prozesse, mitsamt entsprechender Subjektformierung, in vielen anderen Bereichen gleichzeitig auf eine solche Destabilisierung hinwirken könnten – und zunehmend kollektiv und in Koalitionen.

Endnoten

- [1] siehe <http://www.yorku.ca/suburbs/>
- [2] Die *Right to the City Alliance* weist Intellektuellen selbstbewusst die Rolle von *resource allies* zu, also Bündnispartnern, die ihnen im Sinne von technischer und Forschungsunterstützung zuarbeiten sollen, um etwaige Führungsrollen, die die Handlungsmächtigkeit der „am stärksten unterdrückten“ unterminieren könnten, gar nicht erst entstehen zu lassen. Auch in der Entwicklung der Sozialforen spiegelt sich diese Besonderheit der nordamerikanischen Bewegungslandschaft: während das WSF generell als *open space* deklariert wurde, präferiert das USSF *intentional space*, weil offene Räume allzu leicht von ressourcenreichen Gruppen dominiert werden, in USA also von weißen, mittelklassebasierten Männern (vgl. Juris 2008). Aus diesem Grund achteten die USSF *organizers* dezidiert darauf, Schwarze, Latinas, Migranten, Indigene und andere marginalisierte Gruppen in den Podien und führenden Positionen zu verankern (Smith/Juris 2008).
- [3] Vgl. die Tagung „Revolutionäre Realpolitik in Zeiten von Kürzungspolitik und Krise“ der RLS-Stiftung in Berlin, 22.-24.9.2011 <http://www.rosalux.de/documentation/44134/revolutionaere-realpolitik-in-zeiten-von-kuerzungspolitik-und-krise.html> ab 1:11
- [4] Seit über einem Jahr findet dieser Protest von Sozialmieter_innen, getragen v. a. von Müttern der türkischen Community, statt und findet einige Unterstützung von Nachbarn und anderen stadtpolitischen Initiativen.
- [5] Mieter_innen der Berliner Palisadenstr. 41-46, die sich gegen die exorbitanten Mieterhöhungen ihrer Sozialwohnungen, die mit ihrer Rente nicht zu bezahlen sind, selbst organisiert haben. <http://palisaden-panther.blogspot.de>
- [6] vgl. <http://asylstrikeberlin.wordpress.com>, www.refugeetentaction.net
- [7] Sie sind relativ privilegiert im Vergleich zu den Outcasts, die im Verwertungszusammenhang der neoliberalen Stadt über keinerlei „Kapital“ verfügen.

Autor_innen

Margit Mayer ist Professorin für Politische Wissenschaft am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin. Sie arbeitet zu amerikanischer und vergleichender Politik, und forscht zu Stadtpolitik und sozialen Bewegungen.

Kontakt: mayer@zedat.fu-berlin.de

Literatur

- Bareis, Ellen / Bojadžijev, Manuela (2012): Grounding Social Struggles in the Age of ‚Empire‘. In: Jenny Künkel / Margit Mayer (Hg.): Neoliberal urbanism and its contestations. Crossing theoretical boundaries. London, 63–79.
- Bayat, Asef (2000): From ‚Dangerous Classes‘ to ‚Quiet Rebels‘: Politics of the Urban Subaltern in the Global South. In: *International Sociology* 15/3, 533–557.
- Bertram, Grischa (2013) Kritisiert die Kritiker_innen! Kommentar zu Margit Mayers ‚Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt‘. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 1, 169-174.
- Birke, Peter (2013) „Hallo, wer spricht?“ Kommentar zu Margit Mayers ‚Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt‘. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 1, 175-179.
- Borba de Sa, Miguel (2013): A Brazilian Autumn? The movement is a battlefield, highlighting all the contradictions of Brazilian society. <http://jacobinmag.com/2013/06/a-brazilian-autumn/> (08.07.2013).
- Boudreau, Julie-Anne (2010): Reflections on urbanity as an object of study and a critical epistemology. In: Jonathan S. Davis / David L. Imbroscio (Hg.): *Critical Urban Studies: New Directions*. New York, 55–72.
- Boudreau, Julie-Anne / Boucher, Nathalie / Liguori, Marilena (2009): Taking the bus daily and demonstrating on Sunday: Reflections on the formation of political subjectivity in an urban world. In: *CITY* 13/2-3, 336–346.
- Brenner, Neil (2013): Theses on Urbanization. In: *Public Culture* 25/1, 85–114.
- Brenner, Neil / Peck, Jamie / Theodore, Nik (2010): After Neoliberalization? In: *Globalizations* 7/3, S. 327–345.
- Colomb, Claire (2012): ‚Poor, But Sexy‘: Marketing the Creative City, 2001-2011. In: Claire Colomb: *Staging the New Berlin. Place Marketing and the Politics of Urban Reinvention post-1989*. London. 222–269.
- Davis, Mike (2011): Field Notes from the Revolution: Activists Occupy California’s Imperial Valley. <http://www.thenation.com/article/164472/field-notes-revolution-activists-occupy-californias-imperial-valley> (08.07.2013).
- Eick, Volker (2013) Urbane Neoliberalisierung – ein Plädoyer für etwas mehr Differenz. Kommentar zu Margit Mayers ‚Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt‘. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 1, 180-184.

- Holm, Andrej / Gebhardt, Dirk (Hg.) (2011): *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*. Hamburg.
- Juris, Jeffrey S. (2008): *Spaces of Intentionality: Race, Class, and Horizontality at the US Social Forum*. In: *Mobilization* 13/4, 353-372.
- Keil, Roger (2011): *'Occupy the Strip Malls': Centrality, Place and the Occupy Movement*. [http://suburbs.apps01.yorku.ca/2011/11/17/\"occupy-the-strip-malls\"-centrality-place-and-the-occupy-movement/](http://suburbs.apps01.yorku.ca/2011/11/17/\) (27.10.2012).
- Kuhn, Armin (2012): *Freiräume in der neoliberalen Stadt. Besetzungen, städtische Konflikte und Stadterneuerung in Berlin und Barcelona*. Unveröffentlichte Dissertation a. d. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam.
- Leavitt, Jacqueline / Samara, Tony Roshan / Brady, Marnie (2009): *'Right to the City: Social Movement and Theory'*. In: *Poverty & Race* 19/5, 3-4.
- Liss, John (2012): *The right to the city: from theory to grassroots alliance*. In: Neil Brenner / Peter Marcuse / Margit Mayer (Hg.): *Cities for People, not for Profit*. London, 250–263.
- Marcuse, Peter (2009): *From Critical Urban Theory to the Right to the City*. In: *CITY* 13/2–3.
- Mayer, Margit (2013): *Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt*. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 1, 155-168.
- Mayer, Margit (im Erscheinen 2013): *Soziale Bewegungen in Städten – städtische soziale Bewegungen*. In: Norbert Gestring / Renate Ruhne / Jan Wehrheim (Hg.): *Stadt und Soziale Bewegungen*. Wiesbaden.
- Merrifield, Andy (2013): *The Politics of the Encounter: Urban Theory and Protest under Planetary Urbanization*. Athens/Georgia.
- Mössner, Samuel (2013) *Neoliberalisierung als Gesellschaftskrise. Kommentar zu Margit Mayers ‚Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt‘*. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 1, 185-188.
- Schmid, Christian (2013): *Patterns and Pathways of global urbanization: Towards a comparative analysis*. Unveröffentlichtes Manuskript. Zürich.
- Vollmer, Lisa (2013) *Zwischen Partikularismus und Universalismus. Wie bilden sich Koalitionen? Kommentar zu Margit Mayers ‚Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt‘*. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 1, 189-192.
- Young, Douglas / Keil, Roger (2013): *Locating the urban in-between: Tracking the urban politics of infrastructure in Toronto*. http://city.apps01.yorku.ca/wp-content/uploads/2011/05/file_Seeking_the_Urban_In.pdf.

What can urban movements, and what can movement research achieve? Reply to the five comments

The reply to the five comments starts with a clarification of the theoretical framework I used to analyze urban social movements in the context

of neoliberal urban politics, as this seems to have created some misunderstandings. This conception of neoliberalization includes a concept of the process in which the neoliberal project might be transcended, which is described in a bit more detail here. Next, the reply deals with the discursive dimension of urban protests as the article did not thematize this. While the article could deal with just one (of many possible) example(s) of conflicts and respective resistance, in order to show how contextualizing contemporary movement conflicts within urban politics may be productive, the reply points to two recent strands of research that do not depend on media selectivity as much as previous research frames -- and which certainly need to be extended, but which dovetail nicely with the theoretical framework used here. The final section of the reply takes up the issue of the subjects and subjectivities of the movement actors raised by various comments, and suggests their implications for building bridges between ,classic' urban movements and the so-called ,urban outcasts' seen as ,voiceless.'

Die Krise verstehen

Rezension zu: Felix Wiegand "David Harveys urbane Politische Ökonomie"

Matthias Naumann

Mietsteigerungen, Zwangsräumungen, gewalttätige Auseinandersetzungen in den Peripherien europäischer Großstädte – die aktuelle Krise des Finanzkapitalismus wird vor allem in Städten sichtbar. Damit stellen sich nicht nur Fragen nach politischen Strategien für den Umgang mit den vielfältigen Widersprüchen und Konflikten, sondern auch nach einem theoretischen Rahmen, der in der Lage ist, zum Verständnis der derzeitigen Krise und ihrer städtischen Ausprägungen beizutragen. David Harveys Theorie kapitalistischer Urbanisierung ist hierfür ein zentraler Bezugspunkt.

Mit einigen Jahrzehnten Verspätung hat inzwischen auch im deutschsprachigen Raum eine breitere Harvey-Rezeption begonnen und es liegen Übersetzungen seiner aktuellen Bücher vor (Belina 2013; 2006; Wissen 2011; Belina/Michel 2007; Harvey 2013; 2012; 2011; 2007a; 2007b; 2005). Während es mit „David Harvey: A Critical Reader“ (Castree/Gregory 2006) ein englischsprachiges Kompendium zur Einführung in Harveys umfangreiche und komplexe Arbeiten gibt, fehlte bisher eine systematische Heranführung an David Harveys Werk für den deutschsprachigen Raum. Diese Lücke schließt Felix Wiegand mit seinem Band „David Harveys urbane Politische Ökonomie. Ausgrabungen der Zukunft marxistischer Stadtforschung“ (siehe Abb. 1).

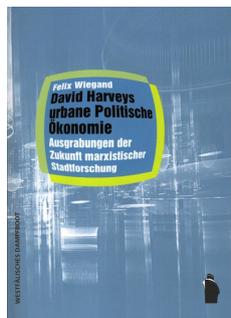


Abb. 1: Titelseite des Buches (Quelle: Dampfboot Verlag)

Um es gleich vorwegzunehmen: Das Verdienst Wiegands akribischer und umfassender Erschließung zentraler Schriften von Harvey ist von unschätzbarem Wert nicht nur für die Stadtforschung, sondern für die kritischen Sozialwissenschaften insgesamt. Erstens liefert Felix Wiegand eine Kontextualisierung von Harveys Arbeiten, indem er dessen persönlichen und beruflichen Weg nachzeichnet. Dabei weist er auf die Bedeutung hin, die Harveys Erfahrungen in Baltimore und Paris für die Entwicklung seines Verständnisses von kapitalistischer Urbanisierung hatten. Gegenstand von Harveys Arbeiten ist nicht die „Stadt an sich“, sondern sind die Prozesse kapitalistischer Urbanisierung. Seine Grundannahme ist dabei: „*Capital accumulation and the production of urbanization go hand in hand.*“ (Harvey 1989 zit. n. Wiegand 2013: 116) Weiterhin ordnet Wiegand David Harveys Arbeit in den Kanon kritischer Stadtforschung anderer Autoren wie z. B. Manuel Castells, Henri Lefebvre und Edward

Soja ein.

Zweitens gelingt es Wiegand, zentrale theoretische Konzepte von Harvey nicht nur darzustellen, sondern auch kritisch zu reflektieren, indem er die – sehr unterschiedliche – Rezeption von Harveys Arbeiten in seine Ausführungen einfließen lässt. So widmet sich Felix Wiegand ausführlich der Kritik an Harvey, etwa hinsichtlich einer Vernachlässigung der gesellschaftlichen Bereiche, die nicht direkt und allein durch Klassenverhältnisse bestimmt werden, oder bzgl. des Fehlens eines kohärenten Verständnisses vom Staat und dessen Rolle bei der Akkumulation von Kapital. Der vorliegende Band ist damit keine Überblicksdarstellung von Harveys umfangreichen Schriften zur kapitalistischen Urbanisierung, sondern ein Diskussionsbeitrag zu Harveys urbaner Politischer Ökonomie. Die Einbettung der Kritik an Harveys Ansätzen macht auch die „(Post-)Modernisierung“ von Harveys Ansätzen nachvollziehbar. Für Wiegand liegt die Qualität von Harvey gerade darin, neue Begriffe und Konzepte – beispielsweise als Ergebnis seiner Auseinandersetzung mit feministischen oder post-strukturalistischen Autor_innen – zu integrieren, ohne dabei den marxistischen Kern seiner Arbeit aufzugeben. Entgegen der Kritik an Harveys Konzepten als „dogmatisch“ ist Marx für Harvey eben kein „unfehlbarer Meister, sondern Ausgangspunkt für weiterführende Überlegungen“ (Wiegand 2013: 84).

Drittens stellt Wiegands Band eine insbesondere für die Lehre unverzichtbare Hinführung zu Harveys Ansätzen wie zur marxistisch orientierten Stadtforschung insgesamt dar. Die Kapitel des Buches behandeln unterschiedliche theoretische Aspekte, wie z. B. zu Harveys Verständnis von Raum, kapitalistischer Urbanisierung und seiner Akkumulations- und Krisentheorie und stützen sich dabei jeweils auf ausgewählte Schriften von David Harvey. Die sehr genaue Begriffsarbeit von Wiegand und die Ergänzung des Textes um zahlreiche Fußnoten statt gerade Leser_innen, die noch nicht mit Harveys Werk vertraut sind, für die Lektüre der Primärtexte aus.

Der Band „The Limits to Capital“ als zentrales, stark werttheoretisch geprägtes, aber auch nicht leicht zugängliches Buch Harveys bildet für Felix Wiegand die wichtigste Grundlage für die Erklärung von Begriffen wie „*spatial-temporal fix*“, „strukturierte Kohärenz“, „gebaute Umwelt“ sowie für die Einführung der verschiedenen Kapitalkreisläufe und der Grundzüge marxistischer Rententheorie. Die Fokussierung auf „The Limits to Capital“ ist angesichts der großen Bandbreite von Harveys Publikationen sinnvoll. In diesem Band arbeitet Harvey die theoretischen Grundlagen eines historisch-geographischen Materialismus aus, der nach der historischen Geographie des Kapitalismus fragt und versucht, Erklärungen für die vielfältigen Formen ungleicher Entwicklung zu liefern. Zentral ist dabei die Annahme, dass auf die im Kapitalismus zwangsläufigen Krisen der Überakkumulation von Kapital mit räumlichen und zeitlichen Verschiebungen („*spatial-temporal fixes*“) reagiert wird. Dabei werden Krisen jedoch nicht gelöst, sondern bereits die Voraussetzungen für künftige Krisen geschaffen. Aktuelle Beispiele wie die Entwertung von Wohneigentum in den

Vereinigten Staaten oder in Spanien zeigen den fast schon prophetischen Charakter von Harveys krisentheoretischen Überlegungen zur Entwicklung städtischer Immobilienmärkte.

Felix Wiegand endet mit einem Bezug auf die aktuellen Bewegungen zum „Recht auf Stadt“. Für Harvey, der Wissenschaft als eingreifende Praxis (Wiegand 2013: 41ff.) versteht, sind Städte nicht nur untrennbar mit dem krisenhaften Charakter des Kapitalismus verbunden; sie sind für ihn auch Schauplätze antikapitalistischer Politik. Leider bricht Wiegands Buch an dieser Stelle ab. Offen bleibt die Frage nach einer zusammenfassenden Position des Autors hinsichtlich möglicher Felder einer Weiterentwicklung von Harveys Ansätzen. Weitere Anregungen für eine mögliche zweite Auflage des Buches wären die Einführung eines Indexes, der die Orientierung im außerordentlich dichten Text erleichtern würde, wie auch die Kürzung einiger sehr ausführlicher englischsprachiger Zitate, die den Textfluss mitunter stören.

Insgesamt belegt Felix Wiegand mit seinem eindrucksvollen Band die weit über die Geographie hinausgehende und nicht zu überschätzende Bedeutung von Harveys Arbeit und deren Potenzial, aktuelle Krisen des Kapitalismus zu verstehen. Angesichts des enzyklopädischen Gehalts und des hohen Maßes an kritischer Reflexion in Felix Wiegands Ausgrabungen ist eine deutschsprachige Rezeption von David Harvey ohne Rückgriff auf diesen Band von nun an undenkbar.

Autor_innen

Matthias Naumann ist Geograph und arbeitet zu Stadt- und Regionalentwicklung, Infrastruktur und kritischer Geographie.

Kontakt: naumann@irs-net.de

Literatur

Belina, Bernd (2006): Raum, Überwachung, Kontrolle. Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung. Münster.

Belina, Bernd (2013): Raum. Münster.

Belina, Bernd / Michel, Boris (Hg.) (2007): Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography – eine Zwischenbilanz. Münster.

Castree, Noel / Gregory, Derek (Hg.) (2006): David Harvey: A Critical Reader. Oxford.

Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus. Hamburg.

Harvey, David (2007a): Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich.

Harvey, David (2007b): Räume der Neoliberalisierung: Zur Theorie der ungleichen Entwicklung. Hamburg.

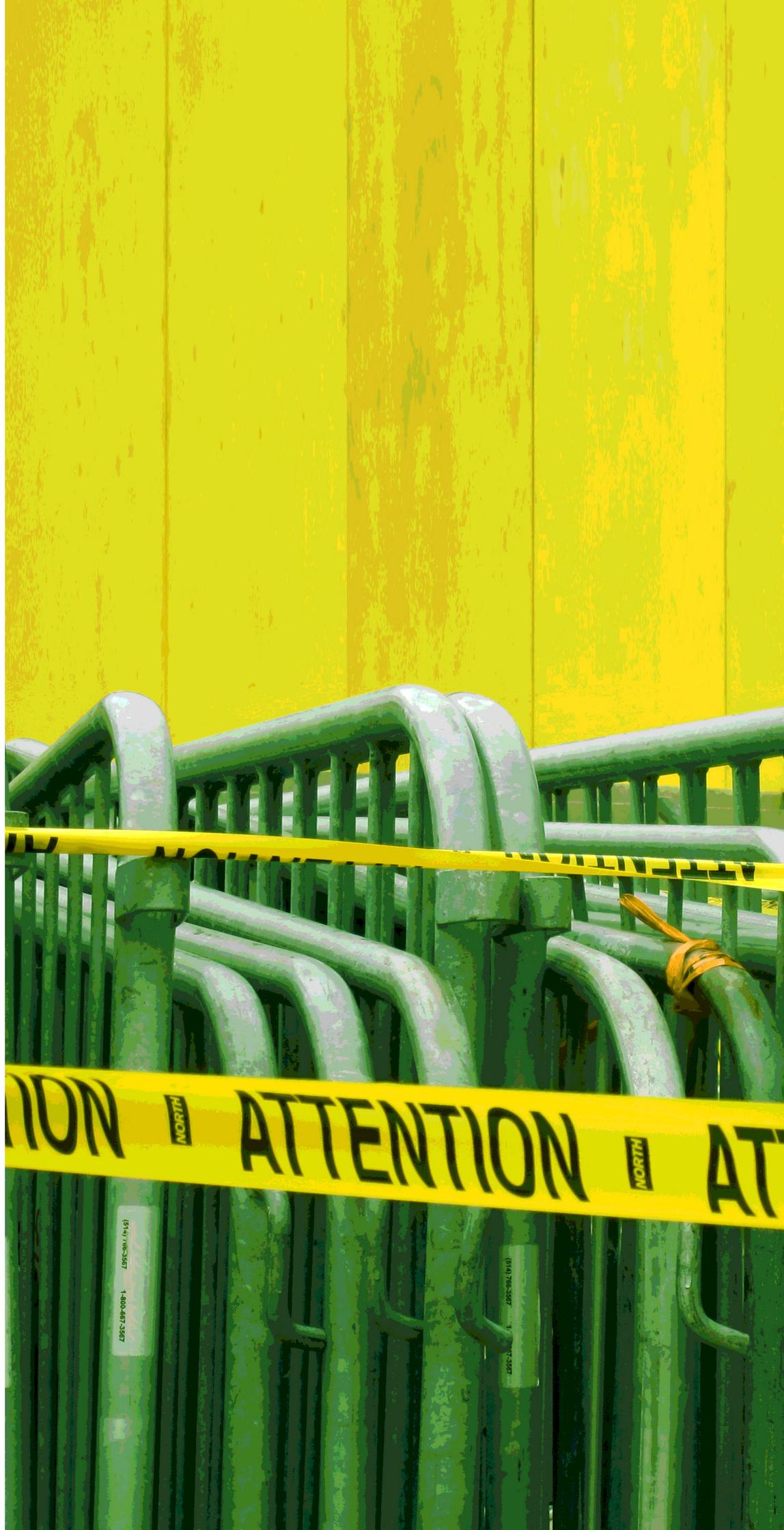
Harvey, David (2011): Marx »Kapital« lesen: Ein Begleiter für Fortgeschrittene und Einsteiger. Hamburg.

Harvey, David (2012): Kapitalismuskritik: Die urbanen Wurzeln der Finanzkrise. Den antikapitalistischen Übergang organisieren. Hamburg.

Harvey, David (2013): *Rebellische Städte*. Berlin.

Wiegand, Felix (2013): *David Harveys urbane Politische Ökonomie. Ausgrabungen der Zukunft marxistischer Stadtforschung*. Münster.

Wissen, Markus (2011): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen*. Münster.



s u b \ u r b a n . zeitschrift
für kritische stadtforschung
heft 1, 2013
www.zeitschrift-suburban.de
ISSN 2197-2567